

# **Die Europawahlen 1994 und 1999 in Deutschland**

**Eine Studie über die meinungsbildende Kraft der Printmedien  
und deren Einfluss auf das Wählerverhalten**

**Dissertation zur Erlangung des  
Doktorgrades (Dr. rer. soc.)  
des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften  
der Justus-Liebig-Universität Giessen**

**Vorgelegt von**

**Jeannette Döhner  
aus Stuttgart**

**2005**

Ich danke Herrn Professor Dr. Seidelmann für die hervorragende Betreuung meiner Arbeit. Er hatte stets ein offenes Ohr für meine Fragen und stand mir jederzeit mit wertvollen Anregungen und ermunternden Worten zur Seite. Meiner Familie möchte ich für die unermüdliche Unterstützung in dieser Zeit danken. Sie trugen so dazu bei, das Projekt „Dissertation“ erfolgreich zu gestalten. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei Sebastian Glock, der mich durch konstruktive Kritik sowie zahlreiche Gespräche unterstützte und für die nötige Ablenkung sorgte, um wieder neue Kreativität freizusetzen.

Stuttgart, im August 2005

## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Einleitung.....</b>	<b>7</b>
1. Ausgangssituation .....	7
2. Fragestellung .....	8
3. Methodischer Ansatz.....	8
3.1 Wahlanalysen .....	9
3.1.1 Grenzen und Möglichkeiten der Wahlanalysen .....	9
3.1.2 Sonderfall: Wahlenthaltung.....	10
3.2 Medienanalyse.....	12
3.2.1 Einfluss der Massenmedien auf die Politikvermittlung .....	13
3.2.2 Zielsetzung, Möglichkeiten und Grenzen der Medienanalyse .....	17
3.2.3 Strukturierung der Analyse .....	19
4. Ableitungen und Konsequenzen aus der Wahl- und Medienanalyse .....	20
<b>II. Europawahlanalyse 1994 und 1999 .....</b>	<b>21</b>
1. Fragestellung .....	21
1.1 Die zugrunde gelegten Wahlanalysen .....	22
1.2 Aufbau der Analysen.....	23
1.3 Wahlforschung: Grenzen und Möglichkeiten .....	26
2. Ergebnisse, Unterschiede, Gemeinsamkeiten .....	29
2.1 Wahlergebnis.....	29
2.2 Kurzanalyse .....	30
2.3 Wahlbeteiligung .....	31
2.4 Ergebnisse nach spezifischen Kriterien.....	33
2.4.1 Die Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht.....	33
2.4.2 Bildungsstand, Berufsstruktur und Konfession.....	40
2.4.3 Regionale und strukturelle Aspekte .....	48
2.4.4 Das Abschneiden der Parteien in den Großstädten Deutschlands.....	50
2.5 Die Schwer- und Schwachpunkte der Parteien im Ländervergleich.....	52
2.6 Wahlentscheidende Themen .....	57
2.6.1 Konrad-Adenauer-Stiftung 1994 .....	58
2.6.2 Konrad-Adenauer-Stiftung und Infratest dimap 1999 .....	61
2.7 Wählerwanderungsbilanz .....	71
2.8 Gewinne und Verluste der Parteien 1994 und 1999.....	74

2.8.1 Wahlsieg der Union, Mobilisierungsdefizit der SPD bei der Europawahl 1994 ....	74
2.8.2 Das Abschneiden der kleineren Parteien 1994.....	76
2.8.3 Gewinne der Union, Verluste der SPD bei der Europawahl 1999 .....	80
2.8.4 Das Abschneiden der kleineren Parteien 1999.....	82
3. Zusammenfassung: Tendenzen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Europawahlen 1994 und 1999 .....	84
4. Schlussfolgerungen .....	90
<b>III. Medienanalyse.....</b>	<b>97</b>
1. Einleitung .....	97
1.1 Fragestellung .....	100
1.2 Methodik .....	103
2. Medienanalyse 1994.....	105
2.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung 1. Januar bis 30.Juni 1994.....	105
2.1.1 Legitimation .....	106
Zusammenfassung.....	109
2.1.2 Akzeptanz.....	111
Zusammenfassung.....	118
2.1.3 Wählerverhalten .....	119
Zusammenfassung.....	122
2.2 Süddeutsche Zeitung 1. Januar bis 30. Juni 1994 .....	123
2.2.1 Legitimation .....	124
Zusammenfassung.....	129
2.2.2 Akzeptanz.....	129
Zusammenfassung.....	140
2.2.3 Wählerverhalten .....	141
Zusammenfassung.....	147
2.3 Die Zeit 1. Januar bis 30. Juni 1994.....	147
Zusammenfassung.....	155
2.4 Der Spiegel 1. Januar bis 30. Juni 1994 .....	156
Zusammenfassung.....	163
2.5 Focus 1. Januar bis 30. Juni 1994.....	164
Zusammenfassung.....	168
3. Zusammenfassung Medienanalyse 1994.....	169

3.1 Hauptaussagen der untersuchten Printmedien.....	172
4. Medienanalyse 1999.....	175
4.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999.....	175
4.1.1 Legitimation .....	176
Zusammenfassung.....	181
4.1.2 Akzeptanz.....	182
Zusammenfassung.....	197
4.1.3 Wählerverhalten .....	198
Zusammenfassung.....	204
4.2 Süddeutsche Zeitung 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999 .....	205
4.2.1 Legitimation .....	206
Zusammenfassung.....	212
4.2.2 Akzeptanz.....	213
Zusammenfassung.....	225
4.2.3 Wählerverhalten .....	226
Zusammenfassung.....	233
4.3 Die Zeit 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999 .....	233
Zusammenfassung.....	236
4.4 Der Spiegel 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999 .....	237
Zusammenfassung.....	242
4.5 Focus 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999.....	243
Zusammenfassung.....	247
5. Zusammenfassung Medienanalyse 1999.....	248
5.1 Hauptaussagen der untersuchten Printmedien.....	251
6. Ergebnisse der Medienanalysen 1994 und 1999 .....	253
6.1 Tendenzen der Medienberichterstattung 1994 und 1999 .....	253
6.2 Themenschwerpunkte.....	254
6.2.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung.....	255
6.2.2 Süddeutsche Zeitung .....	258
6.2.3 Die Zeit.....	261
6.2.4 Der Spiegel.....	262
6.2.5 Focus .....	263
6.3 Wertungstendenzen in der Berichterstattung .....	263

6.4 Folgen der Berichterstattung .....	265
<b>IV. Schlussfolgerungen .....</b>	<b>270</b>
1. Ergebnisse der Wahlanalyse.....	271
2. Ergebnisse der Medienanalyse .....	273
2.1 Auswirkungen der Berichterstattung auf die Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl.....	276
2.2 Auswirkungen der Berichterstattung auf die Akzeptanz des Europäischen Parlaments und der Europawahl .....	277
2.3 Auswirkungen der Berichterstattung auf das Wählerverhalten.....	278
3. Konsequenzen der Medienberichterstattung auf das Wählerverhalten .....	278
4. Exkurs 2005: Bestandsaufnahme, Ausblick und Perspektiven .....	281
<b>V. Literatur- und Quellenverzeichnis: .....</b>	<b>285</b>
<b>VI. Anhang.....</b>	<b>291</b>

## **I. Einleitung**

### **1. Ausgangssituation**

Am 12. Juni 1994 und am 13. Juni 1999 waren zunächst in zwölf, später in fünfzehn<sup>1</sup> Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Bürger zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgerufen.

Sowohl kurz vor als auch kurz nach dem Wahltermin fanden diese Wahlen eine relativ breite Resonanz in der medialen Berichterstattung und erreichten so die politisch interessierte Öffentlichkeit. Umso erstaunlicher mutet es auf den ersten Blick an, dass die Wahlbeteiligung 1994 europaweit gerade einmal bei 57 Prozent<sup>2</sup>, in Deutschland nur bei 60 Prozent der Wahlberechtigten lag. 1999 gingen sogar nur 45,2 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland zur Wahl – ein neuer Tiefststand in Deutschland seit Beginn der Wahlen zum Europäischen Parlament. Dies wiegt umso schwerer, als gerade die Länder Europas sich als Wiege der Demokratie empfinden und – wie die Beispiele Frankreich und Großbritannien zeigen – teilweise auf lange demokratische Traditionen zurückblicken können.

Dieser Befund hat zu einer breiten Diskussion in Politik und Wissenschaft geführt, worin die Ursachen für diese geringe Wahlbeteiligung liegen und wie dieser begegnet werden könnte. In der Bevölkerung fand diese Diskussion – vor dem Hintergrund der geringen Wahlbeteiligung kaum verwunderlich – so gut wie gar nicht statt.

Die Europäische Union ist politische Realität und schafft schon heute die Grundlagen für den überwiegenden Teil der nationalen Gesetzgebung. Dies wird, so ist zu vermuten, von einem Großteil der Bevölkerung wohl noch nicht hinreichend wahrgenommen.

---

<sup>1</sup> 1995 sind Finnland, Österreich und Schweden der Europäischen Union beigetreten

<sup>2</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. C 19;  
1999 gingen europaweit nur 49,4% der wahlberechtigten Europäer zur Wahl; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. C 23

## **2. Fragestellung**

Angesichts dieses Befundes ergeben sich eine Reihe von Fragen:

- Warum ist die Wahlbeteiligung bei Europawahlen so gering?
- Wie kann die geringe Partizipation der Bevölkerung an diesen Wahlen erklärt werden?
- Was sind die Konsequenzen, die sich aus dieser geringen Wahlbeteiligung ergeben?
- Gibt es Verbesserungsansätze?

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion finden sich zu diesen Fragen bereits einige Annahmen und Arbeitshypothesen. Immer wieder werden die mangelnde Transparenz europäischer Entscheidungsprozesse, der geringe Kenntnisstand der Bevölkerung über das Funktionieren der europäischen Institutionen oder auch die Komplexität europäischer Politik als mögliche Gründe für die geringe Wahlbeteiligung angeführt. Auch die Unkenntnis über die Befugnisse des Europäischen Parlaments sowie die ungenügende Kommunikation europapolitischer Themen durch die Parteien werden in der öffentlichen Diskussion bisweilen als mögliche Ursachen der geringen Wählermotivation genannt. Weiterer Aufklärung bedarf vor diesem Hintergrund auch die Frage, ob und gegebenenfalls wie die nur punktuelle und nicht selten sehr kritische Berichterstattung der Massenmedien über Themen europäischer Politik Einfluss auf das Wählerverhalten nimmt. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es daher, nach Gründen zu suchen, die die traditionell niedrige Wahlbeteiligung am Beispiel der Wahlen 1994 und 1999 erklären können.

Die Frage lautet also: Wie erklärt sich die niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament?

## **3. Methodischer Ansatz**

Um die Ergebnisse der Wahlen zu verstehen und zu beurteilen, ist es notwendig, die Zusammenhänge zwischen Wählerverhalten, Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in der Öffentlichkeit, Motivationslagen für die jeweiligen Wahlentscheidungen und der Beeinflussung des Wahlverhaltens durch mediale Berichterstattung aufzuzeigen. Denn Massenmedien sind für viele Bürger die Hauptinformationsquelle für politische Information.



Um herauszufinden, warum die Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Deutschland stetig zurückgeht, ist es notwendig festzustellen, mit welcher Motivation die Wähler ihre Stimme abgeben oder - gerade im Gegenteil - am Wahltag zu Hause bleiben.

Als erste Informationsquelle, die das Wahlverhalten der Wähler dokumentiert, kommen zunächst die von mehreren Instituten erstellten Wahlanalysen in Betracht. Diese geben den objektiven Befund des Wahlverhaltens wieder. Sie erlauben also Aussagen über die Struktur der Wählerschaft und über die Wahlentscheidungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und deren politische Präferenzen.

### **3.1 Wahlanalysen**

Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet also zunächst die vergleichende Gegenüberstellung und Bewertung der Ergebnisse der Wahlanalysen verschiedener Wahlforschungsinstitute zu den Europawahlen 1994 und 1999. Mit dieser vergleichenden Analyse und Bewertung wird eine wissenschaftlich fundierte Basis geschaffen, um die Wählermotivation nachvollziehen zu können und ein detailliertes Bild des spezifischen Wählerverhaltens zu erhalten.

#### **3.1.1 Grenzen und Möglichkeiten der Wahlanalysen**

Mit dem Themengebiet der Wahlforschung werden zunächst meist die Hochrechnungen und Prognosen verbunden, die in den Massenmedien regelmäßig in Form der Wahlabsichtsfrage, also der „Sonntagsfrage“<sup>3</sup>, oder der Hochrechnungen an Wahltagen anlässlich von Bundestags-, Landtags- oder Europawahlen in Erscheinung treten. Wahlanalysen bieten jedoch wesentlich mehr Informationen. In Wahlanalysen geht es primär um den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen der Wähler und deren Wahlentscheidung. Soziale und persönliche Merkmale sind unter anderem Alter und Geschlecht, Konfession, Bildung, Beruf oder Gewerkschaftsmitgliedschaft. Das heißt, mit der Erstellung von Wahlanalysen wird versucht, den Prozess der politischen Willensbildung der wählenden Bevölkerung anhand bestimmter Spezifikationen

---

<sup>3</sup> „Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?“ Die „Sonntagsfrage“ wird von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. durchgeführt und im ZDF ausgestrahlt sowie in großen Tageszeitungen abgedruckt.

nachzuvollziehen. Denn die Grundfrage bei der Erforschung des Wählerverhaltens lautet: Wer wählt wen und warum?<sup>4</sup>

Die differenzierte Darstellung der Wählerschaft ist zum einen für die Parteien wichtig. Sie können mit dieser Analyse feststellen, in welchen gesellschaftlichen Gruppen sie stärker oder weniger stark akzeptiert werden. Gleichzeitig informieren die Analysen über das politische Verhalten der Wähler. Die genauere Betrachtung der Wählerschaft im Blick auf politische Einstellungen zieht auch die Frage der Wählermotivation nach sich. Denn im Ergebnis beschreiben die Wahlanalysen verschiedene Wählertypen mit differenzierten persönlichen Werten, Einstellungen und politischen Neigungen.

Im Blickpunkt der Analysen steht auch die Fähigkeit der Parteien, ihre Wähler zu mobilisieren. Welche Strategien verfolgen die Parteien und mit welchen politischen Themen gelingt es ihnen, die Wähler an sich zu binden? Welche politischen Führungspersonlichkeiten setzen sie ein, um eine möglichst große Motivation seitens der Bevölkerung zu erlangen? Im besonderen Falle der Europawahl sind diese Aspekte von großer Bedeutung, da gerade hier viele Wähler geneigt sind, aus Unmut über die heimische Politik und aus Protest Parteien an den Rändern des Parteienspektrums ihre Stimme zu geben. Die Wahlanalyse hinterfragt hier, welche Gesellschaftsschichten mit welchen Motiven zur Wahl gehen.

### **3.1.2 Sonderfall: Wahlenthaltung**

Wahlanalysen geben ein detailliertes Bild über die Beweggründe und Motivation der Wähler ab, warum sie welcher Partei ihre Stimme geben, die Nichtwähler werden hier jedoch nicht berücksichtigt. Lange Zeit bewegte sich die Wahlbeteiligung bei Wahlen in Deutschland auf einem hohen Niveau. Studien, die über die Motivation der Nichtwähler berichten, sind deshalb eher selten.<sup>5</sup> Gründe für eine geringe Wahlbeteiligung können der zunehmende Individualisierungsprozess und die damit verbundene Abnahme der Verhaltenserwartungen anderer sowie der geringeren sozialen Kontrolle in der Gesellschaft sein. Ein weiterer Grund für die vor allem bei Europawahlen immer größer werdende Gruppe der Nichtwähler ist die rückläufige langfristige Parteienbindung der Wähler. Für Individuen mit einer starken

---

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch: Roth: „Empirische Wahlforschung“ (1998)

<sup>5</sup> vgl. Radtke: „Stimmenenthaltung bei politischen Wahlen...“ (1972); Lavies: „Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens“ (1973)

Parteienbindung ist die Wahrscheinlichkeit, an einer Wahl teilzunehmen, wesentlich höher als für Individuen ohne diese Bindung.<sup>6</sup> Im Zuge der rückläufigen Parteienbindung lässt auch die Akzeptanz der Wahlnorm, Wählen als Bürgerpflicht zu sehen, nach. Immer mehr entscheiden kurzfristige Faktoren und einzelne Ereignisse, ob die Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen oder nicht. Die wachsende Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern trägt ebenfalls wesentlich zu der steigenden Zahl der Nichtwähler bei.<sup>7</sup>

Allgemeine Aussagen über die Bedeutung der Wahlbeteiligung sind nur schwer möglich. Eine geringe Wahlbeteiligung kann bedeuten, dass die Bevölkerung mit dem bestehenden System zufrieden ist und mit ihrer Stimmenthaltung bekunden will, dass eine Änderung des politischen Kurses nicht notwendig ist. Eine hohe Zahl an Wahlenthaltungen kann andererseits bedeuten, dass das Interesse für die gegenwärtige Politik nicht so hoch ist, als dass die Motivation ausreichen würde, sich an der Wahl zu beteiligen.

Umgekehrt kann eine hohe Wahlbeteiligung zustande kommen, weil viele Bürger mit dem bestehenden politischen System unzufrieden sind und eine Veränderung wünschen und dazu aktiv beitragen. Eine hohe Wahlbeteiligung kann aber auch umgekehrt eine Bekundung der Zustimmung zum gegenwärtigen System bedeuten.

Das heißt, eine niedrige Wahlbeteiligung bedeutet nicht zwangsläufig Desinteresse oder Unzufriedenheit. Umgekehrt muss eine hohe Wahlbeteiligung aber auch keine große Zufriedenheit mit dem aktuellen System widerspiegeln.<sup>8</sup>

Es gilt nun, die Motivation der Wähler bei den Europawahlen 1994 und 1999 mit Hilfe der Wahlanalysen herauszufinden und nach Gründen für das Wahlverhalten zu suchen. Die Wahlanalysen differenzieren zwar die Wählerstruktur nach Alter, Geschlecht, Beruf oder Konfession etc.. Was sie nicht erklären können ist, warum die Wahlbeteiligung bei Europawahlen so gering ist und was die Nichtwähler dazu bewegt, sich ihrer Stimme zu enthalten. Denn eine Wahlanalyse berücksichtigt die Wähler, nicht aber den Teil der wahlberechtigten Bevölkerung, der am Wahlsonntag die Stimme nicht abgegeben hat.

---

<sup>6</sup> vgl. Kleinhenz: „Der Nichtwähler“ (1995), S. 142;

<sup>7</sup> vgl. Feist: „Die Macht der Nichtwähler“ (1994); Hoffmann-Jaberg/Roth: „Die Nichtwähler“ (1994), S. 132-139

<sup>8</sup> Siehe hierzu: Bürklin/Klein: „Wahlen und Wählerverhalten“ (1998). Die Autoren bieten einen strukturierten Überblick über den derzeitigen Forschungsstand der empirischen Wahlforschung.

### 3.2 Medienanalyse

Woran liegt es also, dass die Motivation, sich an der Europawahl aktiv zu beteiligen, so gering ist? Diese Frage lässt sich – wie dargestellt – mit Hilfe einer Auswertung der Wahlanalysen nur teilweise beantworten. Wahlanalysen geben zum einen keinen Aufschluss über die Motivationslagen der Nichtwähler, zum anderen erlauben sie keinen Einblick in die subjektiven Beweggründe, die der Wahlentscheidung der Wähler zugrunde liegen. Um eine umfassendere Antwort auf die Frage der geringen Wahlbeteiligung geben zu können, ist es demnach notwendig, sich diesen subjektiven Komponenten des Wählerverhaltens zu nähern. Da aussagekräftige Befragungen der Wähler zu den Beweggründen ihrer Wahlentscheidung nicht vorliegen und praktisch auch nur sehr schwierig durchführbar wären, muss versucht werden, die Motive und Beweggründe der Bevölkerung mittelbar erkennbar zu machen. Hierzu bietet sich die Erstellung einer Medienanalyse hinsichtlich der Berichterstattung über das Thema der Europawahlen an. Mit Hilfe einer Medienanalyse, mit der die Berichterstattung verschiedener Printmedien im Vorfeld der Wahlen und kurz nach den Wahlen analysiert wird, soll nachvollzogen werden, wie Meinungsbilder bei den Wahlberechtigten durch die Medienberichterstattung geschaffen werden können und wie insbesondere auch ihr Meinungsbild bezüglich des Europäischen Parlaments und der Europawahl durch die mediale Berichterstattung beeinflusst wird. Denn der Tenor der Politikberichterstattung beeinflusst die Wahrnehmung des politischen Geschehens bei der Bevölkerung in besonderem Maße. Die Politiker und das politische System werden umso skeptischer betrachtet, je pessimistischer die Politikberichterstattung ist.<sup>9</sup> Wird also eher in negativer Grundstimmung über ein Thema berichtet, könnte dies auch eine Ursache der Wahlmüdigkeit der Bevölkerung bei Europawahlen sein, sofern man einen Zusammenhang von Wahlmüdigkeit und Medienberichterstattung zugrunde legt. Stellt man sich die Frage, ob Massenmedien politische Macht besitzen, könnte man wie Winfried Schulz folgende These aufstellen: „Entscheidend ist weniger, ob die Medien tatsächlich Macht haben; entscheidend ist vielmehr, ob allgemein angenommen wird, daß die Medien Macht haben. Wenn das der Fall ist, verhalten sich alle so, als hätten die Medien politische Macht. Und das ist in seinen Folgen gleichbedeutend mit tatsächlicher Macht der Massenmedien.“<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Kepplinger: „Zeitungsberichterstattung im Wandel“ (1999), S.195-210

<sup>10</sup> Schulz: „Politische Kommunikation“ (1997), S. 46

Zusammen mit den aus dem ersten Teil der Arbeit gewonnenen empirischen Erkenntnissen über die objektive Verhaltensstruktur der Wähler soll das subjektive Wählerverhalten bei Europawahlen mit Hilfe der Medienanalyse, insbesondere bei politisch interessierten Gesellschaftsmitgliedern, untersucht werden. Es soll also ein Erklärungsmuster für das geringe Interesse der wahlberechtigten Bevölkerung mit Hilfe der Analyse eines Ausschnittes der deutschen Printmedien erörtert werden.

### **3.2.1 Einfluss der Massenmedien auf die Politikvermittlung**

Es wird davon ausgegangen, dass Massenmedien einen großen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung ausüben. „Der politische Nutzen der medialen Information wird von den Lesern, Hörern und Zuschauern als relativ hoch eingeschätzt. Bei einer vergleichenden Untersuchung zur Europawahl 1989 nannten die Wähler in neun von zehn Ländern auf die Frage nach den für ihre Meinungsbildung wichtigsten Informationsquellen an erster Stelle das Fernsehen und an zweiter Stelle die Presse“<sup>11</sup>. Für die Politikvermittlung sind Printmedien vor allem wegen ihrer Erscheinungshäufigkeit und ihrer Reichweite ein einflussreiches und meinungsbildendes Basismedium. Deshalb bietet sich eine Medienanalyse an, um herauszufinden, welche Informationen der Leserschaft von Tageszeitungen und Magazinen über das Europäische Parlament und die Europawahl in einem bestimmten Zeitraum zugänglich sind.

Die öffentliche Meinung besteht daneben auch aus einer Vielzahl von Einzelmeinungen. Zwei Quellen sind für die Bildung dieser Meinungen hauptsächlich verantwortlich. Die Erfahrungen jedes Einzelnen und die Erfahrungen des Kollektivs.<sup>12</sup> Die kollektiven Erfahrungen werden hauptsächlich durch Medienberichte vermittelt. Ein großer Teil der sozialen Realität existiert für die Bevölkerung also erst durch die Berichterstattung in den Massenmedien. Im Ergebnis stellt sich die öffentliche Meinung folglich als Zusammenspiel zweier Elemente dar. Auf der einen Seite wird durch die Medienberichterstattung eine veröffentlichte Meinung kommuniziert, die in der Bevölkerung meinungsbildend wirkt. Auf der anderen Seite gibt die Medienberichterstattung ihrerseits Stimmungen und Meinungsbilder, die in der Bevölkerung bestehen, wieder. Es findet also zwischen

---

<sup>11</sup> Schulz: „Politische Kommunikation“ (1997), S. 18/19

<sup>12</sup> Noelle-Neumann: „Öffentliche Meinung“ (1996), S. 224ff

veröffentlichter Meinung und Bevölkerungsmeinung ein ständiger Informationsaustausch statt, der im Ergebnis die öffentliche Meinung bildet.<sup>13</sup>

Als Informationsquelle für die Bevölkerung nehmen die Tageszeitungen einen wichtigen Platz ein. Tageszeitungen und Zeitschriften werden gelesen, weil sie detaillierte, tagesaktuelle Informationen bieten, die den Rezipienten über das aktuelle politische Geschehen informieren, Hintergründe liefern und somit Denkanstöße geben können. Nach der Studie „Medien im Tagesablauf 2002“ werden Tageszeitungen rund 20 Minuten am Tag gelesen, Zeitschriften 11 Minuten. Im Vergleich zum Fernsehen (150 Minuten) fällt die Nutzung der Printmedien eher gering aus.<sup>14</sup> Diese Nutzung gewinnt aber an Bedeutung, sobald man die Nutzungsgründe mit einbezieht. Die Rezeption von Printmedien erfolgt hauptsächlich, um politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Informationen zu erhalten, während Fernsehen primär zur Unterhaltung genutzt wird und um sich schnell über aktuelle Nachrichten zu informieren. Auch der Hörfunk bietet eine eher kurze, knappe und aktuelle Information, eine so genannte Erstinformation der Rezipienten.

Politikvermittlung erfolgt also vor allem durch die Printmedien. Sie können durch Kriterien wie Aktualität, Inhalt, Art der Berichterstattung, Erscheinungsform und Verbreitungsform differenziert werden. Bestimmt wird der Beitrag der Printmedien zur Politikvermittlung durch die Reichweite des Mediums und durch die Informationsnutzung der Rezipienten. Für die Politikvermittlung besonders relevante Medien sind dabei die überregionalen Qualitätszeitungen, regionale Abonnementszeitungen, Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine. Das Angebot der genannten Printmedien erreicht nach Jarren und Donges vor allem die „aktive Öffentlichkeit der Gesellschaft“ und die Angehörigen der Eliten.<sup>15</sup> Gerade die ideologisch-politisch orientierten Gesellschaftsmitglieder finden sich in der Leserschaft der überregionalen Qualitätszeitungen, der Wochenzeitungen und der politischen Magazine. Diese Leserschaft strukturiert und beeinflusst somit politische Akteure, da diese sich mit ihrer politischen Pressearbeit auf die ihnen nahe stehenden Printmedien konzentrieren.<sup>16</sup>

---

<sup>13</sup> Siehe hierzu auch: Noelle-Neumann: „Öffentliche Meinung“ (1996), S. 228ff

<sup>14</sup> „MiT-Studie“: [http://www.ipm.ch/downloads/studie\\_MiT\\_2002.pdf](http://www.ipm.ch/downloads/studie_MiT_2002.pdf), S.41

<sup>15</sup> Die Ausnahme bilden die regionalen Abonnementzeitungen. Sie werden von einem Großteil der Bevölkerung gelesen, nicht ausschließlich von dem genannten Personenkreis

<sup>16</sup> Jarren/Donges: „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“ Band 2, S. 199-200

Printmedien haben außerdem den Vorteil, dass die Schriftform vom Rezipienten nachhaltiger aufgenommen wird als Informationen aus Fernsehen und Hörfunk. Das liegt vor allem daran, dass Printmedien durch die gedruckte Sprache eine distanzierte und kritische Wahrnehmung des Rezipienten und somit ein rationales Begreifen gestattet. Komplexe Sachverhalte können so vom Rezipienten umfassender aufgenommen und verarbeitet werden. Das Gedächtnis der Leser kann sich so besser an die Sachverhalte erinnern. Deshalb werden Zeitungen und Zeitschriften auch als Speichermedium bezeichnet.

Printmedien unterscheiden sich also hinsichtlich der Informationspräsentation von anderen Medien. Während bei Hörfunk und Fernsehen die Nachrichteninhalte einmalig, hintereinander präsentiert werden, werden Nachrichten in Printmedien räumlich nebeneinander dargestellt. Im Gegensatz zu Fernsehen und Hörfunk kann ein Rezipient auch entscheiden, wann und wo er liest und in welcher Geschwindigkeit.<sup>17</sup> Durch die optische Beeinflussung des Lesers wird seine Aufmerksamkeit gelenkt. Die Aufmachung und Platzierung sowie die Überschrift und der Umfang des Textes entscheiden mit, welcher Inhalt die größere Aufmerksamkeit des Rezipienten bekommt. Im Gegensatz zu Fernsehen, Hörfunk und Onlinenachrichten sind Printmedien zwar nicht so aktuell, bieten aber eine tiefgründigere Bearbeitung der Themen, auch durch Kommentare und Hintergründe. Das heißt, der Schwerpunkt von Fernseh-, Hörfunk- und Onlineberichterstattung liegt eher in der Erstberichterstattung, während Zeitungen und Zeitschriften den Kern ihrer Berichterstattung im Vermitteln der Hintergründe sehen. Printmedien haben zudem den Vorteil, dass sie wiederholt und an verschiedenen Orten gelesen werden können. Sie können auch vervielfältigt und archiviert werden.<sup>18</sup> Nicht nur deshalb ist die Informationskapazität der Printmedien größer als die transportierten Informationen bei Fernsehen und Hörfunk.

Ein herausragendes Medium für die politische Berichterstattung sind die überregionalen Qualitätszeitungen. Sie decken das politische Spektrum vom rechten bis zum linken Parteienrand ab, da sie zumeist mit einer Partei, Politikrichtung oder mit bestimmten Politikern sympathisieren und so durch ihre Berichterstattung das Meinungsbild der Rezipienten maßgeblich beeinflussen. Das ist den politischen Akteuren, aber auch den Rezipienten bekannt. Besonderes Gewicht erhalten deshalb Veränderungen in der

---

<sup>17</sup> Wilke: „Politikvermittlung durch Printmedien“ (1998), S. 149-151

<sup>18</sup> Ein Beispiel hierfür sind auch die „Pressespiegel“ die in Unternehmen und politischen Institutionen erstellt werden.

Berichterstattung. Mittlerweile hat sich nämlich die Bindung der Tagespresse an politische Parteien immer mehr gelöst. Im Wandel der Zeit werden eher politische Richtungen und einzelne Politiker von der Presse unterstützt.<sup>19</sup>

Die Massenmedien entkoppelten sich im Laufe der Zeit von den gesellschaftlichen Organisationen, die sie zuvor trugen. Durch ihre nun stärkere ökonomische Ausrichtung haben sie sich in dem intermediären System von Parteien, Vereinen, Verbänden, Organisationen und neuer sozialer Bewegungen emanzipiert. Durch den Wandel von Medien und Gesellschaft stehen Medien heutzutage nicht mehr neben den Akteuren. Sie nehmen eine Vermittlerposition von politischen Akteuren und Bevölkerung ein, werden so zur Voraussetzung von Politikvermittlung. In der Forschung werden sie weiterführend auch als eigenständige politische Akteure bezeichnet.<sup>20</sup>

Die Hälfte der Bundesbürger liest regelmäßig Zeitungen. Die Tageszeitungen erreichen pro Tag 51 Millionen Leser. Regionale Abonnementzeitungen erzielen hier mit 71,2 Prozent die größte Reichweite. Die überregionalen Abonnementzeitungen lesen sechs Prozent der Bevölkerung. Zunächst erscheint diese Zahl verhältnismäßig niedrig. Diese überregionalen Qualitätszeitungen erreichen jedoch überdurchschnittlich gebildete Leser. Das belegte schon die Studie „The People's Choice“ von Lazarsfeld 1944.<sup>21</sup> Aber auch die neuere Forschung belegt, dass Meinungsführer Medieninhalte in überdurchschnittlichem Maße nutzen.<sup>22</sup> Sie werden von den Führungspersonlichkeiten in Wirtschaft und Politik gelesen, die in ihren Funktionen wiederum meinungsbildenden Einfluss ausüben. 1997 hatte die *FAZ* unter den Führungskräften in Wirtschaft und Verwaltung und bei den Selbstständigen nach Angaben der „Leseranalyse Entscheidungsträger“ (LAE) mit 12,3 Prozent die größte Ausbreitung. Mit 10,4 Prozent folgt die *Süddeutsche Zeitung*. Auch die Nachrichtenmagazine erreichen viele Bürger. Der *Focus* erreicht 8,3 Prozent der Bevölkerung, der *Spiegel* sogar 9,2 Prozent. Beide Magazine haben einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Lesern die eine führende Position inne haben. Der *Spiegel* wird von 28,4 Prozent dieser Gruppe gelesen, der *Focus* von 26,1 Prozent. Folglich sind die Inhalte dieser Printmedien für die Meinungsbildung dieser

---

<sup>19</sup> Vergleiche hierzu: Jarren/Donges: „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“ Band 2, S. 198-206

<sup>20</sup> Brettschneider: „Wahlen in der Mediengesellschaft“; in: Alemann/Marschall: „Parteien in der Mediendemokratie“ (2002), S. 57ff

<sup>21</sup> Lazarsfeld/Berelson/Gaudet: „The People's Choice“ (1944)

<sup>22</sup> Schenk: „Die ego-zentrierten Netzwerke von Meinungsbildern“ (1993)



Bevölkerungsgruppe von überragender Bedeutung. Entsprechend ihrer Rezipienten und Reichweite ergibt sich, welchen Stellenwert diese Zeitungen und Zeitschriften in dem publizistischen System einnehmen. Durch ihre Berichterstattung tragen Printmedien also wesentlich zur Meinungsbildung der Bevölkerung bei.<sup>23</sup>

Der Einfluss der Massenmedien zeigt auch unmittelbare Relevanz für politische Entscheidungen. Eine Umfrage unter Parlamentariern des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente ergab, dass sich die Parlamentarier eher als „Beeinflusste“, nicht so sehr als „Beeinflussende“ sehen. Maßgeblich seien hier die überregionalen Medien und die Lokalzeitungen. Der Medieneinfluss sei zudem weit stärker als der von Verbänden oder Bürgern. Überregionale Tageszeitungen werden von Abgeordneten pro Tag durchschnittlich 75 Minuten gelesen. Die am meisten beachtete Zeitung ist die *Frankfurter Allgemeine*, gefolgt von der *Süddeutschen Zeitung*.<sup>24</sup> Somit sind Tageszeitungen nicht nur für die politisch interessierte Öffentlichkeit eine der wichtigsten Informationsquellen, sondern auch für Politiker selbst, wodurch der Informationsaustausch von Medien, Politikern und Bevölkerung gewährleistet wird. „Der Anteil der Massenmedien an der politischen Kommunikation lässt sich zwar nicht quantifizieren. Aber eine Vielzahl verschiedenartiger Befunde deutet darauf hin, daß er sehr groß ist und daß er noch weiter zunimmt.“ So Schulz über den Einfluss der Massenmedien auf die politische Kommunikation.<sup>25</sup>

### 3.2.2 Zielsetzung, Möglichkeiten und Grenzen der Medienanalyse

Eine Medienanalyse kann einen Überblick verschaffen über die Art, die Häufigkeit, die Dauer, die Themenschwerpunkte und die Zielrichtung der Berichterstattung in den zugrunde gelegten Printmedien. Auf diese Weise kann ein Gesamtbild über die zu einem konkreten Themenkomplex veröffentlichten Artikel und damit der öffentlichen Meinung skizziert werden. Ausgehend von dieser Darstellung ermöglicht die Medienanalyse in dieser Arbeit unter Einbeziehung der Wahlanalyse im ersten Teil eine gewisse Einschätzung, in welche Richtung die Meinungsbildung der Rezipienten der untersuchten Printmedien, im Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament, beeinflusst wird.

---

<sup>23</sup> Wilke: „Politikvermittlung durch Printmedien“, S. 146-164

<sup>24</sup> in Schulz: „Politische Kommunikation“ (1997), S. 22

<sup>25</sup> in Schulz: „Politische Kommunikation“ (1997), S. 23

Eine Medienanalyse kann somit anhand einer Übersicht über Art und Umfang der Berichterstattung mit gewisser Wahrscheinlichkeit die Aufnahme der vermittelten Informationen durch bestimmte Bevölkerungsgruppen und damit deren politische Realität sichtbar machen. Mittelbar kann sie eine mögliche Beeinflussung der Meinungsbildung bei den Rezipienten aufzeigen. Aus der dargestellten Herangehensweise ergibt sich auf der anderen Seite aber auch, dass, da empirisch nachprüfbar, alleine die Art und Häufigkeit der Berichterstattung mit Hilfe einer Medienanalyse genau erfasst werden kann. Die Aussagen über die Beeinflussung der Meinungsbildung der Rezipienten und daran anknüpfend deren Wählerverhalten kann nicht im Sinne einer empirisch nachweisbaren Kausalität getroffen werden.

Die in dieser Arbeit entwickelte Medienanalyse soll keine vollständige Analyse aller in Deutschland erscheinenden Printmedien, die Artikel zu der Europawahl oder zum Europäischen Parlament veröffentlicht haben, darstellen. Vielmehr soll die Analyse einen subjektiven Gegenpol zu der empirischen Aufbereitung der Europawahl bilden und Gründe für die immer größer werdende Wahlenthaltung der Bevölkerung erörtern, denn dies sind Wahlanalysen nicht im Stande zu leisten. Es soll dargestellt werden, wie die ausgewählten Printmedien berichten und welchen Einfluss sie möglicherweise auf die subjektive Wählerentscheidung nehmen können. Denn inwiefern die ausgewählten Printmedien tatsächlich meinungsbildend auf die Bevölkerung wirken, kann nicht mit letzter Genauigkeit nachgewiesen werden. Da die in dieser Arbeit untersuchten Printmedien bundesweit mit einer hohen Auflage erscheinen, kann jedoch unterstellt werden, dass zumindest die beabsichtigte Richtung der Berichterstattung bei den Rezipienten nicht ohne Wirkung bleibt.<sup>26</sup>

Zu berücksichtigen ist, dass die Medienanalyse in dieser Arbeit einen Ausschnitt der deutschen Printmedien, die wiederum nur einen Teil der Bevölkerung erreicht, untersucht. Inwieweit die angebotene Information von den Rezipienten dieser Printmedien aufgenommen und verarbeitet wird, kann wissenschaftlich nicht hinreichend verifiziert werden. Die Medienanalyse kann ferner keinen hinreichenden Nachweis darüber geben, in welcher Art und Weise die von den untersuchten Printmedien angebotene Information tatsächlich maßgeblich die Wahlentscheidung der Rezipienten bei der Europawahl beeinflusst.

---

<sup>26</sup> Walter: „Die Darstellung der Europäischen Integrationspolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl in ausgewählten deutschen Printmedien“ (2001), S. 33

Die in dieser Arbeit untersuchten Printmedien stellen einen Ausschnitt der angebotenen politischen Information der Massenmedien dar. Somit beziehen sich Erklärungsversuche über die immer größer werdende Wahlenthaltung bei Europawahlen auf die in dieser Arbeit verwendeten Printmedien. Zu beachten ist jedoch, dass außerhalb dieser ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften weitere mediale Quellen für politische Information existieren. So informieren sich Bürger durch das Fernsehen oder den Hörfunk über politische Ereignisse. Eine weitere Quelle für aktuelle Informationen stellt das Internet dar.

In der gesamten Arbeit wird ausschließlich die Europawahl in Deutschland betrachtet. Denn die Wahl wird in allen Mitgliedsstaaten separat durchgeführt und auch der Wahlkampf findet auf nationaler Ebene statt. Somit herrschen nationale Inhalte vor und Themen aus anderen Mitgliedsländern stehen im Hintergrund. Aus diesen Gründen werden nur Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt, die in der Bundesrepublik Deutschland erscheinen. Es handelt sich hier um die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit*, *Der Spiegel* und den *Focus*. Diese Zeitungen und Zeitschriften wurden ausgewählt, da sie bekannt sind für inhaltlich hochwertige und informative Berichterstattung und weil sie das politische Spektrum von links nach rechts abdecken. Sie werden vorzugsweise von gebildeteren Bevölkerungsschichten gelesen. Es wird angenommen, dass der soziale Status eines Rezipienten maßgeblich zu der qualitativen Themenaufbereitung beiträgt. Die hier entwickelte Analyse soll nicht die gesamte Medienresonanz widerspiegeln, sondern soll zeigen, wie überregionale Qualitätszeitungen und Zeitschriften in Deutschland das Thema Europawahl aufarbeiten und wie die Rezipienten dadurch in ihrer Meinungsbildung beeinflusst werden können. Aus diesen Gründen bildet diese Auswahl an Printmedien keinen repräsentativen Querschnitt der Printmedien zu diesem Themenkomplex.

### 3.2.3 Strukturierung der Analyse

Um die Medienanalyse nach für das Wahlverhalten der Bevölkerung relevanten Kriterien zu strukturieren, wurden die im Untersuchungszeitraum veröffentlichten Artikel auf ihre inhaltliche Beschäftigung mit verschiedenen Themenschwerpunkten im Zusammenhang mit den Europawahlen und dem Europäischen Parlament untersucht. Die wesentlichen inhaltlichen Themenschwerpunkte die mit der Fragestellung in dieser Arbeit verfolgt werden sind: Die Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahlen, die Akzeptanz

des Europäischen Parlaments und der Europawahlen und das Wählerverhalten bei Europawahlen. Die analysierten Artikel wurden somit daraufhin untersucht, inwieweit sie sich inhaltlich mit einem oder mehreren der bezeichneten Themenkomplexe beschäftigen. Ziel dieser Vorgehensweise ist es herauszuarbeiten, welche Informationen den Rezipienten im Untersuchungszeitraum hinsichtlich dieser, für die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments und der Europawahlen in der Öffentlichkeit wesentlichen Kriterien, zugänglich sind.

#### **4. Ableitungen und Konsequenzen aus der Wahl- und Medienanalyse**

Anhand der durch die Wahl- und Medienanalyse gewonnenen Erkenntnisse soll schließlich versucht werden, Schlussfolgerungen über die Bedingungen und Gründe für das Wahlverhalten der Bevölkerung bei Europawahlen zu ziehen. Darüber hinaus sollen einige Überlegungen über die Auswirkungen des Wahlverhaltens der Bevölkerung auf den Prozess der politischen Partizipation auf europäischer Ebene angestellt werden. Nicht zuletzt ergeben sich aus der geringen Wahlbeteiligung Konsequenzen für die demokratische Willensbildung und Legitimation in Europa.

Die Auswertung der Wahl- und Medienanalysen soll abschließend in die Entwicklung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Verbesserung des politischen Willensbildungsprozesses in Europa insgesamt einmünden.

## **II. Europawahlanalyse 1994 und 1999**

### **1. Fragestellung**

Um Beweggründe und Motivation der Wähler herauszuarbeiten, ist es notwendig, zuerst ein objektives Bild der Wahlsituation bei Europawahlen zu schaffen. Mit der Gegenüberstellung der verschiedenen Analysen sollen der „Ist-Zustand“ bei den Europawahlen ermittelt und Unterschiede und Gemeinsamkeiten der hier zu vergleichenden Europawahlen herausgearbeitet werden. Zentrale Fragestellungen sind: Wer hat wen gewählt und wie viele der wahlberechtigten Bürger sind tatsächlich zur Wahl gegangen? Wie setzen sich Wählerstrukturen zusammen? Haben die Wähler beim Urnengang europapolitische Gesichtspunkte im Blick oder zählen eher bundespolitische Themen? Sind Unterschiede zu nationalen Wahlen erkennbar und wird die Wahl dazu benutzt, um den Politikern „daheim“ einen Denkkzettel zu verpassen? Um in der Folge die mögliche Beeinflussung und Prägung der Wähler durch mediale Berichterstattung mittels einer Medienanalyse sichtbar zu machen, ist es wichtig, zuerst eine fundierte wissenschaftliche Grundlage - hier mit Hilfe der empirischen Wahlforschung - zu schaffen.

Es soll daher erörtert werden, wie sich die Wählerstruktur bei Europawahlen zusammensetzt und welchen Stellenwert das Thema Europawahl/Europäisches Parlament in der Bevölkerung einnimmt. Es soll dargestellt werden, welche Bevölkerungsschichten aus welchen Gründen zur Wahl gehen. Was verbinden die Bürger mit Europa und welche Hoffnungen und Ängste folgen aus ihrem Bild von Europa und dem Europäischen Parlament.

Es geht letztlich darum, die Wahrnehmung des Parlaments durch die Wähler herauszuarbeiten. Der Stellenwert, den das Europäische Parlament im subjektiven Bewusstsein der Bevölkerung hat, beeinflusst maßgeblich die Entscheidung der wahlberechtigten Bürger, zur Wahl zu gehen und, wenn ja, welche Wahlentscheidung sie treffen.

## 1.1 Die zugrunde gelegten Wahlanalysen

Um die Europawahlen 1994 und 1999 empirisch aufzuarbeiten, wurden aus dem Jahr 1994<sup>27</sup> drei und aus dem Jahr 1999<sup>28</sup> vier Wahlanalysen ausgewählt und ihre Ergebnisse verglichen:

In den Analysen des *Statistischen Bundesamtes* auf Grundlage einer repräsentativen Wahlstatistik werden „die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung sowie das Wählervotum (bei Europawahlen für Bundes- und Landeslisten) nach Alter und Geschlecht der Wähler in ausgewählten Wahlbezirken untersucht“<sup>29</sup>. Um die Stimmzettel zu unterscheiden, mussten die Wähler Zusatzfragen auf dem Stimmzettel beantworten. Es handelt sich hier um die Unterscheidung nach Geschlecht und Geburtsjahrgruppe.<sup>30</sup>

Aus der Gruppe der Meinungsforschungsinstitute wurden die Analysen der *Forschungsgruppe Wahlen* e.V. für die Jahre 1994 und 1999 sowie von *Infratest dimap* für das Jahr 1999 ausgesucht. *Infratest dimap* stellt seit 1965 Analysen und Hochrechnungen für die ARD bereit, bis 1996 jedoch unter dem Namen „Infas - Institut für angewandte Sozialforschung“. Für die Europawahl 1994 wurde die Fernsehanalyse zwar von *Infas* erhoben, wegen der Umbruchphase und Umwandlung des Instituts in *Infratest dimap* jedoch nicht verschriftlicht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es existiert für das Jahr 1994 also keine schriftliche Analyse von *Infas* beziehungsweise von *Infratest dimap*. Deshalb konnten die Ergebnisse der Analyse 1994 nicht in die Untersuchungen mit einbezogen werden. Die *Forschungsgruppe Wahlen* e.V. wurde 1974 gegründet und ist seit dieser Zeit für den wissenschaftlichen Teil der Landtags-, Bundestags- und seit 1979 der Europawahlen im ZDF verantwortlich. Seit 1977 erhebt sie die Daten für das Politbarometer, welches eine große Akzeptanz in Politik, Wirtschaft und in der Öffentlichkeit hat.

Die vierte Analyse, die hier für beide Wahljahre berücksichtigt wurde, ist die der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Ergebnisse dieser Analyse sind deshalb zu Vergleichszwecken von besonderem Interesse, da die Stiftung selbst nicht parteineutral ist, sondern der CDU nahe steht.

---

<sup>27</sup> 1994 werden die Analysen des Statistischen Bundesamtes, der Forschungsgruppe Wahlen e.V. und der Konrad Adenauer Stiftung verglichen und analysiert.

<sup>28</sup> 1999 kommt zu den 1994 untersuchten Analysen die von Infratest dimap dazu.

<sup>29</sup> Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1999; Seite 18

<sup>30</sup> Ein Muster eines Stimmzettels ist abgebildet in: Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1999; Seite 24-25

In dieser Studie werden nur die Europawahlen 1994 und 1999 an sich berücksichtigt. Die Kandidatenauswahl für die Bundes- und Landeslisten sowie die Themen der Wahlkampagnen wurden außer acht gelassen.

## 1.2 Aufbau der Analysen

Die ausgewählten Analysen werden im ersten Teil der Arbeit ausgewertet und die Ergebnisse verifiziert. Es soll ein möglichst breites Bild der Wahlsituation geschaffen werden. Eventuelle statistische Abweichungen können durch die Bewertung mehrerer Analysen aufgezeigt und ausgeglichen in ein Verhältnis zu den anderen Analysen gesetzt werden. Die Auswahl begründet sich wie folgt:

Die Analyse des *Statistischen Bundesamtes* ist die offizielle Analyse, die vom Bundeswahlleiter zur Verfügung gestellt wird. Der Vorteil ist hier, dass die Verzerrungen durch die Art der Datenerhebung geringer sind, da die Datenquelle – wie eingangs beschrieben – direkt vom Stimmzettel kommt. Unterschiedliche Angaben der Befragten bei Wahl und Umfrage sind somit ausgeschlossen. Schwerpunkte setzt die Analyse in beiden Wahljahren vor allem bei der Auswertung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht. Hier verdeutlichen zahlreiche Tabellen und Schaubilder die Ergebnisse. Günstig ist auch, dass die Ergebnisse seit der ersten Europawahl 1979 in vielen Tabellen mit aufgeführt und so leicht mit früheren Ergebnissen verglichen werden können.

Im Unterschied zu den anderen Instituten berücksichtigt die *Forschungsgruppe Wahlen* in ihren Analysen ausführlich das Wahlverhalten in Bezug auf eine mögliche Mitgliedschaft der Wähler in Gewerkschaften oder deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession. Gesondert behandelt wird bei der Europawahlanalyse 1999 auch das Ergebnis in den Großstädten Deutschlands.

Als einziges Institut erstellt *Infratest dimap* 1999 eine Wählerwanderungsbilanz. *Infratest dimap* vergleicht in dieser umstrittenen Bilanz außerdem oft die Europawahl 1999 mit der Bundestagswahl, die neun Monate zuvor stattfand. Bezüglich des Aspektes einer „Denkzettel-Wahl“ ist dieser Vergleich nach Meinung des Instituts passender, auch wenn hier eine nationale mit einer europaweiten Wahl verglichen wird.

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* benutzt neben ihren eigenen Schaubildern bei der Europawahlanalyse 1999 einige Diagramme von *Infratest dimap* und der *Forschungsgruppe Wahlen*. Fünf Jahre zuvor übernimmt die Stiftung Daten von EMNID, der *Forschungsgruppe Wahlen* oder von IPOS/USAMA.

Durch die Auswahl von Wahlanalysen verschiedener Institute mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen können Hintergründe für Wahlentscheidungen sowie Rahmenbedingungen der Europawahl genauer analysiert und durch mehrere Quellen belegt werden, sowie Unterschiede zwischen den einzelnen Analysen sichtbar gemacht werden. Die Auswertung wird somit objektiver und die Neigung zu einer einseitigen Sichtweise des Wahlausgangs wird minimiert.

### **Wahlanalyse des Statistischen Bundesamtes**

Das *Statistische Bundesamt* veröffentlichte je fünf Hefte zur Europawahl 1994 und 1999.

Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und

Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise

Heft 2: Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter

Heft 5: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse

Bei Heft 4 handelt es sich um die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 1999. Die Analyse und Kommentierung der Wahlergebnisse beinhaltet Heft 5. Auch im Internet sind die endgültigen Wahlergebnisse der Europawahl in tabellarischer Form auf der Seite des *Statistischen Bundesamtes*<sup>31</sup> veröffentlicht. In dieser Arbeit werden die Auswertungen aus Heft 5 herangezogen. Darin sind die Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland erläutert. Der Bundeswahlleiter stellt seine Unterlagen zur Analyse der Ergebnisse zur Verfügung. Es wird außerdem auf die Ergebnisse der

---

<sup>31</sup> <http://www.bundeswahlleiter.de/euro99/d/t/bun.htm>



repräsentativen Wahlstatistik zurückgegriffen. Bei dieser wird auf Stichprobenbasis die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht sowie die Wahlbeteiligung festgestellt.<sup>32</sup>

### **Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen**

Die Wahlberichte der *Forschungsgruppe Wahlen* e.V. sind aufgeteilt in repräsentative Wahlanalysen, die von dem vorläufigen Wahlergebnis über die Wahlbeteiligung, die Analyse nach Alter und Geschlecht bis hin zu den Stadt-Land-Unterschieden und den Parteihochburgen berichten. Die genauere Untersuchung der Erfolge beziehungsweise der Misserfolge der einzelnen Parteien wird mit einbezogen.

Es folgt in beiden Analysen ein Anhang in drei Abschnitten. In Anhang A werden West- und Ostdeutschland sowie die aktuelle Wahl im Verhältnis zu früheren Wahlen verglichen. Anhang B widmet sich den Stadt- und Landkreisen. Die Ergebnisse der anderen EU-Länder und weitere länderübergreifende Themen finden sich in Anhang C.

### **Wahlanalyse von Infratest dimap**

Der Wahlreport von *Infratest dimap* ist in drei Abschnitte unterteilt.

Im ersten Teil wird die Europawahl in Deutschland vorgestellt. Analysiert werden wahlentscheidende Themen, das Wahlverhalten der Bürger, regionale und strukturelle Aspekte sowie die Wählerwanderungsbilanz und das Wahlergebnis im Vergleich zu früheren Wahlen.

Im zweiten Teil wird über die Europawahl in den übrigen EU-Ländern berichtet und der dritte Teil des Wahlreportes beinhaltet die Analysetabellen der kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

### **Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Der Inhalt dieser Analysen gliedert sich in drei Teile. Vorangestellt ist das Wahlergebnis der Europawahl.

---

<sup>32</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 7

In Teil A wird das Meinungsklima vor der Wahl dargestellt. Es folgt die Darstellung nach Gewinnen und Verlusten von SPD und CDU sowie das Abschneiden der kleineren Parteien und es folgen die soziodemographischen Besonderheiten des Wahlverhaltens.

Teil B beinhaltet das Ergebnis der Aggregatdatenanalyse. Im Anschluss folgt in Teil C das Verzeichnis der Karten und Tabellen.

### **1.3 Wahlforschung: Grenzen und Möglichkeiten**

Welchen Beitrag kann eine statistische Wahlauswertung im Blick auf die verschiedenen Einflüsse auf die individuellen Wählerentscheidungen leisten?

Mit der Erstellung von Wahlanalysen wird versucht, den Prozess der politischen Willensbildung der Wähler zu analysieren. Sie sollen die Wahlentscheidungen offen legen und auf politische Ansichten in der Bevölkerung hinweisen, auch um mögliche Differenzen zwischen den Wählern und den Gewählten in einem frühen Stadium zu erkennen, um möglicherweise einen Richtungswechsel in Politik und Öffentlichkeit auszulösen. Denn „die empirische Wahlforschung deckt nicht nur das Erkenntnisinteresse der Wissenschaft ab, auch die Öffentlichkeit ist interessiert an einer umfassenden Ergebnisdarstellung und möglicherweise auch an einer Analyse der Ergebnisse.“<sup>33</sup> Die Parteien interessieren sich in der Hauptsache für die Analysen, da sie eine „Erfolgskontrolle“ ihrer Arbeit haben möchten und auch um ihre Strategie weiter verbessern zu können.

Eine Wahlanalyse bietet zunächst eine statistische Datenerhebung. Aufgrund der gewonnenen statistischen Ergebnisse ist es also möglich, Rückschlüsse auf das Wahlverhalten zu ziehen. Mit Hilfe einer Wahlanalyse können auch Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen dargestellt werden. Es kann gezeigt werden, wie sich Alter und Geschlecht der Wähler auf die Wahlentscheidung auswirken. Auch kann sie Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich machen. Eine Wahlanalyse kann also ein differenziertes, statistisches Wählerbild schaffen und so die Tendenzen der Wählerschaft hinsichtlich unterschiedlicher politischer Einstellungen, Verhaltensweisen oder Werteorientierung offen legen. Man kann die Wählerschaft dann also nach verschiedenen Werteorientierungen typisieren. Auch die Neigung vieler Wähler, gerade bei der Europawahl

---

<sup>33</sup> Roth: „Empirische Wahlforschung“ (1998), S. 3

aus Unzufriedenheit und Protest eine extreme Partei zu wählen, kann mit einer statistischen Wahlanalyse hinterfragt werden. Eine Wahlanalyse kann aufklären, ob es spezielle Gesellschaftsschichten gibt, bei denen dieses Phänomen häufiger auftritt oder ob Protestwähler aus allen gesellschaftlichen Schichten kommen.

Was die empirische Wahlanalyse nicht kann, ist zu erklären, wie die Wähler zu ihrer Wahlentscheidung kommen, welchen Einflüssen sie vor der Wahl in ihrer Umgebung ausgesetzt sind, welche Informationen sie dann aufnehmen und für sich verwerten und schließlich auch nicht, welche Motivationen hinter der Gruppe der Nichtwähler stehen, die dieses Grundrecht der Demokratie nicht in Anspruch nimmt.

Mit anderen Worten: Mit Hilfe der empirischen Wahlforschung gelingt es nicht unmittelbar, die subjektive Wahrnehmung der Bevölkerung bezüglich des Europäischen Parlaments und der Europawahl zu erklären.

Für die Vorgehensweise in dieser Arbeit hat dies die Auswirkung, dass die Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung und die geringe Wahlmotivation der Bevölkerung nicht ausschließlich anhand der Analysen ermittelt werden können. Die persönliche Einstellung der wahlberechtigten Bürger zum Europäischen Parlament und vor allem die medialen Einflüsse sind dabei wichtige Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. Für die Bevölkerung baut sich im Zuge der Medienberichterstattung eine spezielle Medienwirklichkeit auf, die oft starke Differenzen zur politischen Realität aufweist. Journalisten entscheiden, was in den Medien als Nachricht transportiert wird. Der Rezipient hat also die Aufgabe, die Nachrichten, die in den Medien transportiert werden, zu selektieren, um sich dann ein Meinungsbild zu schaffen. Demnach nehmen die Medien einen großen Einfluss auf die Willensbildung der Bevölkerung. Um nachzuvollziehen, welche Meinungsbilder die Printmedien in den beiden Wahljahren 1994 und 1999 transportiert haben und welchen äußeren Einflüssen die Bevölkerung folglich ausgesetzt war, folgt im Anschluss an die statistische Analyse daher eine Medienanalyse. Nur hierdurch lässt sich ein annähernd vollständiges Bild zeichnen, will man versuchen, das Wählerverhalten bei Europawahlen nachzuvollziehen. Erst das Zusammenwirken der statistischen Wahlanalyse mit einer hierauf abgestimmten Medienanalyse erlaubt es, einen fundierten Erklärungsversuch hinsichtlich der spezifischen Motivationslagen der Bevölkerung

mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament und – daraus folgend – des konkret festgestellten Wahlverhaltens zu entwickeln.

## 2. Ergebnisse, Unterschiede, Gemeinsamkeiten

### 2.1 Wahlergebnis<sup>34</sup>

<b>Wahlergebnis der Europawahlen 1994 und 1999 in der Bundesrepublik Deutschland</b>					
<b>Gegenstand der Nachweisung</b>	<b>Stimmen 1999</b>		<b>Stimmen 1994</b>		<b>Veränderung zu 1994 in %-Punkten</b>
	<b>Anzahl</b>	<b>%</b>	<b>Anzahl</b>	<b>%</b>	
<b>Wahlberechtigte</b>	60 786 904	x	60 473 927	x	x
<b>Wählerinnen und Wähler</b>	27 468 932	x	36 295 529	x	x
<b>Wahlbeteiligung</b>	x	45,2	x	60,0	-14,8
<b>Ungültige</b>	409 659	1,5	884 115	2,4	x
<b>Gültige Stimmen</b>	27 059 273	98,5	35 411 414	97,6	x
<b>SPD</b>	8 307 085	30,7	11 389 697	32,2	-1,5
<b>CDU</b>	10 628 224	39,3	11 346 073	32,0	+7,3
<b>GRÜNE</b>	1 741 494	6,4	3 563 268	10,1	-3,7
<b>CSU</b>	2 540 007	9,4	2 393 374	6,8	+2,6
<b>PDS</b>	1 567 745	5,8	1 670 316	4,7	+1,1
<b>F.D.P.</b>	820 371	3,0	1 442 857	4,1	-1,1
<b>REP</b>	461 038	1,7	1 387 070	3,9	-2,2
<b>GRAUE</b>	112 142	0,4	275 866	0,8	-0,4
<b>Ödp</b>	100 048	0,4	273 776	0,8	-0,4
<b>APD</b>	97 984	0,4	231 265	0,7	-0,3
<b>PASS</b>	71 430	0,3	127 104	0,4	-0,1
<b>BP</b>	14 950	0,1	110 778	0,3	-0,2
<b>PBC</b>	68 732	0,3	93 210	0,3	0,0
<b>NATURGESETZ</b>	38 139	0,1	92 031	0,3	-0,2
<b>NPD</b>	107 662	0,4	77 227	0,2	+0,2
<b>CM</b>	30 746	0,1	66 766	0,2	-0,1
<b>BüSo</b>	9 431	0,0	23 851	0,1	-0,1
<b>FAMILIE</b>	4 117	0,0	2 781	0,0	0,0
<b>ASP</b>	34 029	0,1	0	0,0	+0,1
<b>ZENTRUM</b>	7 080	0,0	0	0,0	0,0
<b>DIE FRAUEN</b>	100 128	0,4	0	0,0	+0,4
<b>HP</b>	11 505	0,0	0	0,0	0,0
<b>Tierschutz</b>	185 186	0,7	0	0,0	+0,7
<b>Übrige</b>	0	0,0	844 104	2,4	-2,4

Quelle: Internetseite Statistisches Bundesamt

<sup>34</sup> Quelle der Tabelle: <http://www.bundeswahlleiter.de/euro99/d/t/bun.htm>

## 2.2 Kurzanalyse

Das *Statistische Bundesamt* stellt in beiden Wahljahren 1994 und 1999 eine eigene Statistik über das endgültige Wahlergebnis auf. *Infratest dimap* übernimmt diese für das Jahr 1999<sup>35</sup>. Die *Forschungsgruppe Wahlen* und die *Konrad-Adenauer-Stiftung* benutzen eine eigene Hochrechnung für beide Wahljahre.<sup>36</sup> Im Wesentlichen kommen sie jedoch mit minimalen Abweichungen auf gleiche Endergebnisse. 1994 und 1999 analysiert die *Konrad-Adenauer-Stiftung* die Ergebnisse auch in Form einer Kurzanalyse. *Infratest dimap* fasst die Wahlereignisse 1999 ebenfalls in einer Kurzanalyse zusammen.

In der Kurzanalyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung* **1994** waren die klaren Wahlsieger die beiden Unionsparteien mit einem relativen Stimmenanteil von 38,8 Prozent. Mit 32,2 Prozent der Wählerstimmen verfehlte die SPD „ihr Wahlziel mit Abstand“<sup>37</sup>. Mit 10,1 Prozent erzielten die Grünen „ein für sie sehr gutes Ergebnis“<sup>38</sup>. Die FDP scheiterte mit 4,1 Prozent der Wählerstimmen bei den Europawahlen. Auch die PDS scheiterte mit 4,7 Prozent der Wählerstimmen.<sup>39</sup> Besondere Aufmerksamkeit gilt 1994 den Republikanern, die bisher im Parlament vertreten waren, jetzt aber mit nur 3,9 Prozent ihre Mandate im Europäischen Parlament verloren haben. Als bemerkenswert wird hervorgehoben, dass 18,9 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht in die Mandaten-Berechnung mit einfließen. Grund dafür ist, dass Parteien wie die FDP, REP, PDS und die zahlreichen Splitterparteien die Fünf-Prozent-Hürde nicht erreichten. Die Wahlbeteiligung sei mit 60,1 Prozent niedriger als 1989. Zu berücksichtigen sei nach dieser Analyse, dass in sieben Bundesländern gleichzeitig Kommunalwahlen durchgeführt wurden und dies ein Grund für eine höhere Wahlbeteiligung sei. Wäre am Wahlsonntag nur das Europäische Parlament zu wählen gewesen, wäre die Beteiligung wahrscheinlich noch niedriger ausgefallen. Die niedrige Wahlbeteiligung relativiere auch erdachte Konsequenzen für noch anstehende Wahlen. Auch das gute Abschneiden der PDS müsse vor diesem Hintergrund verstanden werden.<sup>40</sup>

---

<sup>35</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 6/7

<sup>36</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. IV  
Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, Seite 7  
Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 7-9  
Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 6/7

<sup>37</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. I

<sup>38</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. I

<sup>39</sup> Die Prozentzahlen stammen von der Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. I. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes: CDU/CSU 38,6%; SPD 32,6%; Bündnis 90/Die Grünen 9,8%; FDP 4,0%; PDS 4,8%; REP 4,0%

<sup>40</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. I-II

Für das Wahljahr **1999** verfassen *Infratest dimap* und die *Konrad-Adenauer-Stiftung* je eine Kurzanalyse. Beide bestätigen, dass die Wahl - europapolitisch gesehen - ein Desaster war. Die Deutschen demonstrieren mit einer Wahlbeteiligung von 45,2 Prozent, der niedrigsten in der Geschichte der Bundesrepublik, welche geringe Bedeutung Europa für sie scheinbar hat.

Die Unionsparteien sind in beiden Analysen die eindeutigen Gewinner. Die PDS wird durch ihren Einzug ins Parlament als „zweite Gewinnerin“<sup>41</sup> angesehen. Laut *Infratest dimap* werden auch die Grünen „weniger stark abgestraft“<sup>42</sup>, während sie bei der Analyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung* „einen deutlichen Rückgang der Zustimmung zu verzeichnen“<sup>43</sup> haben.

Die Analyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung* vergleicht die aktuelle Wahl mit früheren Europawahlen. *Infratest dimap* bezieht sich dagegen stärker auf die Bundestagswahl 1998 und macht für die herben Verluste der SPD bei der Europawahl vor allem deren Innenpolitik verantwortlich.

*Infratest dimap* hinterfragt das Wahlergebnis in der Kurzanalyse etwas stärker dahingehend, dass die Wählerwanderungsbilanz und soziodemographische Veränderungen mit aufgeführt werden. Dafür fehlt hier der Ost-West-Vergleich.<sup>44</sup>

## 2.3 Wahlbeteiligung

Das *Statistische Bundesamt* liefert für beide Wahljahre eine ausführliche Analyse über die Wahlbeteiligung. *Infratest dimap* stellt 1999 eine „Länderrangfolge“<sup>45</sup> bezüglich der Wahlbeteiligung auf.

Zur Europawahl am 13. Juni 1999 sind 60,8 Millionen Bürger in Deutschland wahlberechtigt. Lediglich 27,5 Millionen, also 45,2 Prozent, nehmen dieses Wahlrecht in Anspruch. 1994 gingen noch 60 Prozent der Bundesbürger wählen.<sup>46</sup> Verglichen mit den Bundestagswahlen 1998 zeigt das Ergebnis, dass nationale Wahlen eine höhere Priorität genießen als

---

<sup>41</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 12

<sup>42</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 11

<sup>43</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 2

<sup>44</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 12/13

<sup>45</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 23-24

<sup>46</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 38

Europawahlen. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen liegt seit 1990 immer um 80 Prozent.<sup>47</sup>

Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Europawahlen seit 1979,  
der Bundestagswahl 1998 sowie der jeweils letzten Landtagswahl

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt bei der						
	Europawahl					Bundestags- wahl 1998	letzten Land- tagswahl
	1999	1994	1989	1984	1979		
Schleswig-Holstein .....	38,7	51,3	58,4	57,5	65,6	82,4	69,5
Hamburg .....	37,0	51,7	56,5	58,4	66,4	81,1	68,7
Niedersachsen .....	44,2	52,7	63,2	61,0	70,0	83,9	73,8
Bremen .....	43,8	52,7	58,7	55,1	66,3	82,1	60,1
Nordrhein-Westfalen .....	43,8	59,5	62,3	59,4	67,4	83,9	64,0
Hessen .....	42,1	56,4	60,2	58,9	66,5	84,2	66,4
Rheinland-Pfalz .....	63,8	74,3	77,2	76,3	78,1	83,9	70,8
Baden-Württemberg .....	40,6	66,4	58,4	48,2	59,2	83,1	67,6
Bayern .....	44,8	56,4	61,1	46,2	58,9	79,2	69,8
Saarland .....	60,5	74,1	78,9	78,4	81,1	84,8	68,7
Berlin .....	39,9	53,5	x	x	x	81,1	65,5
Brandenburg .....	30,0	41,5	x	x	x	78,1	54,3
Mecklenburg-Vorpommern .....	50,8	65,8	x	x	x	79,4	79,4
Sachsen .....	53,6	70,2	x	x	x	81,6	61,1
Sachsen-Anhalt .....	49,5	66,1	x	x	x	77,1	71,5
Thüringen .....	58,1	71,9	x	x	x	82,3	59,9
Bundesgebiet .....	45,2	60,0	62,3	56,8	65,7	82,2	x

Quelle: Statistisches Bundesamt, Analyse 1999, S. 39

Die relativ hohen Wahlbeteiligungsquoten erklären sich laut *Statistischem Bundesamt* und *Forschungsgruppe Wahlen* aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in sieben Bundesländern. Zusammen mit der Europawahl führen 1994 die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Baden-Württemberg Kommunalwahlen durch.<sup>48</sup>

*Infratest dimap*, die *Forschungsgruppe Wahlen* und das *Statistische Bundesamt* sind sich 1999 - wie auch das *Statistische Bundesamt* und die *Forschungsgruppe Wahlen* 1994 - einig, dass die sechs Bundesländer, die hinsichtlich der Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt liegen, deshalb eine relativ hohe Wahlbeteiligung hatten, weil dort gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden.

<sup>47</sup> 1990: 77,8%, 1994: 79%, 1998: 82,2%; Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Fachserie 1, Heft 5, S. 38

<sup>48</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1994, S. 34; für die Europawahl 1999: Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 38  
Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 10-13



Abgesehen von Baden-Württemberg ist die Reihenfolge der Länder im Wahljahr 1999 bezüglich der Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Wahl gleich geblieben.<sup>49</sup> Dass Baden-Württemberg einen Rückgang von 25,8 Prozentpunkten zu verzeichnen hat, liegt wohl daran, dass 1994 auch in diesem Bundesland Kommunalwahlen stattfanden, 1999 aber „nur“ die Europawahl.<sup>50</sup>

## 2.4 Ergebnisse nach spezifischen Kriterien

### 2.4.1 Die Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

Eine Befragung nach Alter und Geschlecht führten in beiden Wahljahren das *Statistische Bundesamt* und die *Forschungsgruppe Wahlen* durch. Im Jahr 1999 nahm *Infratest dimap* diesen Aspekt ebenfalls in seiner Analyse mit auf<sup>51</sup>. Die Ergebnisse der drei Analysen 1999 bezüglich dieser Befragung<sup>52</sup> sind nahezu identisch. Es gibt zwar Abweichungen von ca. 2 Prozentpunkten, bei der Tabellenauswertung fallen diese aber nicht ins Gewicht.

Die *Forschungsgruppe Wahlen* bestätigt bei der Europawahlanalyse **1994**, dass „geschlechtsspezifische Unterschiede [...] bei dieser Europawahl kaum zutage“<sup>53</sup> treten. Alleine die FDP besäße ein leichtes Übergewicht an Stimmen von Frauen. Mit 31 Prozent der weiblichen Stimmen bei den Republikanern seien die Frauen bei dieser Partei dagegen deutlich unterrepräsentiert, so die *Forschungsgruppe Wahlen*. Im Ganzen teilt sich die Wählerschaft 1994 in Bezug auf die anteilige Wahlbeteiligung der Geschlechter mit einem leichten Übergewicht der Frauen mit 52,6 Prozent gegenüber den Männern mit 47,4 Prozent.<sup>54</sup>

Die Stimmabgabe von Frauen und Männern **1999** sei „erstaunlich einheitlich“<sup>55</sup> gewesen, so *Infratest dimap*. Die *Forschungsgruppe Wahlen* urteilt ähnlich. Das *Statistische Bundesamt*

---

<sup>49</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 24

<sup>50</sup> Die Forschungsgruppe Wahlen e.V. behandelt das Thema auf den Seiten 9-12 ihrer Analyse 1999.

<sup>51</sup> Infratest dimap und die Forschungsgruppe Wahlen e.V. führten eine Befragung der Wähler nach dem Urnengang durch. Das Statistische Bundesamt legt die Unterlagen des Bundeswahlleiters zugrunde.

<sup>52</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 1; Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Europawahlanalyse 1999, S. 19; Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1999, S. 51ff

<sup>53</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 20

<sup>54</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1994, S. 46

<sup>55</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 16

liefert hierzu die genauen Zahlen. „Die gültigen Stimmen ohne Briefwahlstimmen wurden zu 47,8 % von Männern und 52,2 % von Frauen abgegeben.“<sup>56</sup>

Die *Forschungsgruppe Wahlen* und das *Statistische Bundesamt* führen weiter aus, dass SPD und Grüne einen etwas höheren Frauenanteil aufweisen.<sup>57</sup>

In den Wahlanalysen des *Statistischen Bundesamtes* von 1994 und 1999 werden länderspezifische Eigenarten dargestellt, die die **Stimmabgabe in den Ländern nach Parteien und Geschlecht** beinhaltet.<sup>58</sup>

**1994** bekam die SPD in den Bundesländern Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland mehr Stimmen von Frauen und Männern als die CDU/CSU. Mit 44,9 Prozent wählten die Männer im Saarland die SPD am häufigsten. Die Männer aus Baden-Württemberg wählten mit 40,4 Prozent am häufigsten die CDU. Die CSU erreichte bei den Männern in Bayern 46,4 Prozent. Die Frauen wählten im Saarland am häufigsten die SPD. 45,1 Prozent der Wählerinnen stimmten hier für die Sozialdemokraten. 43,5 Prozent der Baden-Württembergerinnen wählten die CDU. In diesem Bundesland haben die Frauen am häufigsten die CDU gewählt. Die Grünen wurden von den Frauen am häufigsten in Berlin gewählt (14,9 Prozent), von den Männern in Hamburg (19,2 Prozent).

In den Bundesländern Brandenburg, Bremen und Hamburg bekommt die SPD 1999 sowohl von den Männern als auch von den Frauen mehr Stimmen als die CDU/CSU. Dagegen ist die CDU/CSU in den übrigen Ländern erfolgreicher als die SPD. Die Sozialdemokraten erzielten bei den Männern und bei den Frauen in Bremen das höchste Ergebnis. Die CDU erhält die meisten Frauenstimmen (51,9 %) in Baden-Württemberg. Von den Männern wird sie am häufigsten in Schleswig-Holstein gewählt (50,4%). Die Grünen sind bei den Männern in Hamburg am erfolgreichsten. Sie erzielen hier 13 Prozent. Die meisten Frauenstimmen erhalten sie in Berlin (12,6 %). Die PDS bekommt in Brandenburg sowohl bei Männern als auch bei Frauen die meisten Stimmen.<sup>59</sup>

---

<sup>56</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 51

<sup>57</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 20

Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 51

<sup>58</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1994, S. 47-49; Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, Seite 53

<sup>59</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 54

**Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter seit 1979 \*)**  
Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahljahr	Von 100 gültigen Stimmen 1) nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
		SPD	CDU	GRÜNE 2)	CSU	PDS	F.D.P.	Sonstige	darunter REP
Insgesamt									
18 - 25 .....	1999	24,6	37,7	9,1	8,3	6,5	4,1	9,7	2,7
	1994	27,0	23,6	18,5	5,4	4,9	4,7	15,9	5,3
	1989	36,8	21,2	16,2	6,5	x	5,5	13,9	7,9
	1984	36,9	28,7	19,8	6,3	x	3,6	4,7	x
	1979	44,7	29,1	10,4	8,4	x	6,4	0,9	x
25 - 35 .....	1999	28,2	35,0	11,7	8,6	5,4	3,4	7,6	2,3
	1994	31,8	22,9	18,9	5,1	4,8	4,0	12,4	4,2
	1989	39,4	19,2	19,2	6,5	x	4,4	11,3	7,0
	1984	39,0	27,1	18,6	6,5	x	4,0	4,8	x
	1979	46,0	31,7	5,6	8,7	x	7,1	0,9	x
35 - 45 .....	1999	30,8	33,3	12,0	7,9	6,6	2,8	6,6	2,0
	1994	33,2	26,0	14,8	5,4	5,9	4,1	10,6	3,9
	1989	40,4	24,3	11,7	7,7	x	5,7	10,2	7,0
	1984	37,9	37,6	8,2	7,5	x	5,6	3,3	x
	1979	40,6	40,8	2,4	9,0	x	6,7	0,5	x
45 - 60 .....	1999	32,2	38,3	6,0	8,9	6,6	3,1	4,9	1,7
	1994	33,4	34,7	6,4	6,9	4,9	4,4	9,2	3,8
	1989	38,9	31,9	4,0	8,6	x	6,0	10,6	7,4
	1984	39,8	39,3	4,1	8,4	x	5,1	3,2	x
	1979	41,4	40,7	1,8	9,9	x	5,5	0,6	x
60 und mehr .....	1999	33,2	44,1	1,6	10,2	5,1	2,3	3,4	1,3
	1994	33,5	40,4	2,1	8,5	4,0	3,3	8,2	3,8
	1989	36,7	36,7	1,4	10,2	x	4,7	10,3	6,8
	1984	37,9	42,4	2,1	10,0	x	4,7	2,9	x
	1979	40,1	42,6	0,8	10,9	x	4,7	0,8	x
Insgesamt ...	1999	31,3	39,1	6,4	9,1	5,9	2,9	5,3	1,7
	1994	32,6	31,9	9,8	6,7	4,8	4,0	10,3	4,0
	1989	38,3	28,9	8,3	8,4	x	5,2	10,9	7,1
	1984	38,5	37,0	8,0	8,3	x	4,7	3,5	x
	1979	41,9	38,8	3,1	9,7	x	5,9	0,7	x
Männer									
18 - 25 .....	1999	23,5	37,6	8,2	8,5	6,7	4,6	11,0	3,8
	1994	25,5	24,8	15,8	5,5	5,1	4,6	18,6	7,6
	1989	34,4	21,9	14,6	6,5	x	5,7	17,0	10,4
	1984	35,9	29,5	19,9	6,3	x	3,8	4,5	x
	1979	43,9	29,1	11,2	8,4	x	6,3	1,1	x
25 - 35 .....	1999	27,2	35,7	10,5	8,9	5,6	4,0	8,2	3,3
	1994	31,0	23,6	17,2	5,3	4,7	4,0	14,3	6,1
	1989	38,6	19,4	17,7	6,5	x	4,4	13,4	9,0
	1984	38,3	26,9	19,8	6,6	x	4,3	4,1	x
	1979	46,2	30,8	6,2	8,7	x	7,0	1,1	x
35 - 45 .....	1999	30,6	33,7	11,2	8,1	6,7	3,0	6,7	2,8
	1994	33,2	25,8	13,7	5,4	5,9	3,9	12,1	5,5
	1989	40,1	23,3	11,5	7,3	x	5,5	12,3	9,0
	1984	38,5	36,4	8,9	7,4	x	5,9	2,9	x
	1979	41,3	40,1	2,4	8,9	x	6,7	0,7	x

\*) 1979 bis 1989 Früheres Bundesgebiet.

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

2) Bei der Europawahl 1979 unter der Bezeichnung "DIE GRÜNEN" ohne Kurzbezeichnung teilgenommen.

1.7 Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter seit 1979 \*)  
Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahljahr	Von 100 gültigen Stimmen 1) nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
		SPD	CDU	GRÜNE 2)	CSU	PDS	F.D.P.	Sonstige	darunter REP
Männer									
45 - 60 .....	1999	32,6	37,3	5,8	8,8	7,0	3,3	5,1	2,4
	1994	34,2	33,8	5,8	6,7	5,0	4,2	10,3	5,3
	1989	39,0	30,7	3,6	8,1	x	5,9	12,7	9,6
	1984	40,3	39,0	4,1	8,1	x	5,5	3,0	x
	1979	42,3	40,1	1,7	9,5	x	5,6	0,9	x
60 und mehr .....	1999	33,3	42,9	1,5	10,1	5,9	2,4	3,9	2,0
	1994	33,9	38,0	1,8	8,2	4,6	3,1	10,4	6,0
	1989	36,5	33,9	1,4	9,2	x	4,6	14,5	10,2
	1984	37,9	41,1	2,5	9,9	x	5,2	3,4	x
	1979	40,6	41,8	0,9	10,9	x	4,8	1,1	x
Zusammen ...	1999	31,1	38,3	6,2	9,1	6,3	3,2	5,8	2,6
	1994	32,6	30,6	9,3	6,5	5,0	3,8	12,1	5,9
	1989	37,9	27,2	8,2	7,7	x	5,2	13,8	9,6
	1984	38,5	36,0	9,0	8,0	x	5,1	3,5	x
	1979	42,5	37,8	3,5	9,4	x	5,9	0,9	x
Frauen									
18 - 25 .....	1999	26,0	37,7	10,1	8,0	6,4	3,5	8,2	1,5
	1994	28,7	22,3	21,5	5,2	4,6	4,8	12,9	2,9
	1989	39,4	20,4	18,1	6,6	x	5,2	10,4	5,1
	1984	37,9	27,9	19,7	6,3	x	3,3	4,9	x
	1979	45,5	29,2	9,5	8,4	x	6,6	0,8	x
25 - 35 .....	1999	29,2	34,4	12,9	8,4	5,3	2,9	7,1	1,2
	1994	32,7	22,2	20,7	4,9	4,9	4,0	10,5	2,4
	1989	40,3	18,9	20,8	6,6	x	4,3	9,0	4,8
	1984	39,7	27,2	17,5	6,5	x	3,7	5,4	x
	1979	45,8	32,5	5,0	8,6	x	7,3	0,8	x
35 - 45 .....	1999	30,9	32,9	12,9	7,7	6,6	2,6	6,4	1,1
	1994	33,1	26,2	15,9	5,4	5,9	4,4	9,2	2,3
	1989	40,8	25,2	11,9	8,1	x	5,9	8,1	4,9
	1984	37,3	38,8	7,5	7,6	x	5,2	3,6	x
	1979	39,8	41,6	2,4	9,1	x	6,8	0,3	x
45 - 60 .....	1999	31,8	39,2	6,2	9,0	6,3	2,9	4,6	1,0
	1994	32,7	35,7	7,0	7,1	4,8	4,6	8,0	2,3
	1989	38,7	33,1	4,3	9,2	x	6,2	8,5	5,2
	1984	39,4	39,7	4,1	8,8	x	4,7	3,4	x
	1979	40,7	41,3	1,8	10,3	x	5,5	0,5	x
60 und mehr .....	1999	33,2	45,1	1,7	10,2	4,5	2,2	3,1	0,8
	1994	33,2	42,2	2,3	8,7	3,5	3,4	6,6	2,3
	1989	36,9	38,6	1,4	10,8	x	4,8	7,6	4,6
	1984	37,9	43,2	1,9	10,1	x	4,4	2,6	x
	1979	39,8	43,2	0,8	11,0	x	4,6	0,6	x
Zusammen ...	1999	31,5	39,8	6,6	9,1	5,5	2,6	4,8	1,0
	1994	32,6	33,0	10,3	6,8	4,6	4,1	8,5	2,4
	1989	38,7	30,4	8,3	8,9	x	5,3	8,4	4,9
	1984	38,4	38,0	7,2	8,5	x	4,4	3,5	x
	1979	41,4	39,6	2,7	9,9	x	5,8	0,6	x

\*) 1979 bis 1989 Früheres Bundesgebiet.

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

2) Bei der Europawahl 1979 unter der Bezeichnung "DIE GRÜNEN" ohne Kurzbezeichnung teilgenommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Analyse 1999, S.57-58

Die drei Institute sind sich in beiden Wahljahren einig, dass die **altersbedingten Unterschiede** am deutlichsten sind.<sup>60</sup>

So liegen bei der Europawahl **1994** die Wählerstimmen der Unionsparteien bei den Wählergruppen 18-49 Jahre unter dem Durchschnitt, während sie bei der Altersgruppe ab 60 überrepräsentiert sind.<sup>61</sup> Bei der SPD existiert im Blick auf die Gesamtheit der Wähler eine gewisse Ausgewogenheit in den einzelnen Altersgruppen. In der Gesamtbetrachtung fällt in der Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* auf, dass die Unionsparteien auch bei der jüngsten Altersgruppe, den 18-24-Jährigen mehr Stimmen bekam als die SPD, obwohl sie in dieser Altersgruppe unter dem Durchschnitt der Union liegen. Die Grünen weisen „nach wie vor“<sup>62</sup> ein eindeutiges Übergewicht bei den jüngeren Wählern auf, dieses sei im Vergleich zu vergangenen Wahlen jedoch nicht mehr so ausgeprägt, so die *Forschungsgruppe Wahlen* in der Analyse 1994. Bei der Wählerschaft der FDP zeigt sich in Bezug auf die Gesamtheit der FDP-Wähler nur eine Abweichung bei den 50-59-Jährigen. Sie sind leicht überrepräsentiert, während die folgende Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren leicht unterrepräsentiert sind. Überproportionale Anteile der mittleren Wählergruppen konnte die PDS 1994 für sich gewinnen. Bei den 60-Jährigen und Älteren weist die Partei jedoch ein Defizit auf. Mit den Grünen wählen die Republikaner jüngere Bürger. Bei den 18-39-Jährigen, den ersten beiden Altersgruppen, war die Partei überdurchschnittlich erfolgreich, während sie bei den ab 50-Jährigen weniger Erfolg hatte.

Bei der Kombination der Faktoren von Alter und Geschlecht fällt auf, dass die Republikaner bei den 18-24-Jährigen Männern mit 7,4 Prozent am besten abschneiden, bei den 60-Jährigen und älteren Frauen mit 1,2 Prozent der Stimmen jedoch ein schlechtes Ergebnis erzielten. Mit 3,2 Prozent bei den 18-24-Jährigen Männern schneidet die PDS wesentlich schlechter ab als bei den gleichaltrigen Frauen. 5,5 Prozent der jungen Frauen wählen die PDS.<sup>63</sup>

---

<sup>60</sup> Für das Jahr 1994: Statistisches Bundesamt und Forschungsgruppe Wahlen e.V.;

für das Jahr 1999: Statistisches Bundesamt, Forschungsgruppe Wahlen e.V. und Infratest dimap

<sup>61</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahlanalyse 1994, Seite 20-22

Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1994; Seite 49-52

<sup>62</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahlanalyse 1994, Seite 20

<sup>63</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahlanalyse 1994, Seite 19

Wahltagbefragung EUROPAAHL am 12. Juni 1994							
Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen							
Zeilen-Prozentwerte	EURO-WAHL 94 -Gesamt-						
	CDU-CSU	SPD	B90GRÜ	FDP	REP	PDS	andere
Gesamt	38.8	32.2	10.0	4.1	3.9	4.7	6.3
GESCHLECHT							
männlich	37.6	31.3	10.1	3.7	5.7	4.8	6.8
weiblich	38.6	32.8	10.8	4.5	2.3	4.9	6.1
ALTER							
18-24 Jahre	28.8	27.2	19.0	4.8	6.1	4.3	9.8
25-29 Jahre	24.9	31.7	19.3	4.1	4.5	5.8	9.7
30-39 Jahre	28.1	30.9	18.3	3.8	5.8	6.0	7.1
40-49 Jahre	35.3	32.2	11.3	4.5	4.5	5.5	6.7
50-59 Jahre	42.8	32.7	6.2	5.3	3.2	5.3	4.5
60 + älter	50.6	33.3	2.3	3.1	2.3	3.4	5.0
ALTER UND GESCHLECHT							
-24 Jahre Mann	29.1	26.3	18.0	4.7	7.4	3.2	11.3
-24 Jahre Frau	28.1	28.1	20.6	5.1	4.2	5.5	8.4
-34 Jahre Mann	27.6	31.5	18.2	2.7	6.9	5.3	7.8
-34 Jahre Frau	23.7	31.7	21.4	4.2	3.5	7.0	8.5
-44 Jahre Mann	32.9	30.9	13.1	3.8	7.3	6.4	5.6
-44 Jahre Frau	30.1	32.1	16.9	5.3	2.6	5.9	7.1
-59 Jahre Mann	40.6	31.6	6.7	4.5	4.9	5.4	6.3
-59 Jahre Frau	40.8	33.5	7.6	6.1	2.2	4.7	5.1
60+ Jahre Mann	49.1	33.1	2.0	2.9	3.7	3.7	5.5
60+ Jahre Frau	51.1	34.0	2.5	3.1	1.2	3.5	4.6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1994, S. 21

Die *Forschungsgruppe Wahlen* weist es in der Analyse der Europawahl **1999** schon als Tradition aus, dass die CDU/CSU bei den Befragten ab 60 Jahren die größte Unterstützung erhält (54 Prozent).<sup>64</sup> Auch die anderen beiden Analysen bestätigen dies.<sup>65</sup> Schwächer schneidet die Union jedoch bei den mittleren Altersgruppen ab. Starke Gewinne kann sie bei den 18- 24-Jährigen verzeichnen. Auch die SPD befindet sich bei den älteren Wählern mit

<sup>64</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 20

Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 16

<sup>65</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 16

Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1999, S. 56

33,2 Prozent<sup>66</sup> leicht über ihrem Gesamtergebnis. Bei den jüngeren Wählern schneidet sie jedoch mit 23 Prozentpunkten<sup>67</sup> unter allen Altersgruppen am schlechtesten ab. Im Gegensatz zu den starken Gewinnen der CDU bei den jungen Wählern stehen hohe Verluste der Grünen bei ihrer ehemaligen „Stamm-Altersgruppe“. Bei den 18- 24-Jährigen und den 25- 34-Jährigen verlieren sie 9 Prozentpunkte<sup>68</sup>. Die PDS schneidet in allen Altersgruppen in etwa gleich ab, am besten in den ostdeutschen Bundesländern in den mittleren Altersgruppen.

Das *Statistische Bundesamt* liefert eine ausführliche Analyse der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht. Die zahlreichen Tabellen und Schaubilder beinhalten in der Regel die Ergebnisse aller Europawahlen. Im Gegensatz dazu berücksichtigen *Infratest dimap* und die *Forschungsgruppe Wahlen* bei Vergleichen nur die vorhergehende Europawahl von 1994.

1999 differenziert *Infratest dimap* die **Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht in Ost und West**<sup>69</sup>. Diese Betrachtungsweise ist interessant, da sich auch neun Jahre nach der Wiedervereinigung das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland aufgrund unterschiedlicher Sozialisation noch nicht angeglichen hat. Fraglich ist, ob die gewachsenen Muster aus dem traditionellen deutschen Parteiensystem heute überhaupt noch einmal neu entstehen können, denn auch im Westen sind seit langer Zeit Bedeutungsverluste der Wahlmuster erkennbar.

Auffällig ist das deutlich bessere Abschneiden der PDS in den neuen Bundesländern, in denen sie teilweise die SPD auf den dritten Platz verdrängt. Bei den ostdeutschen Jungwählern liegt die SPD leicht unter dem Durchschnitt, während sie in Westdeutschland hauptsächlich von jüngeren Bürgern gewählt wird. Die Grünen schneiden im Osten weitaus schlechter ab als im Westen. In Ostdeutschland überwindet die Partei lediglich bei den 25-34-Jährigen die Fünf-Prozentmarke.

Die NPD und die Republikaner erreichen insgesamt ein schlechtes Ergebnis, wobei sie jedoch starken Zulauf von den jungen Männern in den neuen Bundesländern bekommen. 11 Prozent wählen hier rechts (NPD 6%, Republikaner 5%). Laut *Infratest dimap* sind vor allem die deutliche Schwäche der Sozialdemokraten und die Stärke der rechten Parteien bei jungen Wählern in Ostdeutschland auffällig.

---

<sup>66</sup> Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1999, S. 57

<sup>67</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 19  
(Statistisches Bundesamt: 24,6%, Infratest dimap 26%)

<sup>68</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 16/17

<sup>69</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 17

## 2.4.2 Bildungsstand, Berufsstruktur und Konfession

### Bildungsstand, Berufsstruktur

Die *Forschungsgruppe Wahlen* führt in beiden Wahljahren eine umfangreiche Untersuchung zur Sozialstruktur der Wähler durch, denn soziale Einflüsse wie Beruf und Konfession haben maßgeblichen Einfluss auf das Wahlverhalten.<sup>70</sup> Auch *Infratest dimap* widmet in der Analyse 1999 der Stimmabgabe nach Beruf und Konfession Aufmerksamkeit, jedoch weniger ausführlich.<sup>71</sup>

**1994** berichtet die *Forschungsgruppe Wahlen*, dass der Arbeiteranteil in der SPD-Wählerschaft überproportional hoch ist im Vergleich zu der Gesamtheit der Wähler. Bei der Union ist dagegen die Gruppe der Selbstständigen stark vertreten. Die Arbeiterschaft ist bei CDU/CSU unterrepräsentiert. Auch bei den Grünen sind die Arbeiter in der Wählerschaft im Vergleich zur Gesamtheit unterrepräsentiert. Ihre größte Anhängergruppe sind die Angestellten. Bei der FDP ist der Wähleranteil der Selbstständigen mehr als doppelt so groß als bei den anderen Parteien. Demgegenüber sind die Arbeiter, selbst im Vergleich zur SPD, bei den Republikanern eindeutig überrepräsentiert. Demnach haben die Republikaner den größten Arbeiteranteil aller Parteien in Deutschland. Die PDS erhält die größte Unterstützung von der Gruppe der Angestellten, wobei auch die Arbeiter leicht überrepräsentiert sind.<sup>72</sup>

---

<sup>70</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 22ff

<sup>71</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 18ff

<sup>72</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 22-27



Wahltagbefragung EUROPAAHL am 12. Juni 1994							
Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen							
	EURO-WAHL 94 -Gesamt-						
Zeilen-Prozentwerte	CDU-CSU	SPD	B90GRÜ	FDP	REP	PDS	andere
Gesamt	38.8	32.2	10.0	4.1	3.9	4.7	6.3
BERUFSTÄTIG							
berufstätig	34.8	31.3	12.6	4.5	5.2	5.0	6.6
Rentner	48.1	34.5	2.6	3.0	2.1	4.5	5.2
in Ausbildung	24.3	21.7	29.4	6.0	3.1	5.2	10.3
arbeitslos	25.3	31.9	9.3	4.4	6.8	12.3	10.0
BERUFSGRUPPE							
Arbeiter	32.9	38.1	6.3	2.7	6.8	6.0	7.2
Angestellte	34.8	32.4	12.7	4.2	3.4	5.7	6.8
Beamte	42.5	27.6	13.3	5.3	2.4	2.8	6.1
Selbständige	47.8	17.1	13.4	8.3	3.6	3.9	5.9
Landwirte	69.4	14.6	2.6	3.0	4.9	1.4	4.1
GEWERKSCH. MITGL.							
ja	27.4	44.1	8.6	2.4	4.1	7.3	6.1
nein	41.1	28.6	11.1	4.6	3.9	4.2	6.5
ARBEITER+ GEWERK							
Gew.-Mitglied	26.3	47.3	6.0	2.3	5.9	5.6	6.6
kein Mitglied	36.6	32.9	6.6	2.7	7.4	6.3	7.5
ANGEST. + GEWERK							
Gew.-Mitglied	25.0	41.4	11.1	2.7	2.6	10.4	6.8
kein Mitglied	37.0	30.2	13.2	4.6	3.7	4.5	6.8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1994, S. 25

Beide Analysen, die der *Forschungsgruppe Wahlen* und von *Infratest dimap*, belegen für das Europawahljahr **1999**, dass die SPD auch bei diesem Wahlgang eine überdurchschnittliche Unterstützung seitens der Arbeiterschaft erfährt, also von der sozialen Gruppe, von der sie schon immer die größte Unterstützung bekommen hat. Jedoch ist die CDU/CSU bei dieser Wahl in allen Berufsgruppen klar stärkste Partei, auch bei der sonst eher sozialdemokratisch wählenden Arbeiterschaft. Die stärkste Unterstützung der Wähler bei den Unionsparteien

findet sich bei den Landwirten<sup>73</sup> und Selbstständigen, wie auch schon 1994. Die Grünen erzielen ihre besten Ergebnisse bei den Angestellten und Beamten. Die FDP findet traditionell die größte Unterstützung bei den Selbstständigen.

Wahltagbefragung EUROPAAHL am 13.Juni 1999							
Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen							
Zeilen-Prozentwerte	WAHL 1999						
	CDU-CSU	SPD	GRÜNE	PDS	FDP	andere	
Gesamt	48.7	30.7	6.4	5.8	3.0	5.4	
<b>BERUFSTÄTIG</b>							
berufstätig	47	29	8	6	4	7	
Rentner	54	33	2	6	2	3	
in Ausbildung	39	26	16	7	5	6	
arbeitslos	37	32	7	14	1	9	
<b>BERUFGSRUPPE</b>							
Arbeiter	45	36	3	7	2	8	
Angestellte	46	31	7	7	3	6	
Beamte	47	32	12	3	2	4	
Selbstständige	60	18	8	5	6	4	
Landwirte	74	10	3	5	2	6	
<b>GEWERKSCH.MITGL.</b>							
ja	34	45	6	8	2	5	
nein	52	27	7	5	3	6	
<b>ARBEITER+ GEWERK</b>							
Gew.-Mitglied	34	49	2	8	2	7	
kein Mitglied	50	30	3	7	2	8	
<b>ANGEST. + GEWERK</b>							
Gew.-Mitglied	31	44	8	11	2	4	
kein Mitglied	49	28	7	6	4	6	

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1999, S. 24

Die *Forschungsgruppe Wahlen* führt weiter aus, dass die sozialstrukturell bedingten Unterschiede im Wahlverhalten der Bürger hauptsächlich für die alten Bundesländer gelten. Aufgrund der differenzierten Geschichte von Ost- und Westdeutschland können sie nicht uneingeschränkt für den Bereich Ostdeutschlands übernommen werden.<sup>74</sup> Um ein Beispiel zu nennen: Der Katholikenanteil in Ostdeutschland beträgt nur circa 6 Prozent. In Westdeutschland ist der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung wesentlich höher.

<sup>73</sup> Die Landwirte sind nur extra aufgelistet in der Tabelle der Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 24

<sup>74</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 23

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl konnte aber in den neuen Bundesländern nicht die SPD die meisten Stimmen gewinnen, sondern die CDU. Üblicherweise haben jedoch eher Katholiken eine starke Bindung zu den Unionsparteien. Protestanten oder konfessionslose Bürger - welche in den neuen Bundesländern eine große Mehrheit bilden - bevorzugen eher andere Parteien.

Weiter berücksichtigt die *Forschungsgruppe Wahlen*, dass die Sozialstruktur in Deutschland durch den sozialen Wandel gravierenden Änderungen unterworfen ist. Der Arbeiteranteil betrug zum Beispiel 1950 noch 51 Prozent, während er 1999 um 16 Prozentpunkte auf 35 Prozent geschrumpft ist. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der Angestellten um 33 Prozentpunkte von 21 auf 54 Prozent. Ebenfalls ist der Anteil der Selbstständigen von 28 Prozent (1950) auf 11 Prozent (1999) zurückgegangen. Weiß man nun, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch unterschiedliche Parteipräferenzen haben, hat dieser Strukturwandel eine große Bedeutung für das Abschneiden der Parteien.<sup>75</sup>

Nach der *Forschungsgruppe Wahlen* ist das unterschiedliche Wahlverhalten der verschiedenen Berufsgruppen bei der Europawahl 1999 weniger stark ausgeprägt als bei früheren Wahlen. Wie oben genannt, ist nämlich die CDU/CSU in allen Berufsgruppen inklusive der Arbeiterschaft (CDU: 45 Prozent) stärkste Partei. 1994 war das noch nicht der Fall. Zumindest die Gruppe der Arbeiter hat 1994 eher die SPD als die CDU/CSU gewählt. Das gute Abschneiden der Unionsparteien kann jedoch auch in Zusammenhang mit der Enttäuschung der Bürger über die neuen Regierungsparteien, SPD und Grüne, in der Bundesregierung stehen.

Für beide Analysen, sowohl für die von *Infratest dimap* als auch für die der *Forschungsgruppe Wahlen*, ist die **Gewerkschaftszugehörigkeit** ein wichtiges Indiz für das Wahlverhalten.<sup>76</sup> Vor allem die SPD und die PDS erfahren eine große Zustimmung von Gewerkschaftsmitgliedern. Die SPD erhält hier im Wahljahr 1994 44,1 Prozent und 1999 sogar 45 Prozent der Stimmen und ist klar stärkste Partei bei den Gewerkschaftsmitgliedern. Betrachtet man - wie bei der Analyse von *Infratest dimap* 1999 - nur den Westen der

---

<sup>75</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 24

<sup>76</sup> Die Forschungsgruppe Wahlen splittet die gewerkschaftlich Organisierten auf in Angestellte und Arbeiter. Infratest dimap unterscheidet zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Gewerkschaften sowie zwischen Ost und West. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 26ff

<sup>76</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 20ff

Bundesrepublik, erhält sie mit 50 Prozent 1999<sup>77</sup> sogar die absolute Mehrheit. Auch die PDS profitiert von den Gewerkschaftsmitgliedern. Hier erreicht sie laut *Forschungsgruppe Wahlen* 1994 7,3 Prozent und 1999 8 Prozent. 4,2 Prozent der Nichtmitglieder wählen 1994 die PDS, 1999 sind es 5 Prozent.<sup>78</sup> Ein deutlicher Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern ist bei dem Ost-West-Vergleich von *Infratest dimap* 1999 zu erkennen. Während nur 2 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten im Westen die PDS wählen, wählt im Osten nahezu jeder Dritte die Partei (32 Prozent).<sup>79</sup>

Die Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* geht hier noch etwas weiter und betrachtet den Einfluss der gewerkschaftlichen Bindung innerhalb der Arbeiterschaft und der Angestellten. Hier wird der Unterschied zwischen SPD und CDU/CSU noch deutlicher, denn die SPD liegt bei Arbeitern, die in einer Gewerkschaft organisiert sind bei 44,1 Prozent (1994) beziehungsweise bei 49 Prozent (1999) und die CDU/CSU bei nur 27,4 Prozent (1994) und 34 Prozent (1999). Anders ist das Verhältnis bei den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern. Hier liegt die SPD nur bei 28,6 Prozent im Jahr 1994, bei 30 Prozent im Jahr 1999. Die CDU/CSU liegt 1994 mit 41,1 Prozent deutlich darüber und ist mit 50 Prozent 1999 sogar klar stärkste Partei.<sup>80</sup>

Im Gegensatz zu den Arbeitern verfügen die Angestellten nicht über eine langfristige Bindung an bestimmte Parteien, sondern sind traditionell eher potentielle Wechselwähler. Angestellte, die einer Gewerkschaft angehören, zeigen dabei, im Vergleich zu gewerkschaftlich nicht organisierten Angestellten, ein deutlich abweichendes Wahlverhalten. Die größere Wählergunst besitzt hier in der Regel die SPD, wie beide Europawahlen bestätigen. Denn 41,4 Prozent (1994) beziehungsweise 44 Prozent (1999) der gewerkschaftlich organisierten Angestellten wählen die SPD, hier ist sie in beiden Wahljahren klar stärkste Partei. Bei den Angestellten, die nicht in einer Gewerkschaft organisiert sind, schneidet sie mit 30,2 Prozent (1994) beziehungsweise 28 Prozent (1999) wesentlich schlechter ab. Bei der CDU/CSU zeigt sich ein umgekehrtes Bild. 25 Prozent 1994 und 31 Prozent 1999 der Angestellten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, wählen CDU/CSU. Nichtgewerkschaftlich organisierte

---

<sup>77</sup> im Osten 27 Prozent; *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 21

<sup>78</sup> *Forschungsgruppe Wahlen e.V.*: Europawahlanalyse 1994, S. 25; Europawahlanalyse 1999, S. 24; *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 19; Gewerkschaftsmitglieder: 9%, Nichtmitglieder: 5%

<sup>79</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999: S. 21

<sup>80</sup> *Forschungsgruppe Wahlen e.V.*: Europawahlanalyse 1994, S. 25; *Forschungsgruppe Wahlen e.V.*: Europawahlanalyse 1999, S. 27

Angestellte wählen dagegen im Jahr 1994 zu 37 Prozent und im Jahr 1999 zu 49 Prozent die CDU/CSU.<sup>81</sup>

### Konfession

Die *Forschungsgruppe Wahlen* bezeichnet die konfessionelle Bindung als „zentrale Determinante des Wahlverhaltens im Zusammenhang mit der Sozialstruktur“<sup>82</sup>. Sie schreibt, dass die Konfessionsstruktur in Westdeutschland wesentlich weniger Schwankungen erfahren hat als die Berufsgruppenzusammensetzung. In der ehemaligen DDR existiert wegen der Säkularisierungspolitik der SED eine ganz andere Konfessionsstruktur. 60 Prozent<sup>83</sup> sind hier konfessionslos und bilden die größte Gruppe. Katholisch sind in den neuen Bundesländern 5 Prozent der Bevölkerung<sup>84</sup>. Da aber gerade die katholischen Wähler eine gewisse Neigung zur CDU/CSU aufweisen, hat die CDU folglich nicht so gute Ausgangsbedingungen wie in den alten Bundesländern. Bei einer gesamtdeutschen Betrachtung kann man dennoch davon ausgehen, dass die CDU/CSU von der überaus großen Unterstützung der katholischen Wählerschaft profitiert hat. Die *Forschungsgruppe Wahlen* geht davon aus, dass „die Katholiken nach wie vor die wichtigste Stütze der Union darstellen“<sup>85</sup>.

Laut *Infratest dimap* konnte sie bei der Europawahl 1999 in dieser Gruppe fast zwei Drittel der Wählerschaft für sich gewinnen<sup>86</sup>. Im Gegensatz dazu erhält die SPD 1999 nur jede vierte Stimme eines Katholiken.

---

<sup>81</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 25; Europawahlanalyse 1999, S. 24

<sup>82</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 29

<sup>83</sup> 1994: 56 Prozent. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 27;

Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 29

<sup>84</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 29

<sup>85</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 29

<sup>86</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 21; 63% bei der Forschungsgruppe Wahlen: Europawahlanalyse 1999, S. 30

## Wahltagbefragung EUROPAAWAHL am 12. Juni 1994

## Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen

Zeilen-Prozentwerte	EURO-WAHL 94 -Gesamt-						
	CDU-CSU	SPD	B90GRÜ	FDP	REP	PDS	andere
Gesamt	38.8	32.2	10.0	4.1	3.9	4.7	6.3
<b>KONFESSION</b>							
katholisch	51.8	26.6	8.5	3.3	4.1	0.5	5.2
evangelisch	36.5	37.9	10.5	4.6	3.2	1.3	6.0
keine	20.5	29.3	12.6	4.4	5.2	18.6	9.4
<b>KIRCHGANG</b>							
jeden Sonntag	70.1	16.2	3.7	1.4	1.8	0.1	6.7
ab und zu	46.6	32.6	7.4	4.5	3.2	0.8	4.9
selten, nie	35.9	37.9	10.6	5.1	4.1	0.8	5.6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1994, S.29

## Wahltagbefragung EUROPAAWAHL am 13. Juni 1999

## Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen

Zeilen-Prozentwerte	WAHL 1999					
	CDU-CSU	SPD	GRÜNE	PDS	FDP	andere
Gesamt	48.7	30.7	6.4	5.8	3.0	5.4
<b>KONFESSION</b>						
katholisch	63	25	5	1	2	5
evangelisch	45	37	7	2	4	5
keine	34	28	7	20	3	8
<b>KIRCHGANG</b>						
jeden Sonntag	76	14	3	1	1	6
ab und zu	57	30	6	1	3	4
selten, nie	44	37	8	2	4	5
<b>KONFESSION + KIRCHGANG</b>						
kathol: jeden Sonntag	82	11	2	0	1	4
kathol: ab und zu	65	24	5	0	3	3
kathol: selten, nie	49	34	8	1	3	6
evang.: jeden Sonntag	54	24	7	1	2	12
evang.: ab und zu	51	35	6	2	3	4
evang.: selten, nie	41	40	8	3	4	4

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1999, S.30

Bei den Protestanten schneiden die Unionsparteien mit 36,5 Prozent im Jahr 1994 und 45 Prozent 1999<sup>87</sup> im Verhältnis nur unwesentlich schlechter ab. Die SPD erzielt bei dieser Gruppe mit 37,9 beziehungsweise 37 Prozent bei beiden Wahlen ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis.

Die PDS erlangt ein außerordentlich gutes Ergebnis bei den konfessionslosen Wählern mit 18,6 Prozent im Wahljahr 1994 und 1999 mit 20 Prozent.<sup>88</sup> Bei der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählergruppen wird dieser Unterschied besonders deutlich. 1999 sind nur 22 Prozent der Wähler konfessionslos. 75 Prozent davon wählen jedoch die PDS. Ergänzend widmet sich die *Forschungsgruppe Wahlen* noch der Bedeutung und dem Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit und Intensität des Kirchgangs. Dies soll hier jedoch nicht näher betrachtet werden.

Wahltagbefragung EUROPAWAHL am 13.Juni 1999							
Sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählergruppen							
Prozentwerte	WAHL 1999						
	Gesamt	CDU- CSU	SPD	GRÜNE	PDS	FDP	andere
<b>KONFESSION</b>							
katholisch	33	42	26	26	4	25	27
evangelisch	40	38	48	46	17	50	34
keine	22	15	20	25	75	22	33
<b>KIRCHGANG</b>							
jeden Sonntag	11	17	5	5	1	4	12
ab und zu	25	29	24	22	4	26	16
selten, nie	37	33	44	44	14	45	33

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1999, S.31

<sup>87</sup> siehe Tabelle zur „Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen“

<sup>88</sup> Katholiken 1 Prozent, Protestanten 2 Prozent; in: Forschungsgruppe Wahlen: Europawahlanalyse 1999, S. 30



### 2.4.3 Regionale und strukturelle Aspekte

Die *Forschungsgruppe Wahlen* behandelt hauptsächlich die Stadt-Land-Unterschiede. Dabei vergleicht sie das Ergebnis der Europawahl 1999 mit der Europawahl 1994. *Infratest dimap* stellt dagegen einen Vergleich mit den Ergebnissen der Bundestagswahl 1998 an. Dies begründet das Institut damit, dass die Europawahl 1999 eine „Denkzettel“-Wahl gegenüber der seit Ende 1998 neuen Regierung gewesen sei.

Die *Forschungsgruppe Wahlen*<sup>89</sup> sieht einen Zusammenhang zwischen der differenzierten sozialstrukturellen Prägung der Regionen und der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte. Städtische Gebiete weisen eine höhere Bevölkerungsdichte auf. In der Regel arbeiten dort auch mehr Angestellte und Beamte als in ländlichen Räumen. Ebenso höher ist der Grad der Industrialisierung sowie das durchschnittliche Bildungsniveau. Die ländlichen Regionen sind durch einen höheren Anteil an Landwirten und unterdurchschnittlichen Arbeiteranteilen gekennzeichnet. Durch diese strukturellen Gegebenheiten sind die ländlichen Regionen vorwiegend traditionell-konservativ geprägt. Laut *Forschungsgruppe Wahlen* gehen diese Unterschiede im Umfeld der Wähler meist auch mit dem Wahlverhalten einher.

Europawahl am 13.Juni 1999 in Deutschland -Stadt- und Landkreise-							
Wahlbeteiligung und Parteianteile 1999							
	Wahlbet	CDU-CSU	SPD	B90GRÜ	PDS	FDP	Andere
BEVÖLK.DICHTE							
s.niedr.-109E	44.3	53.7	25.5	3.5	9.5	2.1	5.7
niedrig -199E	48.4	52.4	28.6	4.2	6.3	2.7	5.8
mittel -999E	45.7	49.4	32.3	6.5	3.2	3.5	5.1
hoch -4405E	42.6	41.8	33.1	9.8	6.9	3.2	5.2
Wahlergebnis	45.2	48.7	30.7	6.4	5.8	3.0	5.4
Differenz zu 1994 in Prozentpunkten							
	Wahlbet	CDU-CSU	SPD	B90GRÜ	PDS	FDP	Andere
BEVÖLK.DICHTE							
s.niedr.-109E	-12.4	+10.9	-2.5	-2.8	+0.8	-1.2	-5.2
niedrig -199E	-14.3	+9.3	-1.2	-3.4	+1.5	-1.3	-5.0
mittel -999E	-16.8	+9.9	-1.2	-3.9	+0.8	-1.0	-4.7
hoch -4405E	-14.0	+9.1	-1.2	-3.5	+1.1	-0.8	-4.7
Wahlergebnis	-14.8	+9.9	-1.5	-3.7	+1.1	-1.1	-4.8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Analyse 1999, S.35

<sup>89</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 34ff



Wie in der Tabelle für 1999 erkennbar, „kommt die Union auf ein um so besseres Ergebnis, je niedriger die Bevölkerungsdichte in den Kreisen ist“<sup>90</sup>.

Das Ergebnis der SPD verläuft traditionell konträr. Je höher die Bevölkerungsdichte, desto erfolgreicher ist sie auch.

Bei der Europawahl 1994 verläuft das Wahlverhalten der Wähler - in den neuen Bundesländern und der Stadt Berlin, die eher den Sozialdemokraten ihre Stimme geben - anders. Während die CDU auch im Osten bei niedriger Bevölkerungsdichte die meisten Stimmen erhält, spiegelt sich dieses Bild auch für die Situation der SPD. 1994 schreibt die *Forschungsgruppe Wahlen* in Bezug auf die neuen Bundesländer, dass der „Wähleranteil der SPD in Regionen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte am höchsten, in Stadt- und Landkreisen mit einer mittleren Bevölkerungsdichte am geringsten“<sup>91</sup> ist.

Bei den Grünen ergibt sich in beiden Wahljahren ein vergleichbares Bild. Sie sind in dicht besiedelten Kreisen erfolgreicher als in weniger dicht besiedelten. Hier bleiben sie 1999 auch deutlich unter der 5-Prozent-Marke. Zu berücksichtigen ist, dass sich diese Gebiete vorwiegend in Ostdeutschland befinden.<sup>92</sup>

Für die Republikaner zeigt sich 1994 kein Zusammenhang zwischen Wahlerfolg und Urbanitätsgrad. Beim Abschneiden der PDS zeigt sich, dass das Wahlverhalten auch von den unterschiedlichen Ost--West-Strukturen überlagert ist, so die *Forschungsgruppe Wahlen*.<sup>93</sup> Die besten Ergebnisse erzielt die Partei 1999 in sehr niedrig besiedelten Gegenden (9,5 Prozent)<sup>94</sup>. Auf nur 3,2 Prozent kommt die PDS dagegen in Kreisen mittlerer Bevölkerungsdichte. Dass sie in Stadt- und Landkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte auf ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis kommt, ist vor allem auf das erfolgreiche Abschneiden

---

<sup>90</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 35, für 1994 nachzulesen in: Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, Seite 32

<sup>91</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 32  
CDU-Anteile/SPD-Anteile in den neuen Bundesländern: sehr niedrige Bevölkerungsdichte: 33,0%/28,2%; hohe Bevölkerungsdichte: 28,3%/25,8%

<sup>92</sup> Die Zahlen für 1994 finden sich in: Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 31/32

<sup>93</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 36

<sup>94</sup> 1994 wurde die PDS bei dieser Statistik noch unter den „Anderen“ Parteien geführt, deshalb ist hier keine differenzierte Aussage möglich.

der Partei in Berlin zurückzuführen, so argumentiert die *Forschungsgruppe Wahlen*.<sup>95</sup> 1994 schnitt sie zum einen ebenfalls in stark ländlich geprägten Gebieten und zum anderen aber auch in städtischen Gebieten besonders gut ab. Unterdurchschnittliche Ergebnisse verzeichnet sie auch in Kreisen mit niedriger und mittlerer Bevölkerungsdichte.<sup>96</sup>

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Unionsparteien in beiden Wahljahren bei niedriger Bevölkerungsdichte besser abschneiden als bei hoher. Für die SPD zeigt sich 1999 und für die Grünen in beiden Wahljahren beim Wählerverhalten ein umgekehrtes Bild. 1994 schneidet die SPD in ländlichen Gebieten besser ab als in städtischen Gebieten. Die Grünen können mehr Stimmen in den alten Bundesländern gewinnen als im Ost-Teil der Republik, genau umgekehrt verhält sich das bei der PDS.

#### 2.4.4 Das Abschneiden der Parteien in den Großstädten Deutschlands

Die *Forschungsgruppe Wahlen* betrachtet im Wahljahr 1999<sup>97</sup> auch das Wahlergebnis in großen Städten. Im Gegensatz zu den ländlichen Regionen schneidet die CDU/CSU in allen Großstädten, mit Ausnahme von München und Nürnberg, schlechter ab als in ihrem Gesamtergebnis. Unter 40 Prozent bleiben die Unionsparteien in den Städten Dortmund, Duisburg, Hannover und Leipzig. Ihre Zugewinne fallen im Vergleich zu den weniger dicht besiedelten Gebieten gering aus.

Entgegengesetzt zeigt sich das Ergebnis der SPD. Sie kann in Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Leipzig, München und Stuttgart im Vergleich zu der Wahl von 1994 Stimmen gewinnen, obwohl sie insgesamt Stimmenverluste hinzunehmen hat. In anderen Metropolen wie zum Beispiel Düsseldorf, Dortmund, Duisburg, Essen und Köln verliert sie zwar überdurchschnittlich viele Wählerstimmen, ist jedoch immer noch erfolgreicher als im Durchschnitt der Europawahlen 1999. In Duisburg erhält sie sogar die absolute Mehrheit (50,7 Prozent).

Auch die Grünen haben bessere Chancen in dicht besiedelten Gebieten. In Westberlin, Frankfurt/Main, Hannover, Köln, München, Hamburg und Stuttgart erreichen sie 1999

---

<sup>95</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 36

<sup>96</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 33

<sup>97</sup> In der Analyse der Europawahl 1994 wird bei der Forschungsgruppe Wahlen nicht explizit auf die Städte eingegangen.

zweistellige Ergebnisse. Hier können sie die Stimmenverluste leicht eingrenzen. Insgesamt verzeichnen sie gegenüber der Europawahl 1994 jedoch überall Verluste.

Bei der PDS existiert ein eindeutiges Ost-West-Gefälle. In Ostberlin erreicht die Partei 40,9 Prozent, während sie im Westteil nur auf 3,5 Prozent kommt. Auch in Leipzig liegt sie mit 25,7 Prozent gut im Rennen, doch in allen anderen Großstädten Deutschlands bleibt sie eindeutig unter der 5-Prozent-Marke.<sup>98</sup>

*Infratest dimap* betrachtet das Wahlverhalten der Bürger 1999 nach regionalen und strukturellen Aspekten aus einem etwas anderen Blickwinkel. Die Analyse geht davon aus, dass die Europawahl 1999 hauptsächlich ein „nationales Ereignis“<sup>99</sup> war, ein Härte-test für die neue Regierung. Deshalb vergleicht sie die Europawahl 1999 hauptsächlich mit der Bundestagswahl 1998<sup>100</sup> und stellt einen gewaltigen „Rechtsruck“<sup>101</sup> fest. Im Vergleich zur Europawahl 1994 gibt es dagegen keine gravierenden Unterschiede. Im Blick auf diese Wahl betrachtet *Infratest dimap* das Ergebnis der bundesdeutschen Koalition und Opposition. So hat Rot/Grün einen Rückgang von 5 Prozentpunkten zu verzeichnen, die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP haben einen Zuwachs von fast 9 Punkten im Vergleich zur vorangegangenen Europawahl<sup>102</sup>.

Deutliche Unterschiede gibt es auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Die CDU/CSU und FDP gewinnen stärker im Westen, die PDS kann im Osten mehr Wähler für sich gewinnen. *Infratest dimap* listet dazu noch „bemerkenswerte Ausnahmen“<sup>103</sup> auf:

In Mecklenburg-Vorpommern legen die Unionsparteien und FDP fast 11 Punkte zu, während die PDS einen Verlust von 3 Prozent hinnehmen muss.

---

<sup>98</sup> Die Ergebnisse dieses Abschnittes wurden entnommen aus: Forschungsgruppe Wahlen: Europawahlanalyse 1999, S. 37-40.

<sup>99</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 22

<sup>100</sup> Bei dem Vergleich der Europa- und Bundestagswahl ergeben sich allerdings erhebliche methodische Schwierigkeiten. Die Bundestagswahl 1998 hatte eine Wahlbeteiligung von rund 33 Millionen, bei der Europawahl gingen jedoch nur 11 Millionen Wahlberechtigte zur Urne. Das heißt also, dass etwa 22 Millionen Wahlberechtigte diesmal der Europawahl zusätzlich fernblieben. Diese Disbalance schwächt den Vergleich der beiden Wahlen, da der Ausgangspunkt nicht mehr derselbe ist. (nachzulesen in: *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 24)

<sup>101</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 22

<sup>102</sup> *Infratest dimap* ergänzt, dass der Zugewinn allein auf das Konto der Unionsparteien geht und die FDP sogar leichte Verluste hinnehmen muss; *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 22

<sup>103</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 22/23

In Bayern legt die CSU alleine 15,1 Prozentpunkte zu, vor allem dadurch, dass die Republikaner 4,7 Prozent und die sonstigen Parteien 4,6 Punkte seit der letzten Europawahl verlieren.

In Bremen (5,1 Prozentpunkte), Westberlin (6 Prozentpunkte) und in Niedersachsen (6,3 Prozentpunkte) liegen die Zugewinne der bundesdeutschen Opposition deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Demzufolge verliert die SPD hier proportional weniger. Den Ausschlag dafür könnten hier die letzten Landtagswahlen gegeben haben.

## 2.5 Die Schwer- und Schwachpunkte der Parteien im Ländervergleich<sup>104</sup>

Ländergrenzen haben bei Wahlen für die Stimmenentwicklung große Bedeutung, das heißt, „die Unterschiede *innerhalb* der Länder waren deutlich geringer als die *zwischen* den Ländern“<sup>105</sup>. *Infratest dimap* ist im Gegensatz zu der *Forschungsgruppe Wahlen* weiterhin der Meinung, dass die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede sowie die unterschiedliche Konfessionszugehörigkeit keinen nennenswerten Beitrag zur Erklärung des spezifischen Wählerverhaltens beisteuern.

---

<sup>104</sup> Die Schwer- und Schwachpunkte der Parteien werden nur von *Infratest dimap* 1999 gesondert analysiert. Im Punkt 2.3 wird folglich nur auf die Europawahl 1999 eingegangen, vorwiegend im Vergleich mit der Bundestagswahl 1998.

<sup>105</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 25

	Veränderungen der SPD-Anteile (in Prozentpunkten)		
	E99-B98	B98-B94	E99-B94
<b>Bundesgebiet insg.</b>	- 10,2	+ 4,5	- 5,7
<b>Westdeutschland (mit Westberlin)-</b>	9,8	+ 4,8	- 5,0
Bayern	- 12,8	+ 4,8	- 8,0
Saarland	- 11,1	+ 3,6	- 7,5
Westberlin	- 10,3	+ 5,0	- 5,3
Schleswig-Holstein	- 10,1	+ 5,8	- 4,3
Niedersachsen	- 9,9	+ 8,8	- 1,1
Nordrhein-Westfalen	- 9,6	+ 3,8	- 5,8
Baden-Württemberg	- 9,5	+ 4,9	- 4,6
Hamburg	- 8,6	+ 6,1	- 2,5
Hessen	- 7,1	+ 4,3	- 2,8
Bremen	- 6,5	+ 4,7	- 1,8
Rheinland-Pfalz	- 6,1	+ 1,9	- 4,2
<b>Ostdeutschland (mit Ostberlin)</b>	- 11,5	+ 3,6	- 7,9
Mecklenburg-Vorpommern	- 15,0	+ 6,5	- 8,5
Ostberlin	- 13,2	+ 2,1	- 11,1
Brandenburg	- 11,9	- 1,5	- 13,4
Sachsen-Anhalt	- 9,5	+ 4,6	- 4,9
Sachsen	- 9,5	+ 4,8	- 4,7
Thüringen	- 8,9	+ 4,3	- 4,6

Quelle: Infratest dimap, Analyse 1999, S. 26

Hinsichtlich der im Parlament vertretenen Parteien ergibt sich folgendes Bild:

### SPD

Bundesweit liegen die Verluste der SPD bei 10,2 Prozent, in Westdeutschland 9,8 Prozent und in Ostdeutschland 11,5 Prozent. *Infratest dimap* stellt in der oben abgebildeten Tabelle die Veränderungen der SPD-Wähleranteile gegenüber, kann daraus aber keinen Zusammenhang zwischen den SPD-Gewinnen bei der Bundestagswahl 1998 und den Verlusten bei der Europawahl 1999 herleiten.

Das Institut teilt die westdeutschen Länder in drei Gruppen ein:

- Länder mit den größten SPD-Einbußen gegenüber 1994: v.a. Bayern und das Saarland.

- Länder, die nahe beim westdeutschen Durchschnitt liegen: Nordrhein-Westfalen, Westberlin, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.
- Länder mit relativ günstiger Bilanz: Hessen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg.

Ein genereller Zusammenhang bei gleichzeitigen Kommunalwahlen sei nicht erkennbar, so *Infratest dimap*.

Für Ostdeutschland sieht das Bild etwas anders aus:

- Nahe am westdeutschen Durchschnitt liegen die Werte für die drei südlichen Länder: Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das Land mit den größten SPD-Verlusten ist Mecklenburg-Vorpommern.
- Besonders stark schlagen die SPD-Einbußen in Brandenburg und Ostberlin durch. Insgesamt zeigt sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. In Chemnitz (6,4 Prozent) hat sie am wenigsten verloren, in Schwerin (17 Prozent) am meisten.

Wie oben erwähnt, nimmt *Infratest dimap* stärker Bezug auf eine „Denkzettel“-Wahl gegenüber der 1998 neu gewählten Bundesregierung. Deshalb wird hier das Abschneiden der bundesdeutschen rot-grünen Koalition und der Opposition von CDU/CSU und FDP bei der Wahl zum Europäischen Parlament genauer untersucht. Hier schneiden die CDU/CSU und FDP mit einem Plus von 10,3 Prozentpunkten ab, während die SPD und die Grünen einen herben Rückschlag mit einem Minus von 10,5 Punkten erleiden.

	Veränderungen der Stimmanteile E99-B98 (in Prozentpunkten)		„Pendel- schlag“
	Union + FDP	SPD + Grüne	
<b>Bundesgebiet insg.</b>	+ 10,3	- 10,5	10,4
<b>Westdeutschland</b>	+ 10,1	- 9,7	9,9
Bayern	+ 13,1	- 12,6	12,8
Saarland	+ 10,4	- 11,6	11,0
Schleswig-Holstein	+ 10,4	- 10,4	10,4
Niedersachsen	+ 9,4	- 9,7	9,5
Nordrhein-Westfalen	+ 9,7	- 9,3	9,5
Westberlin	+ 9,9	- 8,8	9,3
Baden-Württemberg	+ 9,2	- 9,0	9,1
Hessen	+ 8,5	- 7,4	7,9
Hamburg	+ 7,1	- 7,4	7,2
Rheinland-Pfalz	+ 7,4	- 7,1	7,2
Bremen	+ 6,2	- 5,5	5,8
<b>Ostdeutschland</b>	+ 11,2	- 12,8	12,5
Mecklenburg-Vorpommern	+ 15,3	- 15,5	15,4
Sachsen-Anhalt	+ 11,3	- 12,7	12,0
Sachsen	+ 11,8	- 11,1	11,4
Thüringen	+ 12,2	- 10,5	11,3
Brandenburg	+ 7,7	- 12,2	9,9
Ostberlin	+ 4,7	- 13,3	9,0

Quelle: Infratest dimap, Analyse 1999, S.28

#### Besonderheiten in Westdeutschland:

In Bayern und im Saarland ist der „Denkzettel“ für die SPD und die Grünen am größten ausgefallen. Niedersachsen ist hier in die mittlere Gruppe gerückt. Bremen hat die beste Position. Hier haben die Unionsparteien sowie die FDP den niedrigsten Zuwachs.

#### Besonderheiten in Ostdeutschland:

„Spitzenreiter“ ist hier Mecklenburg-Vorpommern. *Das Bundesland hat die meisten SPD-Wähleranteile in Ostdeutschland.* Im mittleren Bereich liegen die Werte für Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Erhebliche Verluste hat Rot/Grün auch in Ostberlin und in Brandenburg. Die Stimmen kommen zu einem großen Teil der PDS zugute.

## CDU/CSU

Bei jeder Wahl gibt es regionale Schwer- und Schwachpunkte der Parteien. Wie die *Forschungsgruppe Wahlen*, so bestätigt auch *Infratest dimap*, dass die Gewinne der Union besonders hoch in katholisch-ländlichen Bereichen und in den westdeutschen Hochburgen ausfallen.<sup>106</sup> In Ostdeutschland ist die Situation ähnlich. Die CDU legt hier vor allem in Kreisen mit niedriger Bevölkerungsdichte zu.

Laut *Infratest dimap* hat sich ein Struktureffekt ergeben, der für Ost und West gilt. Die Zugewinne der Unionsparteien sind bei niedriger Bevölkerungsdichte größer als bei hoher Bevölkerungsdichte.<sup>107</sup>

In Ost- und Westdeutschland gibt es Parteihochburgen und Kreise, in denen die Unionsparteien besonders schlecht abschneiden. Die dreißig stärksten Zugewinne haben sie in Westdeutschland, und zwar ausnahmslos in Bayern. Von den dreißig Kreisen, in denen sie am schlechtesten abschneiden, kommen 14 aus Rheinland-Pfalz. Auch im Osten der Bundesrepublik gibt es Besonderheiten im Wahlverhalten der Bürger mit Blick auf das Abschneiden der CDU.<sup>108</sup>

Die stärksten Zugewinne hat die CDU in Vorpommern und im thüringischen Eichsfeld. Von den 15 Kreisen mit dem besten Ergebnis liegen 11 in Mecklenburg-Vorpommern. Die geringsten Gewinne finden sich in 12 Kreisen Brandenburgs.

## PDS

Der Gewinner in Ostdeutschland ist laut *Infratest dimap* die PDS<sup>109</sup>. Vor allem hat sie in den großen Städten und dicht besiedelten Landkreisen gut abgeschnitten, hier liegt sie vor der SPD, in Berlin, Frankfurt an der Oder, Cottbus, Rostock, Potsdam und Brandenburg sogar vor der CDU. Man kann sagen: „Je größer die Stadt bzw. je dichter die Besiedelung, um so größer die Gewinne der PDS, umso größer die Verluste der SPD.“<sup>110</sup>

Eine ähnliche Struktur ergibt sich bei den Grünen, wenngleich diese viel schwächer ausgeprägt ist.

---

<sup>106</sup> Dabei handelt es sich hauptsächlich um bayrische Kreise

<sup>107</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999; S. 29

<sup>108</sup> Von den 113 ostdeutschen Stadt- und Landkreisen werden jeweils nur die 15 Gebietseinheiten mit den größten Gewinnen und Verlusten betrachtet. *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 31

<sup>109</sup> Siehe dazu die „Veränderungen E99-B98 in: *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 32

<sup>110</sup> *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999; S. 33



## 2.6 Wahlentscheidende Themen

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* veröffentlichte 1994 und 1999 in der Europawahlanalyse teilweise eigene Umfrageergebnisse, teilweise von anderen Instituten übernommene Ergebnisse. In beiden Jahren befasst sich die Analyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung* auch mit der Darstellung der wahlentscheidenden Themen. Von *Infratest dimap* wurde im Wahljahr 1999 eine repräsentative Umfrage über wahlentscheidende Themen durchgeführt.

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* behandelt 1994 folgende zwei Themenbereiche:

- Die Einstellungen zur Europäischen Union
- Das nationale Meinungsklima

1999 wird die Umfrage etwas erweitert:<sup>111</sup>

- Einstellungen zur Europäischen Union
- Bedeutung der Europawahl
- Politische Probleme / Problemlösungskompetenzen
- Beurteilung der Bundesregierung

*Infratest dimap* widmet sich dem Thema 1999 jedoch am ausführlichsten. Die Umfrage gliedert sich wie folgt:

- Interesse an Europa
- Einstellungen zur Europäischen Union
- Ziele europäischer Politik
- Themen
- Bedeutung der Bundespolitik für die Wahlentscheidung
- Bedeutung des Kosovokrieges
- Parteien
- Politiker
- Politische Stimmung vor der Europawahl

---

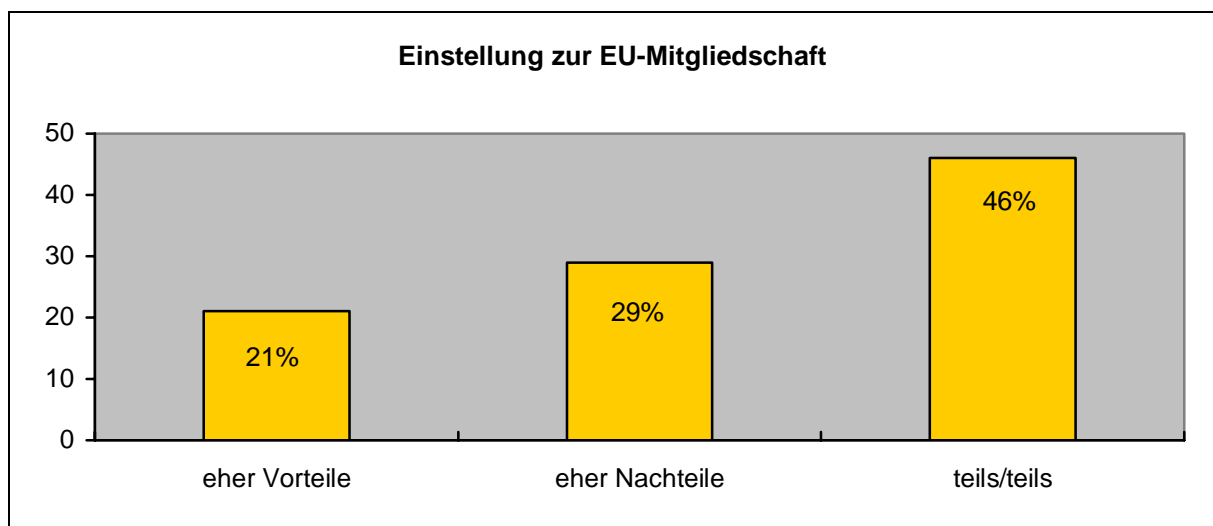
<sup>111</sup> Wobei sie viele Schaubilder von *Infratest dimap* übernimmt.

Um die Einstellungen und Meinungen der Bürger zu verdeutlichen und die politische Stimmung in der Bevölkerung darzulegen, werden im folgenden einige der behandelten Themen dieser Umfragen dargestellt. Aspekte wie das Interesse an Europa oder die Meinung über politische Ziele, die auf europäischer Ebene verfolgt werden sollten, lassen Rückschlüsse auf die persönliche Wahlentscheidung der wahlberechtigten Bürger zu.

## 2.6.1 Konrad-Adenauer-Stiftung 1994

### Einstellungen zur Europäischen Union

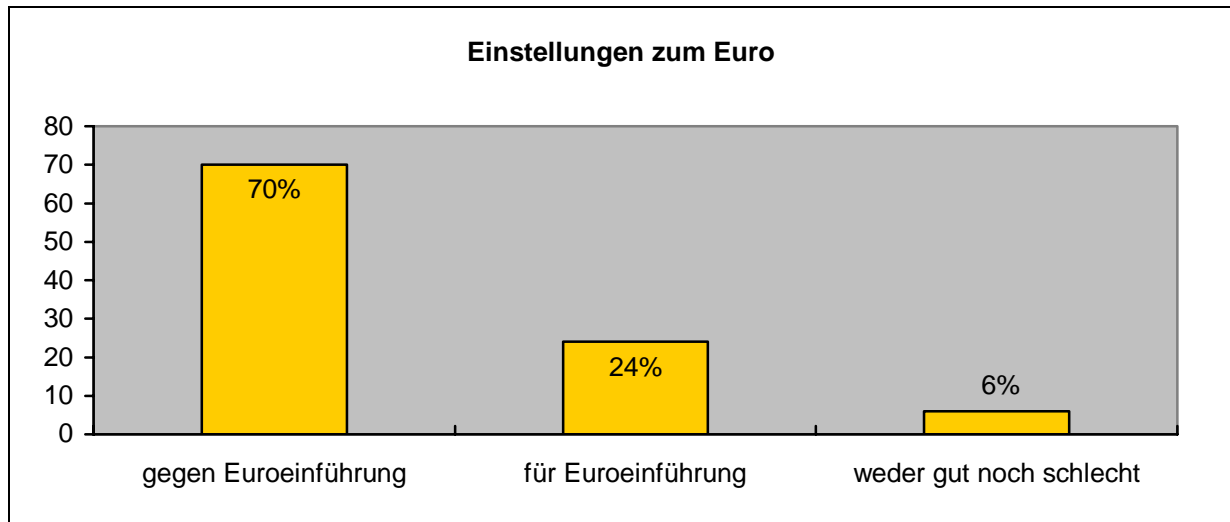
Immerhin 41 Prozent der befragten Bürger hielten die Europäische Union für eine gute Sache. Nur sechs Prozent der Befragten äußerte sich kritisch zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands. Laut der *Konrad-Adenauer-Stiftung* tritt mittlerweile der Kosten-Nutzen-Gesichtspunkt in den Vordergrund, die emotionale Begeisterung für Europa, die in den Anfängen stärker ausgeprägt war, trat in den Hintergrund. Dennoch sahen 46 Prozent der Befragten, also knapp die Hälfte, in der EU-Mitgliedschaft der Bundesrepublik sowohl Vor- als auch Nachteile. 29 Prozent der Befragten bewerteten die Mitgliedschaft eher als Nachteil und nur 21 Prozent verbanden mit der EU-Mitgliedschaft Deutschlands Vorteile. Trennt man die Umfrage in Ost und West, standen die Ostdeutschen der Europäischen Union kritischer gegenüber. Nahezu alle Befragten wollten keine weiteren Kompetenzen an die Europäische Union abtreten.<sup>112</sup>



<sup>112</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B1-B2

### Einstellungen zum Euro

Die Einführung einer europäischen Währung stößt 1994 bei einem Großteil der Bevölkerung auf Ablehnung. 70 Prozent aller Befragten sind gegen die Einführung des Euro. Nur 24 Prozent der Befragten finden eine gemeinsame Währung der EU-Staaten gut, sechs Prozent finden eine Euroeinführung weder gut noch schlecht.<sup>113</sup>



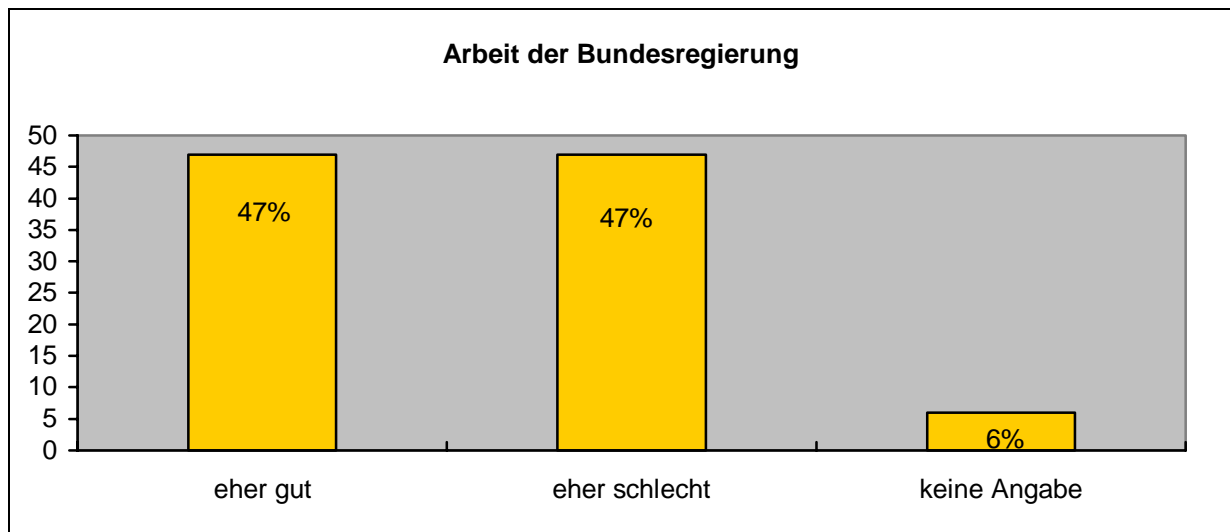
### Beurteilung der Bundesregierung

Nahezu die Hälfte der Befragten (47 Prozent) war der Meinung, die Bundesregierung mache ihre Arbeit eher gut. Im Osten Deutschlands wurde die Bundesregierung etwas schlechter bewertet als im Westen. Gefragt, ob die SPD das Regierungsgeschäft besser erledigen würde, wenn sie an der Macht wäre, waren 15 Prozent der Meinung, dass sie ihre Sache eher schlechter machen würden. Über die Hälfte der Befragten sind jedoch der Meinung, dass die SPD die Geschäfte weder besser noch schlechter führen würde.<sup>114</sup>

<sup>113</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B3

<sup>114</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B4-B5

In der Verschriftlichung ihrer Analyse verweist die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht auch auf die 55 Prozent der Befragten, die der Meinung sind, dass weder CDU noch SPD die Regierungsgeschäfte besser tätigen könnten. Sie führt lediglich aus, dass 47 Prozent mit der Arbeit der schwarz/gelben Bundesregierung zufrieden sind. Der Rezipient erkennt dies erst bei näherer Betrachtung der Schaubilder.



### **Bedeutung der Bundespolitik für die Wahlentscheidung**

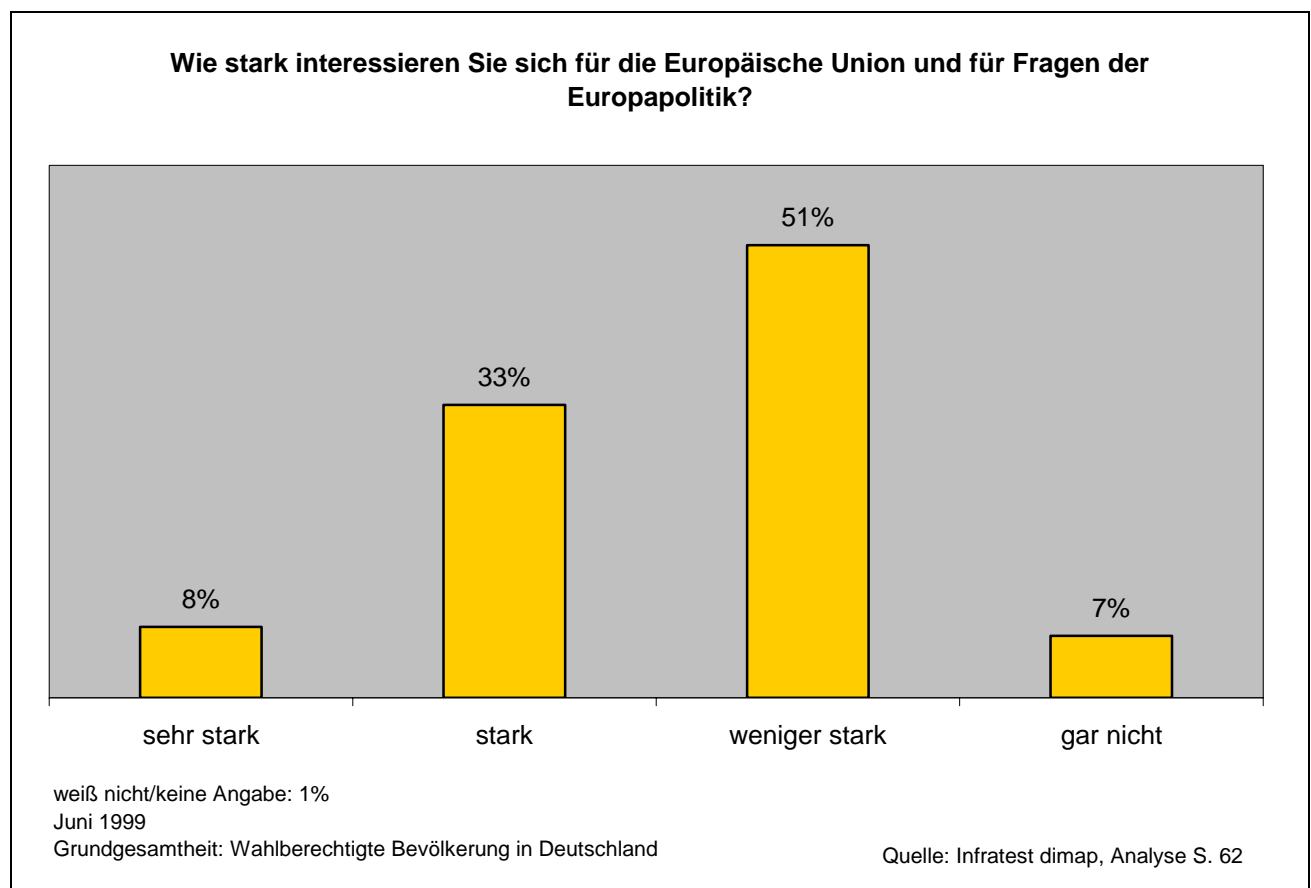
Durch das weitgehend europapolitische Desinteresse wurde die Wahlentscheidung der Wähler zu einem großen Teil von bundespolitischen Gesichtspunkten beeinflusst. Die Bundespolitik war für 63 Prozent der Wähler ein entscheidendes Kriterium ihrer Wahlentscheidung. Das gewichtigste Problem der Befragten war mit großem Abstand die Arbeitslosigkeit. Für 60 Prozent der Bundesbürger war dies das wichtigste politische Thema vor der Europawahl, damit also ein national geprägtes Politikfeld. Danach folgten in der Rangliste der wichtigsten Themen die Politikbereiche Asyl/Ausländer mit 26 Prozent, der Rechtsradikalismus mit 16 Prozent, der Umweltschutz mit 11 Prozent, die Wirtschaftslage und die innere Sicherheit mit je 9 Prozent. Gerade mal ein Prozent der befragten Bundesbürger zählten europäische Probleme zu den dringlichsten Politikthemen vor der Europawahl. Mit Ausnahme des Umweltschutzes korrespondierten mit den genannten Politikbereichen eher nationale Zuständigkeitsbereiche, nicht europäische Politikfelder.

## 2.6.2 Konrad-Adenauer-Stiftung und Infratest dimap 1999

Die Umfragen von der *Konrad-Adenauer-Stiftung* und *Infratest dimap* erbrachten im Vorfeld der Europawahl 1999 zu ausgewählten Fragestellungen folgende Ergebnisse:

### Interesse an Europa

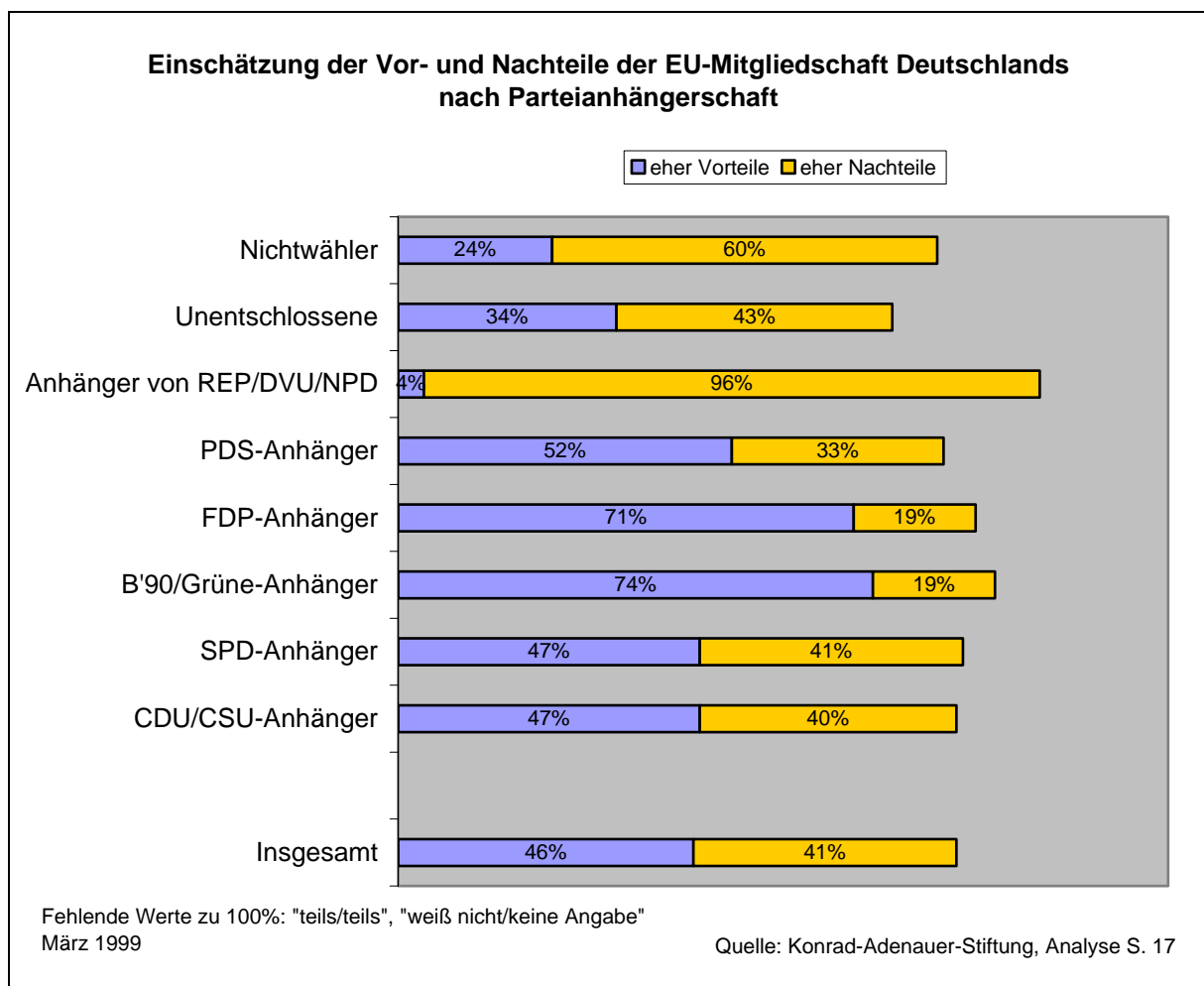
Gefragt nach ihrer emotionalen Bindung an Europa antworten 47 Prozent aller Befragten, dass sie eine gewisse emotionale Bindung zu Europa haben und sich als Europäer fühlen. 52 Prozent der Befragten haben jedoch ein stärkeres Nationalbewusstsein und fühlen sich eher als Deutsche und nicht unbedingt als Europäer. Das Interesse der Bürger an europäischer Politikgestaltung ist relativ gering. 77 Prozent der Befragten könnten beispielsweise spontan keinen Namen eines Abgeordneten des Europäischen Parlamentes nennen.<sup>115</sup>



<sup>115</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 62

### Einstellungen zur Europäischen Union<sup>116</sup>

Im Großen und Ganzen ist die Einstellung zu Europa positiv, das bestätigen beide Analysen. Über die Hälfte der befragten Bundesbürger (53 Prozent) ist der Meinung, dass die Entwicklung der Europäischen Union in die richtige Richtung geht, so *Infratest dimap*.<sup>117</sup> Die Auswertung der *Konrad-Adenauer-Stiftung* bescheinigt der Europäischen Union, dass sie sich aus dem Stimmungstief befreien konnte, denn immerhin 40 Prozent der befragten Bürger wollen die Einigung der Europäischen Union vorantreiben.<sup>118</sup>



Nach der Umfrage der *Konrad-Adenauer-Stiftung* ist die Übereinstimmung der im Bundestag vertretenen Parteien bezüglich ihrer Einschätzung der EU-Mitgliedschaft Deutschlands und der Fortentwicklung der europäischen Integration relativ hoch. Mit 74 Prozent sind die

<sup>116</sup> Hier sind die Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung ausführlicher gestaltet.

<sup>117</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 63

<sup>118</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 15

Grünen die europafreundlichste Partei. Die CDU/CSU spricht sich für eine „langsamere Gangart im europäischen Einigungsprozess“<sup>119</sup> aus. Das bestätigt auch *Infratest dimap* in ähnlicher Weise, und zwar bezüglich der deutschen Interessenvertretung innerhalb der Europäischen Union. *Infratest dimap* vermutet, dass die Anhänger der Union mit den Ergebnissen der Verhandlungen über die Agenda 2000, die die Bundesregierung führte, nicht zufrieden sind.

Hinsichtlich der Einschätzung der Befragten zu den Vor- und Nachteilen einer Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union unterscheiden sich die zwei Analysen jedoch deutlich. Nach der Umfrage der *Konrad-Adenauer-Stiftung* glauben 46 Prozent der Befragten, dass eine Mitgliedschaft in der EU Vorteile mit sich bringt. Bei *Infratest dimap* sind das jedoch nur 22 Prozent der Befragten. Die Gruppe, die weder Vor- noch Nachteile sieht, ist bei der *Konrad-Adenauer-Stiftung* mit 10 Prozent die kleinste, bei *Infratest dimap* jedoch die größte Gruppe (mit 49 Prozent).<sup>120</sup> Diese große Differenz zwischen den beiden Analysen kann mehrere Gründe haben. Das unterschiedliche Ergebnis kann am Befragungszeitpunkt liegen oder an der Auswahl der Stichprobe. Je nach Anlage der Umfrage kann man Ergebnisse auch in eine bestimmte Richtung manipulieren.<sup>121</sup>

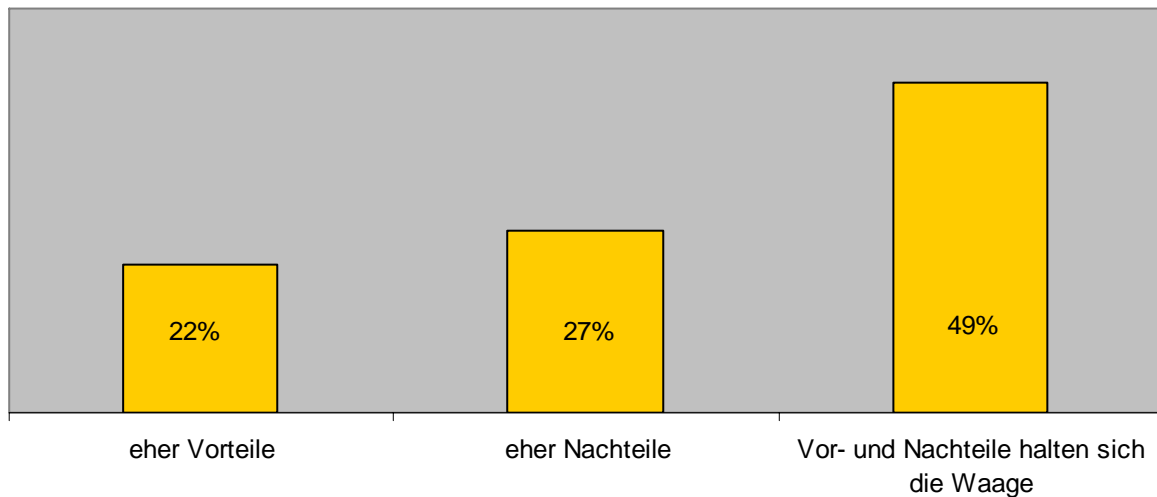
---

<sup>119</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 16

<sup>120</sup> Die Konrad-Adenauer-Stiftung benutzt als Zeitangabe das Jahr 1999, bei *Infratest dimap* ist die Angabe mit „Juni 1999“ genauer. Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 16; *Infratest dimap*: Europawahlanalyse 1999, S. 64

<sup>121</sup> Erklärungsversuch: Bei der Fragestellung von *Infratest dimap* bleibt dem Zuhörer der letzte Teil der Frage „... oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?“ im Gehör. Der Befragte kann somit eher geneigt sein, dies als Antwort zu geben. Bei der Konrad-Adenauer-Stiftung kommt die Möglichkeit, dass die Union weder Vor- noch Nachteile bringt, in der Fragestellung gar nicht vor. Der Befragte entscheidet sich vermutlich dann eher zwischen Vor- und Nachteilen. Somit kann die Angabe bei „teils Vorteile/teils Nachteile“ geringer sein.

**Was meinen Sie: Hat Deutschland insgesamt gesehen von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Vorteile eher Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?**



weiß nicht/keine Angabe: 2%

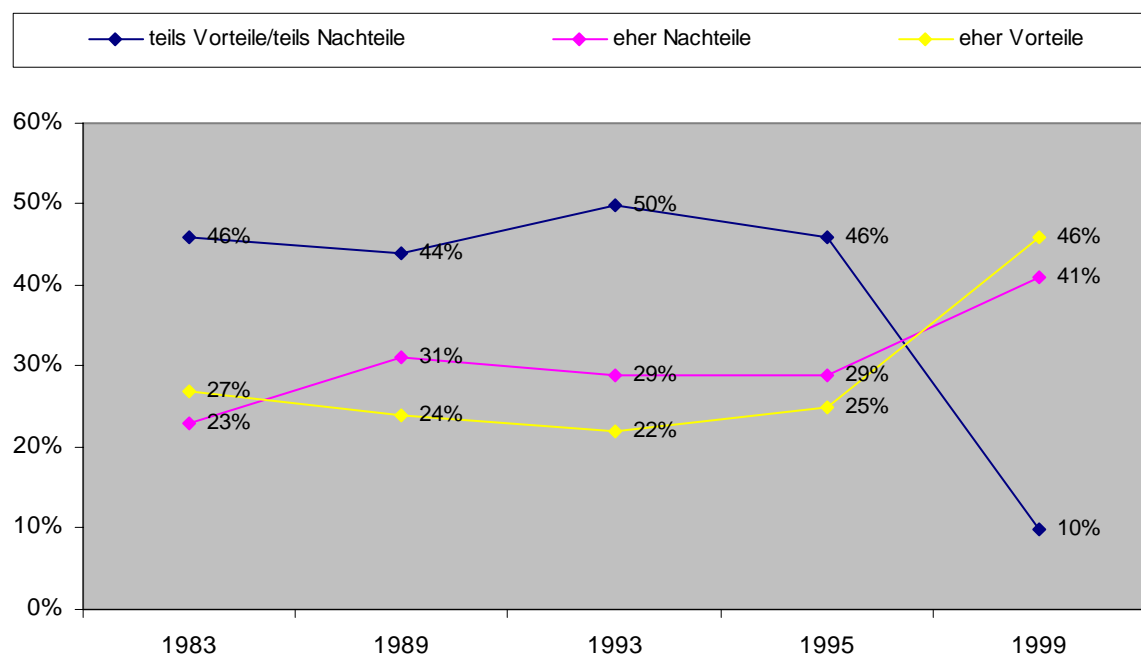
Juni 1999

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Quelle: Infratest dimap, Analyse S. 64

**Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union hat...**

Glauben Sie, dass die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Europäischen Union eher Vorteile hat oder meinen Sie, es ergeben sich insgesamt eher Nachteile für Deutschland?



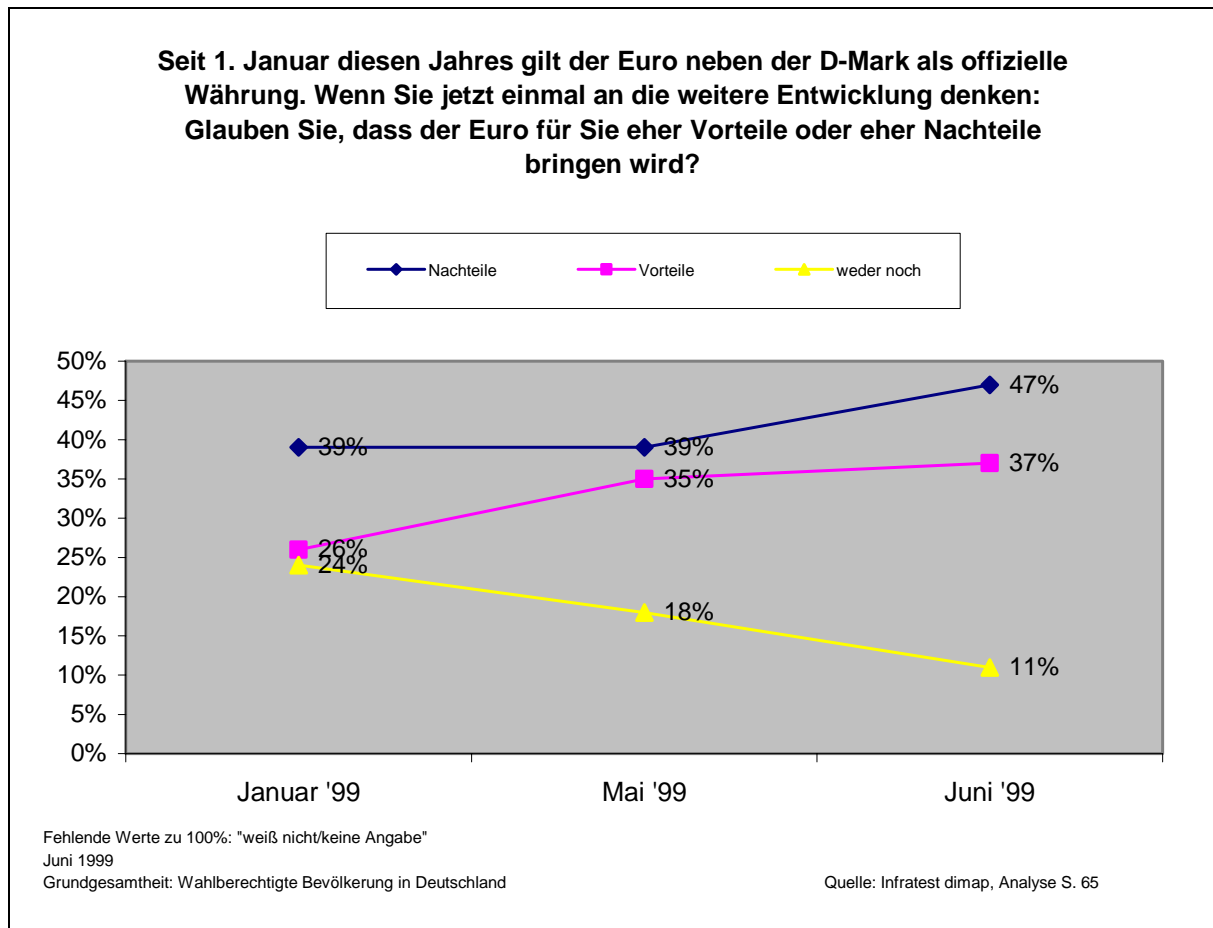
Fehlende Werte zu 100%: "w weiß nicht/keine Angabe"

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Analyse S. 16



### Einstellungen zum Euro

Hier stimmen beide Analysen überein.<sup>122</sup> Circa die Hälfte der Deutschen sehen Nachteile in der Einführung des Euro. 37 Prozent empfinden die gemeinsame Währung als Vorteil und 11 Prozent erwarten weder Vor- noch Nachteile von der Gemeinschaftswährung.

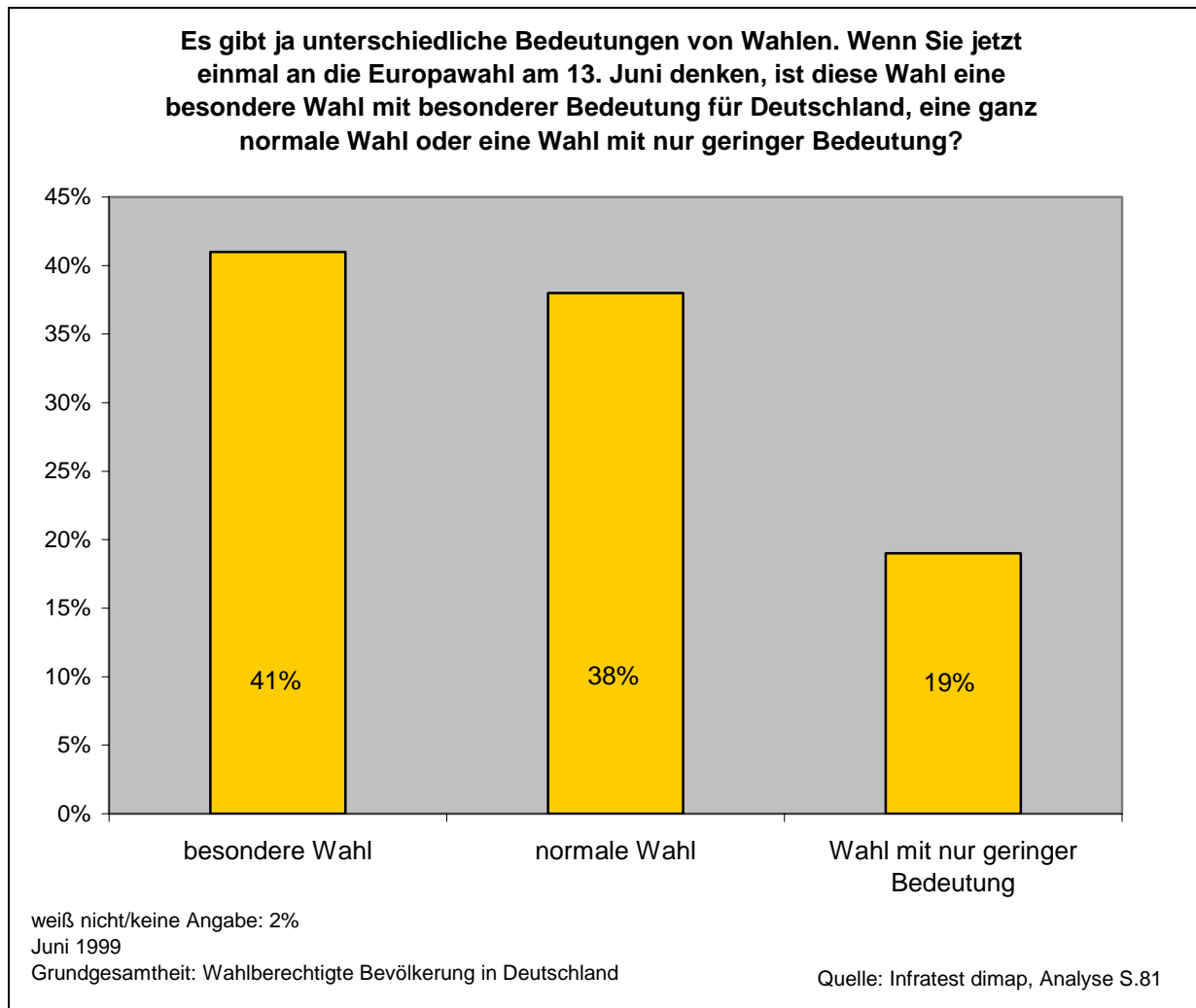


### Bedeutung der Europawahl

Bei einem Großteil der Bevölkerung hat die Europawahl den Charakter einer Nebenwahl. Die Wahlbeteiligung liegt traditionell niedriger als bei einer Bundestagswahl. Zurückzuführen ist die geringe Beteiligung unter anderem darauf, dass den Entscheidungen des Europäischen Parlamentes weniger Gewicht beigemessen wird als beispielsweise den Beschlüssen vom Bundes- oder Landtag.<sup>123</sup>

<sup>122</sup> Die Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt das Schaubild von Infratest dimap.

<sup>123</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 81  
Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 20

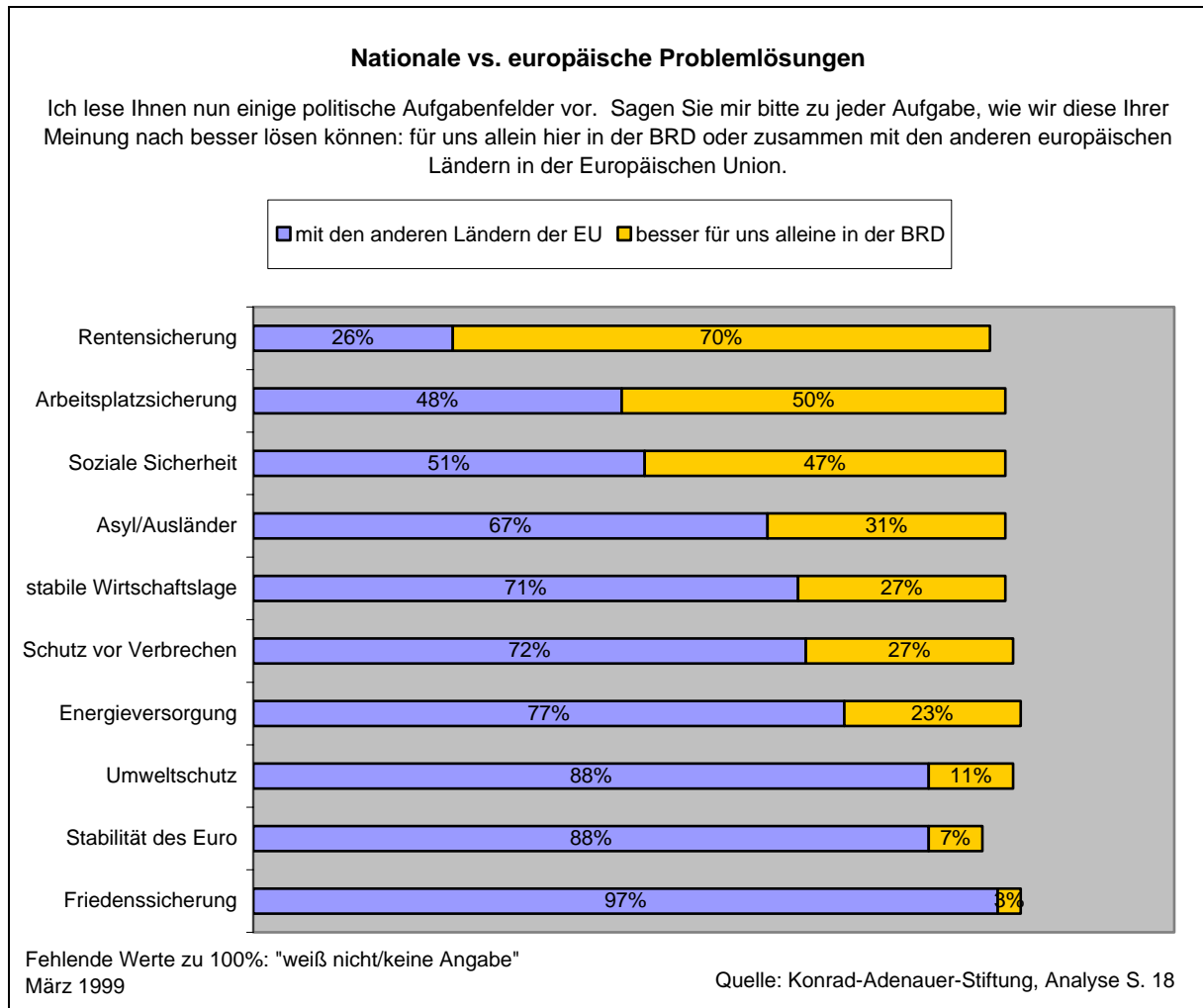


Nur 41 Prozent der befragten Bürger halten die Europawahl für eine besonders wichtige Wahl, so eine Umfrage von *Infratest dimap*. Der Bundestagswahl 1998 dagegen haben fast doppelt so viele der Befragten einen hohen Stellenwert beigemessen.<sup>124</sup> Bei der *Konrad-Adenauer-Stiftung* ist das Umfrageergebnis etwas positiver. Hier gaben im Mai 1999 immerhin 54 Prozent der Bürger an, dass das Europäische Parlament und seine Entscheidungen ziemlich oder sogar sehr wichtig sind, und 88 Prozent der befragten Deutschen stufen die Entscheidungen des Bundestages als wichtig ein.

<sup>124</sup> 79 %; Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 81

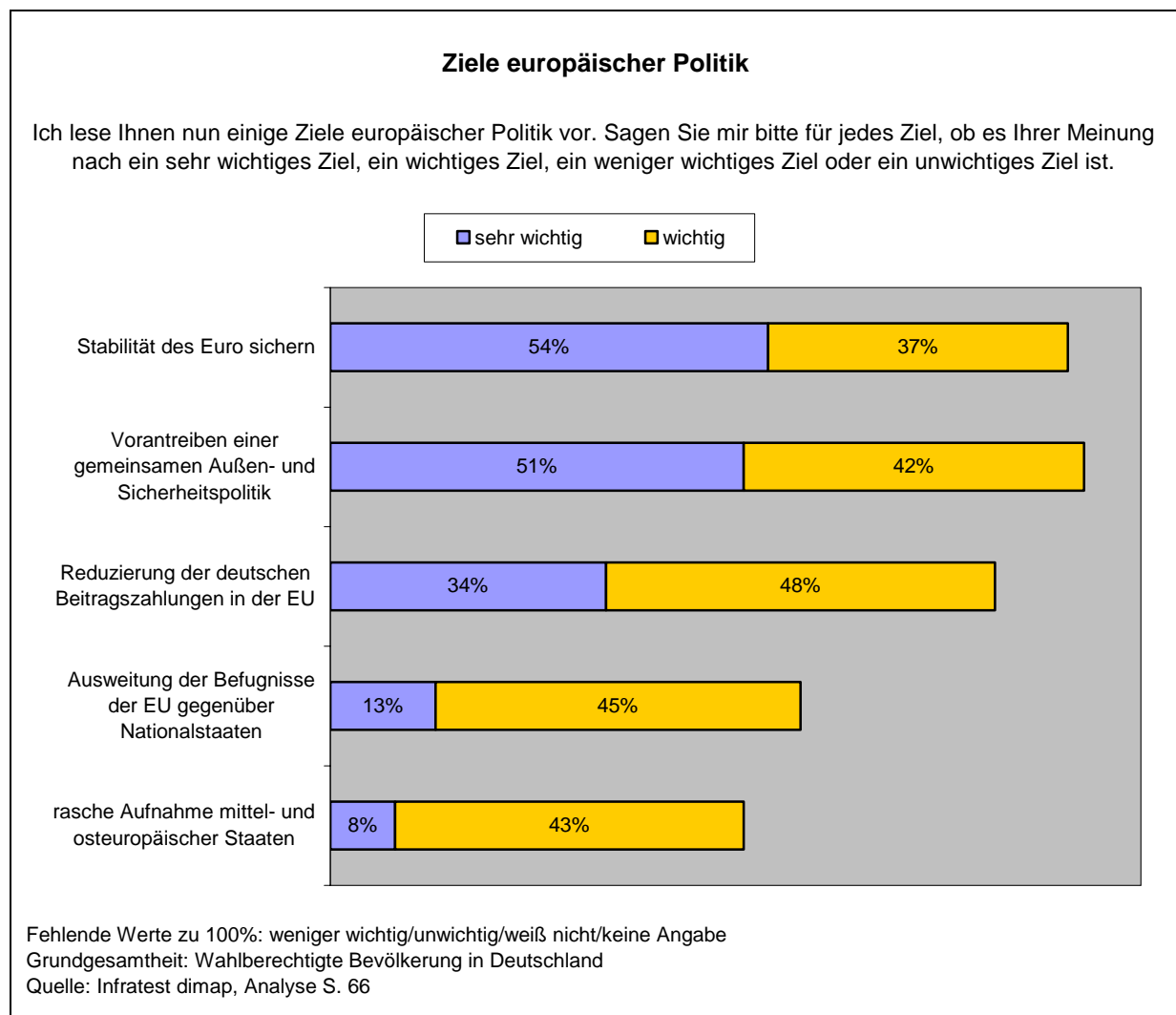
### Wichtige Ziele europäischer Politik

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* sieht eine „wachsende Bereitschaft, Problemlösungen im europäischen Rahmen mit den Partnerstaaten anzugehen“<sup>125</sup>. Nur bei zwei Themen, der Arbeitsplatzsicherung und der Rentensicherung, werden innerdeutsche Lösungen von den Bürgern bevorzugt.



<sup>125</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 18

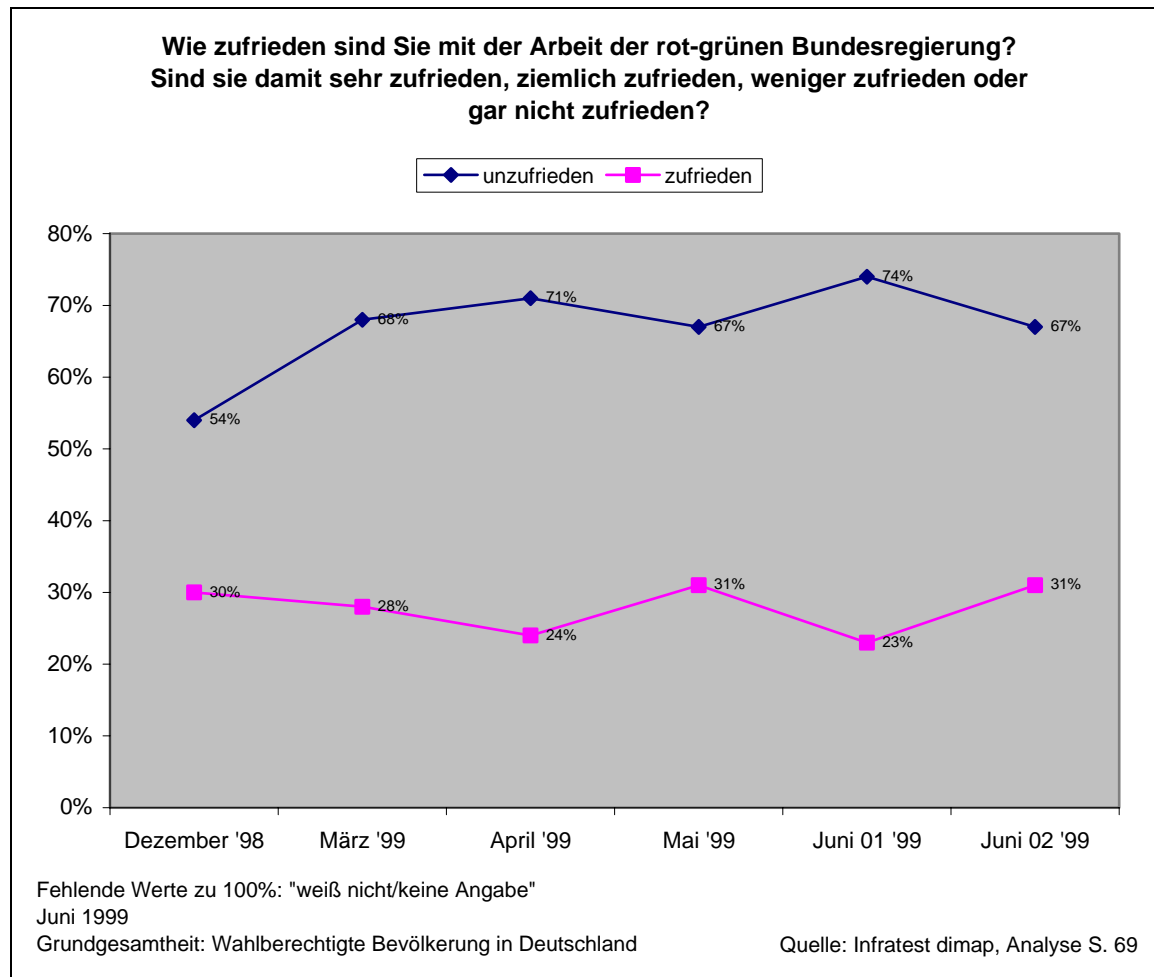
*Infratest dimap* gliedert die Themenbereiche etwas anders:



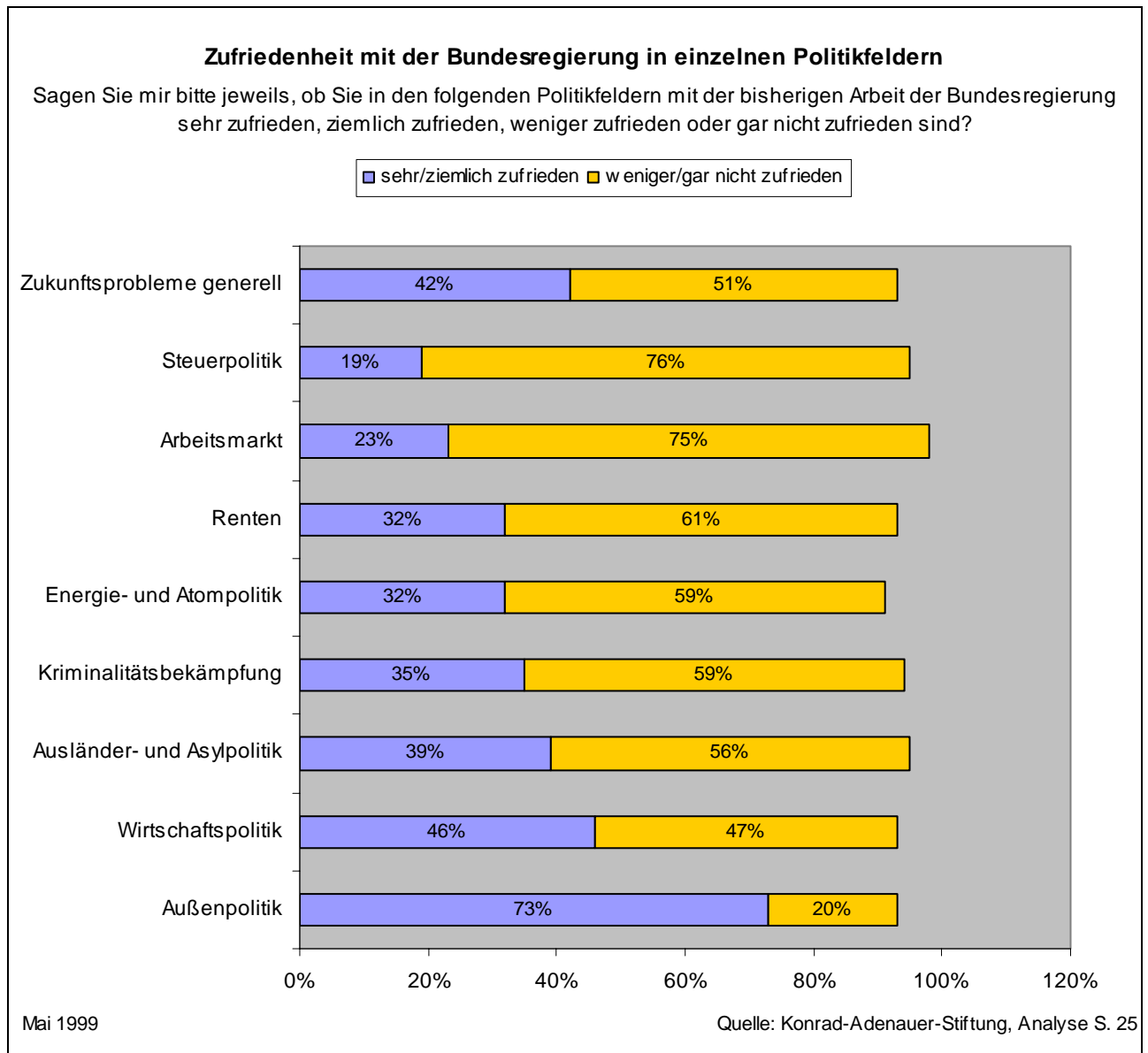
Hier steht die Stabilität des Euros mit 54 Prozent an erster Stelle. Überraschend kommt die Außen- und Sicherheitspolitik an zweiter Stelle. Erfahrungen während des Kosovo-Krieges können zu diesem Meinungsbild beigetragen haben. Erstaunlich ist, dass die Forderung nach Minderung der deutschen Beitragszahlungen mit 34 Prozent auf Platz 3 verwiesen wurde. Anfang des Jahres stand dieses Ziel, laut *Infratest dimap*, noch mit an erster Stelle.

### Beurteilung der Bundesregierung

Beide Analysen sind sich einig, dass die Unzufriedenheit mit der Regierung in der Bevölkerung kontinuierlich gewachsen ist. Nur 23 Prozent sind mit der Regierungsarbeit zufrieden.



Das Bild differenziert sich, wenn man die Bundespolitik in Politikbereiche aufsplittet:



Es zeigt sich, dass die Deutschen mit der Außenpolitik der Regierung recht zufrieden sind. Sie erreicht hier 73 Prozent Zustimmung. Deutlich wird jedoch auch, dass die Bürger gerade bei den brisanten innenpolitischen Politikbereichen, wie der Arbeitsmarktpolitik (23 Prozent) und der Steuerpolitik (19 Prozent), skeptisch sind.

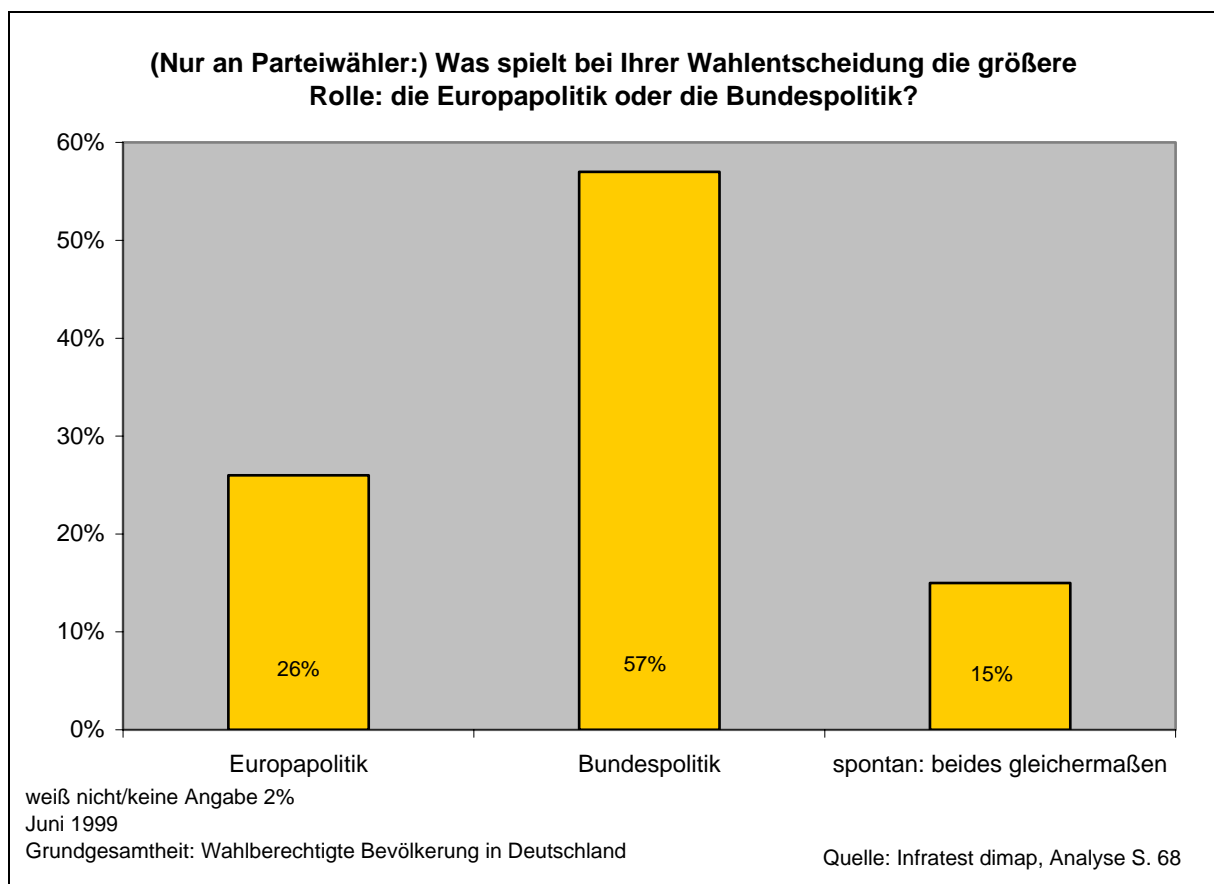
Das Thema „Beurteilung der Bundespolitik“ ist bei *Infratest dimap* etwas anders gegliedert, die Aussage bleibt jedoch die gleiche. Auch sie belegt, dass die rot-grüne Regierung bei der Arbeitsmarktpolitik und bei der Steuerpolitik am schlechtesten abschneidet.<sup>126</sup>

<sup>126</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 70.

Unzufriedenheit der Befragten mit der Arbeit der deutschen Bundesregierung in folgenden Politikfeldern: Arbeitsmarktpolitik: 77%, Steuerpolitik 80%

### Bedeutung der Bundespolitik für die Wahlentscheidung

Die Analysen von *Infratest dimap* und der *Konrad-Adenauer-Stiftung* sind sich einig, dass die Europawahl 1999 auch unter nationalen Vorzeichen stand. Bei 57 Prozent der Befragten rückt die Bundespolitik bei der Wahlentscheidung in den Vordergrund. Für nur 26 Prozent der Bürger spielt die Europapolitik eine wichtige Rolle. Bei 15 Prozent fällt die Bundes- wie auch die Europapolitik gleichermaßen ins Gewicht.<sup>127</sup>



## 2.7 Wählerwanderungsbilanz<sup>128</sup>

Die Wählerwanderungsbilanz ist in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten. Das Problem einer solchen Bilanz liegt darin, dass die Wanderungswahrscheinlichkeiten zwischen

<sup>127</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 68

Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 22

<sup>128</sup> Die Daten des folgenden Kapitels sind, soweit kein Fußnotenvermerk vorhanden ist, nachzulesen in: Infratest dimap: Europawahlanalyse, S. 39-51

den Parteien geschätzt werden müssen. Denn nicht alle Daten lassen sich aus den Wahlergebnissen herleiten. Es wird versucht, das Verhalten der Wechselwähler aus anderen Quellen zu erschließen, zum Beispiel aus einer Panel-Studie, also eine Wiederholungsbefragung eines identischen Personenkreises. Da nun diese Wanderungswahrscheinlichkeit ausschließlich durch Umfragen ermittelt werden kann, fließen auch die Fehlerquellen solcher Umfragen mit ein und können das Ergebnis so erheblich verfälschen. Dennoch liefert die Wählerwanderungsbilanz eine wesentliche Erklärung für Wahlentscheidungen, die andere Daten so nicht zeigen können.

*Infratest dimap* stellte eine Wählerwanderungsbilanz für die Europawahl 1999 auf. Diese bezieht sich in der Regel auf das Wahlverhalten der letzten Vergleichswahl. Da zwischen den Europawahlen 1994 und 1999 zwei Bundestagswahlen lagen, bietet sich nach Einschätzung von *Infratest dimap* - wegen der größeren Aktualität - der Vergleich mit der Bundestagswahl 1998 an.

In Deutschland waren zum Zeitpunkt der Europawahl 60,8 Millionen Bürger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag mit 45,2 Prozent auf einem historischen Tiefstand<sup>129</sup>. Es wurden 22,25 Millionen Stimmen weniger abgegeben als bei der Bundestagswahl 1998.

Alle Parteien, die Gegenstand der Analyse sind, verlieren zahlreiche Wähler durch Wahlenthaltung. Am meisten Stimmen büßt die SPD ein. Sie verliert 10,3 Millionen Wähler an das Nichtwählerlager, das sind über die Hälfte derer, die neun Monate zuvor, bei der Bundestagswahl, noch die SPD mit ihrer Zweitstimme wählten. Die Unionsparteien verlieren sieben Millionen und die FDP 1,3 Millionen Wähler an das Nichtwählerlager. Auch die Grünen müssen 1,3 Millionen Wählerstimmen abtreten. Bei der PDS sind es knapp 1,2 Millionen Wähler, die sich ihrer Stimme enthalten.

Die SPD verliert nicht nur viele Stimmen an die Nichtwähler, sondern sie verliert per Saldo circa 1,23 Millionen Wähler an die Unionsparteien. Die Union gewinnt auch 1,14 Millionen Stimmen von den Freien Demokraten dazu. Bei der Bundestagswahl neun Monate zuvor

---

<sup>129</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 38



haben viele dieser Wähler ihre Zweitstimme noch den Liberalen gegeben. Von den Grünen bekommt die CDU/CSU etwa 130.000 Stimmen, von der PDS circa 40.000 Stimmen<sup>130</sup>.

Vor allem im Osten verliert die SPD Stimmen an die PDS (ca. 160.000). An die kleineren Parteien musste sie um die 180.000 Stimmen abgeben. Durch den Austausch mit den Grünen (ca. 80.000 wechselten zur SPD), der FDP und den rechtsradikalen Parteien konnten die Verluste kaum ausgeglichen werden. Bei der Bundestagswahl wählten die SPD noch 20,2 Millionen Wähler, bei der Europawahl bekam sie nur noch 8,3 Millionen Stimmen. Das heißt, die SPD büßt insgesamt mehr als die Hälfte der Wählerstimmen im Vergleich zur letzten Bundestagswahl ein.

Auch die Grünen verlieren vor allem Stimmen an die CDU/CSU (-130.000) und SPD (-80.000). Insgesamt wechseln 270.000 Wähler das Lager. Damit müssen die Grünen fast die Hälfte der Stimmen gegenüber der Bundestagswahl an andere Parteien abgeben.

Noch schlechter schneidet die FDP ab. Als einzige Partei muss sie mehr Wähler an andere Parteien abgeben als an die Nichtwähler. Insgesamt hat sie drei Viertel ihrer Wähler verloren (Gesamtverlust 2,3 Millionen). Die FDP erhält bei der Europawahl nur knapp 800.000 Stimmen.

Die PDS kann als einzige Partei neben der Union Stimmengewinne von anderen Parteien verzeichnen, insbesondere von der SPD und in kleinerem Rahmen von den Grünen.

---

<sup>130</sup> PDS und sonstige Parteien ca. je 40.000 Stimmen

## 2.8 Gewinne und Verluste der Parteien 1994 und 1999

In beiden Wahljahren arbeiten die *Forschungsgruppe Wahlen* und die Analyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung* die Ergebnisse der einzelnen Parteien auf.

### 2.8.1 Wahlsieg der Union, Mobilisierungsdefizit der SPD bei der Europawahl 1994

#### CDU/CSU

Mit 38,6 Prozent<sup>131</sup> der Stimmen gewinnen die Unionsparteien mit einem Vorsprung von 6 Prozentpunkten vor der SPD die Europawahl eindeutig. Dabei spielten die bundespolitischen Aspekte eine große Rolle, das bestätigen sowohl die *Forschungsgruppe Wahlen* als auch die *Konrad-Adenauer-Stiftung*. Während die *Konrad-Adenauer-Stiftung* den Standpunkt vertritt, dass die Unionsparteien die Europawahl sowohl national als auch aus europäischer Sicht gewonnen haben<sup>132</sup>, stehen bei der *Forschungsgruppe Wahlen* zunächst „nationale Bestimmungsgründe“<sup>133</sup> im Vordergrund. Beide Institute bestätigen, dass die Unionsparteien ihre Kompetenz in der Wirtschaftspolitik in der Wählermeinung ausbauen konnten. Die *Forschungsgruppe Wahlen* sieht das gute Ergebnis der CDU/CSU auch als persönlichen Erfolg des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Aber auch die Union konnte sich insgesamt gegenüber dem politischen Gegner besser präsentieren. In einer Umfrage der *Konrad-Adenauer-Stiftung* vom Winter 1993 glaubten 52 Prozent der Befragten, dass die Unionsparteien „die Europäische Einigung“ vorantreiben könne, das seien doppelt so viele wie bei der SPD.<sup>134</sup> Laut *Forschungsgruppe Wahlen* sehen insgesamt 31 Prozent der Deutschen europapolitische Interessen besser durch die Unionsparteien vertreten, nur 22 Prozent sehen diese Kompetenz eher bei der SPD.<sup>135</sup> Diese Zuschreibung der Europakompetenz an die Unionsparteien lässt auch Rückschlüsse auf eine höhere Mobilisation der Unionswählerschaft zu. Die stärkere Zuschreibung von Europakompetenz an die CDU machte es den SPD-Anhängern nach Ansicht der *Konrad-Adenauer-Stiftung* außerdem schwer, bei dieser Frage zu ihrer Partei zu stehen. 42 Prozent der SPD-Anhänger haben nach der Umfrage im Winter 1993 Europakompetenz schwerpunktmäßig nicht ihrer

---

<sup>131</sup> Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999

<sup>132</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B10

<sup>133</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 44

<sup>134</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B9

<sup>135</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 44

eigenen Partei zugeschrieben, sondern der CDU. Daraus folgt auch, dass die Unionsparteien größere Mobilisierungsmöglichkeiten bei ihren eigenen Parteianhängern und bei den Unentschlossenen haben.<sup>136</sup>

## SPD

Grund für das schlechte Abschneiden der SPD ist vor allem das Mobilisierungsdefizit der Partei sowie das fehlende Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der Partei, vor allem auch im Osten der Bundesrepublik. Dies berichten sowohl die *Konrad-Adenauer-Stiftung*, als auch die *Forschungsgruppe Wahlen*. Dritter Grund für die *Forschungsgruppe Wahlen* ist die zunehmend schlechte Bewertung des Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl, Rudolf Scharping, im Vergleich zu dem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl. Im Westen haben sich die Wähleranteile von Unionsparteien und SPD nicht grundlegend geändert, im Osten erfährt die SPD jedoch nur geringe Unterstützung, was zu dem schlechten Wahlergebnis beiträgt.

Der wachsende Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft 1994 wirkte sich negativ auf die Zuschreibung der Wirtschaftskompetenz auf die SPD aus, sowohl im Osten als auch im Westen. Dies bestätigen beide Analysen. Nach der Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* trauten immer mehr Wähler im Westen Deutschlands der CDU bereits im April 1994 zu, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Im Osten hat die CDU das Vertrauen in ihre Wirtschaftspolitik in den Augen der Wählerschaft nach fast zweijährigem Rückgang der Zustimmungswerte im Juni wieder gewonnen. Gerade bei den Wählern im Osten der Bundesrepublik hat sich seit der Bundestagswahl 1990 gezeigt, wie sehr die Wahlentscheidung der Bürger von der erwarteten Lösungskompetenz in Wirtschaftsfragen abhängt, so die *Forschungsgruppe Wahlen*.<sup>137</sup> Betrachtet man alleine den Osten, glauben 41 Prozent der SPD-Anhängerschaft an den „Aufschwung-Ost“, aber 51 Prozent der CDU-Anhänger.<sup>138</sup>

Es kommt hinzu, dass die Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Gesamtheit der Wähler geringer eingeschätzt wird als diejenige des Deutschen Bundestags oder der Landtage.

---

<sup>136</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B10

<sup>137</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 47

<sup>138</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B9

Dieser Trend verschärft sich besonders bei der SPD, da deren Stammklientel das Europäische Parlament im Verhältnis am ehesten für unwichtig erachtet, so die *Forschungsgruppe Wahlen*.<sup>139</sup>

Ein großes Problem der SPD zu dieser Zeit ist, dass die Unionsparteien aus ihrem Tief vor allem in der Bundespolitik herausfinden und die SPD keine echte Alternative bietet. Sie kann sich mit eigenen Themen zu wenig abgrenzen, in der Folge fehlt ihr ein eigenes Profil. Nach Ansicht der *Forschungsgruppe Wahlen* macht sich dies besonders bei einer Stimmungswahl wie der Europawahl bemerkbar.

## 2.8.2 Das Abschneiden der kleineren Parteien 1994

### Bündnis 90/Grüne

Beide Institute sind sich einig, dass die Partei ihre Stammwähler nahezu komplett mobilisieren konnte. Von der *Forschungsgruppe Wahlen* wird sie neben der CDU/CSU als zweiter Sieger bei der Europawahl bezeichnet. Die Grünen konnten von den Parteien, die bereits im Europäischen Parlament vertreten waren, den größten Stimmenzugewinn verzeichnen. Im Gegensatz zu anderen Parteien haben die Grünen jedoch von der speziellen Wahlsituation bei Europawahlen profitiert. Die Grünen verfügen über eine Stammwählerschaft, die politisch sehr stark interessiert, über die aktuelle politische Situation gut informiert und damit auch für die Parteispitze leichter zu motivieren ist. Hinzu kommt, dass die Grünen durch die Orientierung der SPD in Richtung „Mitte“ auch ehemalige SPD-Wähler aus dem eher linken Wählerspektrum hinzugewinnen konnten, so die Analyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung* und die der *Forschungsgruppe Wahlen*. Unter anderem durch diese Faktoren konnte die Partei in allen Bundesländern Zugewinne erzielen. Die Strukturen unter den Grünen-Anhängern weisen zusätzlich signifikante Unterschiede zu anderen Parteien auf, so die *Forschungsgruppe Wahlen*. Nach wie vor bindet die Partei in erster Linie junge Wähler an sich. Zu beobachten ist jedoch, dass sich der „Alterungsprozess“ der Grünen-Wählerschaft weiter fortsetzt, das heißt, der Partei gelingt es immer mehr, ihre Wähler über längere Zeit an sich zu binden. Die Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* bestätigt den Grünen, dass sie „endgültig ihr Tief überwunden“<sup>140</sup> haben.

---

<sup>139</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 46

<sup>140</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 50

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* schreibt der Grünen-Anhängerschaft darüber hinaus eine „positive Haltung zur Europapolitik“ zu. Bei ihnen finde man keine Vorbehalte gegenüber der europäischen Union, die auf der Stärkung nationaler und wirtschaftlicher Souveränität der Bundesrepublik beruhe. Dies bestätige auch das Umfrageergebnis zu der Frage, ob die EU-Mitgliedschaft Vorteile bringe. Sind es bei der Gesamtheit der Befragten nur 21 Prozent, finden 32 Prozent der Grünen-Anhänger, dass die EU-Mitgliedschaft für Deutschland Vorteile bringe. 57 Prozent der Grünen-Anhänger wünschen sich auch einen Ausbau der Rechte des Parlaments, während in der Gesamtheit der Wählerschaft nur 41 Prozent dafür sind, so die *Konrad-Adenauer-Stiftung*.<sup>141</sup>

## FDP

„Das schlechte Abschneiden der FDP lässt sich nicht auf eine Ablehnung der Europapolitik innerhalb der eigenen Anhängerschaft zurückführen.“<sup>142</sup> So schreibt die *Konrad-Adenauer-Stiftung*, aber auch die *Forschungsgruppe Wahlen* tendiert zu dieser Einschätzung. Vielmehr spielen bei der Europawahl Überlegungen bezüglich der Bildung einer Koalition keine Rolle, sodass die Partei viele Leihstimmen vom Unionslager nicht aktivieren kann. Sie verliert somit den „Mitwahleffekt“, von dem sie bei einer Bundestagswahl durch die Zweitstimme profitiert. Der Partei gelang es laut *Forschungsgruppe Wahlen* nicht, auf europäischer Bühne ein eigenständiges Profil zu entwickeln, um so Wählerstimmen an sich zu binden. Die FDP ist offensichtlich nur schwer in der Lage, die Wähler für sich zu gewinnen, wenn sie nicht für die Regierungsbildung gebraucht wird.

Darüber hinaus präsentierte sich die Partei im Vorfeld der Wahl wenig geschlossen. Nach Feststellung der *Konrad-Adenauer-Stiftung* können sich nur etwa die Hälfte der FDP-Anhänger mit der Partei auch identifizieren.<sup>143</sup>

---

<sup>141</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B11

<sup>142</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B13

<sup>143</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B14; Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahlanalyse 1994, S. 53

## Die Republikaner

Dass die Republikaner mit 4 Prozent<sup>144</sup> der Wählerstimmen die Fünf-Prozent-Hürde nicht erreicht haben, ist für beide Institute nicht überraschend. Als Gründe führen sie an, dass die „bundespolitische Stimmung für die Republikaner [...] vergleichsweise schlecht“<sup>145</sup> war. Das politische Klima sei von Themen dominiert, die die Republikaner nicht für sich nutzen konnten. Folglich sank auch die Bereitschaft bei der eigenen Anhängerschaft, zur Wahl zu gehen. Da das rechte Lager jedoch generell dazu neigt, nicht zur Wahl zu gehen, war es für die Partei schwieriger, ihre Stammklientel zu halten. Nach der Wählerwanderungsbilanz von *Infas*, die am Wahlabend in der ARD ausgestrahlt wurde, verlor die Partei die meisten Stimmen an die Nichtwähler, so die *Konrad-Adenauer-Stiftung*.<sup>146</sup> In den neuen Bundesländern erzielte die Partei mit 3 Prozent ein noch schlechteres Ergebnis als in den alten Bundesländern. Hier erreichte die Partei 4,2 Prozent.<sup>147</sup> Nach Einschätzung der *Forschungsgruppe Wahlen* hat auch der Bedeutungsverlust der Asyl- und Ausländerfrage, welche für die Republikaner die „wichtigste Profilierungsplattform“<sup>148</sup> darstellte, zu diesem Ergebnis beigetragen.<sup>149</sup> Überdurchschnittlich erfolgreich sei die Partei auch in diesem Wahljahr bei den jüngeren Männern gewesen. In dieser Altersgruppe gelingt den Republikanern auch der Sprung knapp über die fünf Prozent.<sup>150</sup> Die *Forschungsgruppe Wahlen* ist der Ansicht, dass das „Protestpotential in Deutschland stark rückläufig ist“<sup>151</sup>. Da auch die Asylproblematik klar an Bedeutung verloren habe, sinke auch die Wahlbereitschaft der früheren Republikaner-Wähler. Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* bezeichnet den gegenwärtigen „Abwärtstrend“ der Republikaner jedoch nicht als untypisch. Nach einer eher schwachen Phase infolge der Europawahl 1989 habe sie 1992 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg wieder einen Erfolg erzielt. „Dies verdeutlicht, daß die REP von einem gewissermaßen vagabundierenden Protestpotential leben, das bei der Europawahl lediglich durch die Wahlenthaltung nicht sichtbar wurde.“<sup>152</sup> Im Gegensatz zur *Forschungsgruppe Wahlen*, die in dem insgesamt abgeschwächten Protestpotential in der Wählerschaft den

---

<sup>144</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1994, S. 51

<sup>145</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 53

<sup>146</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B17-B18

<sup>147</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 53

<sup>148</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 53

<sup>149</sup> Laut der Forschungsgruppe Wahlen rechnen 73 % der REP-Anhänger das Asyl- und Ausländerproblem zu einem der wichtigsten politischen Themen in der BRD, während nur 21% aller Deutschen dies als politisches Problem ansehen. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 53

<sup>150</sup> 18-25 Jahre: 5,3%; Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1994, S. 51

<sup>151</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 54

<sup>152</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B19

wesentlichen Grund für das schlechte Abschneiden der Republikaner sieht, ist die *Konrad-Adenauer-Stiftung* der Meinung, dass das schlechte Ergebnis der Republikaner durch die Eigenheit vieler REP-Sympathisanten, bei der Europawahl eher nicht wählen zu gehen, mitbegründet ist.

## PDS

Der PDS sei es gelungen, ihren bundesweiten Stimmenanteil von der letzten Bundestagswahl nahezu zu verdoppeln, wenngleich sie immer noch den Charakter einer Regionalpartei habe, so die *Konrad-Adenauer-Stiftung*. Der Partei sei es gelungen, „zunehmende ‚DDR-Nostalgie‘ zu instrumentalisieren, sich aber auch den wachsenden sozialen Protest zunutze zu machen“<sup>153</sup>. Nach der *Konrad-Adenauer-Stiftung* zog die PDS aus den zeitgleich in fast allen neuen Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen einen großen Profit. Auch die *Forschungsgruppe Wahlen* ist der Meinung, dass „die Zuwächse in den Ländern, in denen gleichzeitig Kommunalwahlen waren, ungleich höher als in Brandenburg und Ost-Berlin [sind], wo jetzt nur die Europawahl durchgeführt wurde.“<sup>154</sup> Günstig war für die PDS auch die noch aus Zeiten der SED-Herrschaft bestehende flächendeckende Parteienstruktur. Die *Forschungsgruppe Wahlen* ist sich sogar sicher, dass die Parteiorganisation der PDS immer noch besser sei als die von jeder anderen deutschen Partei. Auf kommunaler Ebene gebe es immer noch anerkannte Personen, die die Interessen derer vertreten, die von der Wiedervereinigung weniger profitiert hätten, so die *Forschungsgruppe Wahlen*.<sup>155</sup> Dieser Meinung ist auch die *Konrad-Adenauer-Stiftung*. Die PDS sei in erster Linie wegen spezifischer ostdeutscher Interessen gewählt worden. Jedoch habe die Europapolitik dabei nicht im Vordergrund gestanden.<sup>156</sup>

---

<sup>153</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B15

<sup>154</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B15; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 55

<sup>155</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 55

<sup>156</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1994, S. B16

### 2.8.3 Gewinne der Union, Verluste der SPD bei der Europawahl 1999

#### CDU/CSU

Mit der Europawahl 1999 erzielt die CDU/CSU mit 48,2 Prozent das beste Ergebnis bei Europawahlen überhaupt. Zwar kann sich CDU/CSU gegenüber der letzten Europawahl 1994 um 9,6 Prozentpunkte verbessern, in absoluten Zahlen muss sie jedoch auch einen Rückgang der auf sie entfallenen Stimmen verzeichnen. 1999 kommen die Unionsparteien auf 13.132.231 Stimmen. 1994 erreichten sie über 600.000 Stimmen mehr, nämlich 13.739.447 Stimmen.<sup>157</sup>

CDU/CSU profitieren von der wachsenden Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, denn insbesondere diese Unzufriedenheit hat die Wähler der Unionsparteien mobilisiert. Für 59 Prozent der Deutschen spielt am Tag der Wahl die Bundespolitik die wichtigere Rolle im Vergleich zu 30 Prozent, für die die Europapolitik im Vordergrund steht.<sup>158</sup>

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* versucht herauszufinden, ob die Wähler mit ihrer Entscheidung vor neun Monaten zufrieden sind oder ob sie die Politik der gewählten Partei eher enttäuscht hat. Unmittelbar vor der Wahl waren 38 Prozent der SPD-Wähler von der Politik der Sozialdemokraten enttäuscht. Das sind zehn Prozent mehr als bei den Anhängern der CDU. Diese kritische Haltung gegenüber der Bundesregierung bringt letztendlich den Ausschlag für den Erfolg der Union. Die wirtschaftliche Lage ist seit Monaten stetig schlechter geworden, die Skepsis der Bürger immer größer. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der rot-grünen Regierung äußern sich 89 Prozent der CDU/CSU-Anhänger negativ und sogar knapp die Hälfte der SPD-Anhänger (45 Prozent) sind mit den Leistungen der Regierung weniger bis gar nicht zufrieden.<sup>159</sup>

Stark verbessern kann sich die CDU/CSU vor allem bei den Jung- und Erstwählern. Gegenüber 1994 erreichen die Unionsparteien bei den 18–25-Jährigen 17 Prozentpunkte mehr.<sup>160</sup> Auch bei den Konfessionslosen erzielt sie sehr hohe Zugewinne (+13 Prozent).

---

<sup>157</sup> Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999

<sup>158</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 51

<sup>159</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 29

<sup>160</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 57



Außerdem votieren 63 Prozent der Katholiken für die Unionsparteien.<sup>161</sup> Bemerkenswert ist ebenfalls, dass die CDU/CSU sogar bei der Arbeiterschaft, einer Gruppe, die traditionell eher für die SPD stimmt, mit 45 Prozent weit vor der SPD liegt, die hier nur 36 Prozent erreicht<sup>162</sup>.

Mit ein Motiv der Unionswähler ist, einer „Sozialdemokratisierung“ des Europäischen Parlamentes vorzubeugen. Denn 78 Prozent der Unionswähler, 75 Prozent der FDP-Anhänger und sogar 57 Prozent der SPD-Wähler äußern sich skeptisch gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Europäischen Union.<sup>163</sup>

### SPD

Die SPD befindet sich in der Wählergunst auf dem absoluten Tiefstand seit Anfang der 50er Jahre. Sie verliert gegenüber 1994 1,5 Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass die Sozialdemokraten 1999 8.307.085 Stimmen bekommen. 1994 waren das noch 11.389.697, also 3 Millionen Stimmen mehr.<sup>164</sup> Auch für die SPD-Wähler steht die Bundespolitik im Vordergrund (61:31 Prozent)<sup>165</sup>. Das mag mit ein Grund für die schlechte Mobilisierung der SPD-Wähler im Wahljahr 1999 gewesen sein. Denn 45 Prozent, also knapp die Hälfte der SPD-Anhänger, sind mit der Arbeit der Bundesregierung weniger bis gar nicht zufrieden<sup>166</sup> und europäische Angelegenheiten interessieren gerade einmal 5 Prozent der SPD-Anhänger.<sup>167</sup>

Im Gegensatz zur CDU/CSU verliert die SPD bei den jüngeren Wählern stärker. So kann sie bei den 18- 25-Jährigen nur noch 24,6 Prozent der Stimmen gewinnen, während sie 1994 noch 27 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. Ein ähnliches Bild herrscht bei den 25- 35-Jährigen (28,2:31,8 Prozent).<sup>168</sup>

---

<sup>161</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 52

<sup>162</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 24

<sup>163</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 29

<sup>164</sup> Statistisches Bundesamt, Europawahlanalyse 1999: S. 45; Quelle der Stimmen 1994: <http://www.bundeswahlleiter.de/euro99/d/t/bun.htm>

<sup>165</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 53

<sup>166</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 29

<sup>167</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 53

<sup>168</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 57

Im Vergleich zur Europawahl 1994 verbesserte die SPD ihre Position unter den Gewerkschaftsmitgliedern um 7 Prozentpunkte auf 44 Prozent.<sup>169</sup> Das heißt, dass „sich die Bindekraft der Gewerkschaften positiv für die SPD ausgewirkt hat, die stärksten Verluste treten bei den gewerkschaftlich nicht gebundenen Arbeitern auf.“<sup>170</sup>

Nach Ausführungen der *Forschungsgruppe Wahlen* zeigt das Ergebnis der Europawahl 1999, dass die Bundestagswahl 1998 keine „längerfristige grundsätzliche Verschiebung der strukturellen Mehrheiten in diesem Land gebracht hat“<sup>171</sup>. Vielmehr macht die Wahl eine strukturelle Minorität der SPD gegenüber der CDU/CSU deutlich.

## 2.8.4 Das Abschneiden der kleineren Parteien 1999

### Die Grünen

Auch die Grünen erreichen mit 6,4 Prozent der gültigen Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis bei Europawahlen überhaupt. Gegenüber 1994 verlieren sie 3,7 Prozentpunkte.<sup>172</sup>

Vor allem die Unzufriedenheit der Grünen-Anhänger mit dem Verhalten ihrer Partei, seit dem diese als Koalitionspartner Mitglied der Bundesregierung ist, machte es der Partei schwer, ihre Wähler zu mobilisieren.<sup>173</sup> Das wichtigste politische Thema der Grünen, der Umweltschutz, hat im Zuge der neuen Situation als Regierungspartei erheblich an Bedeutung verloren. Viele Anhänger der Grünen können sich nicht mehr mit dem Programm der bislang gewählten Partei identifizieren und bleiben der Wahl fern.

Vor allem junge Wähler entscheiden sich nicht mehr für die Grünen. Waren es 1994 noch 18,5 Prozent, die den Grünen ihre Stimme gaben, verlieren sie 1999 in der Gruppe der Jungwähler 9,4 Prozentpunkte und erreichen dort nur noch einen Stimmenanteil von 9,1 Prozent.<sup>174</sup>

Ein weiterer wichtiger Grund war offensichtlich auch das Verhalten der Partei im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt. 37 Prozent der Grünen-Wähler finden das

---

<sup>169</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 19

<sup>170</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 54

<sup>171</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 55

<sup>172</sup> Siehe Tabelle unter II, 2.1 oder Internetseite des Statistischen Bundesamtes

<sup>173</sup> Laut der Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 30, sind 51 Prozent der Grünen-Anhänger mit ihrer Partei unzufrieden.

<sup>174</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 57

Verhalten der Partei in der Kosovopolitik falsch.<sup>175</sup> Laut *Forschungsgruppe Wahlen* kostete diese Diskussion Stimmen, die an die PDS gingen. Besonders stark ausgeprägt ist diese Konkurrenzsituation in den neuen Bundesländern. Dies zeigt sich besonders darin, dass die Grünen in Westdeutschland vor allem von den konfessionslosen Wählern unterstützt werden. In Ostdeutschland erhält die PDS eine überproportionale Unterstützung dieser Wählergruppe<sup>176</sup>, nicht zuletzt dank ihrer besseren strukturellen Position. Folglich sinken auch die Chancen der Grünen, bei zukünftigen Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

### PDS

Die PDS erreicht 5,8 Prozent<sup>177</sup> der Stimmen und überschreitet erstmals die Fünf-Prozent-Hürde. Die Analysten sind sich einig, dass die Partei ihre Stimmen zum großen Teil aus den neuen Bundesländern erhält (23:1,3 Prozent)<sup>178</sup>. Außerdem profitiert sie von den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen, bei denen es grundsätzlich eine höhere Wahlbeteiligung gibt. Dadurch, dass sich die Wähler mit der Ideologie der Partei identifizieren, hat die PDS bei der Europawahl keine Probleme, die Wähler zu mobilisieren. Auch Protestwähler votieren bei der Europawahl für die PDS. 37 Prozent der Anhänger der PDS stimmen der Frage zu, ob die Arbeit der etablierten Parteien in Bonn so schlecht sei, dass man bei der Europawahl aus Protest eine extreme Partei wählen solle. Von den Befragten insgesamt stimmen der Frage nur 15 Prozent zu.<sup>179</sup>

### FDP

Auf das Ergebnis der FDP geht nur die Analyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung*<sup>180</sup> gesondert ein. Im Vergleich zur Europawahl 1994 verliert sie 1,1 Prozentpunkte und kommt 1999 nur noch auf 2,9 Prozent.<sup>181</sup> Das mag wohl daran liegen, dass die Partei zunehmend an der Zuschreibung europapolitischer Kompetenz verliert. Auch hat die Partei auf Bundes- wie

---

<sup>175</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 32

<sup>176</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 31

<sup>177</sup> Siehe Tabelle unter II, 2.1 oder Internetseite des Statistischen Bundesamtes

<sup>178</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 58

<sup>179</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 34. Stimmen sehr / eher zu (in Prozent): CDU/CSU-Anhänger: 3/7; SPD-Anhänger 2/10; B'90/Grünen-Anhänger: 0/3; FDP-Anhänger: 12/2; PDS-Anhänger: 20/17; Anhänger der REP/DVU/NDP: 83/5; insgesamt 4/11

<sup>180</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Europawahlanalyse 1999, S. 33

<sup>181</sup> Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999

auch auf Landesebene regelmäßig Mobilisationsprobleme. Oft profitiert sie von Wechselwählern, die aber bei dieser Wahl ausblieben. Nur 24 Prozent der FDP-Anhänger sehen die Europawahl als wichtig an. Dies steht im Gegensatz zu den Grünen, bei denen immerhin 42 Prozent der Anhänger die Europawahl als wichtig einstufen. Folglich fällt es der FDP noch schwerer, potentielle Wähler für die Stimmabgabe zu gewinnen.

### **3. Zusammenfassung: Tendenzen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Europawahlen 1994 und 1999**

Nach der detaillierten Analyse der beiden Europawahlen der 90er Jahre werden Handlungsmuster der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland erkennbar. Schaut man sich die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien an, wird deutlich, dass die Union im Jahr 1994 als eindeutiger Gewinner hervorgeht. Fünf Jahre später erzielt sie sogar ihr bestes Ergebnis bei Europawahlen insgesamt. Die CDU/CSU hat ihre größten Zugewinne 1999 bei den Jung- und Erstwählern. Hier legen sie 17 Prozentpunkte<sup>182</sup> im Vergleich zur letzten Wahl zu, obwohl jüngere Wahlberechtigte traditionell eher zu der SPD tendieren. Mit steigendem Alter der Wähler können die Christdemokraten jedoch bei beiden Wahlen auch mehr Stimmen für sich verbuchen.

Dieser Erfolg der **CDU/CSU** liegt zum einen darin begründet, dass die Europakompetenz vor allem den Unionsparteien zugeschrieben wird. Die *Forschungsgruppe Wahlen* bestätigt 1994 auch, dass Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem guten Ergebnis einen persönlichen Erfolg erzielt hat. Er verbesserte seine Sympathiewerte von -0,4 auf +0,5 (bei einer Skala von -5 bis +5).<sup>183</sup> Eines der großen Ziele von Helmut Kohl während seiner Amtszeit als Bundeskanzler war es, die europäische Einigung voranzutreiben. Diese, dem Bundeskanzler und der CDU/CSU zugeschriebene Europakompetenz sowie die bundespolitischen Aspekte, die für 63 Prozent der Bevölkerung bei ihrer Wahlentscheidung eine Rolle spielten, verhalfen den Unionsparteien zu dem guten Ergebnis. Außerdem präsentiert die Union vor allem im Jahr 1994 europapolitische Themen im Vergleich zu ihren politischen Gegnern besser.<sup>184</sup> 1999 profitiert die Union zusätzlich von der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung

---

<sup>182</sup> Statistisches Bundesamt: Europawahlanalyse 1999, S. 57

<sup>183</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 44

<sup>184</sup> 31% der befragten Deutschen sehen nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen ihre europapolitischen Interessen besser von den Unionsparteien vertreten, nur 22% der Befragten behaupten das von der SPD. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 44

mit der 1998 neu gewählten rot-grünen Bundesregierung. Diese Unzufriedenheit der Bevölkerung zeigt sich zum Beispiel auch darin, dass die CDU/CSU sogar bei der Arbeiterschaft 1999 vor der SPD liegt, obwohl die Arbeiter traditionell eher SPD-orientiert sind. Im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl 1998 hat die CDU/CSU 13,7 Prozentpunkte dazu gewonnen, obwohl sie wegen der niedrigen Wahlbeteiligung 4,1 Millionen Stimmen weniger bekam als noch neun Monate zuvor.<sup>185</sup> Die SPD wurde 1998 bei der Bundestagswahl noch von 20,2 Millionen Bundesbürgern gewählt. Neun Monate später konnte sie nur noch 8,3 Millionen Stimmen für sich verbuchen.

Mit 32,6 Prozent liegt die **SPD** 1994 eindeutig unter dem Ergebnis der Union und erreicht 1999 mit 31,3 Prozent ihren absoluten Tiefstand. Als Grund dieser schlechten Wahlergebnisse für eine der großen deutschen Volksparteien kann vermutet werden, dass es der SPD vor dem bundespolitischen Hintergrund 1999 schwerer fällt, ihre Anhänger zu mobilisieren. Die SPD-Anhänger und -Sympathisanten sind von der Regierungsarbeit ihrer Parteispitze zunehmend enttäuscht. Ihre Motivation, die Partei auch bei der Europawahl zu unterstützen ist daher eher gering. Als zusätzliche Hürde kommt hinzu, dass SPD-Wähler die Europapolitik tendenziell eher als unwichtig ansehen, im Gegensatz zu Anhängern der Unionsparteien. Für sie steht die Bundespolitik im Vordergrund.<sup>186</sup> Auch die geringere Unterstützung der Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern trägt zu dem schlechten Wahlergebnis bei. Die SPD bietet überdies bei Europawahlen keine wirkliche Alternative zur Union. 1994 sehen die Wähler die Wirtschaftskompetenz eher bei der CDU/CSU als bei der SPD. Da diese Kompetenz ein maßgeblicher Faktor bei der Wahlentscheidung der Bürger ist, trägt auch dies wesentlich zu diesem Ergebnis bei.

Die Unzufriedenheit über die Regierungsarbeit der SPD in der Bundespolitik steht 1999 für viele Wähler im Vordergrund. Deshalb verliert die SPD 1999 auch bei fast allen Wählergruppen Stimmenanteile. Besonders viele sind es bei den jüngeren Wählern. Leichte Gewinne verzeichnet die Partei bei dieser Wahl ausschließlich bei den Gewerkschaftsmitgliedern.

---

<sup>185</sup> Bundestagswahl 1998: 17,3 Millionen Stimmen; Europawahl 1999: 13,2 Millionen Stimmen; Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahlanalyse 1999, Seite 61

<sup>186</sup> siehe II, 2.8.1 Wahlsieg der Union, Mobilisierungsdefizit der SPD, Unterpunkt CDU/CSU: 42 % der SPD-Anhänger haben nach einer KAS-Umfrage die Europakompetenz nicht bei ihrer eigenen Partei, sondern bei der CDU gesehen.

1994 werden die **Grünen** als zweite Gewinner der Europawahl angesehen. Im Vergleich zu den anderen etablierten Parteien im Europäischen Parlament haben sie den größten Stimmenzugewinn. Die Grünen können ihre Wählerschaft gerade bei Europawahlen leichter mobilisieren als andere Parteien. Die Grünen-Anhänger sind zumeist politisch sehr stark interessiert, außerdem hat die Partei eine positive Haltung zu Europa. 1999 stürzte die Partei jedoch auf 6,4 Prozent ab. Das war ihr schlechtestes Ergebnis bei Europawahlen überhaupt. Wie bei der SPD ist auch an diesem Ergebnis vor allem die Enttäuschung der Grünen-Anhänger über die Arbeit der neuen Bundesregierung abzulesen. Durch die „Wandlung“ der Partei seit ihrer Koalitionsbeteiligung in der Bundesregierung können sich viele ehemalige Grünen-Anhänger mit der Partei nicht mehr ausreichend identifizieren und sind deshalb nicht motiviert, sich an der Europawahl zu beteiligen. Auch junge Wähler entscheiden sich 1999 weniger stark für die Partei als bei den Wahlen zuvor.

1994 scheiterte die **PDS** noch knapp an der Fünf-Prozent-Hürde, während sie 1999 als „zweiter Gewinner“ bezeichnet wurde und mit 5,4 Prozent ins Europäische Parlament einzog. Vor allem verdankt sie diesen Erfolg im Wahljahr 1999 den Wählern aus Ostdeutschland. Hier konnte die Partei ihre Anhänger überdurchschnittlich gut mobilisieren. Die PDS minimierte in den neuen Bundesländern ihren Rückstand zur SPD auf nur 0,6 Prozentpunkte. Die CDU hat jedoch 1999 auch in Ostdeutschland mit 40,6 Prozent einen deutlichen Vorsprung.<sup>187</sup> Schon 1994 verdoppelte die PDS ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Bundestagswahl 1994. Die Partei fand in beiden Europawahljahren ihre größte Anhängerschaft in den neuen Bundesländern. Die ausgeprägte Parteienstruktur, die noch aus Zeiten der SED-Führung in der ehemaligen DDR besteht und der Umstand, dass in fast allen neuen Bundesländern parallel zu den Europawahlen Kommunalwahlen stattfinden, führte dazu, dass die Partei viele Wähler mobilisieren konnte. Sehr hilfreich bei der Mobilisierung der PDS-Wähler ist auch, dass die PDS-Anhänger ideologisch sehr stark mit der Partei verbunden sind und dass die Bereitschaft zur Wahl zu gehen, somit stärker ausgeprägt ist.

Die **FDP** scheiterte in beiden Wahljahren an der Fünf-Prozent-Hürde. Dieses schlechte Ergebnis lässt sich jedoch nicht unbedingt mit der fehlenden europapolitischen Verankerung der Partei begründen, obwohl die FDP ein eigenständiges, sich von anderen Parteien markant abhebendes Konzept für Europa noch nicht überzeugend präsentiert hat. Besonders auffällig

---

<sup>187</sup> PDS: 23 %, SPD 23,6 %; Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1999, S. 61

wird dies bei der Europawahl 1999. Hier entscheiden sich nur noch 2,9 Prozent für die Freien Demokraten. Die FDP kann bei Europawahlen nicht davon profitieren, als potentieller Koalitionspartner in Frage zu kommen. Deshalb verliert sie viele taktische Stimmen vor allem an die Unionsparteien.

### **Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter seit 1979**

	<b>Union</b>	<b>CDU</b>	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Grüne</b>	<b>FDP</b>	<b>PDS</b>	<b>REP</b>
<b>1999</b>	48,2	39,1	9,1	31,3	6,4	2,9	5,9	1,7
<b>1994</b>	38,6	31,9	6,7	32,6	9,8	4,0	4,8	4,0
<b>1989</b>	37,3	28,9	8,4	38,3	8,3	5,2	x	7,1
<b>1984</b>	45,3	37,0	8,3	38,5	8,0	4,7	x	x
<b>1979</b>	48,5	38,8	9,7	41,9	3,1	5,9	x	x

1979 bis 1989 früheres Bundesgebiet

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999)

**Seit 1979** kann man folgende **Tendenzen bei den Wahlentscheidungen der Bevölkerung** mit Blick auf etablierte Parteien ausmachen: Die Unionsparteien sind bei fast allen Europawahlen stärkste Partei. 1989 erzielt die SPD einen leichten Vorsprung von einem Prozentpunkt. Bei den anderen Wahlen sind die Sozialdemokraten der Union klar unterlegen. Die SPD erzielt ihr bestes Ergebnis bei der ersten Europawahl. Der Stimmenanteil sinkt jedoch stetig bei den folgenden Europawahlen. Auch die CDU erreicht mit 48,5 Prozent ihr bestes Ergebnis bei der ersten Europawahl, 1999 kann sie mit 48,2 Prozent jedoch fast wieder an dieses Ergebnis anschließen. Die Grünen steigern ihr Ergebnis von 1979 bis 1994 kontinuierlich. 1999 erzielt die Partei mit 6,4 Prozent ein für ihre Verhältnisse schlechtes Ergebnis, was jedoch auf die bundespolitische Stimmungslage zurückzuführen ist. Die PDS verbessert sich seit Ihrer ersten Europawahl 1994 kontinuierlich und ist ein fester Baustein im Parteiengefüge geworden, während die FDP ständig darum kämpft, bei Europawahlen die Fünf-Prozent-Hürde zu erreichen. Insbesondere 1994 und 1999 hat die Partei schlechte Ergebnisse erzielt und erreichte 1999 ihren absoluten Tiefstand bei 2,9 Prozent.

Die **Wahlbeteiligung** war 1994 mit 60 Prozent noch deutlich höher als 1999. Hier gaben nur noch 45,2 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ihre Stimme ab. Insgesamt entspricht dies jedoch dem Trend der immer niedriger werdenden Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Die höchsten Beteiligungsquoten erreichten die Bundesländer, die zeitgleich zur Europawahl auch Kommunalwahlen durchführten.

**Geschlechtsspezifische Unterschiede** hinsichtlich der Wahlbeteiligung waren kaum erkennbar. Bei beiden Wahlen waren die Frauen mit 52,6 Prozent im Jahr 1994 und 52,2 Prozent im Jahr 1999 leicht in der Überzahl. 47, 4 Prozent der Stimmen 1994 wurden von Männern abgegeben, 1999 lag diese Zahl bei 47,8 Prozent.

Dagegen lassen sich **altersbedingte Unterschiede** hinsichtlich des Wählerverhaltens wesentlich deutlicher klassifizieren. Bei den Unions-Wählern war 1994 die Altersgruppe der 18-49-Jährigen unter dem Durchschnitt der gesamten Unionswählerschaft. Fünf Jahre später konnte die Partei bei der jüngsten Altersgruppe, den 18-24-Jährigen, Gewinne verzeichnen. In beiden Jahren waren die über 60-Jährigen Wähler überrepräsentiert. Bei der SPD spiegelt sich zwischen den einzelnen Altersgruppen eine gewisse Ausgewogenheit wider. Es ist aber zu berücksichtigen, dass die Unionsparteien 1994 und 1999 mehr Stimmen von den jüngeren Wählern bekommen haben als die Sozialdemokraten. Bei den Europawahlen davor war dies nicht der Fall. Dabei liegt die SPD bei den älteren Wählern leicht über ihrem Gesamtergebnis. Die Grünen werden 1994 überproportional von jüngeren Wählern gewählt, während sie 1999 gerade bei dieser Altersgruppe Verluste zu verzeichnen haben.

Die Analyse der Wahl nach **Bildungsstand und Berufsstruktur** der Wähler erbringt tendenziell bei beiden Europawahlen nahezu gleiche Ergebnisse. Die Union wird in beiden Jahren überproportional von selbstständigen Wählern gewählt. 1999 kommt hinzu, dass sie in allen Berufsgruppen stärkste Partei ist.

Die traditionell am häufigsten die SPD wählende Berufsgruppe ist die der Arbeiter. Hier ist, wie oben erwähnt, zu beachten, dass 1999 mehr Arbeiter die Union wählen als die SPD, die ihnen traditionell eher nahe steht.

Die Grünen werden häufig von Angestellten gewählt, die FDP mehr von Selbstständigen. 1994 sind unter den REP-Wählern viele Arbeiter. Die PDS kann überwiegend die Gruppe der Angestellten für sich gewinnen.

Von dem Zuspruch der **Gewerkschaften** und ihrer Mitglieder profitieren vor allem die Sozialdemokraten und die PDS. Zumindest die SPD ist eine traditionelle Partei mit einem hohen Anteil an Wählern, die gewerkschaftlich organisiert sind. Die PDS wählen im Osten



der Bundesrepublik 32 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Wähler, im Westen sind es nur zwei Prozent.<sup>188</sup>

Betrachtet man die Wahlentscheidung nach der **konfessionellen Orientierung** der Wähler, zeigen sich auch hier keine prägnanten Unterschiede zwischen den beiden Wahljahren. Die Katholiken weisen nach wie vor eine Affinität zu der Union auf. Diese ist in dieser Bevölkerungsgruppe in beiden Jahren zugleich mit Abstand die stärkste Partei<sup>189</sup>. 1994 wählen die Protestanten mit einem leichten Vorsprung noch eher die SPD, während die Union 1999 deutlich mehr Stimmen von Protestanten bekommt als noch fünf Jahre zuvor und sie erzielt in dieser Wählergruppe ein besseres Ergebnis als die SPD.<sup>190</sup> Die PDS hingegen erzielt in beiden Jahren bei den konfessionslosen Wählern ein außerordentlich gutes Ergebnis.

Vergleicht man das Wahlverhalten der **städtischen Bevölkerung** mit denen, die in **ländlichen Regionen** leben, lassen sich folgende Wahlmuster der Bevölkerung erkennen: In dicht besiedelten Regionen wählen die Bürger öfter SPD oder die Grünen. In ländlichen Regionen schneiden die Unionsparteien besser ab. Dieses Verhaltensmuster ist in beiden Wahljahren zu erkennen.

Die Zusammenfassung der Wahlanalyse hat gezeigt, für welche Parteien sich die Wähler bei den Europawahlen 1994 und 1999 entschieden haben. Sie hat näheren Aufschluss über die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht gegeben sowie altersbedingte Unterschiede oder das Wahlverhalten der städtischen und ländlichen Bevölkerung näher beschrieben. In den Schlussfolgerungen sollen nun die Gründe für dieses Wahlverhalten der Bevölkerung und somit für die geringe Wahlbeteiligung dargestellt werden.

---

<sup>188</sup> Siehe hierzu II, 2.4.2 Bildungsstand, Berufsstruktur und Konfession

<sup>189</sup> Siehe Tabelle oben – „Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter seit 1979“

<sup>190</sup> Siehe hierzu II, 2.4.2 Bildungsstand, Berufsstruktur und Konfession

#### 4. Schlussfolgerungen

Die vorangegangene Studie hat gezeigt, dass Europawahlen im Bewusstsein der Bevölkerung im Vergleich zu nationalen Wahlen eine besondere Stellung einnehmen. Aus Sicht eines Großteiles der Bevölkerung ist es bei der Stimmabgabe bei der Europawahl nicht möglich, das direkte, politische und persönliche Umfeld zu beeinflussen.

Der Umstand, dass beispielsweise im Deutschen Bundestag mehr als 70 Prozent der Gesetzesvorlagen auf europäische Richtlinien basieren, ist den meisten Wählern nicht hinreichend bekannt. Diese Kenntnis- und Informationsdefizite - in Kombination mit dem niedrigen Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments als Institution - begründen den niedrigen Stellenwert der Wahlen zum Europäischen Parlament bei der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland.

Daher werden Europawahlen vor allem auch als Testwahlen gesehen und von vielen Wählern als Denkmittel-Wahl genutzt. Entsprechend können hier von Parteien auch oftmals sehr überraschende Ergebnisse erzielt werden. Die Bevölkerung ist bei einer Europawahl eher dazu geneigt, einer extremen Partei ihre Stimme zu geben, was sie bei Wahlen zum Deutschen Bundestag eher nicht tun würde.

Auch die Analysen des *Statistischen Bundesamtes*, der *Forschungsgruppe Wahlen* e.V., *Infratest dimap* und der *Konrad-Adenauer-Stiftung* zeigen große Gemeinsamkeiten. Es gibt zwar in den verschiedenen Darstellungen Abweichungen von circa 2-3 Prozentpunkten, die Ergebnisse sind aber nahezu die gleichen. Es mag sein, dass die *Konrad-Adenauer-Stiftung* teilweise den Gewinn der CDU/CSU mittels einer positiveren Art der Auslegung der Umfragen noch etwas deutlicher herausarbeitete, doch der Tenor war bei allen vier Analysen gleich.

Die Auswertung der Wahlanalysen hat jedoch ein differenziertes Bild hinsichtlich des Wahlverhaltens der gesamten Bevölkerung, aber auch im Hinblick auf die Wahlentscheidungen einzelner Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Dabei haben sich nicht nur einige markante Tendenzen, sondern auch das ein oder andere überraschende Einzelergebnis gezeigt. Insbesondere lassen sich anhand der Wahlanalysen folgende, Aussagen treffen:

## **Europawahlen werden von der Bevölkerung als Neben-, Denkwahl- und Testwahl gesehen.**

Eine der Hauptursachen hierfür scheint die geringe Identifikation mit Themen europäischer Politik zu sein. Bei der Frage, was bei der Wahlentscheidung 1999 eine größere Rolle spielte, die Europa- oder die Bundespolitik, stand für 57 Prozent der Befragten die Bundespolitik im Vordergrund.<sup>191</sup>

Bei der Wahl im Jahr 1999 stimmten die Bürger daher nicht in erster Linie über europäische Politik ab. Die Wähler waren frustriert über die Entscheidungen der 1998 neu gewählten rot-grünen Bundesregierung und sahen mit der Europawahl ihre Chance gekommen, den Politikern in Deutschland mit der Europawahl „einen Denkwahl zu verpassen“. Hintergrund dieser Wahlmotivation ist, dass nur gut die Hälfte der Wähler (56%), die bei der Bundestagswahl 1998 die SPD wählten, mit der Politik der Sozialdemokraten zufrieden waren. Im Gegensatz dazu waren 67 Prozent der CDU-Anhänger mit der Arbeit der Opposition im Bundestag zufrieden.<sup>192</sup>

## **Geringe Bedeutung des Europäischen Parlaments für die Wähler**

1994 ist das Europäische Parlament für die Bevölkerung das unwichtigste Parlament überhaupt. Für nur 52 Prozent der Befragten ist das Europäische Parlament wichtig bis sehr wichtig. 83 Prozent der Befragten halten jedoch den Bundestag für eine wichtige bis sehr wichtige Institution.<sup>193</sup>

Diese Einschätzung und die immer niedrigere Wahlbeteiligung machen umso deutlicher, dass die Bürger der Europapolitik und damit dem Europäischen Parlament immer weniger Bedeutung beimessen.

---

<sup>191</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 68; oder Schaubild unter II, 2.6.2 „Bedeutung der Bundespolitik“

<sup>192</sup> Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 72

<sup>193</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Europawahlanalyse 1994, S. 15

## **Geringes Wählervertrauen in die europapolitische Kompetenz der bundesdeutschen Parteien.**

Auffallend ist, dass den Parteien generell in der Bevölkerung nur relativ geringe europapolitische Kompetenzen zugeschrieben werden. Traditionell wird der CDU/CSU eine höhere Europakompetenz zugeschrieben. Diese half der Partei 1994, ein den Verhältnissen entsprechend gutes Ergebnis zu erzielen. Dennoch sehen gerade einmal ein Drittel der Deutschen ihre europapolitischen Interessen besser durch die Union vertreten, während lediglich 22 Prozent darin eine Stärke der SPD sehen.<sup>194</sup>

## **Mobilisierungsdefizite der Parteien bei der Europawahl in Folge bundespolitischer Unzufriedenheit**

Die geringe Wahlbeteiligung lässt sich teilweise durch die breitere Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der bundespolitischen Arbeit der Parteien erklären. Diese Unzufriedenheit führt bei Teilen der Wählerschaft zu Wahlverweigerung bei der Europawahl. Bei der Wahl 1999 profitierten die Christdemokraten hauptsächlich von der Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung. Daraus resultiert auch die große Mobilisierung der CDU/CSU-Wähler und das geringere Eintreten der SPD-Wähler für ihre favorisierte Partei. Deutlich wird dies zum Beispiel bei der Berufsgruppe der Arbeiter, die traditionell eng mit den Sozialdemokraten verbunden ist. Wählten 1994 noch mehr Arbeiter die SPD, verkehrte sich dieses Ergebnis fünf Jahre später. Die CDU/CSU erzielte im Jahr 1999 bei den Arbeitern ein besseres Ergebnis als die SPD.

## **Kontinuierlich zurückgehende Wahlbeteiligung**

Nicht zuletzt als Folge der aufgezeigten Tendenzen und Entwicklungen ergibt sich als weiteres Ergebnis der ausgewerteten Wahlanalysen, dass die Wahlbeteiligung bei Europawahlen nicht nur 1999 im Verhältnis zu 1994 um nahezu 15 Prozentpunkte

---

<sup>194</sup> Siehe II, 2.8.1 Wahlsieg der Union, Mobilisierungsdefizit der SPD, Unterpunkt CDU/CSU

zurückgegangen ist. Insgesamt verringerte sich seit 1979 die Wahlbeteiligung an Wahlen zum Europäischen Parlament stetig.

**Anhand dieser fünf Ergebnisse lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:**

Die europapolitische Auseinandersetzung wird von den Parteien relativ wenig kontrovers geführt. Die Parteien verfolgen meist das gemeinsame Ziel eines vereinten Europa, das auch klare Vorteile für die Mitgliedsländer bringen soll. In der Europapolitik sowie im Wahlkampf vor den Europawahlen differenzieren sich die Parteien nicht durch ein klares Parteienprofil und unterscheiden sich somit eher wenig untereinander. Folglich kommt es zu einem Abschmelzen der klassischen Parteimilieus, da klare Parteiidentitäten durch Programme und Werte nicht vermittelt werden. Die fehlende klare Trennung der politischen Leitlinien und der gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Parteien sind aber nicht nur auf europäischer Ebene festzustellen, sondern sie nehmen auch die bundespolitische Situation in Ansätzen vorweg. Auch hier verschwimmen Parteigrenzen zunehmend, was eine gewisse Orientierungslosigkeit bei den Bürgern nach sich zieht. Diese politische Ausgangssituation fördert bei den Bürgern die Bereitschaft, bei Wahlen zwischen Parteien zu wechseln und nicht immer die gleiche Partei zu wählen. Wahlergebnisse können folglich immer schwerer vorhergesehen werden.

Für die Akzeptanz der Europawahlen kommt erschwerend hinzu, dass im Europawahlkampf nur selten mit europäischen Themen geworben wird. Die Parteien sind mehrheitlich der Meinung, dass sie mit Europathemen keine Wahlen gewinnen können, da diese Themen unter den Parteien wenig kontrovers diskutiert werden. Deshalb muss die Europawahl mit anderen Themen entschieden werden. Die Parteien wollen mehrheitlich die Wähler mit bundespolitischen Themen mobilisieren, denn europapolitische Themen liegen in Bereichen, bei denen wenig Parteiunterschiede sichtbar werden.<sup>195</sup> Der Rückgang der Wahlbeteiligung bei Europawahlen liegt also unter anderem darin begründet, dass eine ausreichende Polarisierung in europapolitischen Themen nicht stattfindet.

---

<sup>195</sup> So zum Beispiel in der Agrar- oder Umweltpolitik. Europäische Kompetenzen fallen nicht in die Politikbereiche der Finanz-, Arbeits- oder Steuerpolitik, die für einen Großteil der Bevölkerung von großer Relevanz sind.

In der Folge greifen die Bürger auf alternative Motive bei ihrer Wahlentscheidung zurück. Sie orientieren sich nicht an den wenig propagierten europäischen Themen, sondern lassen sich von den lokalen und regionalen Gegebenheiten leiten, also von politischen Rahmenbedingungen und Themen, die sie selbst nachvollziehen können. Dadurch ist auch der durchschlagende Erfolg der PDS in den ostdeutschen Bundesländern zu erklären. Denn hier ist die PDS als Nachfolgepartei der SED bei bundesdeutschen Wahlen eine etablierte Partei, während sie in Westdeutschland weit weniger Wähler mobilisieren kann. Die PDS hätte bei Europawahlen als „europakritische“ Partei also auch die Bevölkerung in Westdeutschland ansprechen können, als politische Alternative zu den Parteien, die Europa befürworten. Die Wahlanalysen haben gezeigt, dass dies bei weitem nicht der Fall war. Die Bürger in Ostdeutschland wählten weitaus öfter die PDS als die Bürger in Westdeutschland. Hieran zeigt sich deutlich, dass weniger das europapolitische Profil der PDS für die Wähler ausschlaggebend war als vielmehr die Verwurzelung in traditionellen, regionalen Wählermilieus.

Besonders aufschlussreich ist auch das Jungwählerverhalten. Bei der Europawahl 1999 wählten die Jung- und Erstwähler mehrheitlich die Unionsparteien, was für diese Altersgruppe eher ungewöhnlich ist. Geboren wurden die heutigen Jung- und Erstwähler zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits die erste Europawahl abgehalten wurde. Das heißt, für sie ist Europa eine Lebensrealität von Geburt an, sie sind mit Europa aufgewachsen. Von besonderem Interesse ist dies, da die Zustimmung der Jungen ein Indikator für die Parteien ist, ob sie weiter zukunftsfähig sind. Bei der Europawahl 1994 hatte das rot-grüne Lager eine klare Mehrheit von 45,5 Prozent gegenüber den Unionsparteien mit 29 Prozent.<sup>196</sup> 1999 ergibt sich ein gänzlich anderes Bild. 46 Prozent der Jung- und Erstwähler wählen bei diesen Wahlen die Unionsparteien, während nur 33,7 Prozent dieser Altersgruppe SPD und Grün wählten. Die Verschiebung der politischen Lager hat sich zwischen diesen beiden Wahlen umgekehrt, obwohl sich die europapolitischen Themen in dieser Zeit nicht grundlegend verändert haben. Die Ergebnisse der Wählerbefragungen ergaben, dass die Bundespolitik einen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung der Jungwähler hat. Die Veränderungen nach dem Regierungswechsel 1998 in Deutschland scheinen diese Wählergruppe maßgeblich geprägt zu haben. Also sehen gerade die jungen Wähler Europawahlen als Stimmungswahl

---

<sup>196</sup> Die FDP als traditioneller Partner der Union in Deutschland wird hier außer Acht gelassen, da die FDP bei den Europawahlen 1994 und 1999 weit von der Fünf-Prozent-Hürde entfernt ist und in der Bevölkerung bei Europawahlen kaum eine Rolle spielt.

und als Möglichkeit, während einer laufenden Legislaturperiode in der Bundespolitik ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Das heißt, der ursprünglich eigenständige Charakter von Europawahlen als europäische Wahl wird von den Bürgern nicht wahrgenommen. Die Europawahlen besitzen eher eine Trabantenfunktion mit Blick auf nationale Verhältnisse.

Diese aufgezeigte komplexe Situation der Beeinflussung der Wahlentscheidungen bei Europawahlen, die mangelnde Unterscheidbarkeit der politischen Programme, die sich auflösende Milieutreue, die Mehrschichtigkeit der Bedeutungsebenen der Europawahl für einzelne Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht, Konfession und sozialer Stellung sowie die erschwerte Vermittelbarkeit europapolitischer Weichenstellungen infolge der hochkomplizierten Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union lassen so ein vielschichtiges und nur schwer strukturierbares Bild der Wählermotivation und des Wahlverhaltens entstehen. Eine wirklich aussagekräftige Analyse des Wahlverhaltens der gesamten Bevölkerung in Deutschland lassen die Auswertungen der Wahlanalysen nur in Teilbereichen zu.

Die Auswertung der Wahlanalysen hat – wie die zusammengefassten Ergebnisse zeigen – jedoch in diesen Teilbereichen einiges an Aufklärung ermöglicht. Vor dem Hintergrund der dargestellten, von geringer Stabilität und von zahlreichen Unwägbarkeiten geprägten Situation, lässt sich folgende Vermutung aufstellen:

Da die Ergebnisse der Europawahlen gewissen Schwankungen unterliegen, ist zu erwarten, dass den wesentlichen meinungsbildenden Kräften, den Medien, bei der Erklärung des Wahlverhaltens der Bevölkerung in Deutschland eine wesentliche Bedeutung zukommt. Denn nur selten haben wahlentscheidende Themen originär in Fragen der Europapolitik ihre Ursache. Die Bevölkerung wird vielmehr – wie dargestellt – von einer Vielzahl von Faktoren mittelbar und unmittelbar beeinflusst, die wiederum wesentlich die Stimmungslage der potentiellen Wähler beeinflussen. Die meinungsbildende Kraft der Medien ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass die Berichterstattung über Themen, die von der Politik nicht mit klaren, kontroversen Positionen belegt sind (bei denen sich die Wähler auf der einen oder anderen Seite wieder finden können) eine starke Beeinflussung der – sozusagen noch unentschiedenen – Bürger durch mediale Berichterstattung ermöglichen.

Es ist also zu vermuten, dass die Medien in einem großen Maße die Entscheidung der Bürger, ob sie zur Wahl gehen und welche Partei sie dann wählen, beeinflussen. Deshalb kann mit der Medienanalyse indirekt auch der Meinungsbildung der am öffentlichen und politischen Leben durch Medienrezeption teilhabenden Bevölkerung - also auch der Nichtwähler - auf den Grund gegangen werden. Eine Auswertung der Wahlanalysen kann Gründe für die Wahlentscheidungen der Wähler darlegen. Was sie nicht zu leisten vermag ist, die Beweggründe der Nichtwähler darzustellen. Deshalb wird im folgenden Teil der Arbeit versucht, durch eine Medienanalyse die Meinungsbildung der Bevölkerung und damit mittelbar die mediale Beeinflussung der Wahlentscheidungen näher aufzuklären.



### III. Medienanalyse

#### 1. Einleitung

Die Wahlanalyse hat gezeigt, dass die geringe Beteiligung der Bevölkerung an den Europawahlen unter anderem auf die geringe Bedeutung des Europäischen Parlaments für die Bevölkerung zurückzuführen ist. Ein Großteil der Wähler nutzte die Europawahlen, um der amtierenden Bundesregierung einen Denkmittel zu verpassen, so bei der Europawahl 1999. 1994 benutzten die Politiker die Europawahl unter anderem als Testwahl für die im Herbst 1994 stattfindende Bundestagswahl. In der Bevölkerung werden den Parteien nur relativ geringe europapolitische Kompetenzen zugeschrieben. Daraus und aus der teilweisen Unzufriedenheit der Bürger mit der Arbeit der Parteien auf bundespolitischer Ebene resultieren die Mobilisierungsdefizite der Parteien. In der Folge ergibt sich eine stetig zurückgehende Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bürger an den Europawahlen.

Um mögliche Gründe für diese grundlegend eher skeptische Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Europäischen Parlament und den Europawahlen zu ermitteln, bietet es sich an, mit einer Medienanalyse der Meinungsbildung in der Bevölkerung auf den Grund zu gehen. Wie unter Punkt I dieser Arbeit beschrieben, informiert sich die Gesellschaft fast ausschließlich durch die Massenmedien über politische Entwicklungen. Das heißt, sie erwirbt politisches Wissen, ohne unmittelbar eigene Teilhabe an den jeweiligen politischen Prozessen. Folglich wird die Meinungsbildung der Bürger maßgeblich durch die Massenmedien beeinflusst. Ein großer Teil der sozialen Realität existiert für die Bevölkerung also erst durch die Berichterstattung in den Massenmedien.<sup>197</sup>

Außerhalb der in dieser Art und Weise transportierten Information kann sich eine politische Realität kaum aufbauen, da die meisten politischen Ereignisse - also auch jene im Zusammenhang mit der Europawahl und dem Europäischen Parlament - nicht im sozialen Umfeld der Rezipienten stattfinden. Folglich üben Massenmedien einen - von dem Ereignis unabhängigen - wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung des politischen Geschehens in der Bevölkerung aus.<sup>198</sup> Die Massenmedien und insbesondere die Printmedien haben daher

---

<sup>197</sup> Vgl. Hagenhoff: „Analyse der Printmedien“ (2003), S. 8f

<sup>198</sup> Vgl. Maurer: „Politikverdrossenheit durch Medienberichte“ (2003), S. 237/238

einen maßgeblichen Einfluss auf die wahrgenommene Realität der Rezipienten.<sup>199</sup> Nach der Studie „Medien im Tagesablauf 2002“ liegt das Nutzungspotential bei Tageszeitungen bei 93,4 Prozent und bei Zeitschriften bei 97,1 Prozent. Im direkten Vergleich liegt zwar die Nutzung von Fernsehen (98,4 Prozent) und Radio (97,4 Prozent) höher, betrachtet man jedoch die Aufbereitung der Information, hat der Rezipient den größten fachlichen Nutzen bei Zeitungen und Zeitschriften. Denn, wie eingangs beschrieben, liefern Fernsehen und Hörfunk eine so genannte Erstinformation, während Printmedien durch das geschriebene Wort komplexe Sachverhalte für den Leser besser aufbereiten können. Der Leser kann den Zeitpunkt der Informationsaufnahme selbst bestimmen und den größtmöglichen Nutzen aus der Informationsaufnahme ziehen. Nach der „MiT-Studie“ liegt die Nutzung des Internets lediglich bei 36,7 Prozent.<sup>200</sup>

Die Politikvermittlung erfolgt also vor allem durch die Printmedien. Deshalb liegt es nahe, die geringe Motivation der Bevölkerung, an den Europawahlen teilzunehmen, und die kritische Haltung gegenüber dem Europäischen Parlament anhand einer Medienanalyse näher zu beleuchten. In dieser Arbeit soll keine vollständige Analyse aller deutschen Printmedien, die Artikel zu der Europawahl oder zum Europäischen Parlament veröffentlicht haben, vorgelegt werden. Um einen überschaubaren Rahmen für eine Analyse zu erhalten, wurde die Medienanalyse auf eine Auswahl von deutschlandweit erscheinenden Tages- beziehungsweise Wochenzeitungen und Zeitschriften beschränkt. Die hier untersuchten überregionalen Qualitätszeitungen und Zeitschriften bieten eine qualitativ hochwertige politische Information. Um die Meinungsbildung der Bevölkerung in Deutschland - gerade zu einem politisch komplexen Thema wie der Einbindung des Europäischen Parlaments in das europäische Institutionengefüge und die Bedeutung der Europawahlen - zu untersuchen, liegt es nahe, Zeitungen und Zeitschriften mit hochwertiger politischer Information für eine Analyse auszuwählen. Auch werden diese Zeitungen von Meinungsführern gelesen, die

---

Maurer geht davon aus, dass Massenmedien maßgeblichen Einfluss auf die politische Meinung und letztlich auf die Politikverdrossenheit der Bürger ausüben. Massenmedien seien für viele Bürger die wichtigste Quelle der politischen Information. Kurzfristig würden die Bürger über die Vorstellungen der aktuellen Realität informiert, d.h. von Problemen und Leistungen der Politik. Langfristig würden Massenmedien das politische Interesse, Wissen und die politische Werteorientierung der Rezipienten beeinflussen.

<sup>199</sup> Siehe hierzu auch Schulz: „Die Konstruktion von Realität in den Massenmedien“ (1976)

<sup>200</sup> „Medien im Tagesablauf 2002“: <http://www.ipm.ch/tv/research/index.htm>, S. 16

ihrerseits meinungsbildend auf ihr Umfeld wirken und damit einen gewissen Multiplikationseffekt auslösen.<sup>201</sup>

Wie unter Punkt I dargestellt, gibt es für die Bevölkerung weitere, vielfältige Möglichkeiten sich über das aktuelle politische Geschehen zu informieren. So zum Beispiel durch das Fernsehen, den Hörfunk oder über das Internet. Die hier getroffene Auswahl an Printmedien kann jedoch wegen ihrer bundesweiten Verbreitung wesentliche Tendenzen in der Berichterstattung aufzeigen. Aufgrund der Analyse gerade dieser - überregional beachteten - Printmedien können fundierte Rückschlüsse auf die mögliche Beeinflussung des Wählerverhaltens bei Europawahlen in Deutschland gezogen werden. Die Analyse soll also einen - die individuelle Politikaufnahme und -verarbeitung der Leser der untersuchten Printmedien widerspiegelnden - subjektiven Gegenpol zu den gewonnenen Ergebnissen der Wahlanalyse in dieser Arbeit bilden, die die Europawahl aus einem empirischen und theoretischen Ansatz heraus betrachtet.

In der folgenden Medienanalyse werden ausschließlich in Deutschland publizierte Printmedien untersucht. Da die Europawahlen in jedem Mitgliedsland separat durchgeführt werden und auch die Wahlkämpfe national organisiert sind, stehen nationale Inhalte im Mittelpunkt der Berichterstattung und der Untersuchung, Themen aus anderen Mitgliedsländern stehen im Hintergrund und sind auch nicht Teil dieser Medienanalyse. Die Artikelauswahl konzentriert sich außerdem ausschließlich auf Zusammenhänge mit der Europawahl und dem Europäischen Parlament, die für Deutschland gewisse Relevanz haben. Berichterstattung über andere Mitgliedsländer sind in dem Bewertungsraster nicht enthalten.

Die nachfolgende Medienanalyse soll also anhand der zu untersuchenden Printmedien die Berichterstattung über die Europawahlen und das Europäische Parlament darstellen, um anhand dieser Auswahl die Meinungsbildung zu diesem Themenkomplex in der Bevölkerung aufzuzeigen. Andere Formen der medialen Berichterstattung wie Fernsehen, Hörfunk und das Internet werden – wie bereits dargelegt - in dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

---

<sup>201</sup> Das Thema wurde bereits unter Punkt I. dieser Arbeit erörtert.

## 1.1 Fragestellung

Mit Hilfe der Medienanalyse soll untersucht werden, wie, in welcher Häufigkeit und in welchen Zeitintervallen ausgewählte Printmedien über die Europawahl und das Europäische Parlament berichten. Es soll dann darauf aufbauend herausgearbeitet werden, ob - und wenn ja - wie Zeitungen und Zeitschriften die öffentliche Wahrnehmung der Europawahlen durch ihre Berichterstattung beeinflussen.

Ausgangspunkt dieser Fragestellung ist folgender: Prägender Befund der Auswertung der Wahlanalysen zu den Europawahlen 1994 und 1999 war die Feststellung, dass die Wahlbeteiligung der Bürger und die hiermit eng verknüpfte Motivation zur politischen Partizipation im Verhältnis zu anderen bundesdeutschen Wahlen und selbst im Verhältnis zu vorangegangenen Europawahlen auffallend gering war. Diese Situation führt zu der Frage, worauf die geringe Bürgerbeteiligung zurückzuführen sein könnte. Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb von großer Bedeutung, weil nur durch Kenntnis der maßgeblichen Gründe Wege zu einer zukünftig stärkeren Beteiligung der Wähler aufgezeigt werden können. Es stellt sich daher die Frage: Welche Gründe sind für die geringe Wahlbeteiligung und Motivation verantwortlich?

Eine erste Annahme kann sein, dass die Wähler – aus noch zu ermittelnden Gründen – dem Thema Europa, Europawahl, Europäisches Parlament wenigstens gleichgültig, wenn nicht sogar ablehnend gegenüberstehen.

Wird also zunächst unterstellt, dass die Bürger als Medienrezipienten dem Themenkomplex Europawahl gleichgültig oder negativ gegenüberstehen, kann daraus abgeleitet werden, dass sie unterbewusst weniger motiviert sind, Berichte und Informationen zu diesem Thema aufzunehmen - und sei es nur die Überschrift. Eine solche Grundhaltung kann dann noch durch negative Berichterstattung verstärkt werden.<sup>202</sup> Dieses Phänomen beschreibt auch Donsbach in seiner Studie über „Die Selektivität der Rezipienten. Faktoren, die die Zuwendung zu Zeitungsinhalten beeinflussen“. Nach seinen Erkenntnissen lesen Rezipienten lieber etwas über Politiker, die sie wertschätzen, als über ihnen ungeliebte Politiker. Das

---

<sup>202</sup> Siehe dazu Kintsch: „Gedächtnis und Kognition“ (1982), S. 113: Er geht davon aus, dass ein Wort durch emotionale Merkmale beim Rezipienten vertreten ist. Stößt er auf ein bei ihm negativ abgespeichertes Wort, wird die Informationsaufnahme gestoppt oder zumindest verlangsamt. Kintsch bezeichnet das als eine frühe *Wahrnehmungsabwehr*.

heißt, die persönliche Meinung der Rezipienten spielt bereits bei der Artikelauswahl eine Rolle. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, ob der Gegenstand der Betrachtung (bei Donsbach der Politiker) in einem positiven, negativen oder ambivalenten Kontext erscheint. Wurde der Politiker in einem positiven Kontext genannt, lasen seine Befürworter den Artikel häufiger als die eher kritisch eingestellten Leser.<sup>203</sup>

Übertragen auf das Thema der Europawahl bedeutet dies folgendes: In der oben genannten Studie wird davon ausgegangen, dass dem Thema gegenüber positiv eingestellte Rezipienten themenrelevanten Artikeln mehr Beachtung schenken als dem Thema gegenüber negativ eingestellte Leser. Negativ eingestellte Leser neigen nach der Studie von Donsbach dazu, positive Nachrichten zu überlesen. Geht man davon aus, dass über das Thema „Europawahl“ neutral bis negativ berichtet wird und die Rezipienten eher neutral bis negativ diesem Thema gegenüberstehen<sup>204</sup>, trägt die Berichterstattung dazu bei, das negative Bild der Europawahl bei den ohnehin schon negativ geprägten Rezipienten zu verstärken. Eine positive, zumindest objektive Berichterstattung hingegen könnte nach dieser These umgekehrt dazu führen, dass das Thema bei neutral bis positiv eingestellten Rezipienten an Bedeutung gewinnt. Nach dem Ansatz von Donsbach würden die europafreundlichen Leser dann verstärkt Veröffentlichungen zum Thema Europawahl und Europäisches Parlament wahrnehmen.

Unterstellt man nun die Richtigkeit der von Donsbach gezogenen Schlussfolgerungen, wäre als weitere Annahme denkbar, dass die infolge positiverer Berichterstattung verstärkte Wahrnehmung des Europäischen Parlaments bei den positiv eingestellten Rezipienten längerfristig zu einer positiveren Beurteilung des Themenkomplexes bei breiteren Bevölkerungsschichten führen könnte. Grundlage dieser Annahme ist, dass die europafreundlich eingestellten Rezipienten ihrerseits in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld meinungsbildend wirken und so eine Multiplikation eines positiveren Bildes des Europäischen Parlaments und der Europawahl möglich sein kann. Diese Annahme geht jedoch von längeren zugrundezulegenden Zeiträumen aus, da die Beeinflussung des Meinungsbildes der Rezipienten durch den vorbeschriebenen Mechanismus einen eher schleichenden Prozess beschreibt. Donsbach kann eine solche Wirkung in seiner Studie nicht

---

<sup>203</sup> Donsbach: „Die Selektivität der Rezipienten“ (1992), S. 42

<sup>204</sup> Themenschwerpunkt 1 der Arbeit hat gezeigt, dass die Wahlberechtigten der Europawahl eher gleichgültig gegenüberstehen, was vor allem die geringe Wahlbeteiligung zeigt. Dennoch sehen sie die Europäische Union in manchen Punkten als wichtig an, was aber nicht gleichzeitig bedeutet, dass die Bevölkerung die Wahl zum Parlament als wichtig ansieht, sondern die Europäische Union.

unmittelbar feststellen, da es sich dabei um eine Feldstudie handelt. Diese Feldstudie beobachtet einen bestimmten Zeitraum und wird nicht über Jahre durchgeführt.

Ausgehend von der Grundannahme, dass die Berichterstattung der Printmedien das Meinungsbild der Rezipienten direkt beeinflusst, stellt sich nun die Frage, wie die im Folgenden untersuchten Printmedien über den Themenkomplex Europawahl berichten. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil sich mittels einer solchen Auswertung der Berichterstattung Rückschlüsse auf Beeinflussung und aktuellen Stand des Meinungsbildes der Rezipienten ziehen lassen.

### **Zur Ausgangslage:**

Die Wahlanalyse der beiden Europawahlen 1994 und 1999 hat bestätigt, dass die Motivation der Wähler, bei der Europawahl ihre Stimme abzugeben, gering ist und weiter zurückgeht. Wählerbefragungen der Meinungsforschungsinstitute ergaben, dass die Bevölkerung dem Europäischen Parlament eher kritisch gegenübersteht. Vielfach besteht die Meinung, dass das Europäische Parlament über nur unzureichende Macht verfügt, politische Veränderungen in Europa maßgeblich mit zu beeinflussen. In speziellen Fragen wie der Arbeitsmarktpolitik oder der Wirtschaftspolitik besteht zudem Unsicherheit in der Bevölkerung, ob die Staaten überhaupt nationale Befugnisse an Europa abtreten sollten. In Politikfeldern wie der Umweltpolitik oder der Außenpolitik halten viele Bürger eher eine gemeinsame Regelung der Mitgliedsstaaten für möglich. Grundsätzlich könnte man vermuten, dass die Rezipienten der untersuchten Printmedien der Europawahl eher Skepsis und ein geringeres Interesse entgegenbringen. Gefragt nach ihrem Interesse an der Europawahl, haben 51 Prozent ein „weniger starkes“ Interesse und sieben Prozent gar kein Interesse für die Europäische Union und für Fragen der Europapolitik.<sup>205</sup>

Vor diesem Hintergrund lässt sich nun die Hypothese aufstellen, dass die bislang eher negative Meinung der Bürger auch von der Berichterstattung der überregionalen Qualitätszeitungen und den politischen Magazinen verstärkt wird. Ob diese Grundannahme zutrifft, soll anhand einer Gesamtbetrachtung von Medien- und Wahlanalyse ermittelt werden.

---

<sup>205</sup> Siehe II. 2.6.2 Konrad-Adenauer-Stiftung und Infratest dimap 1999, S. 60; Graphik von Infratest dimap: Europawahlanalyse 1999, S. 62

## 1.2 Methodik

Um zum einen die Medienanalyse auf eine überschaubare Anzahl von veröffentlichten Printmedien zu beschränken und gleichzeitig eine möglichst hohe Aussagekraft der Analyse zu gewährleisten, werden im folgenden die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Zeit*, der *Spiegel* und der *Focus* der Medienanalyse zugrunde gelegt. Durch die Auswahl dieser bundesweit erscheinenden und auflagenstarken Veröffentlichungen soll eine regionenunabhängige und möglichst aussagekräftige Medienanalyse erstellt werden.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* wurden als Vertreter der überregionalen Qualitätszeitungen ausgewählt. Genau genommen erfüllt nur die *Frankfurter Allgemeine* dieses Kriterium, da die *Süddeutsche Zeitung* den Großteil ihrer Auflage in München und Umgebung vertreibt. In beiden Zeitungen findet in einem breiten Umfang Politikvermittlung statt. Kennzeichnend für überregionale Qualitätszeitungen sind eine große Ausführlichkeit und eine hohe Qualität der Berichterstattung. Die *Süddeutsche Zeitung* vertritt hierbei das Spektrum Mitte-links, während die *FAZ* Mitte-rechts angesiedelt ist. Gerade vor Wahlen lassen sich die politischen Ausrichtungen der Zeitungen anhand der Politikvermittlung deutlich unterscheiden. Mit in die Analyse aufgenommen wurde die *Zeit* als Vertreterin der deutschlandweit publizierten Wochenzeitungen. Politische Wochenzeitungen unterscheiden sich von Tageszeitungen dadurch, dass sie keine tagesaktuelle Berichterstattung bieten, sondern Themen ausführlicher behandeln und Hintergründe darstellen. Der *Spiegel* und der *Focus* wurden ausgewählt als Repräsentanten der politischen Zeitschriften. Unterschiede zwischen den beiden politischen Magazinen: Im *Focus* kommen die Betroffenen häufiger zu Wort. Im *Spiegel* erscheinen mehr Meinungsbeiträge. Der *Spiegel* stellt eher die Persönlichkeit eines Politikers heraus, während der *Focus* eher über das berufliche Verhalten des Politikers berichtet.

Die Artikel der *Frankfurter Allgemeinen* wurden über das elektronische FAZ-Archiv ermittelt sowie über die Onlinedatenbank LexisNexis. Hier sind sämtliche Artikel enthalten, die in den Jahren 1994 und 1999 veröffentlicht wurden. Über Suchbegriffe wie „Europawahl“ oder „Europäisches Parlament“ wurden die für die Medienanalyse relevanten Artikel ausgewählt. Die in den Datenbanken hinterlegten Artikel enthalten im Unterschied zu den Originalausgaben keine Bilder. Die *Süddeutsche Zeitung* bietet Jahresausgaben ihrer Zeitung auf CD-Rom an. Hier sind ebenfalls sämtliche Artikel ohne Bilder enthalten. Die *Zeit* stellte

nach Anfrage die Artikel aus ihrem elektronischen Archiv (ebenfalls ohne Bilder) zur Verfügung. Bei *Spiegel*- und *Focus*-Artikeln wurde in gebundenen Originalexemplaren recherchiert.

Die Artikel wurden für alle Zeitungen und Zeitschriften in Tabellen im Anhang zusammengefasst. Um ein Bewertungsraster zu erhalten, wurden die Artikel der *FAZ* und der *Süddeutschen Zeitung* in drei Schwerpunkte unterteilt. Es handelt sich hierbei um das Wählerverhalten, die Legitimation und die Akzeptanz der Europawahl sowie des Europäischen Parlaments. Sofern in einem Artikel der Tageszeitungen zwei Schwerpunkte vorkamen, wurde der Artikel in beide Bereiche eingegliedert. Da Tageszeitungen in ihren Berichten meist einen Themenschwerpunkt behandeln, kommen Doppelnennungen jedoch eher selten vor. Bei der Wochenzeitung und den Zeitschriften konnte ein Bewertungsraster nicht sinnvoll angelegt werden, da der Themenkomplex Europawahl und Europäisches Parlament in einem Artikel oft umfassend betrachtet wurde. Daher musste auf eine Einordnung in einzelne Kategorien bei der gleichzeitig relativ geringen Anzahl der Artikel verzichtet werden.

Die Einteilung in die Themenschwerpunkte Legitimation, Akzeptanz und Wählerverhalten verfolgt den Zweck sichtbar zu machen, welche Informationen in welcher Häufigkeit und gegebenenfalls mit welcher wertenden Tendenz die Rezipienten zu diesen für die öffentliche Wahrnehmung des Europäischen Parlaments und der Europawahlen wesentlichen Parametern erhalten. Der Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahlen kommt hier deshalb besondere Bedeutung zu, weil sie den Anspruch des Parlaments, demokratisch gewählte Vertretung der Bürger Europas zu sein und damit seine Bedeutung und Rolle im Europäischen Institutionengefüge widerspiegelt. Die Akzeptanz des Europäischen Parlaments und der Europawahlen wiederum ist die Kernfrage der Wahrnehmung und Verwurzelung des Parlaments in der Bevölkerung und betrifft damit seine Außenansicht. Die Berichterstattung über das Wählerverhalten schließlich gibt Auskunft zum einen über die tatsächlichen Wahlmotivationen der Bürger und zum anderen über die Informationen, die die Rezipienten über das Verhalten der Wähler und Nichtwähler erhalten. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil anzunehmen ist, dass das Wahlverhalten der Rezipienten wiederum auch durch die Berichterstattung über die Beteiligung der Bürger an den Europawahlen beeinflusst wird.



## 2. Medienanalyse 1994

### 2.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung

#### 1. Januar bis 30. Juni 1994

Im Untersuchungszeitraum werden 47 Artikel in der *FAZ* veröffentlicht, die den Leser über die Europawahl oder das Europäische Parlament informieren. Deutlich über die Hälfte der Artikel (30 Artikel) erscheinen im Ressort Politik. 12 Artikel in den regionalen Ressorts der Zeitung in den Bereichen „Rhein-Main“, „Hessen“ und „Frankfurt“.

Ressort	Anzahl der Artikel
Politik	30
Wirtschaft	1
Feuilleton	2
Briefe an den Herausgeber	1
Deutsche Fragen – deutsche Antworten	1
Rhein-Main	5
Hessen	3
Frankfurt	4
<b>insgesamt</b>	<b>47</b>

Die Artikel wurden in drei Themenschwerpunkte gegliedert. 20 Artikel informieren den Leser über die Akzeptanz des Europäischen Parlamentes und der Europawahl. Über die Legitimation des Parlamentes und der Wahl berichten 14 Artikel, über das Wählerverhalten informieren 16 Artikel.<sup>206</sup> Bei den Schwerpunkten Legitimation und Akzeptanz erscheinen die meisten Berichte im Wahlmonat Juni. Bei dem Thema Wählerverhalten werden 10 von 16 Artikeln im Monat Mai veröffentlicht, d.h. rund sechs Wochen vor der Wahl steigt die Anzahl der Veröffentlichungen zum Thema deutlich an.

#### **Legitimation (14 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
3	-	2	2	3	4

#### **Akzeptanz (20 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1	-	1	2	6	10

#### **Wählerverhalten (16 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
-	-	2	-	10	4

<sup>206</sup> Teilweise wurden Artikel in zwei Kategorien eingeteilt, deshalb entstehen Abweichungen zur ersten Tabelle.

### 2.1.1 Legitimation

Sieben der 14 Artikel, die dem Themengebiet Legitimation zugeordnet wurden, handeln über die Befugnisse und Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Weiter wurden Berichte eingeordnet, die Wahlprogramme der Parteien beschreiben, sowie Artikel, in denen über zur Europawahl zugelassene Parteien informiert wird. Daneben sind in dem Themengebiet Artikel enthalten, die über in der Bundesrepublik wohnhafte EU-Ausländer informieren, die in Deutschland an der Europawahl teilnehmen wollen.

Anfang des Jahres<sup>207</sup> berichtet die Zeitung über die geplante Erhöhung der deutschen Mandatszahl von 81 Abgeordneten auf 99 Abgeordnete aufgrund der deutschen Wiedervereinigung. Bisher haben die neuen Bundesländer 18 Beobachter nach Brüssel geschickt, also keine vom Volk gewählten Mandatsträger. Die Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) befürchteten jedoch, dass die Zustimmung zu dem Beschluss über die Erhöhung der Mandatszahlen von den Parlamenten der Mitgliedsländer verzögert werde und das Ratifikationsverfahren deshalb nicht fristgerecht zur Europawahl abgeschlossen werden könnte, so die *Frankfurter Allgemeine*. Nach der Wahl am 13. Juni würden die neuen Bundesländer auf jeden Fall von gewählten „Abgeordneten mit allen Rechten und Pflichten“ vertreten. Dies würde zu einer Verschlechterung der Situation für die alten Bundesländer führen.<sup>208</sup>

Neun Tage später schreibt die *FAZ* über das Demokratiedefizit in der Europäischen Union. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Bangemann, sieht danach das Demokratiedefizit vor allem in dem Widerstand der Mitgliedsstaaten gegen eine Ausweitung der Rechte der Europaabgeordneten. Dagegen werde in Brüssel oft schneller entschieden als in nationalen Parlamenten. Seiner Meinung nach müsse in „eingehender Verfassungsdebatte“ entschieden werden, ob sich die Europäische Union zu einem Bundesstaat weiter entwickeln solle, oder ob sie sich zurück zu einem Staatenbund orientieren solle.<sup>209</sup>

Am 14. März wird in der *Frankfurter Allgemeinen* berichtet, dass der PDS-Parteitag den Ehrenvorsitzenden und früheren DDR-Ministerpräsidenten Modrow als Spitzenkandidaten der PDS für die Europawahl gewählt hat –

---

<sup>207</sup> FAZ, 15.01.1994, Nr. 12, S. 7

<sup>208</sup> FAZ, 15.01.1994, Nr. 12, S. 7

<sup>209</sup> FAZ, 24.01.1994, Nr. 19, S. 4

„trotz der Anklageerhebung gegen ihn wegen Falschaussage unter Eid vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Sächsischen Landtags.“<sup>210</sup>

Für Parteien wie die PDS sei die Europawahl die beste Plattform, ihren politischen Ansichten Gehör zu verschaffen. Bei einer Wahl, die von vielen Bürgern als Nebenwahl gelte, könne sie mehr Wähler mobilisieren, so genannte Protestwähler.

Im Ressort „Hessen“ berichtet die *FAZ* am 5. Mai über eine Landtagsresolution zur Europawahl. Einstimmig wurde beschlossen, dass eine demokratische Europäische Union die Voraussetzung erfüllen müsse, niemanden aufgrund seiner nationalen Herkunft vom Wahlrecht auszuschließen. Das heißt, EU-Ausländer, die ihren dauerhaften Wohnsitz in der Bundesrepublik, beziehungsweise in Hessen haben, sollten ebenfalls bei der Europawahl ihre Stimme abgeben dürfen.<sup>211</sup> Über das Wahlrecht der in Deutschland lebenden EU-Ausländer berichtet die Zeitung mehrmals, im Themenbereich „Wählerverhalten“ wird das Thema nochmals aufgegriffen.

Ende Mai schreibt die Zeitung über die EU-Abgeordneten Gerd Müller (CSU), Friedrich Merz (CDU) und Leyla Onur (SPD), die ihr europäisches Mandat niederlegen und nun für den Bundestag kandidieren werden. Jedoch solle dies nach Information der drei Kandidaten nicht als Signal des „Rückzugs der Jungen aus Europa“ aufgefasst werden. Werde der Europa-Ausschuss im Bundestag mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet, dann seien die drei gerne bereit, ihre Erfahrungen aus Straßburg und Brüssel in Bonn mit einzubringen. Dennoch klagen die Abgeordneten über gewisse Eigenheiten der Arbeit im Europäischen Parlament. Nach Einschätzung des Verkehrs- und Agrarpolitikers Müller produziere das Parlament zuviel Papier,

„verzettele sich und verwende zuviel Zeit auf Nebensächliches und Randthemen, aber nicht auf die, Kernpunkte, bei denen wir als Mitgesetzgeber gefordert sind“.<sup>212</sup>

---

<sup>210</sup> *FAZ*, 14.03.1994, Nr. 61, S. 4

<sup>211</sup> *FAZ*, 05.05.1994, Nr. 104, S. 52

<sup>212</sup> *FAZ*, 19.05.1994, Nr. 115, S. 6

Die drei Abgeordneten äußern auch Zweifel an der optimalen Vereinbarkeit zwischen der Parteiarbeit im Wahlkreis und der Präsenz in Straßburg und Brüssel. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Maastricht trage nicht zur Stärkung der Rolle des Straßburger Parlaments bei. In diesem Urteil werde der Bundestag an seine „gesetzgebende Rolle in europäischen Dingen erinnert“. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Legitimation zuerst über den Bundestag vermittelt werden solle, begleitend durch das Europäische Parlament. Diese Entscheidung trage durchaus nicht zur Stärkung des Europäischen Parlaments bei, sondern zur Stärkung der nationalen Entscheidungsträger.<sup>213</sup>

- Die Leser werden mit drei Europapolitikern konfrontiert, die ihr Europamandat niederlegen, um auf Bundesebene ihre Arbeit fortzusetzen. Sie beteuern, dass dies kein „Rückzug aus Europa“ sei, berichten dennoch wenig Positives. Mit Artikeln dieser Art vermittelt die Zeitung das Bild eines Europäischen Parlaments, das in Ansätzen fähig ist europäische Politik zu gestalten. Dennoch scheint es, als habe das Parlament wenig Möglichkeiten, diese Politik auch durchzusetzen.

Wenige Tage vor der Europawahl erscheint ein Artikel, in dem die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und seine Wirkung in der Öffentlichkeit kritisch behandelt werden.

„Der seit 1992 zu spürende ‚euroskeptische‘ Zeitgeist hat auch das Straßburger Parlament nicht verschont, das trotz aller Kompetenzerweiterung weiter seinen minderen Status im europäischen Institutionsgefüge beklagt und die geringe Beachtung, die ihm allenthalben zuteil werde. Ob und wie das neugewählte Parlament seine neuen Einflussmöglichkeiten<sup>214</sup> nutzen wird, hängt auch von Statur und Weitsicht der neuen Abgeordneten ab. Sie werden sich auf Wesentliches zu konzentrieren haben, wollen sie die Geltung erlangen, die sie beanspruchen.“<sup>215</sup>

- Ob und wenn ja, in welchem Maße sich das Parlament im europäischen Institutionengefüge Gehör verschaffen kann und seine Möglichkeiten auszuschöpfen vermag, hängt aber nicht alleine von den Parlamentariern ab, wie es hier zunächst beschrieben wird. Ein großes Defizit dieses Parlamentes ist, dass das klassische Verhältnis von Koalition und Opposition im Europäischen Parlament

---

<sup>213</sup> Alle Zitate in diesem Absatz wurden entnommen aus der FAZ, 19.05.1994, Nr. 115, S. 6

<sup>214</sup> Gemeint ist der Vertrag von Maastricht, der den Abgeordneten mehr Befugnisse zugesteht. Diese können sie in der Praxis aber nur schwer durchsetzen.

<sup>215</sup> FAZ, 09.06.1994, Nr. 131, S. 12

wegfällt. Die Parteien müssen sich zusammenschließen, sofern sie sich gegenüber dem Rat und der Kommission emanzipieren wollen. Für die politische Öffentlichkeit bedeutet dies, dass sich die europäischen Parteien trotz aller Unterschiede in der Sache verbünden und die Parlamentarier das gemeinsame Ziel verfolgen, sich im Zusammenspiel mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission zu behaupten. Gibt es nur schwer erkennbare Unterschiede zwischen den Parteien und agiert das Parlament zumeist mit parteiübergreifender Einigkeit, so stellt sich die Frage für die Wähler, warum es wichtig ist, mit zu entscheiden, welcher der Kandidaten für sie europäische Politik mitgestaltet.

„Zumeist herrscht jene fraktionsübergreifende Einigkeit vor, die zwar in der Auseinandersetzung mit Kommission und Ministerrat Stärke vermittelt, in der Öffentlichkeit aber als langweilig empfunden wird. Während im Deutschen Bundestag oft mit aller Härte um den richtigen Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gestritten wird, lassen sich in Straßburg nur schwer ordnungspolitische Konturen erkennen. [...] In Straßburg fehlt die klassische Auseinandersetzung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Es gibt weder eine europäische Regierung noch eine Opposition. Die acht Fraktionen sehen sich vielmehr als starker Arm gegen die Regierungen und als oppositionelles Sammelbecken gegen die auf ihren Vorrechten beharrenden Nationen.“<sup>216</sup>

Auch nach der Wahl hat sich für die *Frankfurter Allgemeine* im strategischen Gefüge des Parlaments nicht viel verändert:

„Die ersten Reaktionen aus den Reihen der Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) lassen erwarten, daß auch in der kommenden Legislaturperiode die beiden großen Fraktionen an einem Strang ziehen werden. Nur so dürfte sich [...] die ‚strategische Mehrheit‘ [...] sichern lassen.“<sup>217</sup>

## Zusammenfassung

Die *FAZ* stellt im Vorfeld der Europawahl die strukturellen Defizite des Parlaments und die damit verbundenen Schwächen hinsichtlich seiner demokratischen Legitimation objektiv, aber auch kritisch dar.

---

<sup>216</sup> FAZ, 10.06.1994, Nr. 132, S. 15

<sup>217</sup> FAZ, 14.06.1994, Nr. 135, S. 3

Die Zeitung berichtet über die geplante Erhöhung der deutschen Mandatsträger im Zuge der Wiedervereinigung, was zu Lasten der Einflussmöglichkeiten der alten Bundesländer gehen würde. Die EVP befürchte außerdem, dass die Ratifikation dieses Beschlusses von den anderen Mitgliedsländern bis nach der Europawahl verzögert werden könnte. Es wird ein Artikel über das bestehende Demokratiedefizit des Parlamentes veröffentlicht. In den Augen des Vizepräsidenten der EU-Kommission sei vor allem der Widerstand der Mitgliedsstaaten verantwortlich für die geringe Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments. Des Weiteren wird über kritisch zu betrachtende Kandidaten wie den PDS Spitzenkandidaten Modrow berichtet, dessen Partei, ebenso wie andere Parteien von den Rändern des Parteienspektrums, gerade bei einer „Nebenwahl“ wie der Europawahl eine breite Plattform habe und so Wählerstimmen gewinnen könne. Auch über junge, motivierte EU-Politiker wird berichtet, die dennoch die Bundespolitik der Europapolitik vorziehen. Sie nutzen Europa als Sprungbrett für eine politische Laufbahn auf Bundesebene. Grund hierfür ist der Mangel an Sachkompetenzen der Abgeordneten im Europäischen Parlament. Informiert wird auch über die fehlende Ausprägung von Regierung und Opposition im Parlament, was zu einem Legitimationsdefizit der Straßburger Abgeordneten führt und zwangsläufig zu einer Infragestellung des Europäischen Parlaments.

Für die Meinungsbildung des Rezipienten bedeutet eine solche Berichterstattung, dass das fast ausschließliche Aufzeigen der institutionellen Probleme des Parlaments zu keinem positiven Bild beiträgt. Die Legitimation eines Parlamentes kann für die Rezipienten wenigstens fraglich erscheinen, wenn sie erfahren, dass Politiker kandidieren, gegen die in ihrem Heimatland Anklage wegen Falschaussage unter Eid erhoben wird. Qualifizierte Abgeordnete nutzen umgekehrt die nächste sich bietende Chance, in die Bundesebene „aufzusteigen“ und Europa den Rücken zu kehren. Auch das Fehlen von Regierung und Opposition, was in jedem nationalen Parlament strukturgebende Grundvoraussetzung ist, stellt die Legitimation des Parlaments in Frage.

Im Themenbereich Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl berichtet die *Frankfurter Allgemeine* mit deutlichem Schwerpunkt über die Schwierigkeiten des Europäischen Parlamentes, sich souverän im europäischen Institutionengefüge als demokratisch gewählte Volksvertretung des europäischen Volkes zu präsentieren und dementsprechend unabhängig zu agieren. Auch polarisierende Parteien wie die PDS werden

im Zusammenhang mit den Europawahlen thematisiert. Sie haben bei Europawahlen eine verbesserte Chance, ein gutes Ergebnis zu erzielen und sich somit auch mehr Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Da in diesem Bereich von anderen Parteien wenig berichtet wird, bildet sich für den Rezipienten auch hier eine Schieflage. Die Artikel präsentieren eine eher einseitige Berichterstattung mit Blick auf die Probleme und Defizite des Parlaments und der Parteien. Dadurch wird eine objektive Meinungsbildung der Rezipienten hinsichtlich der Legitimation des Europaparlaments nicht unbedingt gefördert.

### 2.1.2 Akzeptanz

Im Themenbereich Akzeptanz handeln viele Artikel von europapolitischen Entwicklungen in Deutschland, wie zum Beispiel dem Desinteresse der Bürger gegenüber der Europawahl und dem Versuch einzelner Parteien, dem entgegenzuwirken.<sup>218</sup> In einigen Artikeln wird über nationale Vorurteile gesprochen, die im Zusammenhang mit der Europawahl entstehen. So wird die Europawahl vor allem als Testwahl für die im gleichen Jahr anstehende Bundestagswahl gesehen. Daneben wird von dem Europawahlkampf und den Kandidaten, die für das Europäische Parlament zur Wahl stehen, berichtet.

Ende Januar berichtet die *Frankfurter Allgemeine* über den Parteivorsitzenden der FDP und Bundesaußenminister Klaus Kinkel, der an die Delegierten appelliert,

„die weit verbreitete Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsprozess ernst zu nehmen, aber nicht selbst in Resignation zu verfallen. Es gebe populistische Kritik, die auf der Europamüdigkeit ihr nationales Süppchen kochen wolle. ‚Das schadet nicht nur Europa, das schadet unserem Land, Herr Stoiber‘, sagte Kinkel. Brüssel sei nicht ein Spielplatz deutscher Europa-Illusionisten, sondern der Ort, an dem vitale deutsche Interessen durchzusetzen seien.“<sup>219</sup>

- An diesem Beispiel wird deutlich, dass auch einzelne Bundespolitiker europäische Institutionen in erster Linie für die Durchsetzung nationaler Interessen nutzen wollen. Das Zusammenwachsen Europas und die Stärkung europäischer Institutionen steht zu diesem Zeitpunkt nicht im Vordergrund. In der Konsequenz ist nicht verwunderlich, dass von den Wählern die Wahl eines Parlaments, dessen

---

<sup>218</sup> FAZ, 28.04.1994, Nr. 98, S. 2

<sup>219</sup> FAZ, 24.01.1994, Nr. 19, S. 4

Kompetenzen selbst von den heimischen Politikern in Frage gestellt werden, als weniger wichtig angesehen wird.

Zwei Monate später widmet die Zeitung auch der CDU-Kandidatin Marlies Mosiek-Urbahn, die auf Platz zwei der hessischen Landesliste steht, einen Artikel. Die Leser lernen die Kandidatin und somit auch den Menschen und seine Anliegen besser kennen.<sup>220</sup>

- Durch das „Kennen lernen“ können sich die Leser mit der Kandidatin vertraut machen. Hinter dem Namen steht dann auch eine wahrnehmbare Person. Existieren dann in der Vorstellung der Rezipienten nicht nur Namen, sondern auch reale Personen, die dem Kandidaten ein Gesicht geben, kann auch die Europawahl an Attraktivität gewinnen.

Am 6. April berichtet die Zeitung über das Euro-Info-Mobil, das in neun Wochen durch 43 Städte Deutschlands fährt, um bei der Bevölkerung das Interesse für Europa zu wecken. Ein Erfolg ist die Aktion laut der *Frankfurter Allgemeinen* nicht.

„Deutlich sichtbar hinter dem halbrunden Tisch mit den Unmengen von Prospekten ist die Europaabgeordnete, doch erkannt wird sie nicht: Barbara Schmidbauer (SPD) verteilt für eine halbe Stunde mit der ‚Infomobil‘-Besatzung blau-gelbe Broschüren über Grundsätzliches und Spezielles. [...] Schmidbauer konstatiert eine ‚fast haarsträubende‘ Unkenntnis bei vielen Standbesuchern. Deren Wissen beschränke sich oft auf wenige Vorurteile, sagt sie, etwa den ‚angeblich zu hohen Verwaltungsaufwand‘ der Gemeinschaft oder Sorgen um die Reinheit des deutschen Bieres. Auch Wiesbadens Bürgermeister Hildebrand Diehl (CDU), der den Stand besucht, sieht ein ‚gewisses Unbehagen‘ der Bürger beim Thema Europa: "Da muß man auch die Politiker kritisieren, die es nicht schaffen, den Bürgern die Idee näherzubringen.“<sup>221</sup>

- Den Lesern wird hier ein negatives Bild von der Kandidatin vermittelt. Frau Schmidbauer sei deutlich sichtbar hinter den Prospekten, ertrinke aber förmlich in ihrer Wahlwerbung und werde so auch nicht wahrgenommen. Dem Rezipienten wird ein hoffnungsloses, fast schon hilfloses Bild von der Kandidatin vermittelt. Berichterstattung dieser Art fördert das ohnehin bei einem Großteil der

---

<sup>220</sup> FAZ, 25.03.1994, Nr. 71, S. 68

<sup>221</sup> FAZ, 06.04.1994, Nr. 79, S. 37



Bevölkerung existierende, negative Bild eines Europaparlamentes mit wenig Einfluss und Kandidaten, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen scheinen.

Ende des Monats April schreibt die *FAZ* über die Bemühungen der CDU, „dem Desinteresse an der Europawahl im Juni [...] mit anregenden Vorschlägen entgegenzuwirken.“<sup>222</sup> Deshalb setze sich die CDU für eine europäische Polizei sowie für eine gemeinsame Armee ein, um die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Ebenso sollten im Umweltschutz gemeinsame europäische Standards gelten.

Im Ressort „Rhein Main“ der Zeitung fordern auch die regionalen Wahlkämpfer der SPD die Bürger auf, sich an der Europawahl zu beteiligen.<sup>223</sup>

Circa sechs Wochen vor der Wahl erscheint ein Bericht, dessen Titel Optimismus bei den Europabefürwortern wecken muss. Am 6. Mai steht in der *Frankfurter Allgemeinen*: „Nach der Entscheidung von historischer Tragweite mit Selbstbewusstsein in die Endphase des Europa-Wahlkampfes. Ein Parlament, das auch mitentscheiden kann.“ Denn in Straßburg wurde über die Beitrittsverträge Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens zur Europäischen Union abgestimmt. Auch den Journalisten und damit der Öffentlichkeit bot sich laut der *FAZ* ein Bild eines Parlaments, das in Europa auch mitentscheidet.

„Nach dem Votum würdigte Parlamentspräsident Klepsch die Abstimmung als eine ‚Entscheidung von historischer Tragweite‘. Mit der Bereitschaft, die Beitrittsverträge trotz des Unmuts über die aus Straßburger Sicht unzureichenden institutionellen Anpassungen in der EU zu ratifizieren, habe das Parlament in dieser Stunde gezeigt, daß es entscheidende Befugnisse habe und mit diesen auch verantwortungsbewußt umgehe. Dies sei sechs Wochen vor der Europawahl ein ‚Signal‘.“<sup>224</sup>

Allerdings findet die *FAZ* auch einige nachdenkliche Worte hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments:

„Gerade der in Straßburg in den vergangenen zwei Jahren erbittert geführte Streit über die Bedingungen einer Aufnahme zusätzlicher Mitglieder in die EU hat jedoch deutlich gemacht, daß das Bild eines den Regierungen der Zwölfergemeinschaft ebenbürtigen Europäischen Parlaments allenfalls eine

---

<sup>222</sup> *FAZ*, 28.04.1994, Nr. 98, S. 2

<sup>223</sup> *FAZ*, 16.05.1994, Nr. 112, S. 45

<sup>224</sup> *FAZ*, 06.05.1994, Nr. 105, S. 4

Zukunftsvision ist. Ein Großteil der 150 Abgeordneten, die in Straßburg vergeblich eine Vertagung der Abstimmung über die Beitrittsverträge gefordert hatten, sah in der Erweiterungsdebatte einen wirksamen Hebel für weitere institutionelle Reformen, auch für mehr Mitwirkungsrechte des Parlaments.<sup>225</sup>

- Somit wurde der hoffnungsvolle Titel im Ergebnis zwar abgemildert, dennoch merken die Leser, dass das Parlament entwicklungsfähig ist. Es wird deutlich, dass es 1994 den Mitgliedsländern der Europäischen Union zunächst darum geht, sich Vorteile für das eigene Land zu verschaffen, dennoch keine eigenen Kompetenzen abzugeben und letztlich damit das Europäische Parlament zu schwächen. Es geht in erster Linie nicht um die Stärkung und Ausweitung der Rechte des Parlaments. Für die Mitbestimmung der Länder ist es von Vorteil, wenn die Macht bei dem Rat der Staats- und Regierungschefs sowie der Kommission liegt. Es ist daher nachvollziehbar, dass die Wahlbürger Europas keine wesentlichen Veränderungen nach der Europawahl feststellen können. Deshalb sehen sie möglicherweise keine Notwendigkeit, ihre Stimme bei der Europawahl abzugeben.

Auch die drei Abgeordneten Friedrich Merz, Gerd Müller und Leyla Onur verlassen das Europäische Parlament und kandidieren für den Bundestag. Die Gründe seien mehr oder weniger die gleichen, auch wenn sie beim ein oder anderen unterschiedlich gewichtet seien. Nach außen habe das Parlament „wenig zu sagen“ und so habe das Engagement zu Hause nicht die richtige Würdigung gefunden. Auch die Karriere ist ein viel zitierter Grund.

„Aber es gibt auch Klagen, die mit dem Europäischen Parlament selbst zu tun haben und mit der Entfernung von der heimatlichen Basis in der Partei, auch von der Familie. Das Parlament produziere zuviel Papier, verzettelte sich und verwende zuviel Zeit auf Nebensächliches und Randthemen, aber nicht auf die ‚Kernpunkte, bei denen wir als Mitgesetzgeber gefordert sind‘, sagt Müller. Er, Frau Onur und der Sauerländer Merz haben Zweifel, ob die Präsenz in Brüssel und Straßburg mit einer Verankerung im Wahlkreis und einer effektiven Parteiarbeit zu verbinden sei. [...] Das Parlament finde nicht die Aufmerksamkeit, die es verdiene - das trifft diejenigen, deren Beruf es ist, Abgeordneter ebendieses Parlaments zu sein -, sagt Müller enttäuscht und nennt gleich eine betrübliche Konsequenz: ‚Das macht sich bei der Kandidatenauswahl bemerkbar.‘ Herausragende Persönlichkeiten suche man im Europäischen Parlament vergebens. Offenbar sehen die Deutschen ‚Europa‘ noch immer als Versorgungsplatz für verdiente Bundes- und Landespolitiker im zweiten und dritten Glied, suchen die

---

<sup>225</sup> FAZ, 06.05.1994, Nr. 105, S. 4

Parteien nach Kandidaten für Straßburg in einer Art ‚Aktion Abendsonne‘ (Merz). Und die jungen, ehrgeizigen Abgeordneten wollen sich dann nicht entziehen, wenn Aussicht besteht, auf der politischen Karriereleiter die nächste - nationale - Sprosse zu erklimmen.“<sup>226</sup>

- Die mangelnde Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bezüglich der Leistungen des Straßburger Parlaments ist nach Müller ein ausschlaggebender Punkt dafür, dass viele kompetente Politiker nicht für das Europäische Parlament kandidieren. Karriereorientierte Politiker, die in ihrem Beruf noch Zeichen setzten und erfolgreich das politische Geschehen beeinflussen wollen, ziehe es also in die Bundespolitik. Europapolitik sei eher der Platz für Bundespolitiker, die ihre Sturm- und-Drang-Zeit schon hinter sich haben. Für die Meinungsbildung der Rezipienten bedeutet dies, dass sich bei Ihnen der Eindruck verfestigt, dass selbst die Abgeordneten ihr eigenes Parlament nicht hinreichend ernst nehmen. Es ist leicht nachzuvollziehen, dass sich dies besonders negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken dürfte.

Nicht gerade zu einer Verbesserung dieses Bildes der Europapolitiker trägt der Bericht über den Haftbefehl des SPD-Europaabgeordneten Dieter Schinzel bei. Gegen ihn wurde ein Haftbefehl wegen Handels mit mehreren Millionen gefälschten Schweizer Franken erlassen.<sup>227</sup>

Einer der wenigen Politiker, die laut der *FAZ* aktiv für Europa werben, ist Helmut Kohl. Er spricht sich auf einer Kundgebung zur Europawahl in Frankfurt klar für eine Stärkung der Europäischen Union aus.

„Die Bundesrepublik, das größte und wirtschaftlich stärkste Land und der Staat mit den meisten Grenzen in der Europäischen Union, sei besonders auf den gemeinsamen Markt angewiesen.“<sup>228</sup>

Der SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping drückt sich nach der *Frankfurter Allgemeinen* diesbezüglich weitaus weniger beherzt aus. Von Europa ist hier kurz vor der Wahl nur wenig die Rede. Bei einer Kundgebung in Dortmund sei er schnell bei innenpolitischen Themen angekommen. Scharping gehe es um den Wechsel in Bonn, nicht um Europa, so die *FAZ*.

---

<sup>226</sup> FAZ, 19.05.1994, Nr. 115, S. 6

<sup>227</sup> FAZ, 31.05.1994, Nr.124, S. 2

<sup>228</sup> FAZ, 27.05.1994, Nr. 121/21, S. 1

„Von Europa ist bei ihm nur am Rande die Rede: Das Versagen der Regierung Kohl habe Deutschlands Rolle in Europa geschadet. So ist er schnell in der Innenpolitik, denn Scharping geht es vor allem um den Wechsel in Bonn. Ihn gelte es am 12. Juni bei der Europawahl vorzubereiten, ruft der Kanzlerkandidat seine Zuhörer auf.“<sup>229</sup>

Aber auch von der CDU sei in der Endphase des Europawahlkampfes wenig von Europa zu hören. Sogar in Bonn seien lokale Wahlkampfplakate öfter zu finden als Plakate für Europa. Dabei wolle sich die Stadt nach dem Regierungswechsel von Bonn nach Berlin für den Sitz europäischer Institutionen stark machen.<sup>230</sup>

Für die Kandidaten selbst gelte:

„Da das deutsche Europawahlrecht keine Direktmandate und kein Kumulieren kennt, ist der Wahlkampf für manche Kandidaten mit ihrer Aufstellung auf einem Listenplatz schon fast beendet. [...] Europas entscheidende Fragen wie Deutschlands Stellung zur Osterweiterung, zu einer EU à la carte oder zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik bleiben kleinen Versammlungen vorbehalten. In den Reden der Prominenten werden diese Themen nur gestreift; europapolitische Unterschiede oder Konflikte zwischen den etablierten Parteien sind kaum auszumachen, auch wenn sie gerade bei der Osterweiterung spürbar sind.“<sup>231</sup>

Die Parteien setzen laut dieses Berichtes auf die Spitzenpolitiker, wie die CDU auf Helmut Kohl, den „Macher“ der Wiedervereinigung, die ohne das europäische Ausland nicht möglich gewesen wäre, so die *Frankfurter Allgemeine*. Für die Zeitung ist die „wirkliche Europapartei“ aber die FDP.

„So deutlich wie sie stellt keine andere große Partei das deutsche Interesse an der EU in den Vordergrund.“<sup>232</sup>

Auch Bündnis 90/Die Grünen unterstützen Europa eindeutig – „um so wieder drittstärkste Partei zu werden“<sup>233</sup>.

---

<sup>229</sup> FAZ, 08.06.1994, Nr. 130, S. 7

<sup>230</sup> FAZ, 08.06.1994, Nr. 130, S. 7

<sup>231</sup> FAZ, 08.06.1994, Nr. 130, S. 7

<sup>232</sup> FAZ, 08.06.1994, Nr. 130, S. 7

<sup>233</sup> FAZ, 08.06.1994, Nr. 130, S. 7

Laut der *FAZ* habe die diesjährige Europawahl, anders als in den Jahren zuvor, Signalcharakter. Dies läge an der zeitlichen Nähe zu der Bundestagswahl. Daher wurde der spärliche Wahlkampf auch als Vorlauf des Bundestagswahlkampfes konzipiert.

„Eine wirkliche Auseinandersetzung mit europäischen Themen gab es kaum; die durchaus umstrittene Weiterentwicklung der Europäischen Union wurde nicht zum Gegenstand des deutschen Europawahlkampfes gemacht. Statt dessen waren nationale Themen vorherrschend, die freilich oft genug kaum von europäischen Entscheidungen zu trennen sind.“<sup>234</sup>

Die Zeitung berichtet darüber hinaus über all die kleinen Parteien, die sich zur Europawahl stellen und eher Weltanschauungen vertreten anstatt politische Programme, weniger noch europapolitische Programme. Die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) vertrete zum einen das Zusammenwachsen der Völker Europas, andererseits stehe sie nach Berichten der *Frankfurter Allgemeinen* für „einen Bund souveräner europäischer Staaten“<sup>235</sup>. Auch das Anliegen der Naturschutzpartei habe wenig mit dem politischem Geschehen in Europa zu tun. Sie setze sich für einen Sechs-Stunden-Tag ein und wolle die Menschen vor Stress bewahren und zwar mit transzendentaler Meditation.<sup>236</sup>

- Die Konsequenz hieraus ist nahezu vorprogrammiert. Eine Wahl, bei der sich Parteien mit Programmen zur Wahl stellen, die kaum ernstzunehmende politische Programme sind, erleidet einen Rückschlag hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit und der Beurteilung ihrer Wichtigkeit in der Bevölkerung.

Bedingt durch die zur gleichen Zeit stattfindenden Kommunalwahlen in sieben Bundesländern stehen regionale und örtliche Themen im Vordergrund. Gleichzeitig sei das Zusammenlegen von Wahlen ein geschickter Schachzug, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.<sup>237</sup> Für Politiker und Wahlvolk war die Europawahl eine Signalwahl „für die eigentlich wichtige Wahl, nämlich die zum Bundestag am 16. Oktober.“<sup>238</sup> Jedoch zu unrecht, so die Zeitung:

---

<sup>234</sup> *FAZ*, 09.06.1994, Nr. 131, S. 12

<sup>235</sup> *FAZ*, 10.06.1994, Nr. 132, S. 73

<sup>236</sup> *FAZ*, 10.06.1994, Nr. 132, S. 73

<sup>237</sup> *FAZ*, 09.06.1994, Nr. 131, S. 12

<sup>238</sup> *FAZ*, 13.06.1994, Nr. 134/24, S. 1 („Wahltag“)

„Dabei taten die Wähler der Europawahl ein wenig unrecht. Denn es war die erste Wahl nach der Fortentwicklung zur Europäischen Union, zu einem Parlament in Straßburg, das ein ‚die Regierung‘ kontrollierendes Gesamtparlament nicht sein kann, weil auf absehbare Zeit, und auch nach dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Europa kein Bundesstaat ist, keiner zu sein hat. Doch hat das Europaparlament mehr Befugnisse als ehemals.“<sup>239</sup>

Weiter bescheinigt die *Frankfurter Allgemeine* der Europawahl, dass sie „die“ Wahl an besagtem Sonntag war. Auch wenn Ministerrat und Kommission nach wie vor beherrschende Organe im institutionellen Gefüge seien, gewinne das Parlament allmählich „Macht über sie“<sup>240</sup>. Da Europa aber kein Bundesstaat sei, könne das Parlament Macht nur bis zu einem gewissen Grade ausüben, was in absehbarer Zeit auch so bleiben werde.

### Zusammenfassung

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt über Politiker, die Europa zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen benutzen. Dadurch wird die Kompetenz des Parlamentes in Frage gestellt. Die Zeitung berichtet aber auch über Politiker, die sich für Europa einsetzen, jedoch in weitaus geringerem Maße. Als Bundespolitiker, der sich auch für europäische Angelegenheiten einsetzt, wird explizit nur Bundeskanzler Helmut Kohl genannt. Andere Politiker wie Rudolf Scharping oder Klaus Kinkel nutzen nach der Berichterstattung Europawahlkampfveranstaltungen für bundespolitische Zwecke.

Die Kandidaten, die von der Zeitung vorgestellt werden, erscheinen durchaus kompetent. Dennoch werden sie zum Teil in anderer Hinsicht, beispielsweise beim Wahlkampf als eher hilflos gegenüber der Unkenntnis der Bürger dargestellt. Berichtet wird auch über „Wahlkampfversuche“ von Kandidaten, die jedoch im Desinteresse der Bevölkerung förmlich ertrinken. Für die Akzeptanz einer Wahl ist dieses Desinteresse der Bevölkerung kontraproduktiv. Dieser Eindruck wird noch durch den Bericht über einen Abgeordneten verstärkt, der sich strafrechtlichen Ermittlungen ausgesetzt sieht und somit einen glaubwürdigen Wahlkampf kaum führen kann.

---

<sup>239</sup> FAZ, 13.06.1994, Nr. 134/24, S. 1 („Wahltag“)

<sup>240</sup> FAZ, 13.06.1994, Nr. 134/24, S. 1 („Europäische Innenansicht“)

Die Information der Leser über Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl kann dagegen mehr Aufmerksamkeit gewinnen und die Rezipienten näher an das Thema heranzuführen. Beispielhaft soll nach Vorstellung der CDU eine europäische Polizei aufgebaut werden, um den Bürgern Europas mehr Sicherheit zu gewährleisten. Die Umweltpolitik soll vorangetrieben und gemeinsame europäische Standards sollen eingeführt werden.

Eine positive Berichterstattung erfolgt über die Verhandlungen der Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen, mit den europäischen Institutionen. Gleichzeitig werden von der Zeitung auch Akzeptanzprobleme des Europäischen Parlaments offen gelegt.

Für die *Frankfurter Allgemeine* liegen Akzeptanzprobleme unter anderem auch darin begründet, dass das deutsche Europawahlrecht keine Direktmandate kennt und die Bürger ihre Stimmen nicht kumulieren können. Für den Großteil der Kandidaten ist der Wahlkampf schon deshalb nicht im Focus ihrer Bemühungen, weil die Mandate nach Listenplätzen vergeben werden. Keiner der Kandidaten muss daher um ein Direktmandat kämpfen. Des weiteren werden essentielle Fragen europäischer Politik eher in kleinen Versammlungen diskutiert und in den Reden der Politiker in den meisten Fällen nur gestreift. Dies verstärkt den Eindruck, dass die Bevölkerung von den verantwortlichen Politikern nicht informiert wird. Ohne eine solche Information fehlt bei den Wählern in der Konsequenz das Interesse, mit ihrer Wahlentscheidung europäische Politik mit zu beeinflussen und folglich von ihrem Wahlrecht bei der Europawahl Gebrauch zu machen.

Die *Frankfurter Allgemeine* hat Akzeptanzprobleme des Europäischen Parlaments relativ ausführlich aufgegriffen. Mehrere Faktoren sind dafür verantwortlich. Das Verhalten von Politikern und Parteien trägt in nicht unerheblichem Maße zu dem mangelnden Informationsgrad der Bevölkerung über das Europaparlament und somit auch zu der geringen Akzeptanz der Wahl bei. Durch die eher einseitige Berichterstattung hilft die Zeitung allerdings nicht, den Lesern ein objektives und somit urteilsfähiges Bild zu schaffen.

### 2.1.3 Wählerverhalten

Sechs der 16 Artikel im Themenbereich Wählerverhalten handeln von den europäischen Ausländern in Deutschland. Es wird beschrieben, welche Hürden ausländische Mitbürger bewältigen müssen, um ins Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden. Ein weiteres Thema

ist der Wahlkampf der Parteien. Es wird auch über das spezielle Wahlverhalten der Bürger in den neuen Bundesländern berichtet oder über die kleinen Parteien, die sich bei der Europawahl zur Wahl stellen.

Anfang März erscheint der erste Artikel in diesem Bereich. Thema ist das Wahlverhalten junger Deutscher, denn die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe (bis 30 Jahre) liege weit unter der Wahlbeteiligung der anderen. Über 60 Prozent der 18- bis 30- Jährigen interessieren sich nicht sehr für Politik. Daher seien die Vorsitzenden der Jugendorganisationen der Parteien der Ansicht, Wahlkampf müsse „endlich peppiger und knalliger“<sup>241</sup> werden und müsse sich dem „neuen Lifestyle der Jugendlichen“<sup>242</sup> anpassen. Aus diesem Grund wollen diese die jungen Bürger mit anderen und ausgefallenen Wahlkampfaktionen motivieren.<sup>243</sup> Fraglich bleibt, ob diese Innovationen wirklich bei den Wählern als positiv gewertet werden. Maßgebliche Themen der Jusos sind dabei die Frage gefährdeter Studienplätze oder die Schließung bedrohter Jugendzentren.

- Allerdings gehören solche Fragen der Zuständigkeit nach eher auf die kommunale oder Länderebene und müssen Bürger nicht unbedingt dazu anhalten, bei der Europawahl ihre Stimme abzugeben.

Sechs Artikel in diesem Themenbereich handeln von der erstmaligen Wahlberechtigung europäischer Ausländer bei Europawahlen. Vor allem werden aus Sicht der *Frankfurter Allgemeinen* Schwierigkeiten aufgezeigt, die bis zur Stimmabgabe von den Wählern überwunden werden müssen. Um bei der Europawahl in Deutschland wählen zu können, müssten sich europäischen Ausländer in ein deutsches Wählerverzeichnis eintragen lassen. Informationen hierzu bekämen sie aber nur in deutscher Sprache zugeschickt. Die übersetzten Formulare hätten aus rechtlichen Gründen nicht per Post verschickt werden können, so die *Frankfurter Allgemeine*. Stattdessen sei ein Merkzettel in der jeweiligen Muttersprache verschickt sowie ein Informationsabend veranstaltet worden.<sup>244</sup>

Drei Tage vor Ablauf der Meldefrist haben sich nach Angaben der *Frankfurter Allgemeinen* nur drei bis vier Prozent der wahlberechtigten EU-Ausländer in Deutschland in die jeweiligen

---

<sup>241</sup> FAZ, 09.03.1994, Nr. 57, S. 5

<sup>242</sup> FAZ, 09.03.1994, Nr. 57, S. 5

<sup>243</sup> FAZ, 09.03.1994, Nr. 57, S. 5

<sup>244</sup> FAZ, 26.03.1994, Nr. 72, S. 46



Wählerverzeichnisse eintragen lassen. Nach Angaben von Bundeswahlleiter Merk wollten viele EU- Bürger in ihrem Heimatland zur Wahl gehen.<sup>245</sup> Dort könnten sie über die heimischen Kandidaten abstimmen, während sie in Deutschland auch die deutschen Kandidaten wählen müssten. Einen Tag nach Ablauf der Frist bescheinigt die *FAZ* den EU-Ausländern im Rhein-Main-Gebiet ein „geringes Interesse“.<sup>246</sup> Nur 6,5 Prozent der stimmberechtigten europäischen Ausländer habe sich in die Wählerverzeichnisse eintragen lassen.<sup>247</sup>

Ein weiteres Thema ist der Wahlkampf der Parteien. Bei der CSU sei er geprägt durch Angriffe gegen die SPD und die Republikaner. Das Motto der PDS laute „Veränderung beginnt mit Opposition“.<sup>248</sup> Für Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) stehe fest:

„Nur eine Union aller europäischen Länder könne Frieden und Freiheit sichern. Allerdings wolle die CDU keinen zentralistisch organisierten Staat. ‚Wir wollen Deutsche bleiben und Heimat in Europa haben‘.“<sup>249</sup>

Auch mit der Situation der Ostdeutschen bezüglich der Europawahl befasst sich die *FAZ* mit einem Artikel. Denn sie seien das erste Mal aufgefordert, das Europäische Parlament zu wählen. Nach Recherchen der *Frankfurter Allgemeinen* ist das Interesse unter der Bevölkerung aber eher gering. 38 Prozent der 1100 Befragten erwägen zumindest eine Teilnahme. Skeptisch seien die Ostdeutschen bei Themen wie zum Beispiel bei der Einführung einer gemeinsamen Währung oder bei der europäischen Agrarpolitik. Dagegen würden drei Viertel der Befragten eine gemeinsame Außenpolitik oder gemeinsame Richtlinien beim Verbraucherschutz befürworten.<sup>250</sup>

Kurz vor der Wahl erscheinen Berichte zur potentiellen Wahlbeteiligung der Bürger. Nach dem voraussichtlichen Wahlergebnis liege die CDU/CSU mit 36,5 Prozent vor der SPD mit 35,5 Prozent. Bündnis 90/Grüne erreiche 10,5 Prozent und die FDP erhalte 6 Prozent der

---

<sup>245</sup> *FAZ*, 06.05.1994, Nr. 105, S. 4

<sup>246</sup> *FAZ*, 10.05.1994, Nr. 108, S. 41

*FAZ*, 13.05.1994, Nr. 110, S. 68

<sup>247</sup> *FAZ*, 16.05.1994, Nr.112, S. 43

Siehe dazu auch: *FAZ*, 27.05.1994, Nr. 121, S. 8

<sup>248</sup> *FAZ*, 02.05.1994, Nr. 101, S. 4

<sup>249</sup> *FAZ*, 27.05.1994, Nr. 121, S. 62

<sup>250</sup> *FAZ*, 27.05.1994, Nr.121, S. 8

Stimmen.<sup>251</sup> Weiter wird über die Anzahl der zur Wahl stehenden Parteien sowie über weitere Besonderheiten der Europawahl, wie die Anzahl der stimmberechtigten Bürger (allerdings regional im Raum Frankfurt), informiert.<sup>252</sup>

Einen Tag vor der Wahl rechnet die *Frankfurter Allgemeine* „mit einer etwas höheren Wahlbeteiligung als 1989, damals lag sie für die Gemeinschaft bei 58,5 Prozent (in der Bundesrepublik bei 62,3 Prozent)“<sup>253</sup>. Weiter schreibt die Zeitung, dass die Europawahl in Deutschland ein „ernstzunehmendes Abbild der Stimmung in der Bevölkerung rund vier Monate vor der Bundestagswahl“<sup>254</sup> biete.

### Zusammenfassung

Im Bereich Wählerverhalten setzt die *FAZ* ihren Schwerpunkt in der Berichterstattung auf das erstmalige Wahlrecht von in Deutschland lebenden europäischen Ausländern. Zu der geringen Wahlbeteiligung der europäischen Ausländer zeigt sie verschiedene Erklärungsmuster auf. Zum einen wird hierfür die deutsche Bürokratie verantwortlich gemacht, zum anderen spielt auch die Heimatverbundenheit für die Entscheidung, ob und in welchem Land die europäischen Ausländer wählen wollen, eine wesentliche Rolle. Viele der EU-Ausländer gehen lieber in ihrer Heimat zur Wahl, um dort die heimischen Kandidaten zu unterstützen. Würden sie in Deutschland ihre Stimme abgeben, könnten sie auch nur deutsche Kandidaten wählen.

Die Zeitung berichtet zudem über das Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Jungwähler und der ostdeutschen Wähler. Ferner beschäftigt sich die *FAZ* mit den Erwartungen hinsichtlich der Wahlbeteiligung und dem erwarteten Wahlausgang.

Thematisiert wird zudem der Wahlkampf der Parteien. Wahlkämpfer wie Helmut Kohl sprechen sich eindeutig für Europa aus. Für die SPD scheint der Europawahlkampf hauptsächlich eine Verlängerung des Bundestagswahlkampfes zu sein. Auch die Zeitung schreibt über die Europawahl als „ernstzunehmendes Abbild“ der Stimmung der Bevölkerung für die Bundestagswahl.

---

<sup>251</sup> FAZ, 08.06.1994, Nr. 130, S. 5

<sup>252</sup> FAZ, 09.06.1994, Nr. 131, S. 42

<sup>253</sup> FAZ, 11.06.1994, Nr. 133/23, S.1

<sup>254</sup> FAZ, 11.06.1994, Nr. 133/23, S.1

## 2.2 Süddeutsche Zeitung

### 1. Januar bis 30. Juni 1994

In der *Süddeutschen Zeitung* erscheinen in diesen sechs Monaten 79 Artikel. In den lokalen Teilen „Bayern“ und „München“ setzt die Zeitung mit insgesamt 42 Artikeln ihren Schwerpunkt. Im Ressort „Nachrichten“ erscheinen 25 Artikel.

Ressort	Anzahl der Artikel
Nachrichten	25
Wirtschaft	1
Themen	2
Seite Drei	3
Meinungsseite	5
Briefe an die SZ	1
Bayern	31
München	11
<b>insgesamt</b>	<b>79</b>

Die Artikel teilen sich in die drei Themenschwerpunkte wie folgt auf: Über das Wählerverhalten wird mit 39 Artikeln am häufigsten berichtet. 26 Berichte wurden in das Themengebiet Akzeptanz eingegliedert. Die Berichterstattung zum Thema Legitimation fällt mit 14 Artikeln am geringsten aus. Auffällig ist auch hier, dass über die Hälfte der Artikel in allen drei Themenbereichen im Wahlmonat Juni erscheinen.

#### **Legitimation (14 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
-	-	1	4	1	8

#### **Akzeptanz (26 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1	-	-	2	7	16

#### **Wählerverhalten (39 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
-	2	1	2	6	28

### 2.2.1 Legitimation

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet zu diesem Themengebiet hauptsächlich über Parteikonzeptionen, politische Entwürfe der verschiedenen Parteien und deren Wahlprogramme.<sup>255</sup> Thema sind auch die erstmals wahlberechtigten EU-Ausländer.<sup>256</sup> Es wird daneben über Wahlformalien berichtet.<sup>257</sup>

Am 14. März schreibt die Zeitung, wie auch die *Frankfurter Allgemeine*, über das Europawahlprogramm der PDS und deren Spitzenkandidaten Hans Modrow, dem früheren DDR-Regierungschef. Die *Süddeutsche Zeitung* formuliert die Ziele der Partei wie folgt:

„In ihrem Europaprogramm lehnt die PDS die Verträge von Maastricht zwar ab, spricht sich aber für die Einigung Europas und die Schaffung eines 'europäischen Deutschlands' aus. Im künftigen europäischen Parlament will sich die PDS für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die Gleichstellung von Mann und Frau, mehr Demokratie und einen ökologischen Umbau einsetzen.

Für die gleichen Ziele will sich die PDS auch bei einem Wiedereinzug in den Bundestag engagieren.“<sup>258</sup>

- Die Arbeitsmarktpolitik, die Umweltpolitik, die Schaffung von mehr Demokratie sowie die Gleichstellung von Mann und Frau sind Wahlkampfthemen, die Parteien nicht unbedingt gegenüber ihren Mitstreitern thematisch abgrenzen. Zudem ist die Arbeitsmarktpolitik ein eher innenpolitisches Thema. Der „Europapartei“ PDS steht auch entgegen, dass sie den Vertrag von Maastricht ablehnt, der jedoch ein Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union bedeutet. Nach der *FAZ* will sie gleichzeitig die selben Ziele bei der bevorstehenden Bundestagswahl vertreten. Auch das scheint unglaublich, da in einem Bundesstaat und in der Europäischen Union politische Themen ein unterschiedliches Gewicht haben. Während man die Hauptkompetenz in der Arbeitsmarktpolitik besser dem Bundesstaat überlässt, sind Projekte in der Umweltpolitik dann erfolgreicher, wenn sie zumindest europaweit durchgeführt werden. Trotz dieser Indifferenzen in der

---

<sup>255</sup> Zu dieser Gruppe erscheinen sechs Artikel (Nr. 60/S.6, Nr. 83/S.2, Nr. 96/S. 51, Nr.130/S. 47, Nr. 134/S. 40, Nr.137/S.44)

<sup>256</sup> Zum Themengebiet EU-Ausländer erscheinen drei Artikel (Nr. 95/S.36, Nr.104/S. 39, Nr. 130/S. 47)

<sup>257</sup> Es erscheinen drei Artikel (Nr. 87/S.2, Nr. 128/S. 2, Nr. 140/S. 2)

<sup>258</sup> SZ, 14.03.1994, Nr. 60/S.6

Parteiprogrammatik hat die PDS bei der Europawahl 1994 mit 4,8 Prozent der Stimmen ein relativ gutes Ergebnis erzielt.<sup>259</sup>

Dagegen setzt die CDU auf Bürgergespräche, so berichtet die Zeitung am 12. April. Die CDU schicke sieben Arbeiterteams durch die Bundesrepublik, um Gesprächskontakte zu knüpfen. Sie sollen dabei „Bürger auf der Straße in Gespräche verwickeln und die Menschen nach ihren Problemen befragen.“<sup>260</sup>

Die Schwerpunkte und Ziele der „bayrischen Grünen“ seien zum einen ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen, zum anderen liegen die Themenschwerpunkte im Wahlkampf bei der Ökologie und der Demokratie. Für die Grünen ist das eine glaubwürdige Themenauswahl, denn

„Als 'Partei der gespaltenen Zunge' bezeichnete Häfner [Landesvorsitzender] die CSU: 'Waigel und Bocklet unterzeichnen in Brüssel Verträge, gegen die Ministerpräsident Stoiber in Bayern polemisiert.' Die Grünen haben deshalb Hoffnung, daß die CSU an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert.

Nach Häfners Worten nutzt Stoiber die Kritik an der Europäischen Union (EU), 'um einer Renaissance des starken Nationalstaates das Wort zu reden'. Die Grünen setzten dagegen auf eine Erweiterung des europäischen Gedankens, über die Grenzen der EU hinaus. Eine Absage erteilte Häfner einem 'miefigen und klerikalen Europa' mit Vorbehalten gegen bestimmte Religionsgruppen. [...] Der Spitzenkandidat der bayerischen Grünen für die Europawahl, Wolfgang Kreissl-Dörfler, nannte als Schwerpunkte seines Programms: Landwirtschaft, Soziales und 'Dritte Welt'. Dabei baue er auf seine Erfahrungen als Landwirt, Sozialpädagoge und Entwicklungshelfer. Kreissl-Dörfler kritisierte die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union: 'Mit den Subventionen für die Überschußwirtschaft muß Schluß sein.' Stattdessen sollten der ökologische Landbau und eine artgerechte Tierhaltung gefördert werden. Die Zukunft liege in der Produktion vor Ort und einem Ausbau der Direktvermarktung.

Weitere Forderungen der Grünen sind eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel und die Einführung von Staffelpreisen für Bauern, die unter ungünstigen Bedingungen arbeiten. In der Sozialpolitik setzt sich Kreissl-Dörfler für die Einführung von Mindeststandards und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte ein.“<sup>261</sup>

- Hier wird erstmals nicht nur in Stichpunkten beschrieben, was die Partei für Europa erreichen will. Die Ziele der Grünen werden gegenüber anderen Parteien

---

<sup>259</sup> Mögliche Gründe: bessere Wählermotivation der kleinen Parteien mit extremen Schwerpunktsetzungen, Denkmittelwahl

<sup>260</sup> SZ, 12.04.1994, Nr. 83/S.2

<sup>261</sup> SZ, 27.04.1994, Nr. 96/S. 51

deutlicher herausgestellt. Einen Schwerpunkt setzt die Partei demnach auf die Agrarpolitik und die Sozialpolitik sowie die Dritte Welt.

Ein informativer Artikel für Bürger, die sich einen kurzen Überblick über die Wahlprogramme der Parteien verschaffen wollen, erscheint am 9. Juni, vier Tage vor der Europawahl. Die CSU besetzt dabei die „klassischen“ Europa-Themen, so zum Beispiel eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik innerhalb der EU-Länder. Sie sei außerdem der Überzeugung, dass dem „weltweiten Treiben organisierter Verbrecherbanden [...] nur durch länderübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitskräften ein Ende gemacht werden“<sup>262</sup> könne. Weiter setze sich die Partei für eine Währungsunion ein und wolle den Asylmissbrauch stoppen.

Die SPD-Chefin Renate Schmidt sei für eine Volksabstimmung über „die politische Union“ und eine „Erweiterung mit Außenmaß“<sup>263</sup>. Die SPD setze sich auch für einen „Ausbau der Bahnlinien über die Alpen, [und eine] stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene“ ein. Beim Thema Verbraucherschutz stelle die Partei vor allem die regionale Herkunftsbezeichnung in den Vordergrund.

Auch die Grünen seien für „mehr Demokratie“ und forderten mehr Volksentscheide. Des Weiteren setze sich die Partei für humane Flüchtlingspolitik und einen Vorrang der Umweltpolitik ein.

Offene Märkte und freier Handel seien für den FDP-Chef Max Stadler und seine Partei wichtig, genau so wie die Bildungspolitik und eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Die FDP wolle darüber hinaus die Bundesländer stärken.<sup>264</sup>

Nach der Europawahl wird das schlechte Ergebnis der SPD in zwei Artikeln behandelt. Die Grünen wie auch die Jusos werfen der SPD vor, keine klare Linie in der Europapolitik gehabt zu haben:

„In einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs honorieren die Wähler eine deutliche Linie eher als die SPD-Zahlenrechnerei der vergangenen Monate.“<sup>265</sup>

---

<sup>262</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 47

<sup>263</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 47

<sup>264</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 47

<sup>265</sup> Die Grünen zum Europawahlkampf der SPD. SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 40

„Als schweren Fehler sehen es die Jusos, daß die SPD im Europawahlkampf bewußt darauf verzichtet habe, den Reformbedarf und die Demokratiedefizite der Maastrichter Verträge zu thematisieren. Statt dessen habe die Partei viele Wähler mit deplacierten 'Law-and-order-Parolen' abgeschreckt. Bei diesem 'Null- Wahlkampf', so die Jusos, brauche sich die SPD über schlechte Wahlbeteiligung nicht zu wundern.“<sup>266</sup>

Die *Süddeutsche Zeitung* informiert auch über Wahlformalien. Am 16. April wird berichtet, dass 23 Parteien mit bundesweiten Kandidatenlisten zur Europawahl zugelassen sind.<sup>267</sup>

„Premiere droht Flop zu werden“<sup>268</sup>, so lautet die Überschrift zum Thema der erstmaligen Wahlbeteiligung der in Deutschland lebenden europäischen Ausländer. Es wird über die Stadt Regensburg berichtet, bei der Ende April noch kein ausländischer EU-Bürger im Wahlregister eingetragen sei. Nach Meinung des Regensburger SPD-Europaabgeordneten Gerhard Schmid habe die Bundesregierung „erhebliche Bürokratische Hindernisse vor die Wahlbeteiligung der EU-Bürger gesetzt.“<sup>269</sup> Die EU-Bürger müssten erst einmal von ihrem Wahlrecht erfahren. Sie müssten dann ein sechsseitiges Formular im städtischen Wahlamt abholen, ausfüllen und wieder dort abgeben, bevor sie überhaupt im Wählerverzeichnis registriert werden würden. Bisher ließ sich jedoch noch kein Einziger im Regensburger Wahlamt eintragen und erst zehn holten das oben beschriebene Formular ab.<sup>270</sup> Es sei also als EU-Bürger mit einem hohen Aufwand verbunden, in der Bundesrepublik das Europäische Parlament zu wählen. Der SPD-Europaabgeordnete befürchtete schon zu Anfang,

„daß die bürokratischen Hürden, die von der Bundesregierung aufgestellt wurden“, viele EU-Bürger „davon abhalten werden, an der Europawahl teilzunehmen“.<sup>271</sup>

Deshalb sollten zusammen mit den lokalen Ausländervereinen Zeitungsanzeigen in den wichtigsten Sprachen innerhalb der Union geschaltet werden. Der Anzeigentext solle lauten: „Nehmen Sie ihr Wahlrecht wahr!“ Schmid sei sich sicher, dass diese Aktion die Aufmerksamkeit der Bürger erzeuge.

---

<sup>266</sup> SZ, 17.06.1994, Nr. 137/S. 44

<sup>267</sup> SZ, 16.04.1994, Nr. 87/S. 2

<sup>268</sup> SZ, 26.04.1994, Nr. 95/S. 36

<sup>269</sup> SZ, 26.04.1994, Nr. 95/S. 36

<sup>270</sup> SZ, 26.04.1994, Nr. 95/S. 36

<sup>271</sup> SZ, 26.04.1994, Nr. 95/S. 36

Anfang Mai erscheint nochmals ein Artikel, der dieses Verfahren als „Hemmnis“ ansieht.

„Die mangelnde Flexibilität des Kreisverwaltungsreferats im Umgang mit der Europawahl am 12. Juni kritisierten Vertreter der Europa-Union München und ihres Jugendverbandes, der Jungen Europäer. Bei ihrer Pressekonferenz, mit der sie auf den Europa-Tag am morgigen Samstag aufmerksam machten, bezeichneten sie das für nichtdeutsche Bürger der Europäischen Union notwendige Registrierverfahren vor der Teilnahme an der Wahl als zu umständlich.“<sup>272</sup>

Kurz vor der Wahl wird in der *Süddeutschen Zeitung* von den „Wanderer[n] zwischen den Welten“<sup>273</sup> berichtet. Es werden verschiedene ausländische Kandidaten, die bei der Europawahl in Deutschland kandidieren, vorgestellt. Der Bericht gibt dem Leser die Möglichkeit, „hinter die Kulissen“ zu schauen und die Kandidaten näher kennen zu lernen. Berichtet wird von einer niederländischen Balletttänzerin, die für das Bündnis 90/die Grünen kandidiere, oder über einen 28jährigen Deutsch-Griechen (FDP). Dieser beklage die „zögerliche Aufklärung über das Ausländerwahlrecht.“<sup>274</sup>

„Ausländische Kandidaten versuchen den Spagat, positive Erfahrungen aus ihrem Heimatland in die deutsche Politik hinüberzuretten“<sup>275</sup>,

so berichtet die *Süddeutsche*. Der Artikel bietet Einblicke in die Arbeit der Kandidaten und erklärt vor allem, warum sie engagiert und ambitioniert Politik in Deutschland und Europa mitgestalten wollen.

„Es ist nicht sicher, daß Georgios Chatzimarkakis, Antonio Costanzo, Saskia Soeria Santoso, Evelyne Gebhardt und andere ausländische Kandidaten die Politik besser machen, als sie ist. Ihre Gesichter und Lebensläufe bürgen aber immerhin für neue Ideen in den Parlamenten. Es spricht sich allmählich herum: Ein Land, in dem politisches Engagement aus der Mode gekommen ist, kann es sich nicht leisten, auf die Kreativität politikbegeisterter Ausländer zu verzichten.“<sup>276</sup>

---

<sup>272</sup> SZ, 06.05.1994, Nr. 104/S. 39

<sup>273</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 10

<sup>274</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 10

<sup>275</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 10

<sup>276</sup> SZ, 09.06.1994, Nr. 130/S. 10



## Zusammenfassung

Schwerpunkte im Themenbereich Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl sind für die *Süddeutsche Zeitung* politische Leitlinien von Parteien und deren Wahlkampfkonzeption. Die Zeitung berichtet über Wahlprogramme und Wahlkampfthemen, hauptsächlich der großen Parteien. Der Leser kann sich dadurch ein differenziertes Parteienbild in Bezug auf die Europawahl schaffen. Die CDU setzt danach auf Bürgergespräche, um individuelle Fragen der Bevölkerung zu beantworten. Die SPD legt Wert auf den regionalen Bezug bei Wahlkampfthemen, so die Zeitung. Die FDP setzt sich für offene Handelsbeziehungen über die Ländergrenzen hinweg ein und die Grünen stehen für Ökologie und Demokratie, so die *Süddeutsche* weiter.

Die Zeitung berichtet auch über Wahlformalien, so informiert sie beispielsweise darüber, wie viele Parteien bundesweit für die Europawahl zugelassen sind, wer die Spitzenkandidaten der einzelnen Parteien sind oder welche Parteien mit Bundes- oder Landeslisten zur Wahl antreten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Zeitung sind die in Deutschland lebenden EU-Ausländer, die erstmals in Deutschland an der Europawahl teilnehmen dürfen. Die Zeitung berichtet ausführlich über das neu eingeführte Wahlrecht. Sie informiert über die vor allem für Ausländer schwierige deutsche Bürokratie. Darüber hinaus berichtet die *Süddeutsche* aber auch über europäische Ausländer, die sich in Deutschland für das Europäische Parlament zur Wahl stellen. Für den Leser ist es interessant zu erfahren, was diese Menschen bewegt, warum sie sich in Deutschland zur Wahl stellen und was sie verändern möchten.

### 2.2.2 Akzeptanz

Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt in den 26 erschienenen Artikel über die Parteien, die an der Europawahl teilnehmen, sowie ihre Kandidaten und deren Wahlprogramme. Thema ist auch die erstmalige Wahlberechtigung der EU-Ausländer.

Am 24. Januar berichtet die *Süddeutsche Zeitung* über die Bundesvertreterversammlung der FDP, dem Wahlkampfauftakt zur Europawahl. Außenminister Klaus Kinkel bezeichnete seine

Partei als europafreundlich, indem er sagte, „Europa-Skepsis sei nicht die Sache der FDP“.<sup>277</sup> Viele Kritiker wüssten, dass ihre Kritik unberechtigt sei. Da die europäische Einigung jedoch den nationalen Machtinteressen im Weg stehe, kritisierten sie trotzdem weiter.

„Unter Druck geraten, wollen sie auf der angeblichen Europamüdigkeit ihr Süppchen kochen“, sprach Kinkel den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber direkt an. Gegensätze zwischen nationalen Interessen und der europäischen Integration zu konstruieren, ist nach den Worten des FDP-Vorsitzenden 'blanker Unsinn'. In den von der Bundesvertretersammlung beschlossenen Leitsätzen zur Europa-Wahl heißt es, die EU solle kein zentralistischer Superstaat werden, sondern ein moderner und demokratischer Bundesstaat.“<sup>278</sup>

- Im Gegensatz zur *FAZ*, die ebenfalls über die Bundesvertreterversammlung berichtete<sup>279</sup>, wird Kinkel hier als uneingeschränkter Europa-Befürworter dargestellt.

Am 21. April schreibt die Zeitung über die vielen Gruppierungen und Parteineugründungen, die ins Europa-Parlament einziehen wollen. Ohne politisches Konzept erscheinen Parteien mit Namen wie „Die Naturgesetz-Partei“, „Die Unregierbaren“ oder die „Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands“.

„Wenn der Bürger am 12. Juni [...]den Schein mit den 24 Listen der Europa-Wahl erhält, wird er aus dem Wundern nicht mehr herauskommen. Er sieht sich nämlich neben den herkömmlichen Parteien mit Wählergruppen konfrontiert, die sich komische bis skurrile Namen zulegte. Einige Vorschläge haben obendrein noch Beifügungen, die mancher Bürger mit einem Kopfschütteln oder gar lautem Lachen quittieren wird. [...] Abgeschlossen ist der Listenvorschlag für die Europa-Wahl, der für ganz Bayern gilt. Auf den ersten sieben Plätzen findet der Wähler die herkömmlichen und den meisten bekannten Parteien: 1. CSU, 2. SPD, 3. REP, 4. Grüne, 5. FDP, 6. ÖDP und 7. BP. Dann folgt stellenweise echte Komik. Wir zitieren nach der uns von der Landeswahlleitung übermittelten Liste: 8. Christliche Mitte - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten - CM, 9. Christliche Liga - Die Partei für das Leben - Liga, 10. Bürgerrechtsbewegung Solidarität, 11. Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale - BSA, 12. Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands - APD, 13. Bund freier Bürger, 14. Deutsche Soziale Union - DSU, 15. Die Grauen - Graue Panther - Graue, 16. Die Naturgesetz-Partei, Aufbruch zu neuem Bewußtsein - Naturgesetz, 17. Die Unregierbaren - Autonome Liste, 18. NPD, 19. Neues Forum - Forum, 20. Partei Bibeltreuer Christen - PBC, 21. Partei

<sup>277</sup> SZ, 24.01.1994, Nr. 18/S. 2

<sup>278</sup> SZ, 24.01.1994, Nr. 18/S. 2

<sup>279</sup> Siehe unter II, 2.1.2 Akzeptanz

der Arbeitslosen und Sozial Schwachen - PASS, 22. Partei des Demokratischen Sozialismus - PDS, 23. Plattform Europa der Arbeitnehmerinnen und Demokratie, 24. STATT Partei Die Unabhängigen - STATT Partei.<sup>280</sup>

- Es fällt schwer, bei solchen Parteien politische Ambitionen auszumachen und deren Beteiligung an der Europa-Wahl als politisch ernsthaft zu sehen. Darüber hinaus zeigt sich auch an diesem Artikel, dass Journalisten stets auch immer vor dem Hintergrund ihrer eigenen persönlichen Prägung arbeiten und daher nicht absolut unvoreingenommen und wertfrei berichten.

Auch in der *Süddeutschen Zeitung* ist die erstmalige Beteiligung der EU-Ausländer ein Thema. Am 4. Mai schreibt sie über die Kritik der SPD, dass die Bürokratie die Europawahl behindere. Fünf Tage vor Fristende hätten sich nur 227 Münchner EU-Ausländer registriert. EU-Ausländer, die sich nicht bis zum 9. Mai beim Kreisverwaltungsamt in München registrieren ließen, könnten an der Europawahl nicht teilnehmen. Deshalb forderten die SPD und Sozialisten, die Frist zu verlängern.<sup>281</sup>

Am gleichen Tag erscheint noch ein Artikel, in dem der Regensburger Wahlleiter Michael Vilsmeier zitiert wird: „Wir sind schon ziemlich deprimiert“<sup>282</sup>.

„Das Interesse unter den Ausländerinnen und Ausländern der Europäischen Union, die zum erstenmal in ihrer Wahlheimat Bayern ihre Stimme abgeben dürfen, tendiert gegen Null. Von 1250 EU-Ausländern in der Donaustadt haben sich erst 60 im Rathaus in das Wahlregister eintragen lassen. Und am 9. Mai endet die Frist. Wie in anderen Städten Bayerns, so müssen sich nun auch die Regensburger Behörden den Vorwurf gefallen lassen, die Ausländer nicht ausreichend informiert zu haben.

Diese Kritik jedoch bringt Vilsmeier in Rage: 'Wir haben jeden dieser Ausländer vor vier Wochen persönlich in einem mehrsprachigen Brief angeschrieben. Es hat in Koordination mit dem Ausländerbeirat Pressekonferenzen, Zeitungsartikel, Radiobeiträge gegeben. Außerdem bieten wir jedem Ausländer, der Probleme mit dem Formular hat, eine Übersetzung und persönliche Beratung an. Zusätzlich haben wir hier im Rathaus täglich durchgehend von acht bis 17 Uhr geöffnet. Was sollen wir denn noch tun?'<sup>283</sup>

---

<sup>280</sup> SZ, 21.04.1994, Nr. 91/S. 39

<sup>281</sup> SZ, 04.05.1994, Nr. 102/S. 50

<sup>282</sup> SZ, 04.05.1994, Nr. 102/S. 55

<sup>283</sup> SZ, 04.05.1994, Nr. 102/S. 55

Die Behörden zeigten sich zumindest in Regensburg bemüht, die europäischen Ausländer zu informieren und eventuelle sprachliche Barrieren aus dem Weg zu schaffen. Laut der *Süddeutschen Zeitung* ist der Wille, an der Europawahl teilzunehmen, dennoch gering. Grund kann sein, dass die EU-Ausländer lieber ihre Stimme über Wahlbüros in ihren Herkunftsländern den Kandidaten ihrer Heimat zukommen lassen und sie deshalb ihr Stimmrecht in der Bundesrepublik nicht wahrnehmen. Andererseits kann auch die langwierige Prozedur Auslöser für eine Wahlenthaltung sein.<sup>284</sup>

Einen amüsanten Bericht schreibt der Journalist Michael Knopf über den Wahlkampf der Naturgesetzpartei. Dort geht es um „yogisches Fliegen, Meditation und die 27 Bewusstseins-Phasen“<sup>285</sup>.

- Es fällt schwer, beim Lesen solcher Berichte nach wie vor die Ernsthaftigkeit und Wichtigkeit der Europawahlen im Blick zu behalten. Es wird eher vermittelt, dass die Wahl eine Plattform selbst für die kleinste gesellschaftliche Gruppe bietet, ihre, zumeist nicht politischen, schon gar nicht europapolitischen Weltanschauungen einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Negativ fällt auf, dass nicht nur die „Naturgesetzpartei“ kaum auszumachende politische Ziele hat. Auf dem überdurchschnittlich langen Stimmzettel zur Europawahl finden sich einige solcher Kandidaten, die die Ernsthaftigkeit der Europawahl untergraben.

Weitaus ernsthafter geht der Bayerische Jugendring das Thema Europawahl an. Die Mitglieder erstellen einen Forderungskatalog an die Politiker und richten ihren Schwerpunkt auf Minderheiten.

„In einem Grundsatzpapier hat der Bayerische Jugendring (BJR) 'alle jungen Menschen' aufgerufen, sich aktiv am europäischen Integrationsprozeß zu beteiligen und vor allem an den Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni teilzunehmen.

'Der Bayerische Jugendring und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendorganisationen sehen die europäische Einigung als einen historischen Prozeß, der die Chance bietet, daß zwischen den daran beteiligten Ländern Konflikte nie wieder mit Waffengewalt ausgetragen werden und das Zeitalter der Kriege in Europa damit ein für allemal beendet werden kann', heißt es in der Erklärung weiter.“<sup>286</sup>

---

<sup>284</sup> SZ, 04.05.1994, Nr. 102/S. 55

<sup>285</sup> SZ, 09.05.1994, Nr. 106/S. 41

<sup>286</sup> SZ, 13.05.1994, Nr. 109/S. 57

Die Jugendlichen haben detaillierte Vorstellungen, was sie von einem vereinten Europa erwarten. Ihr Forderungskatalog umfasst sieben Forderungen, mit denen sie sich an Politiker wenden wollen. Darin enthalten ist beispielsweise

„die Entwicklung gemeinsamer Standards in der Sozialpolitik, eine gemeinsame Frauenpolitik, die gemeinsame Arbeitsmarktpolitik und nicht zuletzt die Kooperation in der Umweltpolitik.

Auch liegt den organisierten Jugendlichen eine Außen- und Friedenspolitik am Herzen, 'welche die Aufsplitterung in nationale Interessen beendet und die Europäische Union (EU) zu einem ernstzunehmenden Partner für die Bewältigung von Konflikten macht'. Zudem erhoffen sie sich von einer gemeinsamen Einwanderungs- und Entwicklungspolitik offensive Antworten auf die Ursachen und Folgen der Armut in Osteuropa und 'in Ländern der sogenannten 3. Welt'.<sup>287</sup>

Es gibt auch Berichterstattung über Europa, die innovative Menschen mit Visionen zeigt. Am 20. Mai wird über den 42-jährigen Langstreckenradler Richard Neugebauer aus Ingolstadt berichtet. Er will knapp 10 000 Kilometer in 24 Tagen durch die Länder der Europäischen Union radeln. Mitorganisator ist der SPD-Europaabgeordnete Dieter Rogalla.<sup>288</sup>

Am 4. Juni wirft der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Lennartz den Parteien vor, sich an der Europawahl zu bereichern,

„Die Kostenerstattung liege weit über den Aufwendungen. Dem Kölner Express sagte Lennartz, trotz geringerer Ausgaben als bei der Bundestagswahl erhielten die Parteien für jede Stimme bei der Europawahl den gleichen Betrag. Mit diesen dreistelligen Millionenbeträgen sanierten sich die Parteien zu Lasten der Steuerzahler. Lennartz forderte, statt dessen nur die tatsächlichen Wahlkampfkosten zu erstatten. Außerdem sollten sich die Parteien auf einen Höchstbetrag beschränken.“

Die CSU rügt laut der *Süddeutschen Zeitung* ihre Basis bezüglich des Europawahlkampfes. CSU-Chef Theo Waigel fordere in einem Eilbrief den persönlichen Einsatz jedes Einzelnen. Doch die Ambitionen der CSU Spitze lägen nicht etwa darin ein bestmögliches Ergebnis für Europa zu erzielen, vielmehr sehe die CSU

---

<sup>287</sup> SZ, 13.05.1994, Nr. 109/S. 57

<sup>288</sup> SZ, 20.05.1994, Nr. 115/S. 43

„in der Europawahl nach den Amigo-Affären der vergangenen Monate den ersten Testlauf für die im Herbst anstehenden Landtagswahlen.“<sup>289</sup>

Auch die SPD warnt vor einer niedrigen Wahlbeteiligung:

„Zum Wahlkampfendspurt haben der SPD-Wahlkampfleiter und Landtagsabgeordnete Franz Maget, SPD-Stadtratskandidatin Gertraud Burkert und der SPD-Europaabgeordnete Jannis Sakellariou vor den Folgen einer niedrigen Wahlbeteiligung gewarnt. 'Dies würde zu einer Zersplitterung im Stadtrat und zu einer Stärkung von kleinsten oder gar radikalen Gruppierungen führen', sagte Maget.“<sup>290</sup>

- Diese Aussagen machen deutlich, dass nicht die Europawahl im Vordergrund steht, sondern die Wahlen zum Münchner Stadtrat. Durch Stellungnahmen von Politikern, die die Europawahl überwiegend im Zusammenhang mit den gleichzeitig stattfindenden Kommunal- oder Regionalwahlen thematisieren, wird der ohnehin bei der Bevölkerung bereits bestehende Eindruck, die Europawahl habe keine große Bedeutung, nachhaltig bestätigt. Der bisweilen von politischen Aktionsträgern zu hörende Appell, die Bürger sollten sich stärker für Europa engagieren, wird durch eine solche Abwertung der Europawahlen als bloße Begleiterscheinung von Kommunalwahlen mit zufälliger Terminüberschneidung nachhaltig seiner Wirkung beraubt.

Am gleichen Tag wird ein Artikel mit viel versprechender Überschrift veröffentlicht. „Zwei Spitzenkandidaten mit Lust auf Europapolitik“<sup>291</sup>. Es wird über Ingo Friedrich (CSU) und Gerhard Schmid (SPD) berichtet. Friedrich sei nach eigenen Worten „Europapolitiker im Traumberuf“. Die Zeitung stellt dieser Selbsteinschätzung ihre Wahrnehmung des Europapolitikers Friedrich gegenüber. Bevor der Lebenslauf von Friedrich und seine politischen Ziele aufgeführt werden, skizziert die *Süddeutsche Zeitung* Ingo Friedrich wie folgt:

„Friedrich liebt starke Worte und greift dabei schon mal ein wenig daneben: Bei einem CSU-Jour-fixe plädierte der gebürtige Mittelfranke und Mittelstandsvertreter dafür, Europa dort enden zu lassen, 'wo die Orthodoxie und der Islam beginnen'. Daß Griechenland zur Europäischen Gemeinschaft gehört, ließ

---

<sup>289</sup> SZ, 04.06.1994, Nr. 126/S. 40

<sup>290</sup> SZ, 06.06.1994, Nr. 127/S. 32

<sup>291</sup> SZ, 06.06.1994, Nr. 127/S. 36

Friedrich dabei vorübergehend außer acht. 'Es gibt überall Ausnahmen', schob er später nach. Aus dem heftigen Lagerstreit um die richtige Europapolitik in der CSU hielt sich Friedrich weitgehend heraus. 'Sowohl Edmund Stoiber wie Theo Waigel erfüllen genau ihre Pflicht', urteilte Friedrich vier Wochen nach seiner Wahl zu einem der vier Stellvertreter Waigels im Herbst 1993.<sup>292</sup>

- Diese Darstellung eines - nach eigener Einschätzung passionierten - Europapolitikers macht deutlich, dass selbst die Spitzenkandidaten der Parteien bei den Europawahlen sehr kritisch begutachtet werden. Ihre Arbeit wird als wenigstens widersprüchlich, wenn nicht sogar wenig kompetent dargestellt. Dies sind wesentliche Gründe für eine wenig entwickelte Akzeptanz des Europäischen Parlaments in der Bevölkerung.

Auch der SPD-Abgeordnete Schmidt, der seit der ersten Direktwahl 1979 im Europaparlament sitzt, scheint nach Einschätzung der *Süddeutschen* kein vorbildlicher Europaabgeordneter zu sein.

„Als jüngst eine Präsenzstatistik Schmid bescheinigte, nur etwa an jedem zweiten Sitzungstag im Europaparlament anwesend zu sein, verwies der gelernte Chemiker auf seine vielen Ämter. Schmid, immer in Eile, ist nicht nur stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD. Als einer von nur vier bayerischen SPD- Europaabgeordneten ist er auch für ganz Niederbayern und die Oberpfalz zuständig. 1990 war er dazu noch Wahlkampfleiter der SPD bei der Landtagswahl. Schmid's unermüdlicher Einsatz hat den Genossen wenig genützt. Mit 26 Prozent fuhren sie vor vier Jahren ihr schlechtestes Ergebnis ein.“<sup>293</sup>

- Für den Leser bietet sich kein Bild über Europaabgeordnete „mit Leib und Seele“. Vielmehr wird über Politiker berichtet, die „starke Worte“ lieben, aber dabei schon einmal „danebengreifen“. Auch wenn zum Schluss des Artikels versöhnend auf die Vorhaben eingegangen wird, die die Europapolitiker im Falle einer Wiederwahl durchsetzen wollen, ändert dies nicht viel an dem bereits angekratzten Image.

Einen weiteren Bericht veröffentlicht die Zeitung am 8. Juni. Es wird über die Arbeit der Kandidaten und über das Funktionieren des Europäischen Parlaments berichtet.

---

<sup>292</sup> SZ, 06.06.1994, Nr. 127/S. 36

<sup>293</sup> SZ, 06.06.1994, Nr. 127/S. 36

„Nein, für die Kandidaten ist dieser Wahlkampf keine Freude, weil sie sich vorkommen müssen, als liefen sie gegen Gummiwände. Oder, wie Diemut Theato beim Jazzfrühschoppen in Leimen sagt: 'Wir fahren durchs Land und müssen den Schutt wegräumen, der sich in fünf Jahren aufgetürmt hat' - einen Berg aus Vorurteilen, unerschütterlichen Meinungen und zerstörerischen Argumenten. Zum Beispiel jenen, daß dieses Europaparlament sowieso nur eine Schwatzbude ohne Macht sei und die Abgeordneten wie ein Wanderzirkus durch die Gegend reisten und Geld vergeudeteten.

#### Lächerliche Aufklärung

Gegen diese Vorurteile versucht sich das Parlament mit Hochglanzbroschüren zur Wehr zu setzen, die sich in den Kofferräumen der Kandidaten stapeln. In einem dieser Heftchen findet sich dann aber wieder so eine Zeile, die alle Hoffnung fahren läßt: 'In der letzten Phase des Haushaltsverfahrens kann das Parlament erneut die vom Rat an seinen ersten Abänderungen vorgenommenen Änderungen abändern', steht da, und Diemut Theato könnte darüber verzweifeln, denn was nutzt es, wenn sie sich den Mund fusselig redet über die Bedeutung des Parlaments, wenn alle schönen Worte durch einen einzigen Satz ins Lächerliche gezogen werden können.<sup>294</sup>

- In diesem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* werden die Kompetenz und der Einfluss des Europäischen Parlaments sowie seiner Abgeordneten mit dem fast schon üblichen, gängigen negativen Assoziationen dargestellt, allerdings diesmal aus der Sicht der Abgeordneten, die im Wahlkampf ständig gegen diese Vorurteile ankämpfen müssen. Es ist nicht so, dass es diese Nachteile nicht gibt, dennoch wird im Allgemeinen auch nur über diese berichtet. Eine positive Berichterstattung über Fortschritte und Kompetenzzugewinn der Parlamentarier und ihres Parlaments ist selten.

Die Abgeordneten tragen auch selbst dazu bei, dass ihre Tätigkeit als bloßer Verwaltungsvorgang empfunden wird. So wird die CDU-Abgeordnete und Sprecherin ihrer Fraktion im Haushaltskontrollausschuss, Diemut Theato, hinsichtlich ihrer Leistungen im Parlament von der *Süddeutschen Zeitung* wie folgt wiedergegeben:

„Sie selbst sagt, sie ziehe die Arbeit förmlich an. In der letzten Legislaturperiode hat sie einige Dutzend Berichte geschrieben,[...]“

---

<sup>294</sup> SZ, 08.06.1994, Nr. 129/S. 3



Diese Selbsteinschätzung führt dann auch direkt zu einem entsprechenden Kommentar der Zeitung:

„(...) im Europaparlament die Maßeinheit für Arbeitseifer.“<sup>295</sup>

- An dieser Berichterstattung lässt sich ablesen, dass das Problem der Akzeptanz des Europäischen Parlaments nicht zuletzt auch durch eine mangelnde Sensibilität der Abgeordneten selber für die Vermittlung ihrer Tätigkeit begründet ist. Wenn Parlamentarier kommunizieren, dass das Abfassen einiger Berichte sie bereits zu besonders fleißigen Volksvertretern mache, ist absehbar, dass dies in der Bevölkerung auf wenig Verständnis stoßen dürfte.

Es wird auch über die Abgeordnete Claudia Roth berichtet, die nach fünf Jahren vor allem die Erfahrung gemacht habe, dass man mit Autorität ein Stück weiterkommt.

„Inzwischen wird sie vom Präsidium und den Fraktionschefs des Parlaments nach Kurdistan geschickt, damit sie als Repräsentantin des Hohen Hauses Informationen sammeln kann - im Bundestag wäre soviel Anerkennung über die Parteien hinweg nicht vorstellbar.

Anerkennung - aber was mehr? Hat sich vielleicht irgend etwas geändert, hat die Frau etwas bewegt? Der Einfluß des Parlaments ist in der Tat schwer zu messen, und als letztes sollte man die Abgeordneten selbst danach fragen. 'Wir leben da in einem geschlossenen System', sagt Claudia Roth, 'im Organismus wirst du hofiert und glaubst, wie wichtig du bist.'“<sup>296</sup>

- Die Zeitung bescheinigt dem Parlament immerhin, dass sein Einfluss schwer zu messen sei. Die Abgeordnete Roth bestätigt aber selbst im nächsten Satz die weit verbreitete Meinung, dass das Parlament „in einem geschlossenen System“ lebt und nach außen wenig Einfluss besitzt. Auch dies ist einer der Gründe für eine geringe Akzeptanz des Europäischen Parlaments.

Claudia Roth lobt die Anerkennung unter den Parteien im Europäischen Parlament.<sup>297</sup> Diese überparteiliche Zusammenarbeit hat aber auch negative Folgen für die Parteienidentifikation.

---

<sup>295</sup> SZ, 08.06.1994, Nr. 129/S. 3

<sup>296</sup> SZ, 08.06.1994, Nr. 129/S. 3

<sup>297</sup> SZ, 08.06.1994, Nr. 129/S. 3

„Bei der Wahl zum Straßburger Parlament dürfte es sogar dem Fachmann schwerfallen, bei den großen Parteien auch nur marginale Alternativen herauszufinden, zwischen denen das Volk sich entscheiden könnte.“<sup>298</sup>

Am 8. Juni berichtet die Zeitung über Kandidaten verschiedener Parteien, die sich am 12. Juni zur Wahl stellen. Zum einen kann sich der Leser einen Überblick verschaffen und die Ambitionen der Kandidaten, sich im Europäischen Parlament für Bürgerinteressen einzusetzen, kennen lernen. Der Artikel konzentriert sich allerdings nur auf die kleineren Parteien. Das heißt, über die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD wird nicht berichtet. Die Grünen sind im Bericht mit dem bayrischen Spitzenkandidaten Wolfgang Kreissl-Dörfler vertreten. Er wolle seine Erfahrungen als Landwirt, Sozialpädagoge und Entwicklungshelfer ins Parlament einbringen. Der parteilose Naturschützer und unter dem Namen „Alpenindianer“ bekannte Karl Partsch tritt für die FDP an, allerdings auf dem wenig chancenreichen neunten Platz. Auch die Bayernpartei stellt sich mit einer Bundesliste zur Wahl. Bei der letzten Wahl schaffte sie es bundesweit jedoch nur auf 0,3 Prozent der Stimmen.

„BP-Chef Hubert Dorn, ein vehementer Maastricht-Gegner und natürlich auf Platz eins der BP-Liste, möchte ein 'weiß-blaues Signal' nach Brüssel senden. Dorn, 1956 in München geboren und im Zivilberuf Lehrer, plädiert für ein Europa der Vielfalt, aber schon Bayern sei ihm viel zu 'multikulturell'.“<sup>299</sup>

- Bei widersprüchlichen Aussagen, wie denen des BP-Chefs Hubert Dorn, fällt es dem Rezipienten schwer, die Ernsthaftigkeit der politischen Motivation der Parteien zu erkennen. Im Großen und Ganzen stellt die Zeitung sehr unkonventionelle Kandidaten vor. Sei es der Landwirt, Sozialpädagoge und Entwicklungshelfer in einem, Wolfgang Kreissl-Dörfler, der „Alpenindianer“, oder Hubert Dorn, der sich für ein „Europa der Vielfalt“ einsetzt, gleichzeitig sei ihm aber schon Bayern zu multikulturell. Die Vorstellung dieser Kandidaten mag bei den Rezipienten eher zu einer gewissen Verwunderung führen, weniger zu einer ernsthaften politischen Beschäftigung mit dem Thema Europawahl. Dies verstärkt den Eindruck, dass nicht zuletzt die Medien selber die Europawahlen eher unter

---

<sup>298</sup> SZ, 08.06.1994, Nr. 129/S. 4

<sup>299</sup> SZ, 08.06.1994, Nr. 129/S. 45

dem Gesichtspunkt eines Randereignisses mit teilweise kuriosen Akteuren begreifen als im Sinne einer ernsthaften demokratischen Wahl.

Am 10. Juni wird auf der Meinungsseite der Zeitung kritisiert, dass sich die SPD programmatisch in die CSU verwandelt habe.

„Sie wollte die Themen der politischen Gegner besetzen; das ist ihr gründlich mißlungen. In den Umfragen werden ihre merkwürdigen Wahlsprüche der Union oder den Republikanern zugeordnet - eine gerechte Strafe.“<sup>300</sup>

Das Thema Europa werde - so der Kommentar der *Süddeutschen Zeitung* - von den großen Volksparteien als eine „Deutschinteressen-Durchsetzungsmaschine“ behandelt.

Am Dienstag nach der Europawahl ist in der *Süddeutschen Zeitung* ein Artikel zu finden mit dem Titel „Ein Sieger gönnt sich Mitgefühl“. Mit dem Sieger ist Bundeskanzler Helmut Kohl gemeint, der Verlierer ist Kanzlerkandidat Rudolf Scharping. Schon an der Überschrift erkennt man, dass hier die Europawahl vor allem als Testwahl für die Bundestagswahl gilt. Anschaulich wird das bei folgendem Zitat:

„Generalsekretär Peter Hintze hatte [...] unter dem Gelächter der Gäste nur Hohn und Spott für den SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping übrig; er verstieg sich zu der Prophezeiung, daß Helmut Kohl geeignet sei, 'unser Land ins 21. Jahrhundert zu führen'. Aber auch Hintze, den der Erfolg entkrampft zu haben scheint, mahnte, daß die Bundestagswahl noch lange nicht gewonnen sei.“<sup>301</sup>

- Eigentlich haben die Wähler über Europa abgestimmt. Spekuliert wird jedoch, wer die kommende Bundestagswahl gewinnt. Hier spricht niemand über Europa, sondern über die Position des Kanzlers und des Kanzlerkandidaten.

Der Kanzler reagiert in dieser Hinsicht etwas anders:

„Von einer Testwahl will Kohl nichts wissen oder von einer Vorentscheidung - 'ein Stück Erfahrung' habe die Partei gesammelt für die Bundestagswahl, ein 'gutes Ergebnis' verbucht, mehr nicht.“<sup>302</sup>

---

<sup>300</sup> SZ, 10.06.1994, Nr. 131/S. 4

<sup>301</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 3

<sup>302</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 3

- Dies war die einzige Aussage über die Europawahl in diesem Artikel. Es wird nicht über die künftige Europapolitik geschrieben, es geht ausschließlich um bundespolitische Themen.

Auch CSU-Parteichef Waigel wertet die Ergebnisse der Europawahl für Landtags- und Bundestagswahlen aus, wenngleich er nicht von einer Testwahl spricht.

„Ein gewaltiges Stück Ermutigung und Motivation' für die Landtags- und die Bundestagswahl sieht Waigel im Europawahlergebnis der CSU, auch wenn er nicht von einer 'Testwahl' sprechen will.“<sup>303</sup>

Heribert Prantl bringt es in seinem Artikel am gleichen Tag auf den Punkt:

„Verloren hat schließlich Europa: Von Europa war am Wahlabend und am Tag nachher so wenig die Rede wie im gesamten deutschen Wahlkampf; die Europawahl in Deutschland war eine Bundestags-Testwahl mit einem neuen Europaparlament als Abfallprodukt.

Kaum jemand fragt: Was bedeutet die Wahl für Europa? Alle fragen: Was bedeutet die Wahl für Deutschland, was besagt sie für Bonn?“<sup>304</sup>

## Zusammenfassung

Hauptsächlich berichtet die Zeitung im Themenbereich Akzeptanz des Europäischen Parlaments und der Europawahl über die zur Wahl stehenden Parteien, deren Programme und Kandidaten. Im Verhältnis zur *FAZ* stellt die *Süddeutsche* viele „Gesichter“ vor, die durch ihre „Geschichten“ dem Rezipienten näher kommen und nicht nur Namen auf den Stimmzetteln bleiben. Jedoch porträtiert die Zeitung hauptsächlich negative Beispiele, was dann auch einen negativen Effekt hinsichtlich der Akzeptanz der Parlamentarier nach sich ziehen kann.

Die Zeitung informiert über die kleineren Parteien und Parteinengründungen, die zwar an der Europawahl teilnehmen, die aber kein wirkliches politisches Programm vorzeigen können, damit aber Protestwähler für sich gewinnen wollen. Diese Splitterparteien rücken die Europawahl zusätzlich in ein negatives Licht. Die Wahl wird hierdurch auf eine Ebene

---

<sup>303</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 40

<sup>304</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 4

herabgestuft, die Wichtigkeit und Bedeutung des Europäischen Parlaments kaum noch erkennen lässt. Die Wahl wird somit verharmlost. Die Bürger gewinnen den Eindruck, dass sie mit ihrer Stimmabgabe keinerlei Einfluss auf die Veränderung ihrer Lebensbedingungen nehmen können. Folglich steigt die Bereitschaft der Wähler, eine Splitterpartei als Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit zu wählen.

Es wird auch über verschiedene Einzelpersonen als Wahlkämpfer berichtet. Diese Artikel zeigen motivierte und aktive Menschen, die mit allen Kräften versuchen, die Bürger über Europa aufzuklären und ihre Stimme zu gewinnen. Allerdings kommt die *Süddeutsche Zeitung* auch bei diesen Kandidaten nicht umhin, auf Schwächen und Unzulänglichkeiten der parlamentarischen Arbeit aufmerksam zu machen. Es wird auch über mehrere aus Sicht der Zeitung weniger geeignete Parlamentarier berichtet, die die Arbeit des Europäischen Parlaments nur wenig glaubwürdig repräsentieren.

Auch die großen Volksparteien fordern die Wahlberechtigten zwar auf, ihre Stimme für Europa abzugeben, jedoch nicht um ein gutes Ergebnis für Europa zu erzielen, sondern um eine gute Position für die Bundestagswahl zu erlangen. Während des Untersuchungszeitraumes spielt die Europawahl oft die Rolle der Testwahl für die darauf folgende Bundestagswahl.

### 2.2.3 Wählerverhalten

Im Bereich Wählerverhalten wird 1994 hauptsächlich über das erstmalige Wahlrecht der europäischen Ausländer berichtet sowie über die Wahlergebnisse der Europawahl. Ein weiteres Thema ist das Wählerverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen.

Am 11. Februar wird berichtet, dass bei den kommenden Europawahlen erstmals in Deutschland lebende europäische Ausländer in der Bundesrepublik ihre Stimme abgeben können. Es wird über Fristen und das Verfahren zur Teilnahme an der Europawahl in Deutschland informiert, sofern sich Ausländer selbst zur Wahl stellen wollen. Bedenken äußern die Vertreter der Ausländerbeiräte in München, Nürnberg und Augsburg, da Ausländer, die aus EU-Ländern kommen, mehr Rechte besitzen als Ausländer, die aus

anderen Teilen der Welt stammen. Diese „Zwei-Klassen-Aufteilung“ könne zu sozialen Spannungen führen.<sup>305</sup>

In einem Leserbrief äußert Gerry Montague seine Ansichten über die Einführung des Wahlrechts für EU-Ausländer. Im Gegensatz zu Frankreich sei die Aufklärung der Bevölkerung besser organisiert.

„Trotzdem ist die Situation nicht befriedigend. Von der Wahlberechtigung habe ich nur beiläufig vor etwa sechs Wochen erfahren, und damit wußte ich zum damaligen Zeitpunkt weit mehr als die örtliche Wahlleitung, die erst kürzlich die notwendige Information und Antragsformulare erhalten hat. Trotz meiner Anregung an Landrat und Bürgermeister hält man es nicht für notwendig, wahlberechtigte Ausländer direkt zu informieren.“<sup>306</sup>

Am 2. Mai erscheint eine Notiz in der *Süddeutschen Zeitung*, nach der die ausländischen EU-Bürger an der „Euro-Wahl kaum interessiert“<sup>307</sup> seien.

„In Frankfurt am Main haben beispielsweise von den 37 000 EU-Wahlberechtigten knapp 2500 entsprechende Anträge angefordert; ausgefüllt wurden erst 756 Formblätter. In München haben sich gar von 56 802 Wahlberechtigten nur 103 in die Register eintragen lassen.“<sup>308</sup>

- Eine solche Argumentation setzt allerdings voraus, dass man der Überzeugung ist, dass diejenigen, die sich nicht ins Wählerverzeichnis haben eintragen lassen, dies nur aus mangelndem Interesse getan haben. Die Alternative, dass viele EU-Ausländer nicht über die Vorgehensweise informiert wurden oder den Vorgang aufgrund sprachlicher Differenzen nicht durchführen konnten, wird dabei außer Acht gelassen. Die EU-Ausländer können auch in ihrem Heimatland ihre Stimme abgeben, was dann ausschließt, sich in Deutschland ins Wählerverzeichnis eintragen zu lassen.

Am 2. Mai eröffnet die CSU ihren Wahlkampf in Würzburg.

---

<sup>305</sup> SZ, 11.02.1994, Nr. 34/S. 52

<sup>306</sup> SZ, 29.04.1994, Nr. 98/S. 58

<sup>307</sup> SZ, 02.05.1994, Nr. 100/S. 2

<sup>308</sup> SZ, 02.05.1994, Nr. 100/S. 2

„Die CSU sei nicht gegen Europa, sondern für ein besseres Europa. Als einzige Partei nehme die CSU die Ängste der Skeptiker ernst.“<sup>309</sup>

Von dem SPD-Wahlkampfauftritt wird einen Tag später berichtet.

Sie „fordert die Bundesregierung auf, ihre 'Blockadehaltung gegen die weitreichenden Vorschläge der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit' aufzugeben. [...] Der Forderungskatalog der Sozialdemokraten beinhaltet außerdem, daß nicht nur bei Gemüse, sondern künftig auch bei Fleisch die Herkunftsbezeichnung Pflicht wird [...]. Großes Gewicht legt die SPD auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität.“<sup>310</sup>

Einen kurzen Überblick über die zur Wahl stehenden Parteien und die Anzahl der Wahlberechtigten verschafft ein Artikel am 6. Mai.

„Bei der Europawahl am 12. Juni können in Deutschland 61,4 Millionen Bürger unter 994 Kandidaten aus 26 Parteien auswählen. Wie Bundeswahlleiter Hans Günther Merk am Donnerstag in Bonn mitteilte, stellen sich 23 Parteien mit bundesweiten Listen zur Wahl. Hinzu kommen die CDU mit 15 Länderlisten, die CSU, die nur in Bayern antritt, und die Deutsche Familien- Partei im Saarland. 1989 hatten 62,3 Prozent der damals 45,8 Millionen Wahlberechtigten im alten Bundesgebiet ihre Stimme bei der Europawahl abgegeben. [...] Wahlberechtigt sind außer 60,2 Millionen Deutschen auch erstmals 1,2 Millionen Bürger aus den anderen elf Ländern der Europäischen Union, die in Deutschland leben. Nach dem Maastrichter Vertrag hat jeder Unionsbürger das Europawahlrecht in dem Land der EU, in dem er wohnt.“<sup>311</sup>

Am 14. Mai berichtet die Zeitung, dass EU-Bürger heimatliche Kandidaten bevorzugten, das heißt, dass sie in ihren Heimatländern ihre Stimme abgeben. In Bayern seien es nur vier Prozent der ausländischen Mitbürger, die sich in die Wählerlisten eintragen ließen.

„Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) nannte es einen ganz selbstverständlichen Vorgang, daß die Mehrheit der EU- Bürger Kandidaten ihres Heimatlandes bevorzugt. 'Niemand sollte der Öffentlichkeit einreden, es liege am deutschen Wahlverfahren oder mangelnder individueller Information, wenn es EU-Bürger vorziehen, bei der Europawahl ihres Heimatstaates lieber heimatliche Kandidaten zu wählen', so Beckstein in einer Mitteilung.“<sup>312</sup>

---

<sup>309</sup> SZ, 02.05.1994, Nr. 100/S. 44

<sup>310</sup> SZ, 03.05.1994, Nr. 101/S. 35

<sup>311</sup> SZ, 06.05.1994, Nr. 104/S. 5

<sup>312</sup> SZ, 14.05.1994, Nr. 110/S. 42

Über das Wahlverhalten der Ostdeutschen berichtet die Zeitung am 7. Juni. Danach wollen sich ein Fünftel der Wähler in Ostdeutschland an der Europawahl keinesfalls beteiligen. Ein gutes Drittel der Wahlberechtigten sei noch unentschlossen. Mit einer grundsätzlichen Ablehnung sei die Haltung der Ostdeutschen jedoch nicht gleichzusetzen. Große Zustimmung fänden eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine gemeinsame Verbraucherpolitik. Das Verhalten der Wähler sei jedoch unberechenbar. Ein klares Bild über das Wählerverhalten sei jedoch nur in Brandenburg abzulesen, da hier neben der Europawahl keine Kommunalwahlen stattfindet, sondern die Europawahl als „eigenständiges Ereignis“ erfolgt.

„Überall sonst ist sie mit Kommunalwahlen verknüpft - teils aus finanziellen Gründen, teils aus Furcht vor dem Fiasko hoher Abstinenz. In Mecklenburg- Vorpommern wird außerdem noch über die Landesverfassung abgestimmt.“<sup>313</sup>

Einen Tag nach der Wahl wird die Union als „klarer Sieger“ gefeiert. Die SPD habe „deutliche Verluste“ erlitten. Leider wird das Ergebnis hauptsächlich als Testergebnis für die Bundestagswahl gesehen. So bezeichne Bundeskanzler Helmut Kohl den Sieg seiner Partei als wichtige Stufe auf dem Weg zum Sieg der Koalition bei der Bundestagswahl.<sup>314</sup> Eine weitere Überschrift lautet: „FDP stirbt, SPD stürzt, Grün sticht - und die CDU staunt über sich selbst“. Laut dieses Artikels profitiere die CDU von der Verbesserung der Wirtschaftslage und von der Kompetenz Helmut Kohls in Sachen Europapolitik. Ein „heilsamer Schock“<sup>315</sup> sei die Niederlage für die SPD. Den Grünen half eine klare Oppositionspolitik, um Stimmen zu gewinnen. Die Partei nutze ihr zweistelliges Ergebnis als Beleg für einen Bedarf an harter Oppositionspolitik gegen die Bundesregierung.<sup>316</sup> Im Osten habe die CDU leichte Verluste zu verzeichnen, dennoch sei sie auch dort die erfolgreichste Partei. Die SPD-Wähler wanderten hauptsächlich in den neuen Bundesländern zur PDS ab.<sup>317</sup> In den alten Bundesländern erzielte die Partei die besten Ergebnisse in den Stadtstaaten.<sup>318</sup> Klarer Sieger der Wahl bleibe die CDU, denn ihr gelang es offensichtlich am besten, ihre Stammwähler zu mobilisieren, so die *Süddeutsche Zeitung*. Gleichzeitig werde deutlich, dass Zufallsergebnisse „in sich zerfallen,

---

<sup>313</sup> SZ, 07.06.1994, Nr. 128/S. 4

<sup>314</sup> SZ, 13.06.1994, Nr. 133/S. 1

<sup>315</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 5

<sup>316</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 5

<sup>317</sup> SZ, 13.06.1994, Nr. 133/S. 4

SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 7

<sup>318</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 7



wenn sie nicht durch konstante Leistung gerechtfertigt werden“, wie das bei den Republikanern zu beobachten sei.<sup>319</sup>

Bezüglich des Wahlverhaltens der europäischen Ausländer schreibt die Zeitung:

„Lediglich 833 von 56 802 Wahl-Münchnern aus dem europäischen Ausland fanden es wichtiger, mit ihrer Stimme CSU, SPD, FDP, Grüne oder eine andere deutsche Gruppierung im Europaparlament zu stärken.“<sup>320</sup>

Am 14. Juni veröffentlicht die *Süddeutsche Zeitung* eine Analyse der Europawahl von der Forschungsgruppe Wahlen e.V.. Diese wird hier nicht näher erläutert, da die statistische Wahlanalyse der Europawahl auch von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. bereits im ersten Teil der Arbeit behandelt wurde.<sup>321</sup> Eine Analyse des Hamburger Landeswahlamts, über die ebenfalls am 14. Juni berichtet wird, sieht die größte Gruppe der Nichtwähler unter der jüngeren Bevölkerung. Bei den Älteren sei das Bewusstsein einer Wahlteilnahme als Staatsbürgerpflicht noch ausgeprägter. Des weiteren seien Frauen wahlbewusster als Männer.<sup>322</sup>

Berichtet wird auch über die phasenweise aufgetretene Angst der CSU, bundesweit unter die Fünf-Prozent-Hürde zu fallen.

„Im Wahlkampf aber hellte sich der Himmel auf. Meinungsumfragen bescheinigten den Christsozialen, daß die Wähler sie in der Europapolitik als 'kompetent' einschätzten, und sie honorierten dies mit knapp sieben Prozent.[...]

Stoiber hätte somit die Wahl gewonnen - verzeichnete Kanzler Helmut Kohls CDU nicht noch größeren Erfolg. Wem die Gemeinschaft, wie sie sich in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat, nicht gefällt, der kann seine Stimme in der Europawahl eigentlich nicht der CDU geben, denn diese Gemeinschaft ist unstreitig das Produkt der Christdemokraten der sechs Gründungsländer Frankreich, Italien, Benelux und der Bundesrepublik. Von ihnen ist denn auch selten Schelte für Brüssel zu hören. Doch in der bayerischen Schwesterpartei steht ebenfalls jemand an der Spitze, der nicht die Öffentlichkeit, respektive den Wähler, mit lautstarkem Gemäkel unterhalten, sondern des öfteren in Brüssel selbst einen bestimmten Ton angeschlagen hat: Theo Waigel. Deshalb sei er - ohne wissenschaftliche

---

<sup>319</sup> SZ, 13.06.1994, Nr. 133/S. 36

SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 5

<sup>320</sup> SZ, 13.06.1994, Nr. 133/S. 31

<sup>321</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 7

<sup>322</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 7

Unterfütterung - zum Sieger der Europawahl erklärt. Daß er ein überzeugter Europäer ist, stellt niemand in Zweifel.“<sup>323</sup>

Gehe es nach Waigel, sei gute europäische Wirtschaftspolitik verbunden mit Bescheidenheit und Sparsamkeit im Gegensatz zu „Kompetenzhascherei“. Das neue Parlament bestehe aus einem deutlichen Übergewicht der Christdemokraten und Konservativen. Nach der Europawahl werde das „wirtschaftspolitische Ruder“ jedoch nicht herumgeworfen, sondern nur etwas gedrückt, so die Zeitung.<sup>324</sup>

Die SPD zeigt sich nach Berichten der *Süddeutschen Zeitung* enttäuscht über den Ausgang der Europawahl, für die Bundestagswahl im Herbst sei dies jedoch keine wirkliche Prognose, denn da werden nach Angaben der Landesvorsitzenden Renate Schmidt „die Karten neu gemischt“.<sup>325</sup>

In einer Publikation über den Wahlsieg der CSU wird berichtet, dass die Amigo-Affäre die Wähler nicht sehr beeindruckte. Sie handelten nach dem Motto, dass „ohnehin alle Dreck am Stecken hätten“ und man deshalb mit den CSU Politikern nicht ganz so streng sein müsse.

„Anhänglichkeit und Sicherheitsbedürfnis rangiert bei der Mehrheit in Bayern vor den strengen Maßstäben politischer Integrität [...] Diese Grundhaltung wurde begünstigt durch den pünktlich einsetzenden Aufschwung in Deutschland und durch den Kanzlerbonus, den Kohl-Intimus Waigel geschickt und unaufdringlich auch in Bayern gegen den zunächst zu europapolitischen Sondertouren neigenden Stoiber zur Geltung brachte.“<sup>326</sup>

Das hohe Ergebnis von 48,9 Prozent kam selbst für die CSU-Oberen überraschend, so die *Süddeutsche*. Dies käme in den ersten Statements der Politiker zum Ausdruck. Nach deren Überzeugung hätten die „Kampagnen“ gegen die CSU nicht gewirkt. Außerdem hätte es viele „Rückläufer“ aus den rechtsradikalen Gruppierungen gegeben, ohne die die CSU nicht so gut dastehen würde.<sup>327</sup>

---

<sup>323</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 22

<sup>324</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 22, siehe auch SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 3

<sup>325</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 40

<sup>326</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 40

<sup>327</sup> SZ, 14.06.1994, Nr. 134/S. 40

## Zusammenfassung

Das Verhalten der EU-Ausländer wird auch bei der *Süddeutschen Zeitung* dokumentiert und analysiert. Es wird hinterfragt, ob die geringe Wahlbeteiligung an der mangelnden Aufklärung über die Wahlformalien wie Eintragung ins Wählerverzeichnis liegt, oder ob EU-Ausländer lieber ihre Landsmänner wählen, um ihr Heimatland zu stärken.

Es wird vom Wahlkampfauftakt der großen Volksparteien berichtet und ein kurzer Überblick über die zur Wahl stehenden Parteien gegeben. Thema ist auch das Wahlverhalten der Ostdeutschen, das sich nach der *Süddeutschen Zeitung* anders verhält als in Westdeutschland. Sie seien gegenüber Europa skeptischer als die Westdeutschen. Zustimmung findet Europa in Themenbereichen wie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder der Verbraucherpolitik.

Gemessen an der Anzahl der Veröffentlichungen zum Thema der Europawahlen und des Europäischen Parlaments erscheinen im Verhältnis zur *Frankfurter Allgemeinen* viele Artikel in der *Süddeutschen* bezüglich der Wahnachlese und Analyse. Inhaltlich zeigt sich, dass die Europawahl für viele Politiker als Testwahl für die noch anstehenden Bundestagswahlen gilt. Auch die Angst der CSU, bundesweit unter die Fünf-Prozent-Hürde zu fallen, ist in den lokalen Ressorts der Zeitung von Bedeutung.

## 2.3 Die Zeit

### 1. Januar bis 30. Juni 1994

In der *Zeit* erscheinen von Januar bis Ende Juni 1994 sieben Artikel über die Wahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland. Fünf Artikel werden im Wahlmonat vor der Wahl am 12. Juni veröffentlicht. Die übrigen zwei Artikel erscheinen im April und im Mai. Die Artikel werden nicht, wie bei den Tageszeitungen in die drei Themenschwerpunkte Legitimation, Akzeptanz des Europäischen Parlamentes und der Europawahl sowie das Wählerverhalten untergliedert. Vielmehr werden die Artikel in chronologischer Reihenfolge abgehandelt, da sie sehr umfassend berichten und immer mehrere Themenbereiche in einem Artikel beinhalten.

In der Ausgabe vom 15. April berichtet die *Zeit* wie auch die *Süddeutsche* und *Frankfurter Allgemeine* über die „Naturgesetzpartei“, die mit einer Gruppe von „7000 Yogischen Fliegern“ politische Probleme auf europäischer Ebene lösen will.<sup>328</sup>

- Der erste Artikel im Untersuchungszeitraum hat wenig mit Informationen über das Parlament oder die Wahl zu tun, sondern berichtet über eine der kleinen und jungen Parteien, die mit einem schwer zu fassenden politischen Programm die politische Bühne in Europa erobern wollen.

Am 27. Mai schreibt Karl-Rudolf Korte, der Politikwissenschaften an der Universität Mainz lehrt, in der *Zeit* über die Notwendigkeit der europäischen Integration, von der die „Gewährleistung des Wohlstandes“ abhängig sei, denn in Anbetracht der gegenseitigen Abhängigkeit der Mitgliedsländer sei eine Integration auf europäischer Ebene unbedingt notwendig. Doch um die Bürger auf dieses Thema aufmerksam zu machen und sie zu motivieren, aus Überzeugung an der Europawahl teilzunehmen, tun die Parteien nach Ansicht Kortes sehr wenig. Auf Fragen einer europäischen Zukunft antworteten die Parteien „profillos“, denn die großen Volksparteien würden sich nicht merklich durch ihre Wahlkampfthemen unterscheiden. Außerdem setzen sie auf nationale Fragen, um in Europa ein gutes Wahlergebnis zu erzielen, so Korte. Als Europa-Gegner sehe er den Bund Freier Bürger, die Republikaner und die PDS. Parteien, die für Europa werben, wenn auch nur mit minimalen Unterschieden, seien die CDU, die CSU, die FDP und die SPD. Zu diesen Parteien gebe es bei der Europawahl keine echte Alternative.

Einen weiteren kritischen Punkt sieht Korte darin, dass keine europäische Regierung zur Wahl stehe. Die Europawahl sei ein „Schauplatz für nationale Kontroversen“. Daher ordnet Korte die Europawahl als Stimmungswahl, Nebenwahl und Alibiwahl ein. Denn das klassische und ausschlaggebende Wahlmotiv, nämlich durch die Stimmabgabe auf europäischer Ebene mitwirken zu können, falle weg.<sup>329</sup>

- An diesem Beitrag zeigt sich, dass sich die *Zeit* als überregionale Wochenzeitschrift gründlicher und umfassender mit Fragen der Europawahl beschäftigt, als dies die tagesaktuellen Printmedien können. Durch die Lektüre

---

<sup>328</sup> Die Zeit, 22/1994, S. 10

<sup>329</sup> Die Zeit, 22/1994, S. 10

dieses Beitrages erschließen sich den Rezipienten sowohl wichtige Argumente für die Bedeutung der Europawahl als auch Gründe für die geringe Beteiligung.

Im nächsten Artikel zum Thema Europawahl in Deutschland geht es um den Wahlkampf in Bayern. Berichtet wird über die, nach Ansicht der Zeitung, mäßigen Wahlkampfthemen der Parteien sowie den allzu geringen Europa-Enthusiasmus der Wahlkämpfer. Diese haben keine wirklichen Argumente für Europa, sondern verzetteln sich in meist lokalen oder landespolitischen Themen.

„Was diese merkwürdige Versammlung in Straßburg eigentlich macht, scheint wenig zu interessieren, und Informationen werden niemandem aufgedrängt.“<sup>330</sup>

Denn die Wahlkämpfer versetzen ihre Zuhörer gerne in den Glauben, dass die Macht in Europa bei dem Parlament in Straßburg liege, so die *Zeit*.

- Hier gibt die *Zeit* Einblicke in Motivation und Gestaltung des Wahlkampfes durch die Parteien. Diese versuchen, durch einfache Botschaften mit lokalem Bezug, das Interesse der Bürger für die Wahl zu wecken. Die komplexen Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene werden zumeist wenig thematisiert. Stattdessen wird versucht, die Wähler von der Macht des Parlaments ohne eingehende Begründung und Aufklärung zu überzeugen.

Im Vorfeld der Europawahl veröffentlicht die *Zeit* am 3. Juni einen „Situationsbericht“ über das voraussichtliche Wählerverhalten. Durch Infratest Burke Berlin wurden 1003 Wähler durch eine repräsentative Stichprobe zur aktuellen politischen Stimmung befragt. Neben zahlreichen Schaubildern, von den Fragestellungen ähnlich wie diejenigen, die in dieser Arbeit bei der Auswertung der Wahlanalysen behandelt wurden, gibt die Zeitung einen kurzen Überblick. Die Ergebnisse bestätigen die im Rahmen der Auswertung der Wahlanalysen gewonnenen Erkenntnisse.<sup>331</sup>

In der gleichen Ausgabe folgt ein zweiter Artikel. Er bietet dem Leser Einblicke in die Arbeit der Parlamentarier. Die Zeitung stützt sich dabei auf eine Auswahl von Abgeordneten, die aus

---

<sup>330</sup> Die Zeit, 23/1994, S. 2

<sup>331</sup> Die Zeit, 23/1994, S. 12

Sicht der *Zeit* kritische Fragen zu ihrer Person aufwerfen. Es wird über die Aufhebung der Immunität zweier Abgeordneter berichtet und über die anscheinend mangelnde Disziplin der Abgeordneten. Im Parlament seien an Sitzungstagen nur sehr wenig Parlamentarier zu sehen, demnach sei die Veranstaltung wohl überflüssig, so die *Zeit*.<sup>332</sup>

„Was soll überhaupt dieses Parlament, dessen Funktion so schwer zu durchschauen ist [...]? Nur eines glaubt jeder zu verstehen: daß dies eine Institution ohne Kompetenzen ist.“<sup>333</sup>

Zum Beispiel obliege die Haushaltskontrolle, was normalerweise eine selbstverständliche Kompetenz eines Parlamentes sei, bis auf minimale Ausnahmen eben nicht dem Europäischen Parlament.

- Hier bringt die *Zeit* genau die Stimmungslage vieler Wähler auf den Punkt, die in der Tat die genaue Bedeutung des Europäischen Parlaments nicht kennen und aus diesem Umstand schlussfolgern, dass dieser Institution folglich keine große Bedeutung zukommen kann. Dieses Meinungsbild zu erschüttern ist den politischen Akteuren bislang nicht gelungen.

Unter der Ahnengalerie der Abgeordneten des Europäischen Parlaments befänden sich zwar illustre Namen wie Jacques Chirac, Willy Brand oder Francois Mitterrand, doch diese Politiker hätten ihre Karriere nicht in Straßburg begonnen. Vielmehr galten sie als „Zugpferde“, um den Europawahlkampf populärer zu machen, so die *Zeit*. Dennoch werde der bekannte Satz „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“ mit der Aussage entkräftet, dass ein Drittel der Europaabgeordneten unter 45 Jahre alt sei. Es wird auch von verdienten Europapolitikern geschrieben, so zum Beispiel Jean-Pierre Cot, der einst der beste Redner der französischen Nationalversammlung gewesen sei. In Frankreich war er Minister für die Dritte Welt und wurde aus dem Amt entlassen, weil er sich weigerte, bei einem Staatsbesuch des Diktators Sékou Touré aus Guinea diesem die Hand zu geben. Jetzt ziehe er seit zehn Jahren in Brüssel die Fäden. Die *Zeit* kommt zu dem Fazit, dass sich gut ein Dutzend überragender

---

<sup>332</sup> Verschwiegen wird, dass das auch für den deutschen Bundestag und die Landtage gilt. Die Abwesenheit der Parlamentarier hat weniger mit mangelnder Disziplin als mit einem vollen Terminkalender zu tun.

<sup>333</sup> Die *Zeit*, 23/1994, S. 13

Politiker unter den 518 Europaabgeordneten befindet. Bei der Größe des Parlaments sei dies allerdings insgesamt eher als kritisch zu bewerten.

Klar sei, dass das Europäische Parlament nicht in das klassische Schema der Gewaltenteilung passe. Denn dort kontrolliere das Parlament die Regierung, was hier nicht der Fall sei. Doch so unzufrieden seien die Parlamentarier nicht. In dem Artikel heißt es weiter, dass auch das Europäische Parlament politische Prozesse durch Initiativen beeinflussen könne. Man müsse nur etwas erfinderisch sein. Häufig seien sie auf das Wohlwollen der Kommission angewiesen, dies halte das Parlament aber nicht davon ab, sich mit Hingabe für verschiedene Themen einzusetzen. Letztlich werde rund die Hälfte ihrer Änderungsanträge akzeptiert.

- Diese Innensicht der Parlamentarier auf ihr eigenes Parlament wird in der Öffentlichkeit sonst kaum transportiert. Der Umstand, dass ein Parlament mit angeblich wenig Macht mit rund der Hälfte seiner Änderungsanträge Erfolg hat, dürfte selbst bei politisch Interessierten nur wenig bekannt sein. Solche Informationen aber sind es, die wesentlich dazu beitragen könnten, dass sich die öffentliche Wahrnehmung des Parlaments erheblich verbessert.

Nach dieser positiven Sichtweise werden aber auch negative Aspekte behandelt. So fragt sich die Zeitung, über was sich die Parlamentarier eigentlich den „Kopf zerbrechen“. Das seien Themen wie der illegale Abschuss von Zugvögeln in Frankreich, der Schutz der letzten Braunbären in Europa und die Verurteilung von politischen Morden im Iran. Der SPD-Abgeordnete Gerhard Schmid dazu: Ein Parlament mache sich lächerlich, wenn es ständig die ganze Welt kommentiere. Rüdiger von Wechmar, ein Amtskollege und früherer Journalist, Regierungssprecher und Diplomat, klagte über die „ungeheure Produktion an Bedrucktem“. Nötig seien höchstens zehn Prozent des Materials. Reformbedürftig sei seiner Meinung nach die Zeitökonomie des Parlaments.

Wertvolle Zeit gehe auch durch die ständigen Ortswechsel zwischen Straßburg, Brüssel und dem Wahlkreis verloren. Das Europäische Parlament arbeite wie ein „Wanderzirkus“. Deshalb würden die Abgeordneten mehrheitlich auch für Brüssel als einzigen Sitz des Parlaments stimmen. Das sei auch unter dem Aspekt der Kontrolle der Kommission sinnvoll. Problematisch sieht die *Zeit* auch das Selbstverständnis des Parlaments. Ist das Parlament ein europäisches oder ein Parlament mit Abgeordneten aus den zwölf Mitgliedsstaaten? Denn die Ziele der Abgeordneten unterscheiden sich je nach Herkunft. Das fange schon bei der

Verteilung der Kompetenzen an. Deutschland und die Beneluxstaaten würden dem Parlament beispielsweise mehr Kompetenzen geben, während Großbritannien gar nicht daran denke, dem Unterhaus Kompetenzen wegzunehmen, um sie an Europa abzugeben.

- Eine solche Form der Kritik, die sich eingehend auch mit Einzelfragen beschäftigt, wird einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Europäischen Parlament gerecht. Gerade durch das ernsthafte Ansprechen kritikwürdiger Einzelfragen wird die Rolle des Parlaments insgesamt gestärkt, weil hierdurch zum Ausdruck kommt, dass die Zeitung das Europäische Parlament zunächst einmal als wichtige Institution anerkennt.

Eine weitere zentrale Fragestellung in dem Artikel lautet, ob bei der Europawahl wirklich über Europa abgestimmt wird, oder ob nationale Fragen im Vordergrund stehen. Dazu der Politologe Peter Graf von Kielmansegg:

„Diese Wahlen sind nationale Wahlen, in denen europäische Politik nur marginal und zufällig eine Rolle spielt.“<sup>334</sup>

Von den drei „Machtzentren“ der Europäischen Union: Kommission, Ministerrat und Parlament setzt die Zeitung das Parlament auf den dritten Rang.

Die Rechte des Parlaments beschreibt die *Zeit* wie folgt:

„Mit dem Vertrag von Maastricht sind die Kompetenzen des Europäischen Parlaments bei der Verabschiedung von Gesetzestexten (also Verordnungen oder Richtlinien) beträchtlich erweitert worden, obwohl der Weg zu einer vollwertigen europäischen Legislative noch weit bleibt. Der Grad der Mitsprache richtet sich nach dem Gegenstand.“<sup>335</sup>

Unterschieden werde nach folgenden „reichlich unübersichtlichen“ Verfahren: Die Konsultation, die Kooperation, die Kodezision und zuletzt die Zustimmung.

Ein letzter Abschnitt informiert den Leser über die Formalien der Wahl. Berichtet wird über die Anzahl der Abgeordneten, die Dauer ihrer Amtszeit, über die Anzahl der wahlberechtigten Europäer, wann in welchem Land gewählt wird etc..

---

<sup>334</sup> Die Zeit, 23/1994, S. 13

<sup>335</sup> Die Zeit, 23/1994, S. 13



In der nächsten Ausgabe, drei Tage vor der Wahl, erscheint ein Artikel über Europa und über die Wahlen zum europäischen Parlament. Hier wird das Desinteresse der deutschen Wahlberechtigten angeprangert. Diese nähmen den „Segen, den uns die Gemeinschaft bescherte, mit einem Achselzucken als selbstverständlich hin.“<sup>336</sup> Die jungen Staatsbürger werden kritisch betrachtet, sie seien risikoscheu, angepasst, karrieresüchtig und konventionell. Sie sollten sich an ihre Väter und Großväter erinnern, die für ein Zeichen der Freundlichkeit und der Normalität, die sie von den „Siegern“ vor fünfzig Jahren erhielten, unendlich dankbar waren. Europa sei nach den beiden Weltkriegen der einzige Weg, um dauerhaft Frieden auf dem europäischen Kontinent zu schaffen.

Natürlich seien Reformen überfällig, man dürfe aber nicht vergessen, dass

„Brüssel bei der Lichtung des Dschungels nationaler Verordnungen und Vorschriften, die allesamt einer fairen Konkurrenz die Wege verlegen, notwendige, tüchtige und manchmal brillante Arbeit geleistet hat. Dagegen steht, daß der gesamte Apparat von Brüssel, dieser vermeintliche ‚Superstaat‘, den man uns als einen gigantischen Popanz vorführt, weniger Bedienstete zählt als die Stadt Köln. Dagegen steht zuerst und zuletzt, daß die Europäische Union die einzig wirksame Sicherung gegen den Rückfall in die tödlichen Atavismen des Nationalismus ist.“<sup>337</sup>

- Hier wird, im Gegensatz zu dem Großteil der zum Thema erschienenen Artikel, das Positive an Europa beschrieben und warum die Union so wichtig für deren Mitgliedsländer ist. Positive Wirkungen werden herausgestellt, wobei nicht verschwiegen wird, dass die Union noch lange nicht am Ziel sei. Herausgestellt wird auch die tiefere Bedeutung, die die europäischen Gemeinschaften nach dem Krieg für die Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern hatte. Der Beitrag ist eines der wenigen Beispiele, in denen auch Positives von dem Straßburger Parlament berichtet wird.

In der Ausgabe vom 10. Juni erscheint ein dritter Artikel zum Thema Wahlprogramme und -strategien der Parteien zur Europawahl. Die Unterschiede in den Wahlprogrammen der Parteien seien nicht leicht zu erkennen. Offensichtlich seien alle Parteien für das gleiche

---

<sup>336</sup> Die Zeit, 24/1994, S. 3

<sup>337</sup> Die Zeit, 24/1994, S. 3

Europa. Nehme man die „Splittergruppen“ aus der Betrachtung heraus, gebe es kaum Unterschiede.

„Eine Kostprobe [aus dem Manifest der EVP]: ‚Die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Wirtschaft wieder in Schwung bringen, die Innere Sicherheit garantieren, die Umwelt schützen, den Frieden sichern – das sind die Prioritäten unserer Politik, die nur im Rahmen der Europäischen Union realisiert werden kann.‘ Total einsichtig. Welcher schwarze/rote/grüne Wähler möchte dem nicht zustimmen?“<sup>338</sup>

Die Sozialdemokratische Partei Europas schreibt, so die *Zeit*:

„‚Soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung, Solidarität und Verantwortung, Arbeit und soziale Sicherheit – so muß unser Europa aussehen!‘ Den Christdemokraten muß man erst finden, der das nicht unterschreiben könnte.“<sup>339</sup>

Da es keine grundsätzlichen Divergenzen zwischen den Parteien gebe, sähen die Wähler auch keine echten Alternativen und somit sei es nicht verwunderlich, wenn sich niemand für die Europawahl interessiere. Die Parteien sehen in der Europawahl einen „Probelauf“ für die Bundestagswahl und unterscheiden sich, wenn überhaupt, fast nur bei innenpolitischen Themen.

„So wird sich der Bürger erst gar nicht die Mühe machen, sich nach europapolitischen Kriterien zu entscheiden, sondern eben sein Kreuzchen da machen, wo er es sonst auch macht. Sofern er nicht gleich zu Hause bleibt.“<sup>340</sup>

- Auch hier arbeitet die *Zeit* deutlich einen der wesentlichen Gründe für die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen heraus und belegt dies mit sehr anschaulichen Beispielen aus den nahezu austauschbaren Parteiprogrammen. Hierdurch hält die Zeitung den Parteien den Spiegel vor und konfrontiert sie mit ihren europapolitisch konturlosen Wahlprogrammen. Hierdurch wird vielleicht nicht unmittelbar die Wahlmotivation der Rezipienten erhöht, die *Zeit* leistet aber zumindest einen wesentlichen Beitrag zu einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung der Leser mit Fragen des Europäischen Parlaments.

---

<sup>338</sup> Die Zeit, 24/1994, S. 39

<sup>339</sup> Die Zeit, 24/1994, S. 39

<sup>340</sup> Die Zeit, 24/1994, S. 39

## Zusammenfassung

Auch die *Zeit* berichtet über Splitterparteien und Randgruppierungen. In dem ersten zum Thema erschienenen Artikel im Untersuchungszeitraum geht es um Gruppierungen wie die „Naturgesetz Partei“, die vorzugsweise bei Europawahlen in Erscheinung treten und in das Europäische Parlament einziehen wollen. Diese spielen im politischen Meinungsbildungsprozess im Europäischen Parlament zwar keine Rolle. Ihr alleiniges Auftreten im Wahlkampf kann jedoch bei der Bevölkerung den Eindruck vermitteln, der Europawahl fehle der ernste Hintergrund.

Ein weiteres Akzeptanzproblem der Europawahl ist, dass sich die großen deutschen Parteien kaum in ihren Themen unterscheiden. Die Motivation des Wählers, durch seine Stimmabgabe den politischen Kurs in Europa zu beeinflussen, fällt damit mangels echter Alternativen nahezu weg. Zusätzlich wird die Europawahl als nationale Stimmungswahl gesehen, was die Motivation der Wahlberechtigten nochmals schmälert.

Gemäß der Berichterstattung der *Zeit* ist es auch ein weiteres Problem, dass Informationen über das Europäische Parlament von den Kandidaten nur spärlich an die Bevölkerung weitergegeben werden. Dies habe den Grund, dass die Wahlkämpfer die Bürger möglichst in dem Glauben lassen wollen, dass das Parlament, betrachte man die Handlungsstrukturen und –möglichkeiten im Ganzen, entscheidende Macht besäße.

Die *Zeit* berichtet auch über die Arbeit der Parlamentarier und blickt hinter die Kulissen des Parlaments. Die Zeitung beleuchtet jedoch überwiegend kritikwürdige Sachverhalte, was zwar der überwiegenden Arbeit des Europäischen Parlaments nicht entspricht. Allerdings wird diese kritische Vorstellung der Arbeit des Parlaments durch zahlreiche Erläuterungen und Hintergrundinformationen ergänzt, sodass sich dem Leser insgesamt ein differenziertes Bild des Europäischen Parlaments bietet.

Nach diesen kritischen Berichten über das Parlament wird dann, kurz vor der Wahl, das Desinteresse der deutschen Wahlberechtigten bemängelt. Es wird noch einmal skizziert, worin die besondere Bedeutung der Union für die Mitgliedsländer liegt und warum es notwendig ist, am Wahltag seine Stimme für Europa abzugeben. Zwar sei die Union noch lange nicht am Ziel, aber auf dem richtigen Weg. Insgesamt beschäftigt sich die *Zeit*

anlässlich der bevorstehenden Europawahlen ernsthaft mit dem Europaparlament und zeichnet ein differenziertes Bild seiner Arbeit, nicht ohne im Ergebnis durchaus seine Bedeutung und Entwicklungspotentiale hervorzuheben.

## 2.4 Der Spiegel

### 1. Januar bis 30. Juni 1994

Im Untersuchungszeitraum erscheinen acht Artikel zum Themenkomplex Europawahl und Europäisches Parlament sowie ein Schaubild über eine Umfrage nach dem Interesse an den „Vereinigten Staaten von Europa“. Im Gegensatz zu den Tageszeitungen werden die Artikel nicht in die drei Themenschwerpunkte Legitimation, Akzeptanz und Wählerverhalten untergliedert. Bei der geringeren Anzahl der Artikel erscheint es sinnvoller, chronologisch vorzugehen.

Das Jahr beginnt mit einem Artikel von Sir Ralf Dahrendorf<sup>341</sup> über „Ein Europa für die Zukunft“<sup>342</sup>. Der Artikel setzt sich kritisch mit der Europäischen Union auseinander. Für Dahrendorf ist der

„europäische Einigungsprozeß [...] ins Stocken geraten, der Vertrag von Maastricht markiert ein Ende.“<sup>343</sup>

Für den Autor ist der Maastrichter Vertrag ein Spaltungsvertrag und zwar zwischen „Schnellzug- und Bummelzug-Unionisten“. Die Europäische Gemeinschaft hat für Dahrendorf aber auch große Errungenschaften hervorgebracht. So zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und Parlamenten ihrer Mitgliedsstaaten. Innerhalb Europas haben die Bürgern mehr Bewegungsspielräume. Von Vorteil für die Mitgliedsländer ist auch der gemeinsame Markt, der Firmen innerhalb der Gemeinschaft mehr Freiräume schafft.

„Nach außen tritt die Union vor allem in der Handelspolitik mit einer Stimme auf.“<sup>344</sup>

---

<sup>341</sup> Sir Ralf Dahrendorf (64) ist Rektor des St. Anthony's College in Oxford

<sup>342</sup> Der Spiegel, 1/1994, S.28-29

<sup>343</sup> Der Spiegel, 1/1994, S.28

<sup>344</sup> Der Spiegel, 1/1994, S.28

Jedoch fand das Europäische Parlament laut Dahrendorf keinen rechten Platz zwischen der Kommission und dem Ministerrat.

„Das Europäische Parlament ist kein Parlament und wird auch keines werden, solange die Sachlogik die europäischen Dinge regiert.“<sup>345</sup>

Nach Dahrendorf ist Europa nur in einer gemeinsamen Interessenwahrnehmung und einer gemeinsamen Identifizierung zu finden. Doch die Interessen seien gar nicht so leicht zu identifizieren. Sei zum Beispiel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein gemeinsames Interesse, oder sei das ein Interesse, das jeder einzelne in der Gesellschaft für sich verfolge und somit jeder Staat seinen Weg gehen könne. Die Themen eines Europas der Zukunft sind für den Autor ein gemeinsamer Binnenmarkt, die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

In seinem Artikel forscht Dahrendorf nach den Ursachen, warum der europäische Einigungsprozess ins Stocken geraten ist. Zum einen ist der Vertrag von Maastricht für ihn ein Weiterschreiten auf dem falschen Pfad. Angesichts der Öffnung der östlichen Staaten müssten neue Wege beschritten werden. Zum anderen wurden die Schlüsselindustrien (EGKS) schnell Sorgenkinder. Die Gemeinschaft verwandelte sich dadurch von einem Instrument der Integration zentraler Wirtschaftsbereiche zu einem Arrangement zur Verteidigung niedergehender Industrien, so Dahrendorf.

- Der Artikel beschreibt zwar aus der Sicht des Autors die momentanen Gegebenheiten in der Europäischen Gemeinschaft, die bevorstehende Europawahl wird jedoch mit keinem Wort behandelt. Angesichts des näherrückenden Wahltermins mag dies verwundern, zeigt es aber einmal mehr, dass zwar das Europäische Parlament gelegentlich Gegenstand der Berichterstattung ist, nicht jedoch die Europawahlen als solche. Dabei sind gerade die Wahlen zum Europäischen Parlament als Akt der politischen Partizipation der Bevölkerung am Prozess der europäischen Willensbildung für die Rezipienten von besonderer Bedeutung, weil sie hier die Gelegenheit erhalten, aktiv an dem politischen Prozess der europäischen Einigung teilzunehmen.

---

<sup>345</sup> Der Spiegel, 1/1994, S.29

In Ausgabe 10 des *Spiegels* wird über die Schwierigkeiten berichtet, die in Deutschland lebende EU-Ausländer haben, sofern sie in der Bundesrepublik am 12. Juni ihre Stimme abgeben wollen.

1,2 Millionen EU-Ausländer, die in Deutschland leben, können hier bei der Europawahl ihre Stimme abgeben. Nach Jürgen Micksch, dem Interkulturellen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Hessen, wissen die meisten jedoch von nichts. Laut des *Spiegel*-Artikels soll dies auch so bleiben. Um der geringen Wahlbeteiligung der europäischen Ausländer entgegenzuwirken, habe die Bundesregierung zwar Anzeigen geschaltet, diese aber in überregionalen Zeitungen, die von Ausländern kaum gelesen werden, so beruft sich das Magazin auf einen „Bonner Ministerialen“.

Auch der „in bestem Amtsdeutsch“ verfasste „Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis für Unionsbürger“ wird von dem Magazin kritisch betrachtet. Der wahlwillige EU-Ausländer müsse nämlich diesen Antrag bis zum 9. Mai in der Stadtverwaltung abgegeben haben. Fraglich bliebe nur, ob er diesen Antrag überhaupt verstehe und ausfüllen könne, denn auch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, bekam einen „Ausbruch von Schweiß“, als sie das schwer verständliche Papier gelesen habe. Zudem müssten die Ausländer an Eides statt versichern, in keinem anderen Mitgliedsstaat ihre Stimme abzugeben. Überspitzt schreibt der *Spiegel*:

„Die ‚Rückseite der Zweitausfertigung‘ des Antrags sollen die Wahlämter der Gemeinden und Städte zudem an den ‚Herkunfts-Mitgliedsstaat‘ des Antragstellers senden. Will also ein Madrider in Berlin wählen, muß die Berliner Stadtverwaltung die Stadtverwaltung von Madrid davon informieren – mit einer Kopie des Antrags.

Die Madrider Behörden müssen den Auslandsspanier dann aus ihrem Wählerverzeichnis streichen, damit der nach seiner Stimmabgabe in Berlin nicht in seine Heimat fliegen und dort ein zweites Mal votieren kann. Die deutschen Ämter wissen aber nicht, an wen die Post adressiert werden soll.“<sup>346</sup>

- In gewisser Weise liegt das Magazin mit dieser überspitzten Darstellung richtig, denn die ausländischen Wähler werden kaum in ihr Heimatland fliegen um ihr Wahlrecht doppelt zu gebrauchen. Sie können ihre Stimme jedoch per Briefwahl abgeben. Um dann der Möglichkeit einer doppelten Stimmabgabe zu begegnen, ist es aber sicher sinnvoll, einen zwischenstaatlichen Datenabgleich zu ermöglichen.

---

<sup>346</sup> Der Spiegel, 10/1994, S. 39

Der *Spiegel* merkt zudem kritisch an, dass ein Spanier, der drei Monate in Deutschland wohnt, hier auch zur Wahl gehen kann, während ein Türke, der in Deutschland geboren wurde und aufgewachsen ist, nicht zur Wahl gehen darf, weil die Türkei kein EU-Mitglied ist.<sup>347</sup> Hierin sieht das Magazin einen gewissen Widerspruch in der Behandlung der ausländischen Mitbürger.

Drei Ausgaben später erscheint ein Bericht über die „Krise“ der Europäische Union.

„Gut zwei Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament hatte die Union ihren wahren Zustand offenbart: zerstritten, handlungsunfähig, konzeptionslos.“<sup>348</sup>

Themen sind die Beitritte Schwedens, Finnlands, Österreichs und Norwegens sowie die Sperrminorität im künftigen Ministerrat. Es wird deutlich, dass Länder wie Großbritannien und Spanien durch die exakte Beibehaltung der Sperrminorität nach der Erweiterung ihren Einfluss in der Europäischen Union vergrößern wollen. Und dadurch

„steht die Philosophie der Europäischen Integration auf dem Spiel.“<sup>349</sup>

Dem Magazin nach zu urteilen, liefert dieser Streit nur einen Vorgeschmack auf noch kommende Auseinandersetzungen und dem Rezipienten wird vermittelt, dass die Europäische Union mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Da oft nationale Interessen der Mitgliedsländer im Vordergrund stehen, bleibt es für den Wähler fraglich, was die Wahl zum Europäischen Parlament für Europa an Gestaltungsmöglichkeiten bringt.

- Hier thematisiert der *Spiegel* einen wesentlichen Auslöser für die Abwendung einzelner Bevölkerungsteile von Fragen der europäischen Politik. Das Taktieren um Macht und Einfluss in den europäischen Institutionen, welches zu komplizierten und umständlichen Abstimmungsprozessen führt, verstellt oftmals die Sicht auf die sachpolitischen Themen und Erfolge der europäischen Union. In der Wahrnehmung der Rezipienten bleibt häufig der Eindruck, Europa balanciere

---

<sup>347</sup> Der Spiegel, 10/1994, S. 39

<sup>348</sup> Der Spiegel, 13/1994, S. 152

<sup>349</sup> Der Spiegel, 13/1994, S. 152

lediglich die Interessen seiner Mitgliedsstaaten gegeneinander aus, anstatt gemeinsame europäische Ziele zu formulieren.

In der 19. Ausgabe des *Spiegels*<sup>350</sup> erscheint ein Artikel, der sich ausführlich mit der geringen Wahlbeteiligung bei Europawahlen beschäftigt. Auf gut vier Seiten werden Gründe erörtert, um dieses Phänomen zu erklären. Danach liege der Hauptgrund darin, dass dem Europäischen Parlament weder von den Wählern noch von den Gewählten viel zugetraut werde, obwohl das Parlament große Aufgaben zu bewältigen habe. Unter anderem die einheitliche Währung für alle EU-Staaten der Eurozone, die Osterweiterung oder eine gemeinsame Außenpolitik. Nach Darstellung des Magazins müssten die Parlamentarier jedoch schon lange nicht mehr machtlos sein, es fehle ihnen nicht an Befugnissen, sondern an Mut und Unabhängigkeit, diese durchzusetzen. Ein weiteres Problem sei die Vielsprachigkeit des Parlaments.

„Rhetorische Brillanz in Plenardebatten bringt wenig ein. Für die große Mehrheit ist der Redner immer ein Ausländer mit fremder Zunge. Selbst simple Witze verpuffen, weil die Simultanübersetzung je nach Sprache mal früher, mal später bei den kopfhörerbewehrten Zuhörern ankommt.“<sup>351</sup>

Den politischen Einfluss habe sich das Parlament abkaufen lassen:

„In dem Vertrag [von Maastricht] über die Europäische Union ermächtigen sich die Regierungen, bis zum Ende des Jahrzehnts eine europäische Währung und grenzüberschreitende Polizeiarbeit sowie gemeinsame Militäraktionen und Außenpolitik zu betreiben. Aber nur bei Rahmenprogrammen zum Thema Forschung und Umwelt sowie in Fragen des Verbraucherschutzes gestanden die Regierungen dem Parlament ein Vetorecht zu.“<sup>352</sup>

- Hier widerspricht sich das Magazin dahingehend, dass zuvor erklärt wird, dass das Parlament die Macht habe, Dinge zu verändern, nur nicht den Mut und die Unabhängigkeit dazu. Hier jedoch wird argumentiert, dass die Parlamentarier nur bei dem so genannten „Rahmenprogramm“ ein wirkliches Mitbestimmungsrecht haben, sozusagen den „Trostpreis“.

Ein großes Problem des Europäischen Parlaments sei es, dass

---

<sup>350</sup> Der Spiegel, 19/1994, S. 18-22

<sup>351</sup> Der Spiegel, 19/1994, S. 19

<sup>352</sup> Der Spiegel, 19/1994, S. 19



„die Karriere der Europolitiker mit dem Wohlwollen ihrer Parteiführung in der Heimat“<sup>353</sup>

steht und fällt. In Abhängigkeit zu Regierungschefs oder den heimatlichen Parteien werde kein Parlamentarier seine politische Karriere für eine Abstimmung aufs Spiel setzen. Ein weiterer Mangel sei, dass das Parlament keine Regierungsmehrheit und keine Opposition kenne. Wollten die Parlamentarier überhaupt gehört werden, müssten sie zuvor eine absolute Mehrheit im Parlament haben. Das heißt, das Europäische Parlament habe nur dann wirklichen Einfluss, wenn die absolute Mehrheit aller Abgeordneten hinter einer Initiative steht, egal wie viele Parlamentarier bei der Abstimmung anwesend sind. Daher habe sich mit der Zeit eine permanente Große Koalition gebildet, so der *Spiegel*. Das Magazin fragt schließlich:

„Warum soll man diese Leute wählen?“<sup>354</sup>

Der *Spiegel* ist der Auffassung, dass das „Hohe Haus in Straßburg“ selbst daran schuld sei.

„So hätte der Vertrag von Maastricht ermöglicht, dass die europäisch organisierten Parteien mit eigenen Kandidaten für die Präsidentschaft der EU-Kommission in den Wahlkampf ziehen.

Hätten der konservative Block und die Sozialisten davon Gebrauch gemacht, könnten die Wähler wenigstens über die Nachfolge von Jacques Delors an der Spitze der EU-Behörde mitbestimmen. Doch vergangenes Jahr gab sich das Parlament eine neue Geschäftsordnung, mit der es freiwillig auf die Benennung eigener Kandidaten verzichtete.“<sup>355</sup>

- In der Tat ist es für die breite Mehrheit der Wähler schwer nachzuvollziehen, warum Abgeordnete freiwillig auf Kompetenzen verzichten. Nicht zuletzt durch eine solche „Selbst-Entmachtung“ trägt das Parlament selbst zu einer geringen Wertschätzung in der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten bei. erinnert man sich an den Anfang des Artikels, kann diese Entscheidung jedoch auch unter anderem mit der künftigen Karriereorientierung der Parlamentarier zu tun haben. Die Regierungen der Mitgliedsländer haben zumeist wenig Interesse an einem starken Europäischen Parlament, da dieses Parlament die eigene Handlungsfähigkeit in europäischen Angelegenheiten einschränken würde. Da die Mitglieder des

---

<sup>353</sup> Der Spiegel, 19/1994, S. 20

<sup>354</sup> Der Spiegel, 19/1994, S. 21

<sup>355</sup> Der Spiegel, 19/1994, S. 21

Europäischen Parlaments zum großen Teil wieder in ihrem Heimatland ihre politische Karriere fortsetzen wollen, geraten sie hier in eine gewisse Abhängigkeit zu den Regierungen ihrer Herkunftsstaaten, was die Unabhängigkeit der Parlamentarier erheblich einschränken kann.

Vier Ausgaben später<sup>356</sup>, knapp eine Woche vor der Wahl, erscheint ein Artikel über den momentanen Zustand der Europäischen Union. Der *Spiegel* schreibt, dass die Parteien den Bürgern ein „schönes und friedliches Europa“ vorspielten, aber nicht auf die „gewaltigen“ Probleme aufmerksam machten.

„In der Pose des unbeschwerten Europäers hoffen die Etablierten [Parteien] die Wahl am kommenden Sonntag unbeschädigt zu überstehen. Im Wahlkampf der Unverbindlichkeiten klingt alles betont friedlich und angestrengt positiv. Und garantiert nichtssagend.“<sup>357</sup>

Dabei habe das Parlament wichtige Themen mit zu entscheiden. Unter anderem über die Einführung einer einheitlichen Währung für die EU-Länder und Reformen, die beinahe alle Institutionen betreffen. Dennoch finde auch in Deutschland keine Diskussion statt, auch wenn die Bundesrepublik unmittelbar betroffen sei. Auch die Osterweiterung sei ein Thema, das für die westlichen EU-Länder besondere Bedeutung habe.

Der Bevölkerung werde das in Wahlkampf slogans der großen Volksparteien wie „Sicher in die Zukunft“ oder „Sicherheit statt Angst“ nicht vermittelt.

Nach der Wahl wird über die große Zahl der ungültigen Stimmen geschrieben, die mancherorts sogar über fünf Prozent lägen. In Mecklenburg-Vorpommern seien es sogar 7,1 Prozent und in Sachsen 5,4 Prozent der Wähler, die den Wahlschein nicht korrekt ausgefüllt hätten.<sup>358</sup>

Auch beim *Spiegel* zeigt sich dem Leser in der Nachlese der Europawahl ein ernüchterndes Bild. Von „stille[r] Entmachtung“ ist hier die Rede.<sup>359</sup> Die nationalen Probleme und Strategien der Mitgliedsländer genießen wieder Vorrang und das Wall Street Journal ist gar

---

<sup>356</sup> Der Spiegel, 23/1994, S. 24-26

<sup>357</sup> Der Spiegel, 23/1994, S. 24

<sup>358</sup> Der Spiegel, 25/1994, S. 28

<sup>359</sup> Der Spiegel, 25/1994, S. 131

der Meinung, dass Europa „kaum etwas anderes als eine Freihandelszone sein“<sup>360</sup> wird. Die Wahlbeteiligung zeige auch,

„daß das Schicksal der Europäischen Union vielen Bürgern gleichgültig ist. [...] Das Straßburger Parlament, stets um stärkere Integration bemüht, geht geschwächt aus diesem Urnengang hervor. [...] Und auch künftig wird die Straßburger Volksvertretung von allen wichtigen Entscheidungen über die Strukturen der Union ferngehalten.“<sup>361</sup>

Diese These wird mit dem Beispiel untermauert, dass der Vorschlag, zwei Abgeordnete des Europäischen Parlaments an den Vorarbeiten für die Regierungskonferenz zur Reform der Union zu beteiligen, bei den meisten Mitgliedsländern nicht auf Gegenliebe gestoßen sei.

- Auch nach der Wahl gibt das Magazin eine eher pessimistische Sichtweise des Wahlausgangs und der Zukunft des Europaparlaments wieder. Damit verstärkt es auch im Nachhinein den landläufigen Eindruck der Belanglosigkeit der Europawahlen, zumindest soweit, als das Magazin die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Parlaments hin zu einem echten Legislativorgan kritisch beurteilt. Damit werden die Wähler schon kurz nach der Wahl 1994 nicht unbedingt in ihrem Interesse am Europäischen Parlament bestärkt.

## Zusammenfassung

Im Januar schreibt Sir Ralf Dahrendorf über Defizite und Errungenschaften in der Europäischen Union. Der Vertrag von Maastricht fördere für ihn das Europa der zwei Geschwindigkeiten. Zwischen Ministerrat und Kommission habe das Parlament keinen richtigen Platz gefunden. Dahrendorf sucht Ursachen, warum der Einigungsprozess seiner Meinung nach ins Stocken geraten ist und beschreibt den momentanen Zustand der Union. Die Wahl zum Parlament wird hier nicht erwähnt.

Auch der *Spiegel* berichtet über die Hürden, die EU-Ausländer überwinden müssen, falls sie in Deutschland ihre Stimme zur Europawahl abgeben wollen, sofern sie überhaupt von ihrem Wahlrecht erfahren haben. Den Recherchen des Magazins zufolge war die Wahlwerbung

---

<sup>360</sup> zitiert nach: Der Spiegel, 25/1994, S. 131

<sup>361</sup> Der Spiegel, 25/1994, S. 131

falsch platziert und die Aufklärung zu gering. Auch der schwer verständliche Antrag zur Eintragung ins Wählerverzeichnis birgt für die Betroffenen große Hürden. Das Wahlrecht sei insofern kritikwürdig, als dass EU-Ausländer, nachdem sie drei Monate in der Bundesrepublik lebten, zur Wahl gehen könnten. Andere Ausländer, die schon Jahre in Deutschland ihr zu Hause hätten, seien jedoch nicht berechtigt, bei der Europawahl ihre Stimme abzugeben.

Auch der *Spiegel* berichtet über die Defizite des Europäischen Parlaments und deren Hintergründe. Es wird über die Situation der Parlamentarier berichtet, um ihr Handeln zu erklären. Das Magazin spricht das Problem der permanenten großen Koalition im Parlament an, welches die Herausbildung parlamentarischer Mehrheiten im Widerstreit der politischen Überzeugungen bisweilen verhindert, zumindest aber für den Bürger nur schwer erkennbar macht. Kritisch betrachtet wird auch die „schöne, heile Welt“ der Wahlwerbung und zwar parteiübergreifend.

Nach der Wahl wird über die große Anzahl an ungültigen Stimmen berichtet. Die Wähler seien unsicher gewesen, so der *Spiegel*, überfordert mit der Vielzahl an Wahlzetteln und dem Modus der Sitzverteilung. Ebenfalls berichtet das Magazin über das aus seiner Sicht ernüchternde Wahlergebnis.

## 2.5 Focus

### 1. Januar bis 30. Juni 1994

In den Monaten vor der Europawahl und den drei Wochen nach der Stimmabgabe handeln 13 Artikel von der Wahl in Deutschland und dem Europäischen Parlament. Wie beim *Spiegel* und der *Zeit* werden die Artikel chronologisch dargestellt.

In einem Artikel über Wahlen und das Wahlrecht der Bürger allgemein wird kurz auf die Europawahl eingegangen.

„Einfacher geht es bei der Europawahl am 12. Juni zu. Der Bürger hat hier wenig Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments. Er kann nur Parteien wählen. Die Europaabgeordneten

werden entsprechend der Stimmenanteile ausschließlich über Listen gewählt, die von den Parteien aufgestellt werden.“<sup>362</sup>

Ein Erklärungsmodell für die sich immer stärker ausbreitende Parteienverdrossenheit sei in der Anonymität der Kandidatenauswahl zu sehen. Um diesem Phänomen entgegen zu wirken, schlägt Hans-Joachim Veen, CDU-Politikwissenschaftler der Konrad-Adenauer-Stiftung, vor,

„das Delegiertensystem abzuschaffen und möglichst alle Mitglieder der Partei über die zu wählenden Kandidaten entscheiden zu lassen.“<sup>363</sup>

- Auch bei diesem Artikel kann man erkennen, wo die Europawahl in der Hierarchie der Wahlen in Deutschland eingeordnet wird. Der insgesamt drei Seiten umfassende Artikel widmet der Europawahl einen Absatz. Der überwiegende Teil des Berichts handelt von der Bundestagswahl und von den Landtagswahlen.

Die Zeitschrift schreibt weiter, dass die Parteienabgrenzung in Bezug auf deren Themen immer fließender werde. Die großen Volksparteien würden sich beim Europawahlkampf hinsichtlich der Themen kaum unterscheiden.

„Sicherheit an allen Fronten: Darin sind sich Sozial- und Christdemokraten jedenfalls einig. Sie präsentieren Europa als große Versicherung – neben dem Schutz vor Kriminalität vor allem für die Erhaltung von Arbeitsplätzen.“<sup>364</sup>

Dem *Focus* nach zu urteilen, sei das Europawahlkampfmotto der Sozialdemokraten eine Variante der „CDU-Masche“ der 70er Jahre „Freiheit statt Sozialismus“.<sup>365</sup>

Die CSU wolle bei der Europawahl „Für Bayern wählen“ und das Motto der FDP laute: „Im Namen der Freiheit – wir brauchen Europa“. Die Grünen zeigten sich dahingegen „Lieber weltoffen als national beschränkt“.<sup>366</sup>

---

<sup>362</sup> Focus, 6/1994, S. 44

<sup>363</sup> Focus, 6/1994, S. 44

<sup>364</sup> Focus, 14/1994, S. 22/23

<sup>365</sup> Focus, 19/1994, S. 19

<sup>366</sup> Focus, 14/1994, S. 23

In einer *Focus* Befragung von Mitte Mai 1994 mit der Frage „Wen würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Europawahl wäre?“ würden je 38,5 Prozent der rund 1500 Befragten die CDU sowie die SPD wählen.

„Mögliche Erklärung für das Patt: Beide Parteien unterscheiden sich in ihren Europa-Aussagen nur minimal. Frieden, Innere Sicherheit und Arbeit heißen die Kernthemen.“<sup>367</sup>

Weit abgeschlagen folgten die Grünen mit 8,5 Prozent.

Thema ist auch, ob die CSU bei der vergrößerten Bundesrepublik die Fünf-Prozent-Hürde schaffe. Sie müsse möglichst viele Wähler in Bayern mobilisieren. Für die Christsozialen könne es knapp werden, wenn die Wahlbeteiligung zum Beispiel wegen der vielen Kommunalwahlen am gleichen Tag in der Bundesrepublik hoch ausfalle.

Es wird auch deutlich, dass die Europawahl für die Bundesparteien eine „Bewährungsprobe“ für die anstehende Bundestagswahl ist. Der *Focus* sieht die Ursache darin, dass die Bürger am 12. Juni keine Regierung wählten, sondern „nur“ ein Parlament. Somit werde die FDP als „Mehrheitsbeschafferin“ nicht gebraucht.

Einschätzungen von bekannten Europapolitikern wie Claudia Roth oder Werner Langen, der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat, nach denen bei den Bürgern eine gewisse Europamüdigkeit vorherrsche, kann das Magazin so nicht bestätigen, denn zwei Drittel der Befragten halten die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union für eine gute Sache. SPD Spitzenkandidat Klaus Hänsch sagte zur Bedeutung der Europawahl:

„Die deutschen Parteien wissen, daß das Wahlergebnis Trends für alle Wahlen des Jahres setzen wird. Deswegen wird der 12. Juni so ernst genommen.“<sup>368</sup>

- Bei den untersuchten Printmedien trifft diese Aussage von Hänsch zu, denn viele Artikel handeln von der Europawahl als Maßstab für die bevorstehende Bundestagswahl. Nachvollziehbar ist auch die Feststellung des Magazins, dass Wahlen ohne Aussicht auf die Mitentscheidung über eine künftige Regierung bei

---

<sup>367</sup> Focus, 23/1994, S. 19

<sup>368</sup> Focus, 23/1994, S. 21

den Bürgern die Frage nach dem Sinn der Wahl aufwerfen und folglich die Wahlbeteiligung gering ausfallen kann.

Ein Artikel in der gleichen Ausgabe des *Focus* stellt „Deutschlands faulsten Europapolitiker“, Dieter Schinzel, vor. Schinzel sei in Aschaffenburg mit gefälschten Schweizer Franken gefasst worden. Im Europäischen Parlament glänze er mit Abwesenheit und seine Parteitätigkeit leite er von Griechenland aus. Um seinen mondänen Lebensstil zu finanzieren, habe er sich in Immobiliengeschäften versucht, die jedoch misslingen.<sup>369</sup>

- Das Verhalten von Schinzel und die Berichterstattung darüber trägt nicht dazu bei, das Europäische Parlament und dessen Mitglieder als seriöse, politische Institution zu sehen. Zwar ist wohl nicht davon auszugehen, dass von einzelnen Europapolitikern, die sich moralisch und juristisch fragwürdig verhalten, in der Bevölkerung zugleich auf das gesamte Parlament geschlossen wird. Dennoch bleiben gerade solche „schillernden“ Beispiele im Gedächtnis der Rezipienten und prägen so das Bild europäischer Politik.

Bei der Nachlese der Europawahl kommt der *Focus* zu einem eindeutigen Ergebnis, auch wenn das Magazin noch eine Ausgabe zuvor eine Europamüdigkeit der Bürger nicht feststellen konnte:

„Bei der Wahl zum Europaparlament rechneten die Wähler mit den eigenen Regierungen ab. [...] Die wenigen, die wählen gingen, nutzten die Europawahl für nationale Zwecke. Sie durften schallende Ohrfeigen verteilen, ohne gleich den Regierungswechsel zu riskieren.“<sup>370</sup>

- Der *Focus* sieht die Europawahl als eine groß angelegte „Meinungsumfrage“<sup>371</sup>, womit sich das Klischee der Europawahl als Testwahl für die Bundestagswahlen bestätigt.

---

<sup>369</sup> Focus, 23/1994, S. 34

<sup>370</sup> Focus, 24/1994, S. 206

<sup>371</sup> Focus, 24/1994, S. 207

Die Spitzenkandidaten, zumindest von der FDP, würden jedoch nicht arbeitslos werden, so der *Focus*. Uta Würfel leite künftig das FDP-Verbindungsbüro zur EU-Kommission und zum Parlament.<sup>372</sup>

### **Zusammenfassung**

Der *Focus* erklärt die Parteienverdrossenheit und damit auch die niedrige Wahlbeteiligung unter anderem mit der Anonymität der Kandidatenauswahl. Wie auch „Der *Spiegel*“ kritisiert das Magazin die immer fließender werdende Parteienabgrenzung in Bezug auf ihre Wahlkampfthemen. Das macht auch eine Focus-Umfrage deutlich, bei der je 38,5 Prozent der Befragten die CDU sowie die SPD wählen würden. Die Gleichförmigkeit der Wahlprogramme lässt bei den Bürgern nach Einschätzung des *Focus* das Interesse an der Wahl schwinden, da jede Wahl immer auch eine Auswahl zwischen mehreren Alternativen voraussetzt, eine solche jedoch bei der Europawahl kaum feststellbar ist. Das Magazin greift auch die Frage auf, ob die CSU bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde schaffe, was auch bei der *Süddeutschen Zeitung* ein Thema war.

Ebenso wird die Europawahl als Testwahl für die im Herbst stattfindende Bundestagswahl charakterisiert. Die Ursache sieht der *Focus* in der Tatsache, dass bei dieser Wahl keine europäische Regierung zur Wahl steht. Trotzdem geht das Magazin davon aus, dass die teilweise attestierte Europamüdigkeit der Bürger nicht so stark ausgeprägt ist, wie teilweise angenommen, da sich doch eine Mehrheit der Bürger für die Europäische Union aussprach.

Auch der *Focus* kommt nach der Wahl zu dem klaren Ergebnis, dass die Europawahl eine Protestwahl war, bei der Bürger mit den gewählten Bundespolitikern abrechnen wollten. Des Weiteren war sie, so der *Focus*, eine Testwahl für die im Herbst stattfindende Bundestagswahl.

---

<sup>372</sup> Focus, 25/1994, S. 11



### 3. Zusammenfassung

#### Medienanalyse 1994

Die Analyse zeigt, dass Printmedien nicht nur die bloße Realität widerspiegeln, sondern meinungsbildend auf den Rezipienten wirken. Durch die Themenauswahl und Aufbereitung beeinflussen sie maßgeblich das Bild des Europäischen Parlaments in der Öffentlichkeit. Das dieses nicht immer der Wirklichkeit entspricht, ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass die Printmedien häufiger kritisch über das Parlament und seine Abgeordneten berichten. Kaum erscheinen Berichte über Errungenschaften des Parlaments oder über qualifizierte Parlamentarier, die es durchaus gibt. Dem Leser erschließt sich so ein Eindruck von einem europäischen Parlament, das sich am ehesten mit den Attributen ineffektiv, machtlos und handlungsunfähig beschreiben ließe. Mangels umfassender Information kann bei den Rezipienten ein objektives Bild des Europaparlaments nur schwer entstehen. Zu dem negativ geprägten Bild trägt auch die nur punktuelle Berichterstattung bei, das heißt, der Leser wird nicht kontinuierlich, sondern fast ausschließlich nur vor der Wahl über Themen im Zusammenhang mit dem Europäischen Parlament informiert. Es fehlen dann oft wichtige Detailkenntnisse, die unerlässlich für eine objektive Beurteilung der Situation wären. Die Medienwirklichkeit ist also immer eine „spezifische Berechnung der Wirklichkeit“<sup>373</sup> und hat nichts zu tun mit einer objektiven Wiedergabe der tatsächlichen Lebenswirklichkeit.

Die Medienanalyse der Europawahl 1994 zeigt, dass die untersuchten Printmedien zwar über die veröffentlichten Themen relativ objektiv – wenn auch mit einem Schwerpunkt bei der Darstellung von kritikwürdigen Sachverhalten – berichten. Bei den fünf Zeitungen und Zeitschriften wurde jedoch festgestellt, dass sie den Rezipienten nicht über ein umfassendes Themenspektrum zur Europawahl informieren. Gerade kurz vor der Wahl steigt, vor allem bei den Tageszeitungen, die Berichterstattung zum Thema Europawahl stark an. Gesellschaftlich und politisch interessierte Rezipienten werden vor der Wahl ein erhöhtes Interesse an dem Thema aufweisen und sich Wissen über die gegenwärtige Situation des Parlamentes aneignen wollen. Nutzen sie hierfür die Printmedien als alleinige Informationsquelle, werden sie sich jedoch keinen umfassenden Eindruck über die Situation des Parlamentes machen können. Die Zeitungen und Zeitschriften berichten fast ausschließlich über negative Beispiele<sup>374</sup> und

---

<sup>373</sup> Schulz: „Medienwirkungen“ (1992), S. 54

<sup>374</sup> So zum Beispiel inkompetente Europaabgeordnete. Printmedien stellen das Parlament gerne als machtlose Versammlung ohne Kompetenzen und Regierungsgewalt dar. Dabei beachten sie nicht ausreichend die äußerst diffizilen Umstände der Europäischen Einigung, die es mit sich bringen, dass

schwächen damit die Legitimation des Europäischen Parlaments und die Motivation der Leser zur Teilnahme an der Europawahl.

Es existieren auch Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den einzelnen Printmedien. Während sich die *FAZ* auf bundesweit relevante Themen vor allem in dem Ressort „Politik“ konzentriert, setzt die *Süddeutschen Zeitung* auf einen lokalen Schwerpunkt in den Ressorts „Bayern“ und „München“. Die *Frankfurter Allgemeine* berichtet 30 Mal im Ressort Politik über die Europawahl und das Europäische Parlament, im vergleichbaren Ressort „Nachrichten“ bei der *Süddeutschen Zeitung* erscheinen 25 Artikel. Fasst man die überregionalen Ressorts zusammen, erscheinen in der *Frankfurter Allgemeinen* 35 Artikel und in der *Süddeutschen* 32 Artikel, also annähernd gleich viele. In den regionalen Ressorts ist die Gewichtung eine andere. Die *Süddeutsche* veröffentlicht insgesamt 42 Artikel in den Ressorts „Bayern“ und „München“. Die *FAZ* berichtet nur insgesamt 12 Mal in den regionalen Ressorts über die Europawahl. Im Ganzen veröffentlicht die *Süddeutsche* 32 Artikel mehr als die *FAZ*.

#### Aufteilung in Ressorts

	FAZ	SZ	Die Zeit <sup>375</sup>	Der Spiegel	Focus
Politik	30				
Nachrichten		25			
Wirtschaft	1	1			
Seite Drei		3			
Themen		2			
Feuilleton	2				
Deutsche Fragen – deutsche Antworten	1				
Leserbriefe	1	1			
Meinungsseite		5			
Deutschland				5	8
Ausland				3	1
Globus					1
Periskop					2
Profile					1
<u>Regionale Ressorts:</u>					
Hessen	3				
Rhein-Main	5				
Frankfurt	4				
Bayern		31			
München		11			
<b>insgesamt</b>	<b>47</b>	<b>79</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>13</b>

das Europäische Parlament zu diesem Zeitpunkt gar nicht in der Lage sein kann, wie ein Parlament eines Mitgliedstaates zu agieren. Die Voraussetzungen sind dafür nicht gegeben, da der institutionelle Rahmen der EU-Verträge eine solche Aufgabenzuweisung an das Parlament nicht vorsieht. Der europäische Integrationsprozess ist noch nicht hinreichend fortgeschritten und die Unterschiede der Mitgliedsländer vor allem in kultureller und politischer Hinsicht sind bislang noch zu groß.

<sup>375</sup> Die Archivartikel der Zeit beinhalten keine Aufteilung in Ressorts.

Diese regionale Konzentration der *Süddeutschen Zeitung* kann für den Rezipienten zur Folge haben, dass er sich mit dem Thema stärker auseinandersetzt. Hat ein Thema regionalen Bezug, wird es für die Leser greifbar. Sobald sich der Rezipient ein differenzierteres Bild schaffen kann und aus Zahlen Fakten werden, die der Rezipient - wo möglich aus eigener Erfahrung - nachvollziehen kann, wird das Thema interessant. Da über das Thema „Europawahl“ aber nicht umfassend, sondern eher negativ berichtet wird, gerät der Themenkomplex bei dem Rezipienten in eine Schieflage. Wie bereits eingangs anhand der Studie von Donsbach<sup>376</sup> beschrieben, führt eine dauerhaft negative Berichterstattung über ein Thema zu einer negativen Wahrnehmung bei den Rezipienten. Diese Erwartungshaltung der Leser wiederum begünstigt eine auch weiterhin negative Berichterstattung über dieses Thema, da die Medien ihre Themenaufbereitung auch immer an den angenommenen Erwartungshaltungen der Leser ausrichten. Dies lässt sich auch an der Berichterstattung der untersuchten Printmedien über das europäische Parlament feststellen. Die angenommene Erwartungshaltung der Rezipienten hinsichtlich der vermittelten Information spiegelt sich in der Berichterstattung wieder. So bedingt eine negative Berichterstattung ein negatives Meinungsbild und dieses wiederum fördert eine auch weiterhin negative Berichterstattung.

#### **Veröffentlichungen zum Themenkomplex im Untersuchungszeitraum Januar-Juni 1994**

	<b>FAZ</b>	<b>SZ</b>	<b>Die Zeit</b>	<b>Der Spiegel</b>	<b>Focus</b>
Januar	3	1		2	
Februar	0	2			2
März	4	2		2	
April	4	9	1		2
Mai	18	14	1	1	2
Juni	18	51	6	3	7
<b>insgesamt</b>	<b>47</b>	<b>79</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>13</b>

Hinsichtlich der Häufigkeit und der Zeitintervalle, in denen die beiden Tageszeitungen berichten, stellt man fest, dass die Erscheinungshäufigkeit bei der *Süddeutschen Zeitung* in den ersten drei Monaten niedrig, aber ansteigend ist, in den drei Monaten vor der Wahl von Monat zu Monat sprunghaft ansteigt. Bei der *FAZ* steigt die Berichterstattung im Mai sprunghaft von je vier Artikel im März und April auf 18 Artikel im Mai an und bleibt auch im Juni auf diesem Niveau. Die *Zeit* informiert ihre Leser im April und Mai mit einem Artikel pro Monat und veröffentlicht im Wahlmonat sechs Artikel über die Wahlen. Der *Spiegel* berichtet in gewisser Weise im Untersuchungszeitraum kontinuierlich über das Parlament und

<sup>376</sup> Siehe dazu Donsbach: „Die Selektivität der Rezipienten“ (1992), S. 42ff

die Wahlen. Im Januar und März erscheinen je zwei Artikel, im Mai ein Artikel und im Wahlmonat berichten drei Artikel über die Ereignisse zur Europawahl. Der *Focus* publiziert dagegen in den Monaten Februar und April je zwei Artikel über das Thema, also genau entgegengesetzt zum *Spiegel*. Im Mai wird zwei Mal berichtet. Im Juni steigt auch beim *Focus* die Berichterstattung sprunghaft auf sieben Veröffentlichungen an, während der *Spiegel* im Wahlmonat nur dreimal über die Europawahl berichtet.

### 3.1 Hauptaussagen der untersuchten Printmedien

#### Frankfurter Allgemeine Zeitung / Süddeutsche Zeitung

Im Themenbereich **Legitimation** des Europäischen Parlaments und der Europawahl berichtet die *Frankfurter Allgemeine* im Schwerpunkt über Kompetenzen und Defizite des Parlaments. Vorgestellt werden Parlamentarier und Kandidaten sowie junge Politiker, die Europa als Karrieresprungbrett benutzen wollen. Die *Süddeutsche Zeitung* setzt einen Schwerpunkt auf die politischen Leitlinien, Themen und Wahlprogramme der Parteien. Einen weiteren Schwerpunkt in der Berichterstattung legt die Zeitung auf die in Deutschland lebenden EU-Ausländer. Zudem berichtet die Zeitung über einzelne Kandidaten, die sich bei der Europawahl zur Wahl stellen.

Beim Schwerpunkt der **Akzeptanz** des Parlaments und dessen Wahl berichtet die *Frankfurter Allgemeine* über Kandidaten, die das Straßburger Parlament zur Durchsetzung nationaler Interessen benutzen. Es werden auch Kandidaten vorgestellt, die sich um die Akzeptanz des Europäischen Parlamentes bemühen und die Kompetenzen des Parlaments den Wahlberechtigten näher bringen wollen. Teilweise werden sie jedoch als hilflos gegenüber dem Desinteresse und den Wissensdefiziten der Bevölkerung dargestellt. Es erfolgt eine positive Berichterstattung über die Beitrittsverhandlungen, jedoch mit gleichzeitiger Offenlegung der Akzeptanzproblematik des Europäischen Parlaments. Im Gegensatz zur *Frankfurter Allgemeinen* stellt die *Süddeutsche Zeitung* im Rahmen der Akzeptanz des Parlamentes viele Kandidaten und deren „Gesichter“ vor. Dennoch werden tendenziell eher negative Beispiele erwähnt. Auch die Wahlprogramme der Parteien werden thematisiert, ebenso wie der Charakter der Europawahl als Testwahl. Thema sind auch die Kompetenzen, Defizite und Arbeitsweisen des Parlaments.

Im Bereich **Wählerverhalten** widmet die *FAZ* den in Deutschland lebenden europäischen Ausländern einen Großteil der Berichterstattung, wie auch die *Süddeutsche Zeitung*. Bei beiden Zeitungen wird deren geringe Wahlbeteiligung in Deutschland hinterfragt. Zum einen wird die mangelnde Aufklärungsarbeit der Wahlämter für die niedrige Quote verantwortlich gemacht, zum anderen das Desinteresse der EU-Ausländer. Ein dritter Grund sei auch die Heimatverbundenheit der EU-Ausländer, die lieber ihre Kandidaten aus der Heimat unterstützen wollten. Die *Frankfurter Allgemeine* beschäftigt sich zudem mit dem Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen, etwa der Jungwähler oder der Wähler aus den neuen Bundesländern, sowie mit der erwarteten Wahlbeteiligung und dem erwarteten Wahlausgang. Die *Süddeutsche* berichtet außerdem über das unterschiedliche Wahlverhalten in den neuen und alten Bundesländern und veröffentlicht eine verhältnismäßig ausführliche Wahlnachlese.

### Die Zeit

Die *Zeit* berichtet schwerpunktmäßig darüber, dass sich die Volksparteien zu wenig in ihren Wahlkampfthemen unterscheiden. In der Europawahlkampfgestaltung setzen sie auf innenpolitische Themen um die Wähler zu mobilisieren. Das geschehe vor allem vor dem Hintergrund der im Herbst stattfindenden Bundestagswahl. Somit sei es verständlich, dass die Bürger wenig Interesse an den Europawahlen entwickeln würden, da Parteien die Bevölkerung nicht über europäische Themen aufklären. Zudem liefert die Zeitung noch einige Hintergrundinformationen über die Arbeit des Parlaments und thematisiert kritikwürdige Besonderheiten des Europäischen Institutionengefüges. Die *Zeit* stellt auch vereinzelt Splitterparteien vor, die sich im Europawahlkampf engagieren.

### Der Spiegel

Der *Spiegel* berichtet auch über die Probleme des Europäischen Parlaments und vor allem über deren Hintergründe, um das teilweise für den Leser schwer verständliche Handeln der Parlamentarier zu erklären. Es wird auch das Problem der permanenten großen Koalition im Straßburger Parlament angesprochen sowie die wenig kontroverse Wahlwerbung der Parteien, die zu wenig auf wirklich wichtige europapolitische Themen eingeht. Nach der Wahl wird über die überdurchschnittlich hohe Anzahl der ungültigen Stimmen bei der Europawahl berichtet. Der Wähler sei durch die Vielzahl der an diesem Sonntag stattfindenden Wahlen

und die unübersichtlichen Stimmzettel verunsichert worden, so das Magazin. Weiterhin beschäftigt sich der Spiegel mit dem erstmaligen Wahlrecht der europäischen Ausländer sowie mit der Analyse des aus seiner Sicht ernüchternden Wahlergebnisses.

### **Focus**

Der *Focus* erklärt die Parteienverdrossenheit und damit auch die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl unter anderem mit der Anonymität der Kandidatenauswahl. Wie auch der *Spiegel* kritisiert das Magazin die immer fließender werdende Parteienabgrenzung in Bezug auf ihre Themen. Beanstandet wird auch, dass die Europawahl bei den Politikern als Testwahl für die Bundestagswahl gesehen wird und damit ein Desinteresse der wahlberechtigten Bundesbürger bei der Europawahl provoziert. Dennoch sieht der *Focus* keine klaren Anzeichen für eine generelle Europamüdigkeit der Deutschen.

## 4. Medienanalyse 1999

### 4.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung

#### 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999

Im ersten Halbjahr 1999 veröffentlicht die *Frankfurter Allgemeine* 92 Artikel zum Thema Europawahl. Das Ressort „Politik“ ist mit 53 erschienenen Artikeln das Ressort, in dem am häufigsten über die Europawahl berichtet wird. Die regionalen Ressorts sind mit insgesamt 30 Veröffentlichungen im Verhältnis auch stark vertreten.

Ressort	Anzahl der Artikel
Politik	53
Wirtschaft	1
Zeitgeschehen	2
Sport	1
Briefe an den Herausgeber	4
Deutsche Fragen – deutsche Antworten	1
Hessen	11
Rhein-Main	7
Titelseite Rhein-Main-Zeitung	2
Frankfurt und Rhein-Main	3
Hochtaunus - Maintaunus	1
Frankfurt	4
Aschaffenburg	2
<b>insgesamt</b>	<b>92</b>

Bei den drei Themenschwerpunkten ist der Bereich Akzeptanz der Europawahlen und des Europäischen Parlaments bei der Bevölkerung mit 44 Artikeln am häufigsten vertreten. Über das Wählerverhalten der Bürger wird 31 Mal berichtet und zum Themenbereich Legitimation der Europawahlen und des Straßburger Parlaments erscheinen 17 Artikel. Zu diesem Themenschwerpunkt erscheinen im Januar mit fünf Artikeln die meisten Berichte pro Monat im Untersuchungszeitraum. Nachdem im Februar zum Thema Legitimation gar nicht über die Europawahl oder das Parlament berichtet wird, steigen die Publikationen ab März wieder kontinuierlich an. Die Berichterstattung zum Gebiet Akzeptanz beginnt im Februar und hat ihren Höhepunkt im Wahlmonat Juni mit 19 Veröffentlichungen. Über das Wählerverhalten wird erst in den Monaten Mai und Juni berichtet, während der Großteil der Artikel ein bis zwei Tage nach der Wahl veröffentlicht wird (26 Artikel).

Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1994 hat sich die Anzahl der Veröffentlichungen im Untersuchungszeitraum zum Thema Europawahl und Europäisches Parlament nahezu verdoppelt. Dies ist unter anderem auf die vermehrte Berichterstattung über die Kandidaten

der Europawahl und Publikationen über Befugnisse und Kompetenzen des Europaparlaments zurückzuführen.

#### **Legitimation (17 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
5	-	2	3	4	3

#### **Akzeptanz (44 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
-	4	9	3	9	19

#### **Wählerverhalten (31 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
-	-	-	-	2	29

### **4.1.1 Legitimation**

Themenschwerpunkte im Bereich Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl sind im Untersuchungszeitraum 1999 die institutionellen Probleme des Europäischen Parlaments, gerade im Zusammenhang mit der Affäre um die Mitglieder der Europäischen Kommission. Thema sind auch die Wahlprogramme der Parteien sowie die Vorstellung verschiedener Kandidaten, die sich bei der Europawahl zur Wahl stellen.

Im Zusammenhang mit den Skandalen der Europäischen Kommission wird Mitte Januar auch über das Europäische Parlament berichtet. Am Misstrauensvotum gegen die Kommission am 14. Januar beteiligt sich laut der *Frankfurter Allgemeinen* jeder zehnte Parlamentarier nicht. 232 Abgeordnete sprachen der Kommission ihr Misstrauen aus, 293 Parlamentarier stimmten dagegen. 27 Mitglieder des Parlamentes enthielten sich ihrer Stimme. Den Vorwürfen gegen die Europäische Kommission solle jetzt durch eine Gruppe unabhängiger Sachverständiger unter gemeinsamer Federführung von Parlament und Kommission nachgegangen werden, berichtet die *Frankfurter Allgemeine*. Damit habe das Parlament jedoch seine eigenen Kontrollrechte leichtfertig aus der Hand gegeben, so der Fraktionsvorsitzende der Grünen Aelvoet in der *FAZ*.<sup>377</sup>

<sup>377</sup> FAZ, 15.01.1999, S. 3



- Das Europäische Parlament hat die Kommission „Santer“ nicht in erster Linie alleine durch das Ergebnis des Misstrauensvotums gegen die Kommission - das erst zum achten Mal seit Einführung des Misstrauensvotums durch die Römischen Verträge eingebracht wurde - zum Rücktritt gezwungen. Dafür wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Parlament, die auch die Mehrzahl der Abgeordneten vertreten muss, notwendig gewesen. Auch die Einsetzung des Ausschusses der unabhängigen Sachverständigen, die der Kommission und dem Parlament unterstehen, darf nicht allein nur als „leichtfertige Abgabe des Kontrollrechtes“ des Parlaments gesehen werden. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission verpflichteten sich damit, dem eingesetzten Ausschuss ungehinderte Akteneinsicht zu gewähren und die Amtsverschwiegenheit der Mitglieder der Kommission sowie der Beamten, die im Zuge des Verfahrens vor den Ausschuss gerufen wurden, aufzuheben. Am 15. März 1999 führte dann der erste Bericht des Ausschusses schließlich zum Rücktritt der gesamten Kommission „Santer“ und damit auch zum Erfolg der Parlamentarier, ohne die das Misstrauensvotum nicht durchgeführt worden wäre.<sup>378</sup>

In der Frankfurter Börse berieten die Mitglieder der Grünen, welche Schwerpunkte sie bei der Wahl am 13. Juni setzen wollten. Diesem Programm zufolge seien die Grünen für eine Europäische Armee, für eine zügige Erweiterung der Union und für eine intensive Bekämpfung von Umweltverschmutzung, zum Beispiel mit europäisch koordinierten Ökosteuern. Des Weiteren solle der Umweltverbrauch verteuert werden, Arbeit solle durch die Verminderung von Lohnnebenkosten verbilligt werden, berichtet die *FAZ* Ende Januar.<sup>379</sup>

In einem weiteren Artikel befasst sich die *FAZ* mit den Wahlvorbereitungen der FDP. Auf dem Europatag der FDP in Frankfurt am Main verfolge die Partei ihre Strategie weiter und präsentiere sich als „Oppositionskraft mit den klarsten Positionen[...]. [S]ie will als Partei mit dem eindeutigsten europapolitischen Profil auftreten“, so die *Frankfurter Allgemeine*. Spitzenkandidat Haussmann habe in Frankfurt als temperamentvoller Politiker für Europa überzeugt. Auch die nicht anwesende Birgit Fischer, 36jährige Kanutin mit

---

<sup>378</sup> Nähere Ausführungen zum Rücktritt der Kommission „Santer“ bietet Maurer: „Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union“ (2002), S.112-115

<sup>379</sup> *FAZ*, 25.01.1999, S. 5

21 Weltmeistertiteln, überzeugte die Delegierten. Sie wurde auf Platz Zwei der Liste gewählt.<sup>380</sup>

- Es ist fraglich, ob die Parteien mit der Auswahl ihrer Kandidaten tatsächlich ihr gewünschtes Ziel erreichen. Von der Nominierung einer prominenten Sportlerin erhoffen sich die freien Demokraten wohl eine erhöhte Medienpräsenz und damit einen stärkeren Wählerzuspruch. Allerdings besteht hierbei die Gefahr des gerade gegenteiligen Effektes. Die Bürger könnten nämlich mit Verwunderung auf die Kandidatenvorstellung reagieren und die Ernsthaftigkeit der Europawahl infrage stellen. Welche große Partei würde auf bundespolitischer Ebene eine Spitzenkandidatur an eine politisch bislang unerfahrene Sportlerin vergeben? Durch diese Art der Kandidatenauswahl tritt die Wichtigkeit der Europawahl in den Hintergrund.

Die *FAZ* berichtet auch über die Klausurtagung der PDS bei Ilmenau, bei der auch die Europawahl ein Thema ist:

„Der Europawahl maß der Parteivorstand besondere Bedeutung bei. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Kaufmann soll die Partei in den Wahlkampf führen. Visionen eines friedlichen, sozial gerechten, die Natur bewahrenden Europas, entschiedener Protest ‚gegen neoliberale Integrationsstrategien und deren belastende Folgen‘ schließen sich nach dem Papier des Bundesvorstandes" für uns deutsche Sozialistinnen und Sozialisten" nicht aus: ‚Der Kampf um die Begrenzung der Macht der Grossbanken gewinnt dabei für uns eine Schlüsselrolle.‘ Die PDS werde den Europawahlkampf in enger Gemeinsamkeit mit den politischen Freunden in Europa auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlaufufes europäischer Linksparteien führen.“<sup>381</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine* berichtet über das Zusammentreffen der Unionsspitzen Schäuble und Stoiber, der Generalsekretärin Merkel und des Generalsekretärs Goppel sowie der Unionspolitiker Rühe, Hintze und Seehofer, um ein gemeinsames Wahlprogramm für die Europawahl zu erarbeiten. Die Hauptpunkte in dem Gespräch sind nach dem Bericht der Zeitung die Agenda 2000, die Beitragsgerechtigkeit und die Osterweiterung. Die Reformen innerhalb der Europäischen Union müssten die Zentralisierung Europas verhindern. Beide Parteispitzen sprechen sich für eine EU-Erweiterung im Jahre 2002 aus. Bedingungen seien

---

<sup>380</sup> FAZ, 25.01.1999, S. 5

<sup>381</sup> FAZ, 26.01.1999, S. 4

allerdings die Anpassung der Beitrittsländer an europäische Standards sowie die strukturelle Reform der Union.<sup>382</sup>

Über den Europaparteitag der PDS in Suhl berichtet die *FAZ* Anfang März, der sich mit der Debatte bezüglich des Parteiprogramms zur Europawahl beschäftigt. Die Partei fordere eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik, ebenso wie in der Umwelt- und Sozialpolitik. Die Demokratie in der Europäischen Union solle umfassend verbessert werden, die Europäische Gesellschaft solle solidarisch miteinander leben.<sup>383</sup>

Die FDP erörtert nach Bericht der *Frankfurter Allgemeinen* Ende April ein gemeinsames Wahlprogramm aller europäischen Liberalen Parteien (ELDR). Der FDP-Parteivorsitzende Wolfgang Gerhardt habe erklärt, dass die Freien Demokraten die Kosovo-Resolution mittrügen. Bei dem in der Resolution verankerten Passus über den Einsatz von Bodentruppen hätten sich die Abgeordneten der Partei jedoch enthalten.<sup>384</sup>

- Dies ist eines der wenigen Beispiele, in denen sich Parteien zumindest in Ansätzen mit der Frage ihrer europäischen Identität im Sinne grenzüberschreitender Zusammenarbeit beschäftigen. Die gemeinsame Erarbeitung von Wahlprogrammen und Kandidatenlisten durch Parteien gleicher politischer Ausrichtung wäre ein nützlicher Schritt, um den Bürgern den eigenständigen Charakter des Europäischen Parlaments zu verdeutlichen.

Beim Europawahlkampf will die SPD Themen in den Vordergrund stellen, bei denen Unterschiede zu den Unionsparteien festzustellen sind, berichtet die *Frankfurter Allgemeine* Ende Mai. Themenfelder seien die Beschäftigungspolitik und die europäische Sozialpolitik. Da sie bei der letzten Europawahl und der vergangenen Bürgerschaftswahl in Bremen ein nicht zufrieden stellendes Ergebnis erzielt hätten, so die SPD-Führung, sei sich die Partei diesmal sicher, besser abzuschneiden.<sup>385</sup>

---

<sup>382</sup> FAZ, 15.02.1999, S. 4

<sup>383</sup> FAZ, 06.03.1999, S. 4

<sup>384</sup> FAZ, 30.04.1999, S. 2

<sup>385</sup> FAZ, 28.05.1999, S. 1

Die Gewichtung der Wahlkampfpräsenz der Europapolitiker im Verhältnis zu prominenten Bundes- oder Landespolitikern kommentiert die *FAZ* Ende Mai beispielhaft wie folgt:

„Stoiber kandidiert nicht. Es sieht aber so aus als kandidiere er, denn von allen CSU-Köpfen ist seiner der am meisten plakatierte.“<sup>386</sup>

Der CSU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Ingo Friedrich, beende seine Wahlkampfrede bei einer Veranstaltung gar mit den Worten: „Schenken Sie der CSU – an der Spitze der bayrische Ministerpräsident – Ihr Vertrauen.“<sup>387</sup> Was grammatikalisch nicht ganz richtig sei, stimme aber politisch, so kommentiert die Zeitung.

„Dabei hätte Friedrich allen Anlass, süßsauer zu sein, scheint doch der Herr der Staatskanzlei und der CSU Landesleitung zu glauben, beim Spitzenkandidaten platze nichts aus den Nähten, am wenigsten ein Saal. Stoiber hatte monatelang nach prominentem Ersatz für Ingo Friedrich gesucht und den armen alten Hasen erst akzeptiert, als alle Versuche gescheitert waren, Personen wie Gauweiler, Waigel oder Seehofer für die europäische Aufgabe zu erwärmen. Doch das Publikum vergisst solche Sachen, während Friedrich, würde er schmollen und der Vergesslichkeit abhelfen, sich nur in den Finger schnitte.

Er empfiehlt sich vielmehr den Wählern mit der These, dass jede Partei gut daran tue, ihre besten Kräfte nach Europa zu entsenden - eine alte These Stoibers, die auf sich selbst zu beziehen der Parteivorsitzende stets abgelehnt hat, wofür Friedrich natürlich volles Verständnis hat. Mehr mit einer Armbewegung als mit Worten gibt der Redner zu verstehen, dass ein bayerischer Ministerpräsident viel zu wichtig sei, als dass er München verlassen dürfte. Da Friedrich erklärt, dass fast alle Parteien in Europa jener These huldigten, nur nicht die deutsche SPD, die FDP und die Grünen, dürfen die Zuhörer die Schlussfolgerung ziehen, dass die bayerische CSU den Grundsatz sehr wohl beherzige und der auf Platz 1 kandidierende Redner die offenbar am besten geeignete Person sei.“<sup>388</sup>

- Für die Legitimation des CSU-Spitzenkandidaten und des Parteiprogramms für die Europawahl hemmend ist die „bayrische Auslegung“ des CSU-Europawahlprogramms. Der Spitzenkandidat Friedrich bittet die Wähler um das Vertrauen in den bayrischen Ministerpräsidenten, nicht in sich selbst, den Spitzenkandidaten der Europawahl. Gleichzeitig ist auf den Wahlplakaten Edmund Stoiber zu sehen, der als Ministerpräsident Bayerns nicht für die Europawahl kandidiert. Es kommt noch hinzu, dass die politisch interessierten Bürger wohl

---

<sup>386</sup> *FAZ*, 28.05.1999, S. 7

<sup>387</sup> *FAZ*, 28.05.1999, S. 7

<sup>388</sup> *FAZ*, 28.05.1999, S. 7

darüber informiert sein dürften, dass Ingo Friedrich nicht die erste Wahl für den Spitzenkandidaten bei der Europawahl war, die Partei aber gleichzeitig „ihre besten Kräfte“ nach Europa senden will. Dieses Verhalten der Partei wirft einige Fragen auf. Die Bedeutung der Europawahl wird so schon von den heimischen Politikern untergraben, die selbst die Europawahl für innenpolitische Zwecke nutzen und dies der Bevölkerung im Wahlkampf auch klar suggerieren.

Beim CDU-Europafest in Köln forderte Helmut Kohl die Bürger auf, am 13. Juni an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, so die *FAZ*. Das sei eine zentrale Zukunftsentscheidung, denn Europa müsse in der Lage sein, auf ihrem Kontinent eigenständig für Frieden und Sicherheit zu sorgen.<sup>389</sup>

Drei Tage vor der Wahl berichtet die *FAZ*, dass nur 2,1 Prozent der wahlberechtigten EU-Ausländer einen Antrag auf Eintragung in das deutsche Wählerverzeichnis gestellt hätten und somit am Wahlsonntag ihre Stimme abgeben könnten. Die Zeitung berichtet über die Hürde der EU-Ausländer, sich erst in das deutsche Wählerverzeichnis eintragen zu müssen, bevor sie berechtigt seien, in Deutschland ihre Stimme abzugeben. Die Europäische Kommission sehe diesen Vorgang als nicht mit dem europäischen Recht vereinbar an und habe Ende 1997 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet. Die Europawahlordnung sei daraufhin geändert worden, sodass sich die EU-Ausländer 2004 nicht extra in das Wählerverzeichnis eintragen lassen müssten.<sup>390</sup>

### **Zusammenfassung**

Die *Frankfurter Allgemeine* berichtet zum Themengebiet Legitimation des Parlaments und der Europawahl über den Skandal um Jacques Santer und seiner EU-Kommission und damit auch über das Misstrauensvotum des Europäischen Parlaments, das knapp scheiterte. Der spätere Rücktritt der Kommission „Santer“ erfolgte auf erste Initiative des Parlaments.

Die *FAZ* berichtet schwerpunktmäßig über die Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl. Dabei setzt sich die Zeitung mit den Strategien und inhaltlichen Aussagen der bundesweit

---

<sup>389</sup> *FAZ*, 01.06.1999, S. 4

<sup>390</sup> *FAZ*, 10.06.1999, Nr. 131, S. 6

bekannten Parteien auseinander und informiert über einzelne Kernthemen der Wahlprogramme.

Die Zeitung schafft den Lesern mit den Berichten zu den Wahlprogrammen der Parteien einen Themenüberblick. Auffallend ist jedoch, dass bei den zwar meist objektiv dargestellten Wahlkampfthemen eher für die Legitimation der Europawahl nachteilige Aspekte aufgegriffen werden, wie die Eignung der Spitzenkandidaten oder die Europakompatibilität der Wahlkampfthemen. Für dieses Bild sind allerdings auch die Parteien verantwortlich, die durch ihre Wahlkampfthemen und die Gestaltung des Europawahlkampfes wesentlich zu dieser Berichterstattung beitragen. Letztlich sind es die Parteien, die hinter den Kandidaten stehen, Themen auswählen und Wahlkampfstrategien festlegen.

Im Themenbereich Legitimation wird außerdem über die Hürden der EU-Ausländer berichtet, am 13. Juni in Deutschland an der Wahl teilzunehmen. Diese müssen sich nämlich vor dem Urnengang noch in die Wählerverzeichnisse eintragen lassen.

#### **4.1.2 Akzeptanz**

Das größte Themengebiet der Berichterstattung der *FAZ* bildet die Akzeptanz der Europawahl und des Europäischen Parlaments. Im Untersuchungszeitraum erscheinen 44 Artikel. Die meisten Artikel wurden im Wahlmonat Juni veröffentlicht. Themenschwerpunkte sind die bundespolitische Ausrichtung des Wahlkampfes, die Kandidatenfindung der Parteien sowie das vorherrschende Bild in der Bevölkerung hinsichtlich des Europaparlaments und die Wahlnachlese durch die Parteien.

Der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber kündigt in einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen* an, dass seine Partei „50 plus x Prozent“ bei der Europawahl holen werde. Er sei der Meinung, dass die Wähler aus der Mitte, die bei der Bundestagswahl noch SPD gewählt hätten, über den „Flirt Lafontaines mit der PDS empört seien“. Genau dies solle auch Thema im Wahlkampf der CSU sein. Als Spitzenkandidat schlug der Parteivorstand Ingo Friedrich vor.<sup>391</sup>

---

<sup>391</sup> *FAZ*, 02.03.1999, S. 4 und 6

Anfang März berichtet die *FAZ* über die Kandidatenfindung für die Liste zur Europawahl der CSU. Vor allem die Nominierung des Spitzenkandidaten Ingo Friedrich schien dem Parteivorsitzenden Stoiber reichlich schwer gefallen zu sein.

„Von Theo Waigel hatte Stoiber einen negativen Bescheid bekommen, von Peter Gauweiler eine Abfuhr, von Dagmar Wöhl einen Korb und von Horst Seehofer eine verspätete Absage. Deshalb musste der CSU Vorsitzende wohl oder übel mit Ingo Friedrich einverstanden sein, dem Sprecher der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, den er stets geringgeschätzt hatte und aus Mangel an Ersatz über Nacht hochschätzte, zumindest offiziell. [...] Ohne Gegenkandidatur wird Friedrich auf Platz 1 der Liste gesetzt. Gegenkandidaturen wollte die CSU diesmal überhaupt vermeiden. Deshalb hatte der Parteivorsitzende die ideale Liste ausgebrütet, gemeinsam mit den Bezirksvorsitzenden, die das ausgewogene Werk den Delegierten schmackhaft machen sollten. Die Ausgewogenheit wird akzeptiert, bezieht sich indessen nicht auf die Beherrschung verschiedener Sachgebiete durch unterschiedliche Personen, sondern auf den bayerischen Regionalproporz. Ingo Friedrich stammt aus Mittelfranken. Somit darf so schnell kein anderer Bewerber aus Mittelfranken sein, auch keine Bewerberin.“<sup>392</sup>

Die CSU setze außerdem bei ihrer Kandidatenauswahl auf „Frauenblocks“ bei den Listenplätzen 2 und 4. Stoiber wolle den Frauen vor Augen führen, welche Chancen ihnen bei seiner Partei eingeräumt würden, so die *FAZ*.

- Diese detaillierte Berichterstattung über die wenig sacharbeitsbezogene Auswahl der Kandidaten für die Europawahl verstärkt einmal mehr den Eindruck bei den Rezipienten, dass die Europawahl lediglich Bühne bundespolitischer Profilierung ist, im schlechtesten Falle aber nur lästige Pflichtübung. Als „Herzensangelegenheit“ des CSU-Parteivorsitzenden erscheint die Europawahl jedenfalls nicht.

Die Zeitung berichtet auch über die Kandidatenfindung der PDS. Die Bewerber Hans Modrow und Andre Brie wurden beide auf die Europawahlliste gewählt. Somit vermied die Partei einen Eklat, denn Modrow stehe für die Traditionalisten in der Partei, Brie aber für die Reformsozialisten.

„Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Brie und Modrow über den Totalitarismus vor dem Parteitag hatten Gysi und Bisky - nachdem sie Modrow die Kandidatur nicht ausreden konnten -

---

<sup>392</sup> *FAZ*, 08.03.1999, S. 3

erreicht, dass beide jedenfalls nicht direkt gegeneinander für denselben Platz auf der Bundesliste kandidierten. Zu Beginn der Vertreterversammlung in Suhl machte Parteichef Bisky ‚einen letzten Einmischungsversuch‘ und beschwor Modrow, auf Platz vier der Liste zu kandidieren, während sich Brie für Platz zwei bewarb. Modrow, der von Delegierten ebenfalls für Platz zwei vorgeschlagen worden war, verzichtete und kandidierte für Platz vier. Ihm sei es gleichgültig, wo er kandidiere, er wolle sich auf jeden Fall weiter für die Erneuerung der Partei einsetzen und betrachte sich nicht als Vertreter eines Flügels. Brie sagte, es sei falsch, die Auseinandersetzung in der Partei an den Namen Modrow und Brie festzumachen. Modrow seinerseits sprach sich für einen Pluralismus in der Partei aus, ‚der Konsens will‘. Er betrachte sich als Scharnier zwischen den Alten und den Jungen.“<sup>393</sup>

- Mit diesem Artikel zeigt die *FAZ*, dass in einer Partei tatsächlich auch einmal um die Kandidatur zum Europäischen Parlament heftig gerungen wird und es mehrere Bewerber für einen Listenplatz gibt. Die parteiinternen Beweggründe der widerstreitenden Bewerber sollen hier nicht näher kommentiert werden. Im Gegensatz zu anderen Berichten, die sich mit der Schwierigkeit beschäftigen überhaupt prominente Kandidaten zu finden, kann hier zumindest ansatzweise der Eindruck bei dem Rezipienten entstehen, dass Europäische Parlament sei eine wichtige Institution und die Wahlen daher eine bedeutsame Entscheidung.

Die FDP gibt den Berichten in der *FAZ* zufolge offen zu, dass sie den Europawahlkampf zu einem großen Teil mit bundespolitischen Themen führen wolle. Es gehe darum

„Rot-Grün in Deutschland und einem roten Europa die gelbe Karte zu zeigen.“<sup>394</sup>

Die FDP sei im Gegensatz zu den Sozialdemokraten gegen ein „bürokratisches Europa“ und staatliche Bevormundung. Ihre Hauptthemen seien die gemeinsame europäische Währung, die die Partei schon vor dem festgelegten Termin 2002 einführen wolle, die Weiterentwicklung der Europäischen Verträge zu einer Europäischen Verfassung und die Ost-Erweiterung der Europäischen Union.<sup>395</sup>

- Die FDP bringt mit ihrem Wahlkampfslogan eine Verbindung bundespolitischer Zielsetzungen mit europäischen Vorstellungen zum Ausdruck. Durch die Schwerpunktsetzung in der Auseinandersetzung mit der rot-grünen

---

<sup>393</sup> *FAZ*, 08.03.1999, S. 4

<sup>394</sup> *FAZ*, 16.03.1999, S. 4

<sup>395</sup> *FAZ*, 16.03.1999, S. 4



Bundesregierung stellt sie die Europawahlen in einen bundespolitischen Kontext ein und entwertet auf diese Weise die selbstständige Bedeutung von Europaparlament und Europawahl. Mit einer solchen Wahlkampf aussage animiert die Partei die Rezipienten direkt dazu, die Europawahl als bundespolitische Stimmungswahl zu nutzen.

Auch vor dieser Europawahl sollen die Leser über die Kompetenzen des Parlaments aufgeklärt werden. Anfang Mai schreibt die Zeitung deshalb über die Entwicklung der Funktionen, die das Europäische Parlament am Anfang seines Bestehens hatte und welche es im Laufe der Zeit dazu gewonnen habe. Auch das In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrages komme genau zur rechten Zeit, so die *Frankfurter Allgemeine*. Das Parlament habe jetzt neues Selbstbewusstsein und fühle sich gestärkt, nicht zuletzt, da die Parlamentarier maßgeblich zum Rücktritt der Europäischen Kommission unter Führung von Jacques Santer beigetragen hätten. Dennoch werde die Wahl als Testwahl für die Bundespolitik stilisiert. Nicht umsonst sähe man auf den Wahlplakaten der großen Volksparteien nur Politiker, die gar nicht zur Wahl stünden.<sup>396</sup>

Im Mai berichtet die Zeitung über zwei Parlamentarier, die nicht mehr für diese Europawahl kandidieren. Auch wenn die Kisten schon halb gepackt seien, müssten die Abgeordneten noch einen Abstimmungsmarathon hinter sich bringen, der ohne Beispiel sei.

„Der Kehraus in Straßburg macht deutlich, was altgediente Parlamentarier wie Rinsche seit Jahren kritisieren: Das Haus kann sich nur schlecht auf die wichtigsten Themen konzentrieren. "Wenn im brasilianischen Urwald ein Teich mit seltenen Kröten in Gefahr ist, muss sich das nicht unbedingt in einem Dringlichkeitsantrag widerspiegeln", sagt Rinsche. In der Tat verschwendet die Straßburger Versammlung zuviel Energie auf die enzyklopädische Darstellung des Weltgeschehens und kommt deshalb nur unvollständig zu den zentralen europäischen Themen.“<sup>397</sup>

Das „bürokratische Ungetüm EU“ beschäftigt auch bei dieser Wahl die Zeitung. Sie bestätigt dem Parlament jedoch, dass an „zentralen europäischen Themen“ kein Mangel herrsche. Beispiele seien die Bestätigung des künftigen Kommissionspräsidenten Romano Prodi.

---

<sup>396</sup> FAZ, 06.05.1999, S. 3

<sup>397</sup> FAZ, 08.05.1999, S. 6

Gestärkt wurde das Parlament auch dadurch, dass es den Machtkampf mit der Kommission unter Führung von Santer gewonnen habe, so die *FAZ*.

„Die Emanzipation des Parlaments war in dieser Kehraus-Woche auch an der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten zu erkennen: dem Abgeordnetenstatut und den darin vorgesehenen einheitlichen Diäten. Die EU-Regierungen hatten den Entwurf des Parlaments derart verändert, dass die beabsichtigte Gleichstellung aller Abgeordneten mit der Zulassung nationaler Sondersteuern ins Gegenteil verkehrt worden wäre. Einige Fraktionsvorsitzende, darunter die britische Labour-Abgeordnete Green, wollten Frieden mit den EU-Regierungen schließen und waren zu Kompromissen bereit. Doch damit hatten sie die Rechnung ohne die Basis gemacht: Am Ende setzten sich die Abgeordneten durch mit dem Wunsch, auf dem Statut des Berichterstatters Rothley zu bestehen. Der Machtkampf geht in die nächste Runde.“<sup>398</sup>

Die Zeitung berichtet über den baden-württembergischen Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU), der den Rücktritt der Europäischen Kommission als Beweis dafür ansehe, dass das Parlament an Bedeutung dazu gewonnen habe. Er könne jedoch nicht verstehen, dass die Bundesregierung einen der beiden deutschen Kommissionsposten für die Grünen „reservieren“ wolle. Vielmehr solle das Wahlergebnis vom 13. Juni berücksichtigt werden, wie das auch unter der Regierung Kohl der Fall gewesen sei.<sup>399</sup>

Ende April präsentiert die CSU ihre Wahlplakate für die Europawahl. Die *Frankfurter Allgemeine* stellt eine deutliche Abstufung der Plakate hinsichtlich des Bekanntheitsgrades der Kandidaten fest. Die unbekannten Europakandidaten dürften demnach zwar sympathisch von den Plakaten lächeln, jedoch alle in der gleichen Körperhaltung, während die Darstellung des Spitzenkandidaten und insbesondere des Ministerpräsidenten Stoiber eine deutliche Individualisierung aufweise.

„Bekannt im Sinne von ‚den Fachleuten geläufig‘ ist indes nur der Name des Listenführers Ingo Friedrich. Deshalb darf die Kopfhaltung dieses einen Kandidaten die Regeln der Symmetrie schon etwas verletzen. Völlige Missachtung besagter Regeln indes darf sich nur der Parteivorsitzende Edmund Stoiber leisten, von dem Generalsekretär Goppel behauptet, sein Bekanntheitsgrad nähere sich der nicht mehr überschreitbaren Linie von hundert Prozent. Stoiber ist allein fotografiert worden, aber auch im Gespräch mit kontaktbedürftigen Europäern, also mit Männern und Frauen des Freistaats. Der Mund des

---

<sup>398</sup> *FAZ*, 08.05.1999, S. 6

<sup>399</sup> *FAZ*, 18.03.1999, S. 2

Ministerpräsidenten und Parteichefs ist zum Zeichen dafür, dass er etwas zu sagen hat, meistens ein wenig geöffnet, während die Augen zum Beweis unermüdlicher Nachdenklichkeit in der Regel leicht zusammengekniffen sind. Weil der namhafte Mann, der weder selbst kandidiert noch andere namhafte Männer und Frauen für die wichtige Liste hatte gewinnen können, für politische Dynamik schwärmt, ist ihm vom Arrangeur auch etwas Gestik gestattet worden.<sup>400</sup>

Generalsekretär Goppel kündigte indes an, wie sehr der Ministerpräsident angesichts des geringen Bekanntheitsgrades der Europawahl noch gebraucht werde.

- Die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des Europäischen Parlaments und der Europawahlen kann den Bürgern nur schwer vermittelt werden, wenn die Parteien die eigentlichen Kandidaten nur in untergeordneter Rolle präsentieren. Der Bevölkerung kann sich ein in sich stimmiges Bild des Europaparlaments nicht erschließen, wenn die Präsentation der Arbeit der Abgeordneten durch die Parteien von landespolitischen Darstellungen überlagert wird.

Die *FAZ* berichtet auch über die ehemaligen Beobachter und heutigen Abgeordneten Stanislav Tillich (CDU), Elisabeth Schrödter (Grüne) und Constanze Krehl (SPD) aus den neuen Bundesländern, die seit März 1991 im Europäischen Parlament sitzen. Am Anfang ihrer europäischen Karriere hatten sie als Beobachter praktisch keine Rechte im Parlament und ihr Status zu Hause war nicht definiert. Mittlerweile sei Tillich erfolgreicher Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Gerne würde er nach der Wahl das Amt des EVP-Koordinators für den Haushalt übernehmen. Elisabeth Schrödter sei der Meinung, dass die ostdeutschen Parlamentarier über Parteigrenzen hinweg zusammenhalten würden. Das geschehe wegen der ähnlichen Biographie und der gemeinsamen Interessen. Dennoch bildeten die ostdeutschen Abgeordneten keine „Fraktion der neuen Länder“. Constanze Krehl finde es besonders positiv, dass im Europäischen Parlament „an der Sache“ diskutiert werde. Es gehe weniger um parteipolitische Spiele. Auch nach dem erzwungenen Rücktritt der Kommission werde ihre Arbeit stärker wahrgenommen. Was ihr „Unbehagen“ bereite, sei die große Themenvielfalt, die das Parlament behandle. Man könne sich nicht in alle Themen einarbeiten und müsse sich so oft auf die Kollegen in der Fraktion blind verlassen.<sup>401</sup>

---

<sup>400</sup> *FAZ*, 30.04.1999, S. 5

<sup>401</sup> *FAZ*, 18.05.1999, S. 5

Dr. Elisabeth Noelle-Neumann schreibt in der Serie „Allensbacher Berichte und Umfragen“ über die „Europa-Wahl aus heiterem Himmel“. Sie sei überzeugt, dass die Deutschen das Thema Europa schon immer eher weniger interessierte. Die Westdeutschen verhielten sich in den 80er Jahren so, als ginge sie die Einigung Europas nichts an. Europa habe jedoch in dieser Zeit große Fortschritte gemacht. Doch für die Bürger wurde der europäische Einigungsprozess immer „alltäglicher und komplizierter“. Am Ende der deutschen Präsidentschaft in der EG im Juli 1988 hörten 38 Prozent der Befragten einer Umfrage zum ersten Mal, dass Helmut Kohl die Präsidentschaft der EG inne hatte. Frau Noelle-Neuman ist sich sicher, dass es nur die Autorität Kohls war, die die CDU europa-freundlicher machte. Sie macht das deutlich an der Frage:

"Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europaeischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?"<sup>402</sup>

Zwischen Herbst 1997 und April 1999 mache sich ein deutlicher Rückgang des Europa-Glaubens unter den CDU-Anhängern bemerkbar. 1997 glaubten 40 Prozent der befragten CDU-Anhänger an gemeinsame Interessen der Mitgliedsländer, während 1999 nur noch 19 Prozent daran glaubten. Bei den SPD-Anhängern verhielt sich dies nicht so. Sie waren schon immer skeptisch gegenüber der Europäischen Union. Es sehe so aus, dass sich die Deutschen von allem Europa-Pathos verabschiedet hätten, so Noelle-Neumann.

„Die Mehrheit verlangt konsequent, ein deutscher Europa-Abgeordneter solle bei einer Entscheidung zwischen dem, was Deutschland nützt, und dem, was gut ist für die Europäische Union, seine Stimme dem Vorschlag geben, der den deutschen Interessen nützt.“<sup>403</sup>

- Dieser Bericht der *Frankfurter Allgemeinen* zeigt, dass 1999 in der Bevölkerung eine recht große Skepsis gegenüber Europa besteht und das Verständnis für gemeinsame europäische Interessen nur wenig ausgeprägt ist. Dies kann auch erklären, warum die Europawahlen in der Bevölkerung keine wichtigere Rolle spielen, denn die Menschen sehen überwiegend ihre politischen Interessen noch auf nationaler Ebene repräsentiert.

---

<sup>402</sup> FAZ, 19.05.1999, S. 5

<sup>403</sup> FAZ, 19.05.1999, S. 5

„Europa spricht die Wähler nicht an.“ So lautet der Titel des Berichts über die Vorstellung der CDU-Europawahlplakate. Die Partei müsse das erste Mal seit 17 Jahren einen Wahlkampf aus der Opposition bestreiten, was für Politiker ohne Oppositionserfahrung nach Ansicht der *Frankfurter Allgemeinen* schwer werden dürfte. Die CDU stelle ihre für sich beanspruchte Europakompetenz in den Vordergrund. Schwerpunkte seien zum einen die Einführung des Euro, die europäische Sicherheit durch Verbrechensbekämpfung über Staatengrenzen hinweg und ein föderal gegliedertes Europa. Hauptthema des Wahlkampfes sei nicht die Kritik an der Koalition. Monate nach der verlorenen Bundestagswahl sei die Partei in ihrer Oppositionsrolle noch nicht hinreichend gefestigt. Sie habe sich auf vier Jahre in der Opposition eingestellt und wage jetzt noch nicht den „Sturm auf die rot-grüne Bundesregierung“. <sup>404</sup>

„In der BSE-Affäre entdeckte das Europäische Parlament seine Rechte“ so titelte die *FAZ*. Sie berichtet über das zunächst solidarische Verhältnis der EVP-Abgeordneten zu ihrem Parteifreund Jacques Santer. Doch als Santer die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten verweigerte, wurden Forderungen nach einem Misstrauensvotum laut, so die *FAZ*.

„Unterstützt durch eine zuvor selten erlebte öffentliche Aufmerksamkeit, entwickelte sich aus den Anhörungen und den anschließenden Debatten über die politischen Schlussfolgerungen aus der BSE-Krise ein neues institutionelles Selbstbewusstsein, das die Kommission zwei Jahre später so unter Druck setzen sollte, dass sie ihren Rücktritt erklären musste.“ <sup>405</sup>

- Hier erscheint das Europäische Parlament als unabhängige und handlungsfähige Einheit, die sich aus der Beeinflussung von Rat und Kommission lösen kann. Eine solche Berichterstattung kann nicht nur das Interesse der Bürger an dem Parlament wecken, sondern zugleich auch dessen Bedeutung für die europäische Politik verdeutlichen. Dies könnte bei stärkerer Präsenz in den Medien zu einer erhöhten Bürgerbeteiligung an den Europawahlen beitragen.

Die SPD-Abgeordnete Dagmar Roth-Berendt sei sich nicht sicher, ob das Parlament ständig Druck auf die Kommission ausüben müsse, so die *FAZ* weiter. Sonst gingen die Kommission und der Europäische Rat den Weg der geringsten Schwierigkeiten. Durch die BSE-Krise

---

<sup>404</sup> *FAZ*, 20.05.1999, S. 11

<sup>405</sup> *FAZ*, 25.05.1999, S. 8

wurde dem Parlament zwar bewusst, welche neuen Rechte es habe, doch es musste sich auch eingestehen, dass ihr Einfluss da ende, wo die Bereitschaft zur Kooperation der Mitgliedsländer aufhöre. Es gebe noch viele Defizite, die das Parlament in seiner Macht einschränke. Zum Beispiel habe das Parlament nur unzureichenden Zugriff auf Unterlagen der Europäischen Kommission, so der CDU-Abgeordnete Reimer Böge.<sup>406</sup>

Am FDP-Parteitag in Bremen - über den die *Frankfurter Allgemeine* berichtet - rief der stellvertretende FDP-Parteivorsitzende Brüderle dazu auf, „die Europawahl am 13. Juni zur Protestwahl gegen die verfehlte Politik der rot-grünen Koalition zu machen“. Sozialdemokraten und Grüne würden auf „politische Rezepte“ von vorgestern vertrauen. Die Europapolitik seiner Partei sei im Gegensatz dazu ein „Alleinstellungsmerkmal“, so Brüderle in der *Frankfurter Allgemeinen*. Die FDP stehe für eine rasche Osterweiterung und für eine europäische Verfassung.<sup>407</sup>

Bei der CDU bestehe Hoffnung, über die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament mehr Einfluss in der Bundespolitik zu bekommen, so die *FAZ*. Auf dem niedersächsischen Landesparteitag sagte Schäuble, es gebe eine reale Chance, dass die EVP-Fraktion im Parlament stärkste Kraft werde. Schlecht für das Image der bundesdeutschen Koalition sei das „Postengeschacher“ um die zwei deutschen Kommissare, betonte Schäuble laut der *Frankfurter Allgemeinen* beim Landesparteitag.<sup>408</sup>

- In diesem Bericht wird dem Rezipienten erneut ausdrücklich vor Augen geführt, dass die politischen Parteien die Wahlen zum europäischen Parlament überwiegend unter bundespolitischen Vorzeichen bewerten. Die Aussage Schäubles, eine verstärkte Präsenz im Europaparlament könne den bundespolitischen Einfluss erhöhen, erweckt bei den Lesern den Eindruck, dass sogar die Parteien selber dem Europäischen Parlament keine wesentlich eigenständige Bedeutung beimessen. Wenn schon die politischen Akteure dem Parlament keine wesentliche Bedeutung beimessen, ist es nicht verwunderlich, dass die Akzeptanz des Parlaments in der Bevölkerung bislang nur ungenügend ausgeprägt ist.

---

<sup>406</sup> FAZ, 25.05.1999, S. 8

<sup>407</sup> FAZ, 31.05.1999, S. 1

<sup>408</sup> FAZ, 31.05.1999, S. 5

Anfang Juni schreibt die *FAZ*, dass die CDU Klarheit bezüglich Risters Rentenpläne fordere. Man solle den Wählern vor dem 13. Juni „reinen Wein“ einschenken, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Kues.<sup>409</sup> Nach Ansicht der *Frankfurter Allgemeinen* nutzen Bundespolitiker die Europawahl für eine innenpolitische Abstimmung.<sup>410</sup>

- Für den europapolitisch interessierten Leser der Zeitung stellt sich bei der Aussage des CDU-Politikers Kues die Frage, wie die Renten in Deutschland mit der Europapolitik verbunden werden können. Auch hier sieht man deutlich, welchen Stellenwert die Europawahl selbst bei Politikern hat.

„Die Europawahl findet bei den Bürgern in Deutschland wenig Interesse“ titelt die *FAZ* am 11. Juni. Woran liege es, dass die Bevölkerung kein Interesse zeige, sich für Europa einzubringen und Interesse zu zeigen? Ein SPD-Wahlkämpfer sei der Meinung, dass die Bürger mit Europa nicht viel verbinden können. Europa, das sei für viele noch Außen- und Weltpolitik. Das bereits sechzig bis achtzig Prozent der „gesetzgeberischen Tätigkeit im Bundestag“ aufgrund von Umsetzung der EU-Vorgaben hervorgerufen werde, wisse niemand, so Babara Schmidbauer, die für die SPD im Parlament sitzt. Ein gravierender Nachteil sei auch der geringe Bekanntheitsgrad der Europapolitiker. Durch mangelnde Kenntnis sei den Menschen nicht bewusst, dass sie nicht nur alle fünf Jahre auf der heimischen politischen Bühne aktiv seien, sondern ununterbrochen für Europa arbeiteten.

Beim Wahlkampfabschluss der hessischen CDU spricht Ministerpräsident Roland Koch. Dabei lässt Koch keinen Zweifel daran, dass Europa wichtig sei, aber im Grunde seien Deutschland und die Innenpolitik wichtiger. Deshalb spricht Koch nicht über die europäische Agrarpolitik oder über eine gemeinsame Außen- und Sozialpolitik, „sondern von ‚erheblichen Auswirkungen‘ dieser Entscheidungen auf die Bundespolitik“.<sup>411</sup>

- Wie der hessische Ministerpräsident verhalten sich viele Bundespolitiker. Sie nutzen die Europawahl, um bundespolitische Ziele voranzubringen. Dass die Wähler so ein nur geringes Europaverständnis entwickeln können und so das

---

<sup>409</sup> *FAZ*, 06.06.1999, Nr. 22, S. 1

<sup>410</sup> *FAZ*, 11.06.1999, Nr. 132, S. 8

<sup>411</sup> *FAZ*, 11.06.1999, Nr. 132, S. 87

Desinteresse an Europa immer größer wird, lassen Politiker wohl außer Acht. Dass man die Wahlbeteiligung mit einer konsequenten Aufklärung der Bürger erhöhen könnte und dies auch die Akzeptanz des Parlaments fördern würde, bleibt dabei allzu oft unberücksichtigt.

Berichtet wird von einer Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl Anfang Juni in Kriftel, an der auch der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik, teilnimmt.

„Mit einem verbalen Rundumschlag gegen die rot-grüne Bundesregierung, der Repnik insbesondere Versäumnisse in Wirtschafts- und Finanzpolitik vorwarf, warb der CDU-Politiker um Stimmen für die Europawahl am Sonntag.“<sup>412</sup>

- In dem Bericht über die Diskussion mit Repnik stehen alleine bundespolitische Themen im Vordergrund. Es geht um die 630-Mark-Jobs, um das stark zurückgegangene Wirtschaftswachstum in Deutschland sowie um den Wegfall von Arbeitsplätzen. Europapolitische Themen werden bei dieser Europawahlkampfveranstaltung nur am Rande behandelt.

Im Mai versucht die *Frankfurter Allgemeine* Gründe zu finden, warum es im Europawahlkampf oft nur um die Bundespolitik gehe, obwohl das Parlament seit der ersten Direktwahl 1979 an vielen Kompetenzen hinzugewonnen habe. Die FDP gebe sogar offen zu, dass sie eine Kampagne gegen die rot-grüne Bundesregierung fahre und die Wähler zu einer Denkkartellwahl aufrufe.<sup>413</sup> Bei den anderen Parteien wird das zwar nicht so offen dargelegt, aber sie verfolgen das gleiche Ziel. Für die *FAZ* spielt auch die Qualifikation der Kandidaten eine Rolle. Selten gebe es fähige Köpfe, die sich um einen Platz im Straßburger Parlament bewürben. Daneben fänden Wähler nur mit großer Mühe Unterschiede in den einzelnen Wahlprogrammen der Parteien.

„Gerade deutsche Politiker sprechen von Europa als ‚unserer Zukunft‘, unserem Schicksal, von dem Krieg und Frieden abhängt“. Wenn das ernstgemeint ist, müßte sich ein europapolitischer Wahlkampf an dem ausrichten, was in Europa, insbesondere im Europäischen Parlament, entschieden werden kann, an seinen

---

<sup>412</sup> FAZ, 11.06.1999, Nr. 132, S. 85

<sup>413</sup> siehe dazu auch FAZ, 04.05.1999, S. 2



Kompetenzen, an Veränderungen der Institutionen, die nach Hallsteins Worten die ‚europäische Autonomie‘ darstellen, an Fragen wie der Ost- Erweiterung der Union oder der Agrarreform. Wer Europawahlkampf mit bundespolitischen Themen bestreitet, zeigt entweder, daß es seiner Ansicht nach keine europäischen Themen gibt, mit denen man sich profilieren kann, oder daß diese als für den Bürger zu kompliziert oder fremd angesehen werden - in beiden Fällen ein Armutszeugnis.“<sup>414</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine* schreibt, dass die Europawahl von nationalen Themen bestimmt werde, was auch den allgemeinen Eindruck der Bundesbürger widerspiegele. Als das Parlament 1979 das erste Mal gewählt wurde, habe es praktisch keine „Befugnisse zur Rechtssetzung“ gehabt. Da sei es noch verständlich gewesen, bundespolitische Themen in den Vordergrund zu setzen. Nach dem Maastrichter Vertrag und dem im Jahr 1999 in Kraft getretenen Amsterdamer Vertrag habe das Parlament aber eine Fülle von Mitentscheidungsrechten dazu gewonnen. Doch die Bedeutung der Europawahl sei damit nicht gewachsen. Parteien würden öffentlich zugeben, ihren Europawahlkampf hauptsächlich mit innenpolitischen Themen zu führen. Alle Parteien hätten zwar ein Europawahlprogramm, europäische Einflüsse würde man jedoch vermissen. Auch die Kandidatenauswahl ließe zu wünschen übrig. Die Zeitung fragt, ob jemand ernsthaft behaupten würde, dass für die Wahl zum Europäischen Parlament die politische Elite Deutschlands kandidieren würde?

„Europa taugt im Wahlkampf offenbar eher als Symbol für einen den deutschen Steuerzahler Unsummen kostenden Überstaat - sonst würde die SPD unter dem Konterfei des Kanzlers nicht mit dem Spruch werben: "Wir erwarten von Europa keine Geschenke, aber umgekehrt sollte es genauso sein." - und als Plattform für Allgemeinplätze und Beliebigkeiten.“<sup>415</sup>

- Die bundesdeutschen Parteien haben in ihrer Wahrnehmung des europäischen Parlaments mit dessen tatsächlicher Weiterentwicklung nicht Schritt gehalten. Sie ignorieren im Wahlkampf dessen gestiegene Einflussmöglichkeiten. Ihrer Aufgabe, in der Bevölkerung Vertrauen für das Projekt Europa zu wecken, kommen sie damit nicht nach. Dadurch untergraben sie gleichzeitig eine steigende Akzeptanz des Parlaments.

Einen Tag vor der Europawahl stellt die *Frankfurter Allgemeine* den SPD-Kandidaten aus Gießen, Udo Bullmann, vor. „Ein Politologe als Politiker“, so lautet die Überschrift.

---

<sup>414</sup> FAZ, 12.06.1999, Nr. 133, S. 12

<sup>415</sup> FAZ, 12.06.1999, Nr. 133, S. 12

Bullmann werde, im Falle einer Wahl, seinen Schwerpunkt bei der Beschäftigungspolitik setzen. Diese müsse europaweit „aus einem Guß“ sein. Der Politologe halte es für falsch, die geringe Wahlbeteiligung überzubewerten. Schließlich sei das bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen auch nicht anders. Eine Möglichkeit, das Interesse der Bürger zu wecken, sehe Bullmann darin, dass die Parteien künftig mit einem Spitzenkandidaten für die Kommission antreten könnten.<sup>416</sup>

- Der Beitrag über den Kandidaten Udo Bullmann ist nur ein Teil einer ganzen Serie von Berichten, in denen einzelne Kandidaten aus der Region näher vorgestellt werden. Auf diese Art trägt die *FAZ* dazu bei, dass die Kandidaten in der Bevölkerung ein wenig mehr Bekanntheit erlangen. Auffällig ist aber, dass auch der vorgestellte Kandidat die niedrige Wahlbeteiligung eher als hinzunehmende Gegebenheit aufzufassen scheint, anstatt ein leidenschaftliches Plädoyer für eine stärkere Wahlbeteiligung abzugeben.

Nach der Wahl schreibt die *FAZ*, dass eigentlich das „halbmächtige“ Europäische Parlament am 13. Juni 1999 gewählt werden sollte, dabei aber im Ergebnis die bundesdeutsche Parteienlandschaft „umgepflügt“ wurde.

„Aus diesem Wahlergebnis wird keine frische Europäische Union sprießen, aber eine Neubesinnung der deutschen Politiker darauf, welcher Weg an die dauerhafte Macht führt.“<sup>417</sup>

Erklärt wird der Wahlausgang durch bundespolitische Geschehnisse seit der letzten Bundestagswahl. Lafontaine sei gestürzt worden und Schröder habe das Ruder übernommen. „Stringenter“ sei dadurch die Politik jedoch nicht geworden. Deshalb sei die Hälfte der Wähler, die noch im Herbst letzten Jahres SPD gewählt hätten, ins Nichtwählerlager übergelaufen. Als oberflächlich erachtet die Zeitung die Aussage, der CDU sei es besser gelungen als der SPD, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Man müsse schon ergründen weshalb.

---

<sup>416</sup> *FAZ*, 12.06.1999, Nr. 133, S. 87; weitere vorgestellte Kandidaten sind auch Martin Holzfuß (FDP), Hartmut Nassauer (CDU), Barbara Weiler (SPD) oder Willi Görlach.

<sup>417</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135/24, S. 1

„Glaubt man in der schieren Ablehnung der 630-Mark- und der Scheinselbstständigkeitsregelung die Erklärung gefunden zu haben, dann ist zu entgegnen, daß die Kritik an der flatterhaften Regierungspolitik die Leute nur bedingt zufriedenstellt, sonst wäre nicht nur der Anteil der Union an den Wählern, sondern auch der Anteil der Wähler an den Wahlberechtigten höher.“<sup>418</sup>

Laut der *FAZ* seien die Bürger durchweg mit dem Parteienangebot unzufrieden. Was die Bevölkerung von Europa erwarte, erklärt die *Frankfurter Allgemeine* an dem Wahlerfolg der CSU in Bayern:

„Die niedrige Wahlbeteiligung im Spiegel des 64-Prozent-Erfolges Stoibers zu betrachten bringt eine Erkenntnis: Die Bevölkerung wünscht sich ein Europa stark vor allem als Abwehrgemeinschaft gegen Fremdes. Das Europa der dichten Grenzen und der gemeinsamen Bekämpfung der globalisierten Kriminalität ist kein Albtraum für die Mehrheit; ein Europa jedoch, das die Selbstverwirklichung seiner Einwohner nach Lust und Laune behinderte, das will man auf keinen Fall. Da ist man sich gleich von den Bayern bis zu den Briten. Die fast überall niedrige Wahlbeteiligung läßt sich auch als Distanzierung von einem Parlament lesen, dessen Machtanspruch zur Kontrolle der Kommission nicht mehr Sympathien erringt als deren Machtversessenheit beim Nivellieren regionaler Besonderheiten in den Mitgliedsländern.“<sup>419</sup>

- Die Wahlanalyse der *Frankfurter Allgemeinen* weist auf eine für die Akzeptanz des Parlaments wesentliche Wechselbeziehung hin. Auf der einen Seite beschreibt die Zeitung zutreffend die Erwartungshaltung großer Teile der Bevölkerung an Europa, die wesentlich von dem Beharren auf nationalen Besonderheiten bei gleichzeitigem Wunsch nach kollektiver Sicherheit geprägt ist. Dabei wird das Parlament häufiger als Bedrohung nationaler Eigenheiten denn als Garant für Frieden und Sicherheit begriffen. Dieses Bild in der Bevölkerung wird von den Parteien im Wahlkampf wiederum mit Erfolg bestärkt, was der Wahlerfolg der CSU eindrucksvoll zeigt. Somit ergibt sich folgendes Bild: Die Erwartungshaltung der Bürger führt zu einem daraufhin maßgeschneiderten Wahlkampf, dieser wiederum bestärkt die Bürger in ihrer bisherigen, einseitigen Sicht Europas. Dieser Kreislauf behindert eine stärkere Akzeptanz des Parlaments.

Die SPD führt ihr schlechtes Abschneiden bei der Europawahl entsprechend der bundespolitischen Ausrichtung des Wahlkampfes ebenfalls auf innenpolitische Probleme

---

<sup>418</sup> FAZ, 15.06.1999, Nr. 135/24, S. 1

<sup>419</sup> FAZ, 15.06.1999, Nr. 135/24, S. 1

zurück, so die *Frankfurter Allgemeine*. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck übe starke Kritik am Erscheinungsbild der Bundesregierung. Er wolle nicht bestreiten, dass die Pressearbeit der Bundesregierung verbesserungsfähig sei. Vor allem dem Bundesarbeitsministerium sei es nicht gelungen, die Änderungen des 630-DM-Gesetzes erfolgreich der Bevölkerung darzustellen.<sup>420</sup>

Die CDU wertet das Wahlergebnis in gleicher Weise innenpolitisch aus. Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel sehe das gute Ergebnis der Landes-CDU bei der Europawahl als gute Voraussetzung für die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2001 und die Kommunalwahlen im Herbst 1999. Dennoch mache das gute Ergebnis die CDU im Lande nicht übermütig, so der Ministerpräsident in der *FAZ*. Immerhin hatte die baden-württembergische CDU mit 50,9 Prozent der Stimmen nach Bayern das zweitbeste Ergebnis erzielt.<sup>421</sup>

Die Frankfurter Grünen seien enttäuscht von ihrer Bonner Führung sowie von den Magistrats- und Fraktionsmitgliedern im Frankfurter Römer. Die Parteifunktionäre hätten die Mitglieder im Wahlkampf alleine gelassen und auf Kampagnen anderer Parteien kaum reagiert. Es mangle nicht an guten Konzepten, aber an der Kommunikation mit den Bürgern.<sup>422</sup>

- Auffallend ist, dass sowohl SPD als auch Grüne ihre, aus ihrer Sicht, unzureichenden Wahlergebnisse im Wesentlichen auf Kommunikationsdefizite im Hinblick auf die Ansprache der Bürger zurückführen. Dabei spielt die Erkenntnis, dass sie den Grundstein dieser selbst attestierten Unzulänglichkeiten überwiegend selbst gelegt haben, in den Wahlanalysen der Parteien offenbar keine Rolle. Wie bereits ausführlich dargestellt, haben die Parteien ihre Wahlkämpfe fast ausschließlich mit bundespolitischen Themen geführt. Die Klage, man sei dann wegen innenpolitischer Probleme bei der Europawahl abgestraft worden, ist daher unberechtigt. Da die Parteien die Chance, sich mit einem eigenen europapolitischen Konzept, das diesen Namen tatsächlich verdient, zu profilieren, nicht genutzt haben, können sie sich nicht berechtigterweise über die entsprechenden Reaktionen der Wähler beklagen.

---

<sup>420</sup> FAZ, 16.06.1999, Nr. 136, S. 1

<sup>421</sup> FAZ, 16.06.1999, Nr. 136, S. 6

<sup>422</sup> FAZ, 18.06.1999, Nr. 138, S. 74

## Zusammenfassung

Ein Schwerpunkt im Themenbereich Akzeptanz der Europawahl und des Europäischen Parlaments in der Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen* ist der Missbrauch des Europawahlkampfes für innenpolitische Themen. Der *FAZ* zufolge handeln die Parteien aus bundespolitischen Beweggründen. Die CDU hoffe zum Beispiel über die Mitglieder im Straßburger Parlament mehr Einfluss in der Bundespolitik zu bekommen. Die FDP ruft offen dazu auf, die Wahl als Protestwahl zu gebrauchen, um der letztes Jahr neu gewählten Regierung einen „Denkzettel“ zu verpassen. Auch die bundespolitische Ausrichtung der Europawahlkampfthemen wird in der *FAZ* dargestellt. Die Zeitung geht der Frage nach, woran es liege, dass der Wahlkampf mehr auf bundespolitische und innenpolitische Themen zugeschnitten sei. Nach der *Frankfurter Allgemeinen* fehlen in der Europapolitik qualifizierte Köpfe, die die Bürger ansprechen und somit auch für Europa begeistern können. Auch die wenigen Unterschiede in den Parteiprogrammen machten es für die Menschen schwer, überhaupt den Sinn in einer Wahl zu sehen, in der alle Parteien offensichtlich für beinahe die gleichen Inhalte stehen. Wenn alle Parteien mehr oder weniger das gleiche Ziel verfolgen, stelle sich die Frage, warum man sich dann aktiv an einer Wahl beteiligen solle. Auch der Wahlausgang wird durch das bundespolitische Geschehen seit der Bundestagswahl 1998 erklärt. Auffallend ist, dass die meisten Parteien das Wahlergebnis – je nach eigenem Abschneiden – weder als Erfolg noch als Niederlage ihrer Europapolitik deuten, sondern sofort und ohne Umwege direkte Rückschlüsse ziehen auf die eigene Regierungs- oder Oppositionsarbeit in Bund und Land und an den Wahlausgang unmittelbare Erwartungen hinsichtlich anstehender Kommunal- und Landtagswahlen knüpfen.

Die Zeitung berichtet auch über die Kandidatenfindung der Parteien. Diese ist häufig davon geprägt, dass nicht die Hoffnungsträger und Spitzenkräfte für ein Mandat in Europa nominiert werden, zumal diese – wie das Beispiel der CSU zeigt – häufig kein Interesse an einer Kandidatur für das Europaparlament zeigen. Eine Ausnahme stellt dabei in gewisser Weise die PDS dar, in deren Reihen um die vorderen Listenplätze zwischen den Parteiflügeln heftige Kämpfe geführt wurden.

Thema ist auch die Entwicklung der Funktionen und Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Das Parlament habe durch das Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages neues Selbstbewusstsein bekommen. Trotzdem werde die Wahl als Denkzettel- oder Testwahl

stilisiert. Den Bedeutungszuwachs sehe der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel auch in der maßgeblichen Beteiligung des Europäischen Parlamentes beim Rücktritt der Europäischen Kommission. Die Emanzipation des Parlaments wurde besonders im Umgang mit der BSE-Affäre deutlich, so die *Frankfurter Allgemeine*. Die Zeitung berichtet, wie das Parlament durch die Krise seine Rechte entdeckte. Nicht zuletzt deshalb musste die Kommission zwei Jahre später zurücktreten.

In der *FAZ* stellt Dr. Elisabeth Noelle-Neumann ihr Bild von der öffentlichen Meinung über das Europäische Parlament vor. Sie sei sich sicher, dass die Europawahl für viele Bürger aus „heiterem Himmel“ komme. Nach ihrer Überzeugung hatten die Deutschen schon immer eher wenig Interesse an der Europawahl, obwohl der europäische Einigungsprozess immer wieder große Fortschritte gemacht habe. Und wenn die Bürger Interesse zeigen, dann doch eher dahingehend, dass die gewählten Abgeordneten Entscheidungen treffen, die für Deutschland gut sind, nicht aber für Europa.

Die *Frankfurter Allgemeine* stellt auch verschiedene Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, vor. Unter anderem sind das Udo Bullmann (SPD), Martin Holzfuß (FDP), Hartmut Nassauer (CDU), Barbara Weiler (SPD).

#### 4.1.3 Wählerverhalten

Im Bereich Wählerverhalten erscheinen vier Berichte vor dem Wahltermin. Nahezu dreißig Artikel werden nach dem Wahltermin veröffentlicht. Der Schwerpunkt liegt daher bei der Ergebnisauswertung, vor allem bei der niedrigen Wahlbeteiligung. Ein weiteres Thema ist das Ansehen der Parteien bei der Bevölkerung vor der Wahlentscheidung hinsichtlich der Europawahl.

Vor dem Wahltag berichtet die *Frankfurter Allgemeine* über die Erwartungen der Parteien hinsichtlich des Wählerverhaltens und ihres Abschneidens bei der Europawahl.

Da die Grünen auf ihrem Parteitag in Bielefeld beschlossen haben, die bisherige Linie der rot-grünen Regierung mitzutragen, fürchteten nun die Parteimitglieder, die gegen die Nato-Angriffe in Jugoslawien seien, dass diese Richtungsentscheidung einen negativen Einfluss auf

die Wahlentscheidung der Bürger habe, so die *FAZ*.<sup>423</sup> Die Sprecherin des Grünen-Vorstandes Röstel sagte, dass es sich nicht erst seit dem Kosovo-Krieg abzeichne, dass die Europawahl eine „Klippe“ für die Grünen darstelle, da die Zustimmung in der Basis schon seit mehreren Monaten abnehme. Dennoch könne die Debatte auch ein „Achtungssignal“ sein. Die Grünen-Politikerin Buntgenbach schätzt die Erfolgsaussichten eher schlecht ein, so die *Frankfurter Allgemeine*. Sie sei der Meinung, dass der Einsatz der Grünen zur Europawahl wegen des Kosovo-Konfliktes eher gering sei, ebenso wie die Motivation der Parteianhänger, zur Wahl zu gehen.<sup>424</sup>

Die PDS rechne sich nach den erreichten drei Prozent bei der Bürgerschaftswahl in Bremen Chancen bei der Europawahl aus, so die *FAZ* kurz vor der Wahl. Vor fünf Jahren erzielte die Partei 4,7 Prozent und verfehlte den Einzug ins Parlament nur knapp. Außerdem habe sie sich als einzige Partei gegen die Nato-Luftangriffe auf das ehemalige Jugoslawien ausgesprochen. Das Ziel der PDS sei mit mindestens sieben, zum Teil prominenten Abgeordneten, ins Europäische Parlament einzuziehen.<sup>425</sup>

Nach dem Wahltermin beschäftigt sich die *Frankfurter Allgemeine* ausführlicher mit der Auswertung des Wahlergebnisses.

Die *Frankfurter Allgemeine* bescheinigt den Unionsparteien am Tag nach der Europawahl große Gewinne. Laut der *FAZ* habe der CDU-Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble mit einem solch guten Ergebnis nicht gerechnet. Er fordere nun die Regierung Schröder dazu auf, dass einer der beiden deutschen EU-Kommissare aus den Reihen der CDU/CSU kommen müsse. Schröder sei der Meinung, dass man den Kampf um die neue Mitte neu aufnehmen müsse. Deshalb wolle er die Reformen in der bundesdeutschen Sozial- und Wirtschaftspolitik vorantreiben. Der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt bezeichne das Abschneiden seiner Partei als „dramatische Niederlage“ und wolle deshalb eventuell auch persönliche Konsequenzen ziehen. Die Grünen erzielten zwar ein schlechteres Ergebnis als 1994, mit 6,5 Prozent hätten sie aber locker die Fünf-Prozent-Hürde geschafft, so die *FAZ*. Auch die PDS ziehe mit 6 Prozent in das Europaparlament ein.<sup>426</sup>

---

<sup>423</sup> *FAZ*, 15.05.1999, S. 2

<sup>424</sup> *FAZ*, 17.05.1999, S. 2

<sup>425</sup> *FAZ*, 08.06.1999, Nr. 129, S. 3

<sup>426</sup> *FAZ*, 14.06.1999, Nr. 134/24, S. 1 „Große Gewinne der Union bei der Europawahl“

Die Union habe bei dem „Stimmungstest“ erheblich besser abgeschnitten als erwartet. Die Europawahl habe sich auf eine „innenpolitische Abrechnung“ beschränkt.

„Denkzettel verteilen Wähler immer dann am leichtesten, wenn sie die Wahl nicht sonderlich wichtig nehmen. Es wirkt paradox, daß das Interesse an Europa und dem Straßburger Parlament ausgerechnet zu dem Zeitpunkt sinkt, da die EU Gestalt annimmt. [...] Es sollte zu denken geben, daß die Oberbürgermeisterwahl in München am Sonntag noch das stärkste Interesse erfuhr. Die im Durchschnitt niedrige Wahlbeteiligung signalisiert nicht nur Desinteresse, sondern auch Orientierungslosigkeit und Verärgerung über Politik und Politiker - in den Kommunen, im Bund, in Europa. Vielleicht wird die Europawahl ernster genommen, wenn das Parlament in Straßburg wenigstens den Präsidenten der übermächtigen Kommission in Brüssel wählen darf.“<sup>427</sup>

Laut der *Frankfurter Allgemeinen* haben die „pflichtbewussten Alten“ eine noch geringere Wahlbeteiligung bei der Europawahl verhindert. Es hätten vor allem junge Leute nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, obwohl ihnen ein vereintes Europa am meisten nütze, glaube man den Politikern. Warum sie nicht wählen gehen, würden die jungen Staatsbürger selbst nicht so genau wissen, so die Zeitung.

„Zum Glück für Klaus Hänsch, Hartmut Nassauer, Heidemarie-Rose Rühle und die anderen Europa-Matadore der Parteien vergeist die deutsche Gesellschaft zusehends. Das schafft zwar ein Rentenproblem. Doch dafür kommen die Alten ihrer Wahlpflicht nach und sorgen dafür, daß die Urnen nicht ganz leer bleiben.“<sup>428</sup>

Nach dem Wahlerfolg der Unionsparteien schreibt die *FAZ*, die Unionsparteien genössen ihren Wahlerfolg und kümmerten sich dabei wenig um die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl. Die CDU genieße, dass die SPD beispielsweise in Thüringen und Sachsen Stimmen an die PDS verloren habe. Sie führe das darauf zurück, dass die SPD offen gezeigt habe, sie sei bereit mit der PDS politisch zu kooperieren. Angela Merkel freue sich in ihrer Funktion als Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommerns, dass die CDU nach einer schweren Niederlage, im eigenen Bundesland eine rot-rote Koalition zu haben, hervorragende Ergebnisse erzielte. Bei solchen Ergebnissen erschüttere die Partei auch nicht mehr eine so geringe Wahlbeteiligung wie am 13. Juni, so die *Frankfurter Allgemeine*. Diese spiele bei der

---

<sup>427</sup> FAZ, 14.06.1999, Nr. 134/24, S. 1 „Die Union triumphiert“

<sup>428</sup> FAZ, 14.06.1999, Nr. 134, S. 60 „Nur die pflichtbewussten Alten verhindern eine größere Blamage“



Wahlanalyse Schäubles dann auch fast keine Rolle. Schäubles Erklärung sei, dass die Instabilität des Euros zum Desinteresse an der Europawahl habe beitragen können.

„Doch weiß die CDU-Führung um Schäuble, daß sie von der geringen Wahlbeteiligung profitiert hat. Erfolge aber soll man sich nicht kaputtreden. Ein Blick auf die absoluten Zahlen zeigt nämlich, daß ein Hochschnellen der Prozentanteile mit dem Rückgang der für eine Partei abgegebenen Stimmen Hand in Hand gegangen ist. Bei der Europawahl vor fünf Jahren erhielt die CDU - ohne die CSU - zwar nur 32 Prozent der Stimmen, dafür aber 11346073 Stimmen. Bei der Bundestagswahl vor knapp neun Monaten bekam die CDU nur 28,4 Prozent, aber 14004907 Stimmen. Diesmal waren es zwar mit 39,3 Prozent ein erheblich höherer Anteil, aber nur 10627337 Stimmen - zu denen die 9,4 Prozentpunkte oder 2538719 Stimmen der CSU hinzugezählt werden müssen, um zu dem Gesamtergebnis der Union von 48,7 Prozent oder 13166056 Stimmen zu kommen.“<sup>429</sup>

Auch Stoiber bezeichnet das Europawahlergebnis als ein „Ausnahmeergebnis in jeder Beziehung“<sup>430</sup>. Im Gegensatz zur Schwesterpartei habe die CSU ihre absoluten Stimmen erhöhen können. Auch der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans-Peter Stihl, sei der Meinung, dass der Ausgang der Europawahl ein Denkmittel für die rot-grüne Bundesregierung sei. Die Botschaft der Wähler sei, dass die Regierung durch eine solide Haushaltspolitik alle Kräfte auf die Stärkung des Wirtschaftswachstums konzentrieren müsse. Der Präsident des Bundesverbands des deutschen Groß- und Außenhandels, Michael Fuchs, fordere sogar personelle Konsequenzen. Der Ärzteverband Hartmannbund bezeichnete den Ausgang der Wahl als Denkmittel.<sup>431</sup>

Die *FAZ* notiert, dass die Wahlbeteiligung bei der Europawahl den niedrigsten Wert einer Abstimmung seit 1945 erreicht habe, die Beteiligung sei an einem „historischen Tiefstand“ angelangt, vor allem bei den jüngeren Altersgruppen. Der Kreiswahlleiter Albrecht Glaser (CDU) sei der Meinung, die Ursachen lägen darin, dass Europa bei den Bürgern wenig emotional verankert sei. Deshalb müsse das Thema von allen Verantwortlichen „gesellschaftspolitisch besser vermittelt“ werden.<sup>432</sup>

- Die Analyse von Partei- und Verbandsvertretern, die Europawahl sei eine Denkmittelwahl für die Bundesregierung gewesen, ist sicher richtig. Sie bieten

---

<sup>429</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 3 „Kein Wasser in den Wein“

<sup>430</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 5 „Ausnahmeergebnis in jeder Beziehung“

<sup>431</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 17 „Europawahl gilt als Denkmittel für die Regierung“

<sup>432</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 61 „CDU motiviert Wähler am besten, ...“

allerdings keine Lösungsansätze, wie die Europawahl ihrer ursprünglich zgedachten Bedeutung wieder zugeführt werden kann. Es entsteht eher der Eindruck, dass über die Instrumentalisierung der Europawahl wenig Bedauern herrscht, sie dem einen oder anderen für seine Kritik an der Bundesregierung sogar gelegen kommt. Die Analyse des Wahlleiters ist ebenfalls sehr zutreffend. Im Gegensatz zu den übrigen Kommentatoren bietet er jedoch einen Verbesserungsvorschlag an, indem er richtigerweise anregt, Europa müsse bei den Bürgern auch emotional ankommen. Dies setzt jedoch voraus, dass die politischen und gesellschaftlichen Akteure mit gutem Beispiel vorangehen und engagiert für das Europäische Parlament eintreten, anstatt die Europawahlen lediglich als Vorlage für bundespolitische Angriffe zu missdeuten.

Auch über den Spitzenkandidaten der französischen Grünen, den Frankfurter Daniel Cohn-Bendit, wird zwei Tage nach der Wahl berichtet. Im Gegensatz zu seiner früheren Widersacherin bei den Frankfurter Grünen Jutta Ditfurth ziehe Cohn-Bendit mit weiteren acht französischen Abgeordneten ins Parlament ein. Bisher waren die französischen Grünen im Europäischen Parlament nicht vertreten. Daran gemessen sei dies ein gutes Ergebnis, so Cohn-Bendit. Ditfurth dagegen trat für die griechische „Front der radikalen Linken“ an und wollte laut ihrer Aussage gar nicht ins Parlament einziehen. Im Falle einer Wahl wäre sie zurückgetreten, habe sie mit ihrer Kandidatur doch nur ein Zeichen gegen den Kosovo-Krieg setzen wollen,<sup>433</sup> so Ditfurth in der *FAZ*.

Warum die Europawahl bei vielen Bürgern nicht von Bedeutung ist, erklärt die *Frankfurter Allgemeine* wie folgt:

„Irgendwie klingt es hohl, das staatstragende Bedauern der Politiker über die dramatisch niedrige Beteiligung an der Europawahl. Durch die Stilisierung zum innenpolitischen Stimmungstest haben sie von vornherein die Schwierigkeit unterlaufen, sperrige europapolitische Zusammenhänge darstellen zu müssen. Da bringt dann auch der Wahlkampf der selbst in den eigenen Reihen vielfach kaum beachteten Europa-Abgeordneten nichts mehr - zumal deren für sechs Monate vor dem Abstimmungstermin im Land sichtbare Aktivität die vorangegangenen viereinhalb Jahre schwerlich aufwiegen kann. Insofern war auch das Scheitern der mit viel Tamtam initiierten Frankfurter Europakampagne programmiert. Das Fehlen einer

---

<sup>433</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 61 „Dany' gewinnt, und Jutta bleibt zu Hause“

kontinuierlichen europapolitischen Diskussion, die eben mehr ist als das Beschwören Europas in Sonntagsreden, rächt sich nicht nur hier.“<sup>434</sup>

- Die *FAZ* benennt hier einen der wesentlichen Gründe für die geringe Verankerung des Europaparlaments im politischen Bewusstsein der Bevölkerung. Schnell nach den Wahlen verschwindet die Arbeit der Parlamentarier von der politischen Tagesordnung. Den Bürgern wird somit keine kontinuierliche Information über und Auseinandersetzung mit dem Europäischen Parlament angeboten. Ohne diese bleibt Europa aber – wie richtig festgestellt – ein Thema für „Sonntagsreden“.

Der Offenbacher Presseamtsleiter Matthias Müller bezeichnet nach Angaben der Zeitung vor allem die geringe Wahlbeteiligung in hessischen Städten wie Wiesbaden, Frankfurt und Offenbach als typisch großstädtisches Phänomen. Gründe könnten insbesondere eine weniger starke örtliche und soziale Bindung der Bürger sein, so Müller.<sup>435</sup>

Am 15. Juni 1999, zwei Tage nach der Wahl, erschienen noch zahlreiche Auswertungen, vor allem von regionalen Ergebnissen im Rhein-Main Gebiet und Hessen.

Der Vorsitzende der südhessischen SPD, Gerhard Bökel, veröffentlicht einen Gastbeitrag in der *Frankfurter Allgemeinen*. Die Europawahl sei ein Warnsignal für seine Partei, denn es sei Ausdruck für die Unzufriedenheit der Wähler, die Bökel jedoch für „weitgehend unbegründet“ hält. Um die Wahrnehmung der SPD bei den Wählern zu verbessern, müsse man den eingeschlagenen Kurs halten und Überzeugungsarbeit leisten. Man müsse seine Vorhaben besser erklären. Die SPD überlasse in dieser Hinsicht zu sehr den „Angreifern“ das Feld.<sup>436</sup>

- Der Vorsitzende der SPD Hessen-Süd spricht von der Notwendigkeit verbesserter Kommunikation und intensiverer Überzeugungsarbeit. Damit meint er jedoch nicht in erster Linie das Eintreten für Belange des Europäischen Parlaments, sondern vielmehr die Darstellung der innenpolitischen Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung. Hieran zeigt sich einmal mehr, dass die politischen Akteure die

---

<sup>434</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 61 „Im Souterrain“

<sup>435</sup> *FAZ*, 15.06.1999, Nr. 135, S. 66 „Guter Ansatz für die Kommunalwahlen“  
Wiesbaden (40,0%), Frankfurt (41,9 5), Offenbach (38,2 %)

<sup>436</sup> *FAZ*, 17.06.1999, Nr. 137, S. 72 „Ein Warnsignal wie die Wahl in Hessen“

Auswertung der Ergebnisse der Europawahl fast ausschließlich zum Anlass für innenpolitische Kurskorrekturen nehmen. Europapolitische Ableitungen hört man dagegen selten.

Dieter Roth, Mitglied des Vorstandes der Forschungsgruppe Wahlen e.V., analysiert die Europawahl in der *FAZ*. Die „herausragenden Ergebnisse“ der Europawahl seien der Erfolg der CDU/CSU bei gleichzeitiger Niederlage der SPD, der Verlust der Grünen, das Überwinden der Fünf-Prozent Hürde durch die PDS und die noch nie da gewesene niedrige Wahlbeteiligung.<sup>437</sup>

### **Zusammenfassung**

Vor der Europawahl wird über Parteien berichtet und wie sie die Wahlentscheidung der Bürger einschätzen, ob sie sich eher gute oder schlechtere Chancen ausrechnen. Die Grünen erwarten demnach eine Entscheidung der Wähler im Blick auf die Nato-Angriffe in Jugoslawien. Die PDS rechne sich gute Chancen aus, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Nach der Europawahl kommentieren die Führungsmitglieder der Parteien die Wahlergebnisse. Der Union bescheinigt die Zeitung große Gewinne. Die SPD muss größere Verluste im Verhältnis zur vorangegangenen Bundestagswahl hinnehmen. Das Ergebnis wird nicht auf die Europapolitik bezogen, die Partei versuchen vielmehr, das Wahlergebnis auf innenpolitische Zusammenhänge zurückzuführen. Der FDP-Parteivorsitzende Wolfgang Gerhard bescheinigt seiner Partei bei der Europawahl eine dramatische Niederlage. Die Grünen schnitten schlechter ab als 1994, erreichten aber noch ohne Schwierigkeiten die Fünf-Prozent-Hürde und ziehen somit wieder ins Straßburger Parlament ein. Auch die PDS sendet Abgeordnete nach Straßburg, nachdem sie sechs Prozent der Stimmen erreicht hat. Paradox wirke es, so die *Frankfurter Allgemeine*, dass das Interesse an Europa gerade in der Zeit sinkt, in der die Europäische Union beginnt, Gestalt anzunehmen. Durch die „pflichtbewussten Alten“ sei zudem eine noch geringere Wahlbeteiligung verhindert worden. Die jüngeren Wähler stellten eine weitaus geringere Gruppe dar. Beachtenswert sei, dass die Europawahl einen „historischen Tiefstand“ bei einer bundesweit durchgeführten Wahl nach 1945 erreicht hat.

---

<sup>437</sup> *FAZ*, 22.06.1999, Nr. 141, S. 12, mehr dazu im ersten Teil der Arbeit

Die *Frankfurter Allgemeine* geht auch der Frage nach, warum sich so viele Bürger nicht an der Europawahl beteiligen. Die Politiker stilisierten die Europawahl zum innenpolitischen Stimmungstest. Somit stellten sie keine europäischen Zusammenhänge dar und hofften, die Protestwähler mobilisieren zu können. Durch die Nichtthematisierung von europäischen Themen existiere auch keine kontinuierliche europapolitische Diskussion. Das räche sich dann bei der Europawahl, so die *FAZ*.

## 4.2 Süddeutsche Zeitung

### 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999

Insgesamt erschienen im Untersuchungszeitraum 87 Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*. Der Schwerpunkt liegt in den Ressorts Nachrichten mit 33 Artikeln und den lokalen Ressorts Bayern und München mit jeweils 15 Artikeln. Während die Zeitung bei der letzten Europawahl vor fünf Jahren ihren Schwerpunkt in der lokalen Berichterstattung<sup>438</sup> setzte, stellt sich das Verhältnis zwischen den regionalen und überregionalen Ressorts sehr ausgewogen dar. In allen Ressorts wird zu Beginn des Untersuchungszeitraumes wenig zum Thema berichtet, während im Monat Juni die Berichterstattung stark ansteigt. Die Artikelanzahl veränderte sich nicht wesentlich zu 1994.<sup>439</sup>

Ressort	Anzahl der Artikel
Nachrichten	33
Wirtschaft	2
Themen	6
Feuilleton	1
Berlin Seite	4
Seite Drei	3
Meinungsseite	5
Medien	1
Briefe an die SZ	2
Bayern	15
München	15
<b>insgesamt</b>	<b>87</b>

<sup>438</sup> In den Ressorts „Bayern“ und „München“ erschienen 1994 insgesamt 42 Artikel, während im Ressort „Nachrichten“ 25 Artikel erschienen.

<sup>439</sup> 1994 erschienen 79 Artikel zum Thema „Europawahl“

**Legitimation (16 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1	1	4	1	3	6

**Akzeptanz (28 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
4	3	2	-	3	16

**Wählerverhalten (44 Artikel)**

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
-	-	-	-	4	40

**4.2.1 Legitimation**

Im Themenbereich Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl setzt die *Süddeutsche Zeitung* ihre Themenschwerpunkte auf die Wahlprogramme und den Wahlkampf der Parteien, die Spitzenkandidaten und das gleichzeitig eher geringe Interesse der Bevölkerung an den Europawahlen.

Mit dem Wahlprogramm der Grünen beschäftigt sich der erste Artikel des Themengebietes Ende Januar. Demnach wollen die Grünen Flugbenzin und Fliegen als die „umweltschädlichste Form der Mobilität“<sup>440</sup> besteuern. Die Partei plädiert für eine Einführung einer europaweiten Ökosteuer zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung und der Massenarbeitslosigkeit. Die zügige Erweiterung der Europäischen Union durch Staaten wie die Türkei, Albanien und Mazedonien, Kroatien und Serbien sowie Russland ist für die Grünen ebenfalls eine obere Priorität. Jedoch wird auch hier über die innerparteilichen Gegensätze bezüglich der EU-Außen- und Sicherheitspolitik und den Widersprüchen zum rot-grünen Koalitionsvertrag berichtet.<sup>441</sup>

- Die Grünen kommunizieren im Wahlkampf ambitionierte Ziele für das Fortschreiten der europäischen Integration und versuchen so, das Lager der klaren Europabefürworter an sich zu binden. Die Tatsache, dass die Partei dabei nur bedingt realistische Vorstellungen vertritt, dient jedoch dem europäischen Parlament unter Umständen weniger. Bei den Bürgern könnte der Eindruck entstehen, in Europa könne jeder alles fordern, weil eine rasche Umsetzung

<sup>440</sup> SZ, 25.01.1999, Nr. 19/S. 6

<sup>441</sup> SZ, 25.01.1999, Nr. 19/S. 6; siehe hierzu III, 4.2.2 Akzeptanz; Fußnote SZ, 22.01.1999, Nr. 17/S. 5

ohnehin nicht zu erwarten sei. Überhaupt fällt auf, dass die Kernaussagen der Grünen die Europapolitik in ihren großen Linien betrifft, jedoch kaum konkrete Themen und Ziele für die praktische Arbeit im Europäischen Parlament.

Die Münchner CSU setzt ihre Schwerpunkte beim Europawahlkampf auf die Asyl- und Drogenpolitik sowie die Verbrechensbekämpfung. Denn die Bundesregierung habe im europäischen Parlament stets für eine weitere Liberalisierung plädiert, was München im Gegensatz zu anderen Städten überproportional geschadet habe. Die CSU-Europapolitiker seien auch davon überzeugt, dass den Bürgern nicht bewusst sei, wie stark europäische Regelungen auf ihr Leben Einfluss nehmen, dies seien sechzig Prozent der Regelungen, die die Münchner - wie alle anderen Bürger auch - betreffen.<sup>442</sup>

- Anhand dieser Berichterstattung wird deutlich, wie Parteien teilweise die Stimmungslage der Bevölkerung einschätzen und mit Angstthemen versuchen, Wahlkampf zu führen. Interessant ist insbesondere, dass die Regelungsdichte europäischer Normen, die unmittelbar oder mittelbar in das nationale Recht hineinwirken, tendenziell als Bedrohung, die es abzuwehren gelte, assoziiert wird und die positiven Folgen europäischer Rechtsvereinheitlichung kaum thematisiert werden.

Anfang März berichtet die Zeitung über die Zielsetzungen der PDS. Die Partei strebe sechs Prozent der Stimmen an.

„Die PDS wolle sich für einen Kurswechsel in Europa einsetzen, damit das Europa des 21. Jahrhunderts kein Europa der Banken und Multis mit Lohn- und Sozialdumping werde, sondern eine Sozial- und Beschäftigungsunion, die dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit Priorität einräume. Der PDS, die die europäische Integration begrüße, gehe es um ein Europa, in dem Frieden, Arbeit und Demokratie im Vordergrund stünden. Die PDS lehne den Kurs der Bundesregierung ab.“<sup>443</sup>

Unter den Bewerbern für die PDS-Liste gebe es auch Nichtmitglieder der Partei; so zum Beispiel den Sozialdemokraten Andreas Wehr, der wegen parteiideologischer Differenzen aus

---

<sup>442</sup> SZ, 03.02.1999, Nr. 27/S. L2

<sup>443</sup> SZ, 02.03.1999, Nr. 27/S.5

der SPD ausgeschieden sei. Die PDS böte ihm den viel versprechenden Platz sechs der Liste an, obwohl Wehr kein PDS-Mitglied werden wolle.<sup>444</sup>

Anfang März stellt die PDS Sylvia-Yvonne Kaufmann auf ihrem Parteitag als Spitzenkandidatin vor. Im Wahlprogramm der PDS wird betont, dass die Partei einen grundlegenden Wandel der Europapolitik fordere. Die Partei stehe auch für eine gemeinsame Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik in der Europäischen Union, so die *Süddeutsche Zeitung*. Außerdem müsse die Macht der internationalen Konzerne eingedämmt werden. Die PDS verfolge weiterhin die Vorstellung der Auflösung der NATO und des Ausbaues der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Partei will auch die osteuropäischen Staaten in ihrem Bestreben, der Europäischen Union beizutreten, stärker unterstützen.<sup>445</sup>

Die *Süddeutsche Zeitung* veröffentlicht ein Interview mit der Spitzenkandidatin der Grünen, Heide Rühle. Ihrer Meinung nach sei die Europawahl eine Testwahl für die im letzten Jahr neu gewählte rot-grüne Bundesregierung. Sie sei überzeugt, dass für die Europawahlen Kandidaten gebraucht würden, die über Fachwissen und Erfahrung verfügen, nachdem bekannte grüne Europapolitiker andere Wege eingeschlagen hätten. Gefragt, ob ihre Partei deshalb die 21-jährige Wirtschaftsstudentin Ilka Schröder auf den aussichtsreichen Listenplatz sechs gesetzt habe, während andere profilierte Politiker ihrer Partei hintere Plätze der Liste einnehmen, kritisierte sie die Art und Weise der Kandidatenaufstellung und stellt diese als reformbedürftig dar.<sup>446</sup> Dispute innerhalb der Parteien gehörten zwar zu politischen Prozessen, vor einer Wahl sei es dennoch von Vorteil, sich als geschlossene Einheit in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wähler reagierten mit Skepsis auf in sich uneinige Parteien. Denn wie solle eine Partei erfolgreich ihre Meinungen vertreten, wenn sie nicht einmal als geschlossene Einheit auftrete.

Mitte Mai berichtet die *Süddeutsche*, dass die CSU wieder „europäischer“ werde. Auslöser dafür sei die Krise im Kosovo. Denn nur ein in sich starkes Europa könne Frieden schaffen und erhalten, so die Einschätzung der CSU.

---

<sup>444</sup> SZ, 02.03.1999, Nr. 27/S.5

<sup>445</sup> SZ, 08.03.1999, Nr. 55/S. 6

<sup>446</sup> SZ, 09.03.1999, Nr. 56/S. 5



„Mit Fug und Recht fordert die CDU/CSU eine „durchsetzungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik in und für Europa, die weltweit respektiert wird. Das ist nicht Anti-Amerikanismus, sondern Pro-Europäertum. Sympathie verdient deshalb auch der Plan der Union, auf einen „Verfassungsvertrag“ für Europa hinzuwirken: Eine europäische Verfassung ist ein Projekt zur Politisierung Europas, also ein Projekt gegen die Totalität der Ökonomie – ein lohnendes Projekt. [...] Die Europäer müssen wieder spüren, warum sie Europa wollen sollen. Europa muß wieder die Phantasie ansprechen, es muß den Hoffnungen der Menschen ein Ziel setzen. Das Europawahlprogramm der Union ist durchaus ein kleiner Beitrag dazu.“<sup>447</sup>

- Die *Süddeutsche* spricht hier eine wichtige Möglichkeit zur Stärkung des Europäischen Parlaments und zur Erhöhung der Teilnahme an den Europawahlen an. So lange Europa vorwiegend als ökonomisches Gebilde im Sinne einer politisch angereicherten Freihandelszone wahrgenommen wird, ergeben Wahlen zu einem Parlament für die Bevölkerung nur wenig Sinn. Deshalb ist es richtig, eine Politisierung Europas zu fordern. Denn diese würde Sinn und Bedeutung des Europäischen Parlaments deutlich machen.

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet Ende Mai, dass der Bundesregierung eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof drohe. Da sich EU-Ausländer bei jeder Europawahl neu registrieren lassen müssten und dies in anderen Mitgliedsstaaten nicht der Fall sei, sehe das der Gerichtshof als Diskriminierung der in Deutschland lebenden europäischen Ausländer an.<sup>448</sup>

Einen Tag vor der Wahl berichtet die Zeitung von einer CSU-Wahlkampfveranstaltung mit Edmund Stoiber, der plötzlich vom Europa-Kritiker zum Europa-Befürworter mutiere. Stoiber zähle auf, was Bayern alles Brüssel zu verdanken habe, sei es in der Landwirtschaft, in der Wirtschaft oder in sonstigen Teilbereichen des politischen Lebens.

„Streckenweise sieht es fast so aus, als habe sich Edmund Stoiber in Helmut Kohl verwandelt. Aber nur fast.“<sup>449</sup>

Stoiber gebe nun den großen Europäer. Der Kosovo-Krieg habe den Ministerpräsidenten aufgerüttelt und außerdem wisse er genau, dass er als Europaskeptiker kein Kanzlerkandidat

---

<sup>447</sup> SZ, 19.05.1999, Nr. 113/S. 4

<sup>448</sup> SZ, 28.05.1999, Nr. 120/S. 2

<sup>449</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

der Union werden könne. Die CSU habe sich mit der gemeinschaftlichen Forderung, eine „Charta der Grundrechte“ zu errichten, durchaus von ihrem Standpunkt wegbewegt. Dies sei auch nicht schädlich für die Union.

„In diesem Europa-Wahlkampf genügt es für die Union, die innenpolitischen Reizthemen nur anzutippen – so wie das Stoiber auch im Bierzelt macht. Das reicht, um die Wahl zu einer Denkzettelwahl gegen Rot-Grün zu machen.“<sup>450</sup>

Die Zeitung informiert die Leserschaft auch, dass die Europawahl nach den Wahlen in Indien die „weltweit größte demokratische Wahl“ sei, das Interesse der Wähler aber gering sei. Erkennen könne man dies an den Statistiken der europäischen Länder, in denen schon gewählt wurde.<sup>451</sup>

Mit dem Titel „Hoffnungslos die Nummer eins“<sup>452</sup> wird ein Einblick gegeben in die Situation des bayrischen FDP-Spitzenkandidaten Klaus von Lindeiner. Auf der Bundesliste steht er aber nur auf Platz 9 und seine Wahl wird somit sehr unwahrscheinlich.

„Der Mann, im richtigen Leben Geschäftsführer bei der Wacker-Chemie, hat keine Chance. „Keine Frau, über 35 und dann noch aus Bayern“, faßt er die Misere zusammen. Die Wahlkampfkosten zahlt er selber. Wieviel? „Ich kann es mir leisten.““<sup>453</sup>

Das sei kein Grund für ihn, die Partei zu verlassen. Stattdessen mache er sich eifrig ans Werk, bei den Menschen „Europabegeisterung zu wecken“. Für ein Mandat im Europäischen Parlament hätte von Lindeiner seinen Beruf zurückgestellt, qualifiziert wäre er. Von Lindeiner promovierte zum Thema Supranationalität und war als Berater des UN-Flüchtlingskommissars tätig, so die *Süddeutsche Zeitung*.<sup>454</sup>

- Mit diesem Beitrag stellt die *Süddeutsche Zeitung* einen engagierten und qualifizierten Kandidaten für das europäische Parlament vor. Wirtschaftlich unabhängig, strebt dieser ein Mandat aus Überzeugung an. Finanziell dürfte eine erfolgreiche Kandidatur – gemessen an seinem jetzigen Einkommen und den

<sup>450</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

<sup>451</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

<sup>452</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

<sup>453</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

<sup>454</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

Diäten der Abgeordneten – eher ein Verlustgeschäft sein. Besonders positiv fällt auf, dass hier ein Kandidat Wahlkampf führt, der tatsächlich Sachverstand im Zusammenhang mit supranationalen Organisationen wie der Europäischen Union hat. Eine solche Kandidatur fördert die Glaubwürdigkeit der Europawahlen und des Parlaments. Ernüchternd ist allerdings, dass ein solcher Kandidat selbst nach eigener Einschätzung kaum Chancen auf den Einzug ins Parlament hat. Hieran zeigt sich erneut, wie die Parteien schon durch ihre Kandidatenauswahl die Legitimation des Parlaments schwächen, indem glaubwürdigen Kandidaten keine aussichtsreichen Listenplätze eingeräumt werden. Ob der vorgestellte Kandidat unter diesen Bedingungen im Falle einer Wahl tatsächlich seine Tätigkeit in der freien Wirtschaft gegen ein Abgeordnetenmandat eintauschen würde, bleibt daher sicher fraglich.

Auch über die sächsische SPD-Europaabgeordnete Constanze Krehl berichtet die *Süddeutsche Zeitung*. Dass sie es schwer hat, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, macht folgende Passage deutlich:

„Hier haben die Parteien bei der letzten Schlacht ihre Matadoren präsentiert. Sie haben ihnen große Bühnen geboten, kaufhaushohe Lautsprechertürme aufgebaut und treue Anhänger in die ersten Reihen gesetzt. Gerhard Schröder kam, auch Helmut Kohl. Tausende machten ihr Erscheinen zu einem Spektakel.

Auch drei Tage vor der Europawahl steht eine hohe Bühne auf dem Sachsenplatz. Bestenfalls vierhundert Zuschauer stehen unten. Die meisten sind zum Protestieren gekommen. Wenn der Hauptredner Pausen macht, damit Applaus einsetzen kann, passiert fast nichts. Ihn umringen auf der Bühne elf Männer und drei Frauen, Kandidaten seiner Partei. Sie applaudieren eifrig. Ihr Beifall wird über die Lautsprecher verstärkt, da rauscht es ein bißchen.

Der Redner ist mehr gewöhnt, denn dies ist sein Land. Es ist der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der da für seine CDU ins Leere spricht. Die Sozialdemokratin Constanze Krehl geht weiter. Sie hat nebenan in einem Gasthof einen der letzten Termine im Wahlkampf, ein Gespräch mit einem Unternehmer. Die 42jährige sieht sich darin bestätigt, auf eine Großveranstaltung verzichtet zu haben.“<sup>455</sup>

Den neuesten Umfragen zufolge kannten die Europaabgeordnete 1994 1,7 Prozent. Um diese Situation zu verbessern sei Frau Krehl jedes Wochenende von Brüssel nach Sachsen gereist, um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen und um Begeisterung für Europa zu

---

<sup>455</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

wecken. Mittlerweile habe sich ihr Bekanntheitsgrad verdoppelt. Mit einem Lächeln meinte sie, dass sie dann jedoch immer noch ziemlich unbekannt wäre.

- Wahlkampf vor leeren Rängen, Teilnahme der Bürger überwiegend aus Protest und fast vollständig unbekannte Europaabgeordnete, dieses Bild zeichnet die *Süddeutsche Zeitung* vom sächsischen Europawahlkampf. Bei den Rezipienten entsteht so der Eindruck, dass die Europawahl eine Wahl ohne Wähler ist, die Parlamentarier Volksvertreter ohne Volk sind. Durch diese Zustandsbeschreibung werden der Sinn und die Rolle des Europäischen Parlaments in Frage gestellt. Die Legitimation des Parlaments kann sich nur aus seiner Verankerung in der Bevölkerung begründen. Berücksichtigt man, dass die im Artikel vorgestellte Abgeordnete in ihrem eigenen Land beinahe vollkommen unbekannt ist – und dies trotz großer Bemühungen – dann lässt sich daran ablesen, wie sehr die Legitimation des Parlaments durch diese mangelnde Verankerung in der Bevölkerung geschwächt wird.

### **Zusammenfassung**

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet im Themengebiet Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl hauptsächlich über die Wahlprogramme der Parteien. Sie informiert mehrmals über Ministerpräsident Edmund Stoiber und das Europawahlprogramm seiner Partei. Im Gegensatz zur CSU wird über die SPD eher spärlich berichtet. Die Zeitung stellt die sächsische Europaabgeordnete Konstanze Krehl vor. Die Grünen setzen in ihrem Wahlprogramm laut der *Süddeutschen Zeitung* auf eine zügige Erweiterung der Europäischen Union um weitere Mitgliedsländer, eine gemeinsame Umweltpolitik sowie eine europäische Politik zur Sicherung von Frieden und sozialer Sicherheit. Die PDS möchte die Macht der internationalen Konzerne eindämmen und setzt sich laut der *Süddeutschen* für eine Sozial- und Beschäftigungsunion ein.

Hoffnungslos sehe es für den bayrischen Spitzenkandidaten der FDP aus. Klaus von Lindeiner stehe zwar in Bayern an der Spitze, bundesweit aber auf Platz 9. Selbst wenn die FDP den Sprung ins Parlament schaffen würde, wäre der Wahlerfolg für ihn persönlich noch nicht sicher.

Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Spitzenkandidatin der SPD in Sachsen macht die Zeitung auch das äußerst geringe Interesse der Bevölkerung an den Wahlveranstaltungen zur Europawahl deutlich.

#### 4.2.2 Akzeptanz

Die *Süddeutsche Zeitung* stellt in diesem Themengebiet Kandidaten der verschiedenen Parteien und deren Wahlprogramme vor und informiert über die Nominierung der einzelnen Spitzenkandidaten. Gegenstand der Berichterstattung ist auch die Europawahl als Denkmittelbeziehungswise Testwahl. Thema sind ferner die Bedeutung, der Einfluss und die Kompetenzen des Parlaments.

Ende Januar erscheint in der *Süddeutschen* ein Artikel zum Wahlprogramm für die Europawahlen der Grünen. Dieser Entwurf stehe konträr zu der rot-grünen Koalitionsvereinbarung. Die Grünen warnten demnach vor einem weiteren Aufbau Westeuropas zu einem „militärischen Arm“, während Bundesaußenminister Joschka Fischer die Meinung vertrete, dass die Europäische Union in der Lage sein müsse, Krisen auch militärisch zu bewältigen.

„Fischer hatte in Straßburg auch die Bedeutung einer „Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)“ und die Notwendigkeit einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ hervorgehoben. Aussagen zu GASP vermeidet das Europaprogramm der Grünen bislang aber gänzlich. Dies ist schon deshalb erstaunlich, weil der Grünen-Vorstand den Programm-Vorschlag am 24. November bereits grundsätzlich gebilligt hat – damals war Fischer schon fast vier Wochen im Amt.“<sup>456</sup>

Das Wahlprogramm fordere außerdem eine Auflösung der westeuropäischen Union „im Zuge der Fortentwicklung der zivilen Integration“<sup>457</sup>, im Gegensatz zur rot-grünen Koalitionsvereinbarung. Sie befürwortet eine weitere Entwicklung auf der Grundlage des Amsterdamer Vertrages.

- Der Artikel beschreibt, dass das Europawahlprogramm der Grünen mit der realen Außenpolitik der rot-grünen Bundesregierung, die auf die Notwendigkeiten auch

---

<sup>456</sup> SZ, 22.01.1999, Nr. 17/S. 5

<sup>457</sup> SZ, 22.01.1999, Nr. 17/S. 5

militärischer Krisenbewältigung zugeschnitten ist, im Widerspruch steht. Hierdurch kann der Eindruck entstehen, dass die Parteien bei der Europawahl idealistische Ziele formulieren, obwohl sie wissen, dass diese praktisch kaum zu realisieren sind. Hierunter leidet die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung der Parteien im Wahlkampf. Dies kann die Akzeptanz der Europawahl in der Bevölkerung schwächen.

Am gleichen Tag erscheint ein Artikel über das Profil des Europäischen Parlaments. Klaus Hänsch, der frühere EP-Präsident und SPD-Spitzenkandidat, räume der Wahl einen hohen Stellenwert ein:

„Die Verträge von Maastricht und Amsterdam hätten die Kompetenzen des Parlaments gestärkt, so könnte im EP eine Mehrheit der Abgeordneten mehr bewegen als in den vergangenen Jahren. Das wüßten auch die Wähler, sagte Hänsch. Auch habe sich das Parlament durch die Konfrontation mit der EU-Kommission profiliert.“<sup>458</sup>

Dagegen sehe die CDU die Europawahl als Testwahl für die 1998 neu gewählte Regierung. Auch Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. bestätigt diesen Trend, so die *Süddeutsche Zeitung*.

Die FDP nominierte am 23. Januar ihren Spitzenkandidaten, den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann. Der FDP-Parteichef Wolfgang Gerhard eröffnete den Wahlkampf mit harscher Kritik an der Europapolitik der Koalition. Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine warf er „Halbherzigkeit bei der EU-Erweiterung“<sup>459</sup> vor. SPD und CDU seien zu zaghaft, gehe es im Europäischen Parlament um ein Misstrauensvotum nach Korruptionsvorwürfen gegen Mitglieder der Europäischen Kommission. Die FDP plädiere außerdem für eine europäische Verfassung.<sup>460</sup>

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet auch über die Schwierigkeiten der CSU, einen geeigneten Spitzenkandidaten für die Europawahl zu finden. Horst Seehofer habe ebenso abgesagt wie Theo Waigel, Peter Gauweiler und Thomas Goppel.

---

<sup>458</sup> SZ, 22.01.1999, Nr. 17/S. 5

<sup>459</sup> SZ, 25.01.1999, Nr. 19/S. 6

<sup>460</sup> SZ, 25.01.1999, Nr. 19/S. 6

„Mit dem kampferprobten Haudegen Seehofer in die Europawahl im Juni zu ziehen zu können, wäre für die CSU reizvoll gewesen. Was der frühere Gesundheitsminister anpackte, hatte meistens Hand und Fuß, auch wenn er seine Projekte nicht immer zu Ende brachte.[...] Seehofer hat Bodenhaftung behalten und deshalb zieht es ihn nicht ins abgehobene Europaparlament.“<sup>461</sup>

- Aus Sicht der Bevölkerung begründet sich die Bedeutung öffentlicher Ämter auch immer anhand der Kandidaten, die sich um diese bewerben. Wenn dann in der *Süddeutschen Zeitung* berichtet wird, dass die CSU unter mehreren prominenten Bundespolitikern nicht einen einzigen für eine Kandidatur als Spitzenkandidat für das Europäische Parlament gewinnen kann, dann dürfte dies bei den Rezipienten im Umkehrschluss zu der Wahrnehmung führen, dass eine Tätigkeit im Europäischen Parlament für die politischen Akteure unattraktiv sei. Da Politikern jedoch allgemein unterstellt wird, sie strebten nach Macht und Einfluss, bietet als Konsequenz in der Sicht der Bevölkerung von beidem zu wenig, sonst bewürben sich Spitzenpolitiker für eines der Mandate. Der Eindruck geringer Macht und Einflussmöglichkeiten trägt dann zu der häufig attestierten geringen Akzeptanz des Europäischen Parlaments bei.

Am 9. Februar berichtet die Zeitung, dass die CSU sich dafür entschieden habe, Ingo Friedrich erneut als Spitzenkandidaten zu nominieren.

„Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber hat es nun endgültig aufgegeben, einen neuen Spitzenkandidat für die Europaliste seiner Partei zu suchen. „Wir haben uns entschieden, daß Ingo Friedrich Spitzenkandidat bleibt“, sagte Stoiber am Montag nach der Präsidiumssitzung in München. [...] Der CSU-Chef hatte in den Wochen zuvor bei der Suche nach einem neuen Listenführer nichts als Absagen erhalten.“<sup>462</sup>

Die *Süddeutsche* berichtet Anfang März, dass das Wahlverhalten der Bürger nicht kalkulierbar sei, die Wahl sei nicht mit Bundestags- oder Landtagswahlen zu vergleichen, vielmehr würde die Bevölkerung die Europawahl benutzen, um der nationalen Regierung einen Denkkzettel zu verpassen. Die Wähler ließen sich eher von momentanen Stimmungen leiten.

---

<sup>461</sup> SZ, 02.02.1999, Nr. 26/S. 4; siehe dazu auch SZ, 30.01.1999, Nr. 24/S. 39

<sup>462</sup> SZ, 09.02.1999, Nr. 32/S. L8, siehe dazu auch SZ, 02.03.1999, Nr. 50/S. L7

„Europawahlen funktionieren nach anderen Gesetzen als Landtags- oder Bundestagswahlen. Nach wie vor nehmen Wähler das Europaparlament nicht ganz für voll; daran hat auch der mehr oder weniger im Sande verlaufene Aufstand gegen korrupte EU-Kommissare nichts geändert.“<sup>463</sup>

Die Europawahl nehme aber nicht nur bei den Wählern eine Sonderstellung ein, auch für die Parteien genieße die Europawahl nicht die gleiche Priorität wie nationale Wahlen. Das sehe man auch an den Plätzen zwei bis vier der Landesliste der CSU. Diese seien mit drei Frauen besetzt. Dies sei ein

„billiger Versuch der Wiedergutmachung für die hartleibige Männerpolitik, die in der CSU nach wie vor Konjunktur hat, wenn es um die wirklich wichtigen Entscheidungen geht.“<sup>464</sup>

- Die Akzeptanz der Europawahl wird nicht nur dadurch geschwächt, dass die Parteien häufig keine aus ihrer Sicht geeigneten Kandidaten finden, sondern auch dadurch, dass sie auffällig häufig Frauen vordere Listenplätze einräumen. Dies sind die Bürger gerade bei der CSU sonst nicht gewohnt. Entsprechend stellt die Zeitung fest, dass dies ein Indiz für die geringe Bedeutung der Europawahlen für die Parteien sei. Dieser Eindruck verfestigt sich dann auch dementsprechend bei den Rezipienten.

Die CDU wolle die Europawahl zu einer Abstimmung über die Bundespolitik machen, so schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 12. Mai.

„Die CDU will die Europawahl zu einer Abstimmung über die umstrittenen Gesetze der Bundesregierung zur Scheinselbstständigkeit und den 630-Mark-Jobs machen. „Wir werden die Brücke schlagen zwischen innenpolitischen Aufgaben und europäischen Herausforderungen“, sagte Generalsekretärin Angela Merke am Dienstag bei der Vorstellung der Wahlkampagne. [...] Auch der hessische Regierungschef Roland Koch (CDU) geht davon aus, daß die Europawahl am 13. Juni eher eine Abstimmung über die 630-Mark-Jobs als über europapolitische Fragen werde.“<sup>465</sup>

---

<sup>463</sup> SZ, 08.03.1999, Nr. 55/S. L7

<sup>464</sup> SZ, 08.03.1999, Nr. 55/S. L7

<sup>465</sup> SZ, 12.05.1999, Nr. 108/S. 9



Die CDU gebe circa 20 Millionen D-Mark für den Europawahlkampf aus, womit man laut Generalsekretärin Angela Merkel gerade einmal „die untere Grenze der Wahrnehmung“ erreichen könne.<sup>466</sup>

- Auch hieran zeigt sich, dass die Parteien den Europawahlkampf nicht mit letztem Einsatz betreiben. Ziel ist, ein Ergebnis zu erreichen, das wenigstens so gut ist, dass es in einen innenpolitischen Erfolg umgedeutet werden kann. Hinzu kommt ein weiterer Effekt, den es zu bedenken gilt: Die Parteien finanzieren sich nicht unwesentlich über die staatlichen Zuwendungen, die sie in Abhängigkeit von der Anzahl von den auf sie entfallenden Stimmen erhalten. Schon aus diesem Grunde ist ein erfolgreiches Abschneiden bei Wahlen für Parteien wirtschaftlich interessant. Damit die „Rechnung“ aufgeht, verzichten die Parteien bei für sie politisch eher weniger wichtigen Wahlen auf eine allzu kostspielige Wahlkampfgestaltung, um im Ergebnis einen wirtschaftlichen Zuwachs zu erzielen.

Gregor Gysi, PDS-Fraktionschef, begeistert seine Anhänger in München, indem er seine Partei als Friedenspartei für Europa darstellt. Sein Wahlkampfthema für Europa ist der Krieg gegen Jugoslawien. Der Krieg werfe die Integration der Europäischen Union um Jahrzehnte zurück. Die Vereinigten Staaten haben den „Wirtschaftsrivalen EU gezielt aus dem Rennen geworfen“<sup>467</sup>, so Gysi.

„Als „Pazifisten“ mochte sich Gysi beim Pressegespräch nicht bezeichnen lassen. Doch für seine Partei geht es darum, erstmals den Sprung in das EU-Parlament zu schaffen. Da fällt die Profilierung als Friedenspartei offensichtlich leichter als mit Themen wie Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die der Münchner PDS-Kandidat Leo Mayer zu bieten hat. Mayer, Siemens-Betriebsrat, durfte immerhin vor Nato-Ankläger Gysi ein bißchen über Arbeitslosigkeit und Korruption in der Europäischen Union sprechen.“<sup>468</sup>

- In diesem Bericht der Zeitung ist der Bundespolitiker Gregor Gysi der Wahlkämpfer für Europa. Über den Spitzenkandidaten dieser Wahl, Leo Mayer, und seine Themen wird kaum berichtet. Jedoch liegt nahe, dass dieses Bild nicht ohne Grund von der Zeitung gezeichnet wird. Vielmehr nehmen die Parteispitzen

---

<sup>466</sup> SZ, 12.05.1999, Nr. 108/S. 9

<sup>467</sup> SZ, 14.05.1999, Nr. 109/S. L3

<sup>468</sup> SZ, 14.05.1999, Nr. 109/S. L3

den Europawahlkampf gerne selbst in die Hand. Der eigentlich zur Wahl stehende Spitzenkandidat steht dabei im Hintergrund, im Gegensatz zu Landtags- oder Bundestagswahlen. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der Europawahlen und der Europaparlamentarier.

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet Ende Mai über die Spitzenkandidaten der Europawahl und ihre Bemühungen, den Bürgern Europa näher zu bringen. Die Wahlbeteiligung wird laut den Experten nicht mehr als 60 Prozent betragen und in München stehe die Wahl ohnehin im Schatten der Oberbürgermeisterwahl am gleichen Tage. Der FDP-Kandidat Klaus von Lindeiner sei schon an halbleere Räume gewöhnt.

„Kürzlich, in Augsburg, beschlich sogar ihn das Gefühl der Einsamkeit, als er einer großangelegten Podiumsdiskussion der Europa-Union beiwohnte. Drei amtierende Abgeordnete waren zugegen, dazu zwei Kandidaten und schließlich das Volk. Das Volk? Gerade mal 30 Männer und Frauen – das übrige Augsburg blieb dem Ereignis fern, obwohl immerhin 21 Parteien zur Wahl stehen, darunter so bedeutende Gruppierungen wie die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) oder die Automobile-Steuerzahler-Partei (ASP).“<sup>469</sup>

Ende Mai berichtet die *Süddeutsche Zeitung* über die Stellung des Europaparlaments in der Wahrnehmung in der Bevölkerung. Nach einer forsa-Umfrage hielten rund 29 Prozent der Befragten das Europäische Parlament für überflüssig. Und das, obwohl das Parlament seit dem Amsterdamer Vertrag enorm an Einfluss hinzugewonnen habe. Darauf weisen Vertreter der großen Parteien immer wieder hin. Jannis Sakellariou von der SPD habe keine Zweifel, dass das Parlament „ein vollwertiger Mitspieler in der Europapolitik“ sei.<sup>470</sup>

In dem gleichen Beitrag geht die Zeitung auf die europapolitischen Hauptthemen der Kandidaten ein. Der Schwerpunkt des CSU-Kandidaten Bernd Posselt liege in der Zusammenführung von Ost und West. Dies sei unabdingbar um Frieden und Wohlstand in den europäischen Ländern zu garantieren. Sein zweiter Schwerpunkt liege auf der europäischen Sicherheitspolitik und damit bei dem Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

---

<sup>469</sup> SZ, 29.05.1999, Nr. 121/S. 55

<sup>470</sup> SZ, 29.05.1999, Nr. 121/S. 55

„Europa, das sei auch eine Frage von Krieg und Frieden.

Beinahe wortgleich kann man dies von Jannis Sakellariou hören. Auch er ist für eine gemeinsame Sicherheitspolitik, welche den Aufbau einer europäischen Streitmacht einschließt, die ‚als Friedensmacht eingesetzt werden kann.‘ [...] Der 59jährige Sozialdemokrat gilt als Mustereuropäer. In Athen geboren, in München zu Hause, seit 1984 im Europäischen Parlament. Er schätzt das Gremium, „weil es nicht verkrustet ist“. Dort könne man sich entfalten, die Diskussionen seien offener, die Beziehungen zu den Kollegen anderer Parteien „entkrampf“. Gewiß, deutliche Gegensätze gibt es auch.“<sup>471</sup>

Die SPD und die Grünen sprechen sich im Wahlkampf für eine europäische Beschäftigungspolitik aus, von der der FDP-Kandidat Klaus von Lindeiner nichts hält. Ob er in Straßburg persönlich dafür eintreten könne, sei sehr fraglich:

„Die FDP müßte schon neun Prozent der Stimmen erreichen, damit er ins Parlament kommt. Für ihn selbst wären die Folgen beträchtlich: Er ist Geschäftsführer bei Wacker-Chemie in München – ein Posten, den er im Falle seiner Wahl vergessen könnte.“<sup>472</sup>

Drei Tage vor der Wahl druckt die *Süddeutsche* einen Artikel über die Kandidaten für das Europäische Parlament und den Alltag im Wahlkampf. Er soll den Rezipienten hinter die Kulissen schauen lassen – zumindest teilweise. Die Spitzenkandidaten werden auf ihren Wahlkampftouren begleitet, um dem Leser das Thema nahe zu bringen. Wichtig für das Urteil der Leser ist, welches Bild ihnen von den Kandidaten und den Parteien gezeigt wird.

Es wird über den Versuch von Klaus Hänsch, Spitzenkandidat der SPD und ehemaliger Präsident des europäischen Parlaments, berichtet, Europa ein Gesicht zu verleihen.

„Man muß Europa mit einem Gesicht verbinden“, sagt Klaus Hänsch eindringlich in dieser Wahlkampfpause. Aber er weiß, daß es auch diesmal nicht geklappt hat. Lieber hat seine SPD bundesweit zwei große, identisch gekrümmte Gurken abgebildet, um damit die europäische Regelungswut aufs Korn zu nehmen, als das wache, aber unauffällige Antlitz ihres erfahrenen Europapolitikers, mit dem ein Betrachter auf Anhieb ja auch gar nichts verbinden könnte.“<sup>473</sup>

Das Problem sei, dass die Parteien alle fünf Jahre vor den Europawahlen etwas halbherzig versuchen, dieses Thema zu popularisieren. Die Bürger empfänden aber eine Europapolitik, die nur kurz vor den Wahlen in Ansätzen entflamme, nicht als glaubhaft und wichtig. In den

---

<sup>471</sup> SZ, 29.05.1999, Nr. 121/S. 55

<sup>472</sup> SZ, 29.05.1999, Nr. 121/S. 55

<sup>473</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 3

Jahren dazwischen interessiere sich schließlich auch kein Politiker für das Europäische Parlament.

„Alle fünf Jahre wird diese Europa- Rhetorik wieder gezündet. Doch die kurzfristigen Material- und Wortschlachten der Parteien vor den Europawahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie zwischen diesen Terminen wenig dafür tun, um ihre europäischen Konzepte zur Diskussion zu stellen und die Arbeit ihrer Europa-Parlamentarier transparent zu machen. So erlebt etwa Klaus Hänsch seit zwanzig Jahren bei seinen Wahlveranstaltungen ‚die gleiche Mischung aus Skepsis, Unverständnis und gutem Willen‘.“<sup>474</sup>

Kandidaten, die sich 20 Jahre nach der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament zur Wahl stellten, müssten feststellen, dass für die Bevölkerung Europa „ganz weit weg ist“<sup>475</sup>. Das sind zum Beispiel der ehemalige Wirtschaftsminister Helmut Haussmann von den Freien Demokraten oder Heide Rühle, ehemalige Geschäftsführerin der Grünen.

„Doch woher kommt es, daß trotz dieser Fortschritte so wenige Menschen mit der politischen Idee von Europa etwas anfangen können? Klaus Hänsch antwortet mit dem Bild der Katze, die sich in den Schwanz beißt: ‚Es wird vermutet, daß es wenig Interesse gibt, und darum gibt es wenig Informationen. Und darum gibt es kaum Interesse.‘ Diesen fatalen Kreislauf, meint Hänsch, hielten aber nicht nur die Medien, sondern auch die politischen Akteure selbst in Gang.“<sup>476</sup>

Klaus Hänsch sei der Meinung, dass die deutschen Parteien ihre „Bringschuld“ an Informationen, Zuspitzung und Personalisierung zum Thema Europapolitik nicht erfüllt hätten, da sie sich nicht bewusst wären, dass ein Grossteil der nationalen Politik in Brüssel stattfinde.

Nicht zuletzt sei die Europawahl als Testwahl für die 1998 neu gewählte rot-grüne Bundesregierung deklariert worden. Die Grünen hätten dabei die Rolle des „Blitzableiters“ für die Fehler der Regierung bekommen, so Heide Rühle. Auch ihre Partei habe ein „freundliches Desinteresse“ bezüglich dieses Themas entwickelt und kümmere sich lieber um innenpolitische Themen, die aus Sicht der Bundespartei viel wichtiger seien. Selbst Wolfgang Schäuble als bekannter Politiker der klassischen Europapartei CDU rufe die Bevölkerung dazu auf, „der Regierung Schröder ‚eine zu scheuern‘“.<sup>477</sup>

---

<sup>474</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 3

<sup>475</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 3

<sup>476</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 3

<sup>477</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 3

- Der Europapolitiker Klaus Hänsch hat den lähmenden Kreislauf der mangelnden Wahrnehmung des Europäischen Parlaments anschaulich beschrieben. Praktisch bedingt das tatsächliche Interesse am Europaparlament eine bislang nur punktuelle mediale Berichterstattung zu diesem Thema, wie nicht zuletzt diese Medienanalyse zeigt. Diese geringe öffentliche Wahrnehmung wiederum hält die Parteien davon ab ihr politisches Kapital in dieses Thema zu investieren. Die fehlende Information der Bevölkerung wiederum verhindert ihrerseits eine stärkere Beschäftigung der Bürger mit dem Europäischen Parlament und damit eine höhere Akzeptanz seiner Arbeit.

In der gleichen Ausgabe wird eine „Eurofighterin für den Frieden“ vorgestellt. Es handelt sich um die 21jährige Ilka Schröder, auf Platz fünf der Europaliste der Grünen.

„Im März hieften die Grünen sie überraschend in eine der begehrten Startpositionen nach Europa. Weil der Partei bei der Hessenwahl die Jungwähler abhanden gekommen waren, setzten die Delegierten auf Schröders Jugend, ließen die EU-Kennerin Edith Müller auf der Strecke – und wurden von Heide Rühle prompt gerüffelt. Man müsse stärker auf „Fachkompetenz“ achten, mahnte die grüne Europa-Spitzenkandidatin damals. Heute dürften die Altvorderen der Partei noch stärker bezweifeln, ob der Grünschnabel aus Berlin reif für die internationale Bühne ist.“<sup>478</sup>

Ilka Schröder wird ein Stück ihres Weges von einer Journalistin der *Süddeutschen Zeitung* begleitet. Man soll die eventuell jüngste deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament kennen lernen. Es wird eine eher unbedarfte, aber, wie sie sich selbst beschreibt, „willensstarke“ Person vorgestellt. Die West-Berlinerin stieg bei der Grünen Jugend ein und ist im Vorstand der Federation of Young European Greens.

„Da organisiert sie Seminare über Erwerbsgesellschaft und Flüchtlingspolitik. Immer nach dem Motto: Jungs reden überall mit, auch wenn sie keine Ahnung haben. Das kann ich auch.“<sup>479</sup>

- Dem Leser wird eine forsche und zugleich eher unbedarfte junge Frau vorgestellt, die für die Grünen ins Europaparlament einziehen soll. Liest man Zitate, sie habe „Ahnung von den Basics in Europa“ und ihr Wirtschaftsstudium habe sie sowieso „angekotzt“, weil es keine kritische Diskussion gegeben habe, dürften nicht nur bei

---

<sup>478</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 13

<sup>479</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. 13

den Führungskräften ihrer Partei, sondern auch bei den Lesern erste Zweifel aufkommen, ob die Kandidatin die politische Reife für ein Mandat im Europäischen Parlament besitzt. Die – selbst von der eigenen Spitzenkandidatin – als leichtfertig kritisierte Nominierung der jungen Kandidatin erweckt erneut den Eindruck, dass die Parteien das Europäische Parlament nicht übermäßig ernst nehmen. In anderen Parlamenten würde wohl derart jungen Bewerbern nicht ohne weiteres die Gelegenheit eingeräumt, sich politisch „auszuprobieren“.

„Europa liegt vor der Haustür“, das berichtet die *Süddeutsche* einen Tag später. Zum Beispiel begegne uns Europa beim Bananenkauf. Die EU lege seit 1993 Wert darauf, dass die gelbe Frucht aus der EU und den ehemaligen Kolonien geliefert werde. Regelungen der Europäische Union gewährleisteten zudem, dass gentechnisch veränderte Produkte einer Kennzeichnung unterliegen, die sie für die Verbraucher erkennbar mache.

„Die Novel-Food-Verordnung legt seit 1997 fest, wie Lebensmittel gekennzeichnet werden, die gentechnisch verändert sind.“<sup>480</sup>

In der Arbeitswelt hätten die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes mit den Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die Europäische Union habe auch damit begonnen, den Strom- und Gasmarkt zu liberalisieren und Wettbewerb zu schaffen. Auch die Erhöhung der Garantiefrist bei Konsumgütern von einem halben auf zwei Jahre sei der Europäischen Union zu verdanken. Der Katalysator an den meisten Autos sei einer Union-Richtlinie zu verdanken, genauso wie das bleifreie Benzin. Auch auf dem Kassenzettel sei die EU zu spüren. Um Europa zu finanzieren, werde ein Teil der Mehrwertsteuereinnahmen an die Union weitergegeben.<sup>481</sup>

- Hier wird dem Leser deutlich, dass ihm in seinem Alltag Europa sehr oft begegnet und nicht immer so weit weg ist, wie das allgemein angenommen wird. Die vermehrte Information der Bevölkerung über die ganz konkreten Auswirkungen europäischer Politik in ihrer Lebenswirklichkeit könnte dazu führen, dass die Bürger die Europäische Union und damit auch die Arbeit des Parlaments stärker wahrnehmen. Da aber das Zusammenwirken europäischer und nationaler

---

<sup>480</sup> SZ, 11.06.1999, Nr. 131/S. L3

<sup>481</sup> SZ, 11.06.1999, Nr. 131/S. L3

Rechtsetzung bisweilen recht kompliziert und schwer verständlich ist, findet dieses Thema in den Medien bislang nur geringe Resonanz.

Einen Tag vor der Wahl berichtet die *Süddeutsche* über eine Wahlkampfveranstaltung des Europaabgeordneten Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf im Allgäu. Thema ist die Agenda 2000, „also eine schöne Gelegenheit für die Grünen, Profil zu zeigen“. Baringdorf sei nicht für hohe Agrarsubventionen aus Brüssel, damit die Bauern heute überleben könnten. Vielmehr sollten die Bauern auf eine ertragreichere biologische Landwirtschaft umsteigen und sich nicht als „Kostgänger Brüssels“ sehen. Sie könnten auch andere Erwerbszweige ausfindig machen, um den Hof zu finanzieren. So könnten sie Gästezimmer auf ihren Höfen einrichten um Städtern Urlaub auf dem Bauernhof zu ermöglichen. Laut der *Süddeutschen Zeitung* kämen diese Alternativen bei den Zuhörern „nicht einmal schlecht an“.<sup>482</sup>

Zwei Tage nach der Europawahl zieht die *Süddeutsche Zeitung* teilweise Bilanz und skizziert Meinungen von Politikern zu dem Wahlausgang. Die Zeitung fragt, ob diese Niederlage den „offiziellen Anfang der Schröder-SPD“<sup>483</sup> bedeute, allein bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler Schröder sieht das äußerst schlechte Wahlergebnis bei der Wahl zum Europäischen Parlament „als ‚deutlichen Hinweis‘ darauf, daß man in der Innenpolitik so gut werden müsse, wie man in der Außenpolitik schon sei“<sup>484</sup>. Der einstige CDU-Generalsekretär Peter Hinze und jetziger europapolitischer Sprecher freue sich über das Ergebnis. Die Zeitung schreibt, dass man ihn in seiner momentanen Funktion in den letzten Wochen kaum erlebt habe, bei der Europawahl aber ohnehin bundespolitische Themen vorherrschten. Die Meinung des CDU-Chefs Wolfgang Schäuble ist,

„daß der Kanzler nach achteinhalb Monaten an der Macht eine ‚Katastrophe‘ erlitten habe, die Wähler von der SPD ‚grausam enttäuscht‘ seien und es nun ‚einigermaßen abstrus‘ wäre, wenn die CDU keinen EU-Kommissar in Brüssel bekäme.“<sup>485</sup>

Sorgen mache der CDU allerdings die niedrige Wahlbeteiligung von 45 Prozent. Nach Peter Hinze sei das der Frust über die Bundesregierung.

---

<sup>482</sup> SZ, 12.06.1999, Nr. 132/S. 11

<sup>483</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 3

<sup>484</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 3

<sup>485</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 3

Auch in einem weiteren Artikel am 15. Juni werden die Auswirkungen der Europawahl im Hinblick auf die innenpolitischen Verhältnisse ausgewertet:

„Das Ergebnis der Europawahl in Deutschland spiegelt vor allem die Enttäuschung der Neuen Mitte über die in der Innenpolitik schwächelnde Regierung ihres selbsternannten Paten Gerhard Schröder wider. Mit Fragen der europäischen Politik haben die Erniedrigung der SPD und die Erhöhung der Union relativ wenig zu tun. Dies war im klassischen Sinne eine innenpolitische Testwahl.

Bewertet und verdammt wurde ein dreiviertel Jahr Rot-Grün in Bonn. Die Union hat davon in einem unverdient hohen Ausmaß profitiert. Die innenpolitischen Fehler von Rot- Grün haben sehr viele Wähler die Fehler der alten Regierung vergessen lassen.“<sup>486</sup>

Die FDP werde seit der Europawahl als eine „Drei-Prozent-Partei“ im Bund und in den Ländern gesehen.

Die Forschungsgruppe Wahlen e.V. sei der Überzeugung: „die Schonfrist für die Bonner Regierungsparteien ist endgültig abgelaufen“<sup>487</sup>. Die Wahl zum Europäischen Parlament war eher eine Abstimmung über die rot-grüne Bundesregierung.

Die Union in Bonn habe laut der *Süddeutschen* eine neue Machtposition in Form einer konservativen Mehrheit im Europaparlament.

„Man wird künftig nicht nur in den Bundestag, sondern auch ins Europa-Parlament schauen müssen, um das Ringen zwischen den politischen Kräften in Deutschland zu verfolgen. Das bedeutet: Die Europa-Abgeordneten werden noch enger an die Leine der nationalen Politik genommen werden als bisher.“<sup>488</sup>

- Die Jahre haben gezeigt, dass sich diese Vermutung der *Süddeutschen Zeitung* nicht bewahrheitet hat. Die Union hat ihre gute Position in Straßburg und Brüssel nicht genutzt, um gute Europapolitik daheim zu artikulieren und bekannt zu machen. Die *Süddeutsche* stellt in ihrer Berichterstattung über den Wahlausgang als Konsequenz fest, dass die Europapolitik auch weiterhin durch die Bundespolitik wesentlich mitbestimmt wird. Dadurch wird das Vertrauen der Wähler in eine selbstständige Bedeutung des Europaparlaments erneut in Frage

---

<sup>486</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 4

<sup>487</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 5 („Die Schonfrist für Rot-Grün in Bonn ist vorbei“)

<sup>488</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Schäuble wie Stoiber haben die europäische Gesellenprüfung geschafft“)



gestellt, die Motivation für eine erneute Teilnahme wird bereits einige Tage nach der Europawahl schon wieder auf eine harte Probe gestellt.

Die CDU selber lege ihren Wahlsieg eher auf die Bundespolitik um und stelle fest, dass es neues Vertrauen in die CDU gebe. Das gute Abschneiden der Partei bedeute aber nicht gleich einen Machtwechsel bei der Bundestagswahl 2002.<sup>489</sup>

Analysiert wird auch das Abschneiden der PDS. Die Partei sei der Meinung, dass Deutschland mit der Wahl einen „weiteren Schritt hin zur europäischen Normalität unternommen“ habe. Für die Zeitung ist mit dem Abschneiden der PDS noch keine langfristige Etablierung der Partei in Deutschland zu erkennen. Dieses Ergebnis habe die Partei vor allem dem Einfluss des Kosovo-Krieges zu verdanken und ihrer „Gegnerschaft zur Nato-Intervention in Jugoslawien“.<sup>490</sup>

### Zusammenfassung

Im Themenbereich Akzeptanz des Europäischen Parlaments und der Europawahl liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung auf dem eher „halbherzig“ durchgeführten und innenpolitisch ausgerichteten Wahlkampf, den Wahlprogrammen und den Spitzenkandidaten der Parteien. Schlussfolgerung daraus ist die Stilisierung der Europawahl als Denkmittelwahl für die 1998 gewählte Bundesregierung.

Das Wahlprogramm der Grünen sei konträr zu ihren politischen Aussagen als Koalitionspartner auf Bundesebene, berichtet die *Süddeutsche*. Die Zeitung sieht die Europawahl als eine Stimmungs- und Denkmittelwahl. Selbst für die Parteien nehme die Wahl eine bundespolitisch geprägte Stellung ein. Die CDU sehe die Europawahl schon im Vorhinein als Abstimmung über die rot-grüne Bundesregierung.

Auch bei dieser Europawahl entdeckt die *Süddeutsche Zeitung* bei den Parteien viele Gemeinsamkeiten, polarisierend wirken lediglich Themen wie die Aufnahme einer europäischen Beschäftigungspolitik oder die Haltung zu der Intervention Europas im Kosovo.

---

<sup>489</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Schäuble wie Stoiber haben die europäische Gesellenprüfung geschafft“)

<sup>490</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Die PDS bleibt eine Ost-Partei“)

So seien sowohl die CSU als auch die SPD für eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Im Gegensatz zur CSU seien wiederum die Grünen und die SPD für eine europäische Beschäftigungspolitik. Gregor Gysi stellt seine Partei als Friedenspartei dar, gerade im Hinblick auf den Krieg in Jugoslawien, den die Integration der Europäischen Union um Jahrzehnte zurückwerfe.

Kurz vor der Wahl gewährt die *Süddeutsche Zeitung* den Lesern noch einen Blick hinter die Kulissen des Europawahlkampfes. Die Bedeutung, die Kompetenzen und die praktischen Auswirkungen der Arbeit des Europäischen Parlaments auf die Lebenswirklichkeit der Bürger wird von der Zeitung aufgegriffen.

Nach der Wahl stellen die Zeitung, aber auch die Kandidaten fest, dass Europa in der Wahrnehmung der Bevölkerung noch nicht wirklich angekommen sei. Dies zeige die niedrige Wahlbeteiligung und die bundespolitische Prägung des Wahlkampfes. Das Interesse der Bevölkerung an europäischen Themen und dem Europaparlament sei noch immer gering. In einem seien sich alle einig: Dies Europawahl war keine Wahl zum Europäischen Parlament, sondern eine Abstimmung über die rot-grüne Bundesregierung.

#### 4.2.3 Wählerverhalten

Themenschwerpunkt im Bereich Wählerverhalten 1999 ist bei der *Süddeutschen Zeitung* die Ergebnisauswertung der Wahl, vor allem die Charakterisierung der Europawahl als Denkkzettel- und Testwahl. Daneben ist das eher geringe Interesse der europäischen Ausländer an der Teilnahme an der Wahl ein Thema.

Im Vorfeld der Europawahl behandelt die *Süddeutsche Zeitung* einige recht unterschiedliche Fragen im Zusammenhang mit der Europawahl, wie die des technischen Wahlablaufs, die Resonanz rechtsextremer Parteien und die zu erwartende niedrige Wahlbeteiligung.

Anfang März notiert die *Süddeutsche Zeitung*, dass es in Köln für die Wähler als erste deutsche Kommune erstmals möglich sei, per Abstimmungscomputer ihre Stimme abzugeben. Bundeswahlleiter Johann Hahlen meinte, dass diese Methode in anderen Ländern schon zur

Routine gehöre. Den deutschen Kommunen sei es erstmals freigestellt, wie sie die Wahl durchführen wollten.<sup>491</sup>

Acht Tage nach dem Stichtag zur Eintragung europäischer Ausländer ins Wählerverzeichnis berichtet die Zeitung über das kaum vorhandene Interesse der EU-Ausländer, an den Europawahlen in Deutschland teilzunehmen. Es hätten sich nur 935 Wahlberechtigte EU-Ausländer in das Münchner Wählerverzeichnis eintragen lassen. Insgesamt hätten 74828 EU-Ausländer in München ihre Stimme abgeben können.

„Ein letztgültiger Beweis für die Europamüdigkeit der Münchner EU-Ausländer sind die Zahlen nicht. Jeder von ihnen hatte die Möglichkeit, bei seinem Konsulat die Unterlagen für die Europawahl in seinem Heimatland zu beantragen. Wie viele das getan haben, ist dem Kreisverwaltungsreferat nicht bekannt.“<sup>492</sup>

Das Interesse der europäischen Ausländer, wer in München am 13. Juni Oberbürgermeister der Stadt wird, sei im Verhältnis weitaus größer.<sup>493</sup>

Düsseldorfs Innenminister Fritz Behrends (SPD) legt Mitte Mai den Verfassungsschutzbericht vor und warnt die Bürger vor einem Wahlerfolg rechtsextremer Parteien. Bei den letzten Bundestagswahlen hätten diese Gruppierungen ihren Stimmenanteil fast verdoppelt. Daher sei nicht von Entwarnung zu sprechen.<sup>494</sup>

Drei Tage vor der Europawahl befürchteten Experten wie Heinrich Oberreuter, Politologe aus Passau, eine niedrige Wahlbeteiligung, so die *Süddeutsche Zeitung*. Gründe seien die Politikverdrossenheit der Wähler, auch in Folge der Skandale um die EU-Kommission und „die große Distanz zwischen Regierenden und Regierten in der EU“.<sup>495</sup>

Nach der Europawahl berichtet die *Süddeutsche* über den Wahlausgang. Wie vorhergesagt, erreichte die Wahlbeteiligung mit 45,2 Prozent<sup>496</sup> einen noch nie dagewesenen Tiefstand. Die CDU/CSU feiere mit 48,7 Prozent einen triumphalen Erfolg. Selbst Wolfgang Schäuble, der kein Mann sei, der leicht dem „Triumphalismus“ anheim falle, lasse seine Zurückhaltung für

---

<sup>491</sup> SZ, 07.05.1999, Nr. 104/S. 2

<sup>492</sup> SZ, 18.05.1999, Nr. 112/S. L1

<sup>493</sup> SZ, 18.05.1999, Nr. 112/S. L1

<sup>494</sup> SZ, 21.05.1999, Nr. 115/S. 8

<sup>495</sup> SZ, 10.06.1999, Nr. 130/S. L9

<sup>496</sup> SZ, 14.06.1999, Nr. 133/S.1

kurze Momente fallen. Nach diesem Ergebnis sei für die CDU/CSU ein Kommissar fällig, freue sich einer von „Merkels Mannen“. Bei der SPD stellte sich dagegen schon vor neun Uhr heraus, dass Sekt wohl nicht das Lieblingsgetränk des Abends sein werde. Der Grünen-Vorsitzenden sei ein Stein vom Herzen gefallen, als klar war, dass ihre Partei die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten würde. Dazu beigetragen habe mit Sicherheit das Ende des Kosovo-Konfliktes. Über die CDU/CSU-Forderung eines EU-Kommissars wollten die Grünen sich aber nicht äußern.<sup>497</sup>

Dass die Europawahl als Denkmahlwahl benutzt wurde, liest man auch in dem Bericht von Heribert Prantl.

„Wenn man also die gestrige Europawahl als Denkmahl-Wahl bezeichnet, dann im ursprünglichsten Sinn des Wortes. Die Bonner Regierungsparteien, zuvorderst die SPD, wurden unbarmherzig abgestraft; und man kann davon ausgehen, daß ohne den Kosovo-Frieden die Abstrafung, vor allem der grünen Partei, noch schärfer ausgefallen wäre. Für die Grünen ist die Niederlage zartbitter, ja fast noch süß, weil sie eigentlich ein viel schlechteres Ergebnis befürchteten; sie können fast zufrieden sein. Für die Sozialdemokraten ist das Ergebnis verheerend; sie bleiben noch unter dem Katastrophen-Wahlergebnis von 1994. Der PDS gelingt der Einzug ins Europa-Parlament, der sich bei der letzten Europawahl schon angekündigt hatte; die deutsche, von der Regierung Schröder verantwortete Beteiligung am Kosovo-Krieg hat die Wähler im Osten in Scharen von der SPD zur PDS getrieben. Für die FDP wird es zappenduster.“<sup>498</sup>

Die CDU/CSU stehe neun Monate nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl mit einem äußerst guten Ergebnis da, so die *Süddeutsche Zeitung*. Jetzt sei die Partei wieder auf dem Vormarsch. Das Ergebnis sei eine „Verherrlichung der Union“ und viele Schröder-Wähler seien reuig zurückgekehrt. Jedoch sei der Erfolg der CDU/CSU nicht ihr eigener Verdienst. Sie hätten lediglich das getan, was die SPD während der Oppositionsphase ebenfalls getan habe. Die CDU habe im Wahlkampf angekündigt, alle Gesetze, die von rot-grün initiiert wurden, wieder rückgängig zu machen.

„Rot-Grün hat derzeit, wenn man den Europa-Sonntag als Maßstab nehmen will, keine Mehrheit mehr, Rot-Grün ist weit weg davon. Eigentlich darf man das so nicht sagen: Europawahlen haben in gewisser Weise immer Spielwahl-Charakter gehabt; man sollte ihren Wert als innenpolitische Testwahl nicht überreizen. Aber wenn diese Wahl ein Spiel war, dann war sie ein grausames Spiel mit den Sozialdemokraten.“<sup>499</sup>

<sup>497</sup> SZ, 14.06.1999, Nr. 133/S. 5

<sup>498</sup> SZ, 14.06.1999, Nr. 133/S. 4

<sup>499</sup> SZ, 14.06.1999, Nr. 133/S. 4

In vier weiteren Artikeln wird der Wahlausgang nochmals analysiert. Die Feststellung, dass die Europawahl eine Denkmahlwahl für die vor nicht einmal neun Monaten neu gewählte rot-grüne Bundesregierung sei und dass somit innenpolitische Themen im Vordergrund standen, war die übereinstimmende Botschaft dieser Artikel.<sup>500</sup> Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender, bewertet den Wahlausgang ebenfalls als Denkmahl für die Regierungsparteien. Die Wähler hätten ihnen eine „schwere Verwarnung“<sup>501</sup> erteilt. Auch Schröder schloss ein Selbstverschulden nicht aus, das schlechte SPD-Ergebnis läge aber auch an der niedrigen Wahlbeteiligung und der dabei hohen Mobilisation der Unionswähler.

- Liest man die Artikel zum Wahlausgang der Europawahl, lässt sich nur schwerlich erkennen, dass es sich nicht um eine Wahl zu einem deutschen Parlament handelt, sondern um eine Wahl, die europaweit durchgeführt wird. Kaum werden die Gründe des Wahlausgangs in der Europapolitik gesucht. Dies ist auch schwer möglich, da sich der Wahlkampf zur Europawahl auf bundespolitische Themen bezog.

Am 15. Juni erscheinen weitere Artikel, die das Wählerverhalten in Deutschland charakterisieren. Die *Süddeutsche* wertet das Ergebnis in Bezug auf die Landtagswahlen in Brandenburg aus und bescheinigt der Hauptstadt Berlin, dass sie noch immer politisch geteilt sei.<sup>502</sup> Die Europawahl stelle die momentane politische Situation in Deutschland auf den Kopf, was vermuten lässt, dass die mobilisierten Wähler der Bundesregierung einen Denkmahl verpassen wollten, bei gleichzeitig niedrigem Interesse an der Europawahl. Eine europapolitische Motivation des Wahlvolkes wurde zu keinem Zeitpunkt erwähnt.<sup>503</sup> Neben den Unionsparteien zähle die PDS eindeutig zu den Gewinnern der Europawahl. Es zeige sich auch, dass gravierende Unterschiede zwischen den politischen Kulturen in den alten und neuen Bundesländern bestehen. Der einstige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann von der FDP beklagt sich, dass der „Protestwahlkampf der Liberalen gegen Rot-Grün“ viel zu stark bei der CDU gelandet sei.<sup>504</sup>

---

<sup>500</sup> Alle weiteren Artikel erschienen am 14. Juni 1999 (siehe Auflistung in der Tabelle im Anhang)

<sup>501</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 1

<sup>502</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 6

<sup>503</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 6 („Gnädige SPD-Wähler im Norden“); SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 6 („Der Gegenwind kam aus Bonn“); SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 6 („Stoibers Schlag trifft Schröder hart“)

<sup>504</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 6 („Wie zu Zeiten von Lothar Späth“); SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 5 („Die Schonfrist für Rot-Grün in Bonn ist vorbei“)

„Nach dem fundamentalen Streit um den Kosovo-Einsatz [...] und den bisher nur rudimentär erkennbaren Erfolgen in der rot-grünen Bundesregierung hatten die Alternativen mit erheblich deutlicheren Verlusten gerechnet.“<sup>505</sup>

Die Grünen sähen aber wegen des schlechten Wahlergebnisses ihrer Partei keinen Grund dafür, auf die Besetzung des EU-Kommissars aus ihren Reihen zu verzichten. Anders sehe das die Union, gerade nach ihrem sehr guten Wahlergebnis.<sup>506</sup> Bei der FDP kämen nach dem Wahl-Desaster Stimmen auf, die den Rücktritt des Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhardt forderten, so die *Süddeutsche*. Die stellvertretenden Parteivorsitzenden Döring und Brüderle sprachen sich aber eindeutig dagegen aus. Streng nach dem Motto: Wahlen gewinne oder verliere man gemeinsam.<sup>507</sup>

Horst Becker, Wahlforscher der Münchner Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung, äußert sich in der *Süddeutschen Zeitung* folgendermaßen:

„Die SPD hat die Wahl in jeder Hinsicht grandios verloren.“<sup>508</sup>

Auch in Dortmund, wo das eigentliche Herzstück der Partei liege, habe die SPD 50 000 Wählerstimmen verloren und lande diesmal mit ihrem Ergebnis unter 50 Prozent. Das schlechte Abschneiden der Partei läge zum einen daran, dass die Europawahl eine Denkkzettelwahl für die Regierungspartei sei und zum andern daran, dass die Sozialdemokraten der Wahl kein Motiv gegeben hätten.<sup>509</sup>

„Nicht europapolitische Themen, sondern eindeutig bundespolitische Befindlichkeiten haben das Ergebnis des jüngsten Urnengangs bestimmt. Die historisch niedrige Wahlbeteiligung wirft zugleich ein Schlaglicht auf die Tatsache, wie sperrig, realitätsfern und undurchschaubar die Europapolitik für die meisten Bürger und Wähler immer noch ist. Die Wahlbeteiligung wäre deshalb wohl noch niedriger ausgefallen, hätten nicht viele Bürger in der Europawahl den ersten großen Stimmungstest auf die rot-grüne Bonner Politik gesehen. [...] „Die Schonfrist für die Bonner Regierungsparteien ist endgültig abgelaufen“ resumiert die Forschungsgruppe Wahlen in ihrer Ergebnisanalyse und weist darauf hin, daß

---

<sup>505</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Trost mit Dany“)

<sup>506</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Trost mit Dany“)

<sup>507</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („FDP: Bei der nächsten Wahl wird alles besser“)

<sup>508</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Die SPD und ihre (Nicht-)Wähler. Spaß am Abstrafen“)

<sup>509</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 7 („Die SPD und ihre (Nicht-)Wähler. Spaß am Abstrafen“)

– im Gegensatz zur Bundestagswahl im Herbst 1998 – inzwischen wieder deutlich mehr Wähler die Wirtschaftskompetenz bei der Union statt bei SPD und Grünen ansiedeln.“<sup>510</sup>

Die Zeitung berichtet zwei Tage nach der Wahl über neu ins Parlament eingezogene und über erfahrene Europaabgeordnete, wie sie ihre Wahl und Abwahl erlebten, welche Zukunftsperspektiven jetzt sichtbar werden und wie ihre persönliche Stimmung sei.<sup>511</sup>

- Eine solche Berichterstattung, die die Person und Arbeit einzelner Abgeordneter in den Mittelpunkt rückt, bringt dem Rezipienten das Europäische Parlament näher und bietet die Chance, den in der Bevölkerung verankerten Eindruck von Europa als „bürokratischem Ungetüm“ zu entkräften. Hier wird das Europäische Parlament für den Leser greifbar, nicht zuletzt durch die Auseinandersetzung mit Abgeordneten, die zukünftig keine Mitglieder des Parlamentes mehr sind und sich nun eine neue Lebensperspektive erschließen müssen.

Auch der haushohe Wahlerfolg der CSU war ein Thema in der *Süddeutschen Zeitung*. Denn die Partei habe gar nicht mit einem so hohen Wahlsieg gerechnet, sondern der Wahl eher mit gemischten Gefühlen entgegengesehen. Auch Spitzenkandidat Ingo Friedrich sei Stoiber zu blass gewesen. Jedoch müsse man nicht jede „Euro-Finesse“ von Stoiber gut finden, um seinen klaren Wahlerfolg als „verdient“ zu bezeichnen. Der großartige Wahlsieg für die CSU löse jetzt auch endgültig die Debatten über die Kanzlerkandidatur 2002 des Ministerpräsidenten Stoibers aus.

„Die Ernsthaftigkeit, mit der Stoiber zur Sache geht, tut nicht nur seiner Partei, sondern auch Europa gut. Auch die europäischen Gremien leben von den parlamentarischen Grundsätzen der Gewaltenteilung und der Kontrolle der Exekutive. Stoiber vermittelt den Wählern das Gefühl, denen in Brüssel werde auf die Finger geschaut. Mit Europafeindlichkeit hat das nichts zu tun; Stoibers Wirkung krass unterschätzt zu haben, war der zweite große Fehler der Opposition. Weitere kamen hinzu, etwa das mitunter dummdreiste Benehmen der Bundesregierung und einiger ihrer Helfer gegenüber dem Freistaat. Das merkt er sich, der Bayer, auch der weniger CSU-geneigte. Stoiber verwandelt solche Steilvorlagen eiskalt.“<sup>512</sup>

---

<sup>510</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 25 („Die Quittung folgt prompt“)

<sup>511</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 10 („Poxdorf statt Brüssel“); SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. 10 („Leinen und Modrow gehen nach Straßburg“)

<sup>512</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. L8 („Wuchern mit dem Doppelpfund“)

Den großen Erfolg führe Stoiber auch auf die gute Zusammenarbeit mit der Union zurück. Die Gerüchte über eine eventuelle Kanzlerkandidatur wies er dabei entschieden zurück. Deutlich machte der Ministerpräsident allerdings den Anspruch auf einen der zwei deutschen Besetzungen der EU- Kommission, dem die SPD bei diesem Wahlergebnis nicht widersprechen könne. Jedoch müsse dieser Kandidat nicht unbedingt aus den Reihen der CSU kommen.

- Auch nach der Wahl stehen im Mittelpunkt der Berichterstattung nicht die Spitzenkandidaten der Parteien zur Europawahl, sondern die Parteivorsitzenden und nationalen Funktionsträger der Parteien. Hierdurch wird dem Rezipienten noch mal deutlich vor Augen geführt, dass sie bei der Europawahl zwar formal über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments abstimmen, dies jedoch aus Sicht der deutschen Parteien eher eine Begleiterscheinung der eigentlich zu führenden bundespolitischen Auseinandersetzung ist.

Für die bayrischen Grünen gebe es „keinen Grund zum Jubeln, aber auch kein Anlaß, in Tränen auszubrechen“<sup>513</sup>. Das Ergebnis sei zwar nicht so gut wie bei den letzten Europawahlen 1994, dafür besser als bei der letzten Landtagswahl. Für Außenminister Joschka Fischer sei die Wahl ein Vertrauensvotum. Für die Grünen gebe es guten Grund zur Annahme, dass es ab jetzt wieder bergauf gehe. Die Partei habe sich als drittstärkste Partei in Bayern und im Bund bewiesen und gefestigt.<sup>514</sup>

Ein Artikel auf der Ländersseite beschäftigt sich eigens damit herauszustellen, dass die SPD-Verluste noch größer waren, als es die Ergebnisse in Prozent vermuten lassen. Grund dafür sei, dass sich durch die insgesamt niedrige Wahlbeteiligung die absolute Zahl der insgesamt für die SPD abgegebenen Stimmen, im Vergleich zur letzten Wahl, stark verringert habe. So seien die Verluste in Prozent auch nicht so dramatisch ausgefallen. Die abgegebenen Stimmen seien jedoch im Gegensatz zur letzten Europawahl drastisch gesunken. Dies bedeute nach Ansicht der *Süddeutschen Zeitung*: Wenn die CSU mancherorts wegen der geringen Wahlbeteiligung, gemessen an der absoluten Stimmenzahl, keinen so haushohen Gewinn

---

<sup>513</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. L8 („Kein Jubel, keine Tränen“)

<sup>514</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. L8 („Kein Jubel, keine Tränen“)



erzielen konnte, ergeben sich für die SPD, gemessen an der absoluten Stimmenzahl, dramatische Verluste.<sup>515</sup>

## Zusammenfassung

Zu Anfang wird über das eher geringe Interesse der EU-Ausländer berichtet, an der Europawahl teilzunehmen. Das Thema ist jedoch nicht so populär wie bei der Europawahl vor fünf Jahren, als die europäischen Ausländer das erste Mal das Recht hatten, in der Bundesrepublik an der Europawahl teilzunehmen.

Themenschwerpunkt im Bereich „Wahlverhalten“ ist 1999 die Ergebnisauswertung der Wahl. Die niedrige Wahlbeteiligung gehe vor allem auf die große Distanz zwischen Bürgern und der Europapolitik zurück. Eindeutig sei, dass die Europawahl eine Denkmahlwahl für die nationale Regierung war. Vor allem der Wahlerfolg der CSU steht bei der *Süddeutschen* hinsichtlich der Quantität der Artikel im Vordergrund. Die eventuelle Kanzlerkandidatur von Edmund Stoiber wurde umgehend als Thema aufgegriffen. Auch die Forderung der Unionsparteien, dass nach ihrem Wahlerfolg einer der beiden deutschen Kommissionsmitglieder aus dem konservativen Lager kommen müsse, wurde thematisiert. Berichtet wurde auch über neue Mitglieder des Europäischen Parlamentes und die, die in der neuen Legislaturperiode nicht mehr unter den 99 deutschen Abgeordneten sein werden.

## 4.3 Die Zeit

### 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999

Im Zeitraum der Medienanalyse 1999 berichtet die Wochenzeitung dreimal über die Europawahlen. Im Januar wird der Kandidat der französischen Grünen, Daniel Cohn-Bendit, ein Politiker mit deutscher und französischer Vergangenheit, vorgestellt. Drei Tage vor der Wahl berichtet die *Zeit* über drei Europaabgeordnete und deren Wahlkampf sowie über die erstmalige Möglichkeit der Kölner Bürger, bei der Europawahl mit einem Wahlcomputer ihre Stimme abzugeben.

---

<sup>515</sup> SZ, 15.06.1999, Nr. 134/S. L8 („Wahlmüdigkeit ist eine SPD-Krankheit“)

Ende Januar publiziert die *Zeit* einen Beitrag über den Spitzenkandidaten der französischen Grünen, Daniel Cohn-Bendit. Der in Frankreich geborene und als Zwölfjähriger nach Deutschland, in die Heimat seines Vaters gekommene „Prototyp“ eines Europäers, wolle den Menschen die Angst vor Europa nehmen. Vor allem vor Lionel Jospin, dem sozialistischen Premierminister. Der sei eingeklemmt „zwischen französischem Nationalismus und einer pro-europäischen Haltung“, so Cohn-Bendit in der *Zeit*. Aber reden wolle er mit allen Parteivorsitzenden der linken Koalition. Gesprochen habe er auch mit dem Kommunistenchef Robert Hue, so Cohn-Bendit in der *Zeit*. Verschiedene Standpunkte hätten sie in Beziehung auf Europa bei der Rangfolge der Parteilisten und in der Energiepolitik. Die Franzosen hätten sich Cohn-Bendit als berühmten Spitzenkandidaten nicht unbedingt gewünscht. Aber die Grünen seien nach der letzten Wahl 1997 nur durch eine Wahlallianz mit den Sozialisten überhaupt erst in der Nationalversammlung vertreten gewesen.

„Die Delegierten klatschten und trampelten vor Begeisterung. ‚Dany‘, das war ihnen klar, würde für Gesprächsstoff sorgen. Daß er auch die Abgründe der französischen Nationalseele offen legen würde, hat alle überrascht.“<sup>516</sup>

Innenminister Jean-Pierre Chevènement beschimpfte Cohn-Bendit nach seiner Rede auf dem Sonderparteitag über die Legalisierung illegaler Einwanderer als „‚Stellvertreter der mondialisierten Eliten‘ und der ‚merkantilistischen Eliten‘“. Und die Polizei schritt nicht ein, als vor der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague die Gewerkschafter den europäischen Grünen „in die Zange nahmen“.<sup>517</sup>

- Die Berichterstattung über den Kandidaten Daniel Cohn-Bendit ist ein gutes Beispiel dafür, wie es möglich ist, durch charismatische und glaubwürdige Persönlichkeiten den Europawahlkampf tatsächlich auf europäische Themen zu konzentrieren und diese den Bürgern näher zu bringen. Cohn-Bendit polarisiert, einige seiner Thesen sind insbesondere in Frankreich umstritten. Aber gerade deshalb, weil er sich aus dem großen Parteienkonsens in der Europapolitik herauslöst, weckt er das Interesse an Europa. Damit widerlegt er gleichzeitig die These, dass ein erfolgreicher Europawahlkampf wegen fehlender Regierungsmehrheit und Opposition im Europäischen Parlament nicht möglich sei.

---

<sup>516</sup> Die Zeit, 5/1999, S. 2

<sup>517</sup> Die Zeit, 5/1999, S. 2

Drei Tage vor der Wahl berichtet die *Zeit* über die drei Europaabgeordneten Stanislaw Tillich (CDU), Ingo Friedrich (CSU) und Christa Randzio-Plath (SPD). Stanislaw Tillich versuche, die Menschen über die Wahl in den kommenden Tagen in seiner Heimatregion, der sächsischen Lausitz, zu interessieren. Sein Wahlkampf bliebe jedoch ohne nennenswerte Wirkung.

„Europa zum Anfassen – und keiner geht hin.“<sup>518</sup>

Dies ist das Bild, das die Zeitung transportiert. Den Abgeordneten gehe es darum, dass die Leute überhaupt ihre Stimme zur Europawahl abgeben. Dabei träten parteipolitische Färbungen in den Hintergrund.

„Des Volkes Drang an die Urne ist bekanntlich gebremst, sobald ‚nur‘ Europa auf dem Spiel steht. Deshalb werben ja alle Parteien mit nationalen Gesichtern und Parolen: die SPD mit dem ‚Friedenskanzler‘, die FDP mit ihrer ‚gelben Karte für Rot-Grün‘, Stoiber mit seinem ‚Plebiszit für Bonn‘. Manchmal aber dreht es sich tatsächlich um die EU. Vor allem jene Anwärtler, die bisher schon in der Straßburger Versammlung sitzen, sprechen – wider allen Wissens um den ‚nationalen Stimmungs-Test‘ – im Europawahlkampf über Europa.“<sup>519</sup>

Alle Kandidaten rackerten sich gegen einen gemeinsamen Rivalen, die Unwissenheit der Bevölkerung, ab. Auch Ingo Friedrich, der seit zwanzig Jahren in der Volksvertretung säße, sei wieder für Europa unterwegs. Seit Maastricht und dem Euro habe sich die Situation des Parlamentes verbessert. Es sei politischer geworden und die Bürger hätten mehr Interesse.

„Das stimmt. Und doch klingt es, als wolle sich da einer Mut machen – Mut auf Europa.“<sup>520</sup>

Um wenigstens ein bisschen Interesse zu wecken, flüchteten sich die Kandidaten in Grundsätzliches. Polarisierung und Populismus seien die Rezepte, die während des Wahlkampfes Gehör fänden, so Friedrich in der *Zeit*. Christa Randzio-Plath sei für ein differenzierteres Parteienbild im Europäischen Parlament. Aber auch die fast traditionelle große Koalition im Europäischen Parlament breche zum Beispiel in Fragen der

---

<sup>518</sup> Die Zeit, 24/1999, S. 8

<sup>519</sup> Die Zeit, 24/1999, S. 8

<sup>520</sup> Die Zeit, 24/1999, S. 8

Beschäftigungspolitik oder der EU-Immigration auf. Dennoch kenne ein Parlament, das keine Regierung wählt, auch keine Opposition, so Randzio-Plath in der *Zeit*.

„Den Vorschlag von Jacques Delors, Europas Partei-Familien sollten künftig EUweit einen Kandidaten für die Führung der Brüsseler Kommission zur Wahl stellen, nennen beide unisono ‚eine gute Idee‘. Zukunftsmusik.“<sup>521</sup>

Denn etwas später meint Tillich, dass das „Bauen an Europa“ eines Grundkonsenses bedürfe, um die Bürger zu begeistern.

### **Zusammenfassung**

Die *Zeit* berichtet von Januar bis Ende Juni 1999 dreimal über den Themenkomplex der Europawahl und des Europäischen Parlaments.

In zwei Artikeln, die die *Zeit* zur Europawahl schreibt, berichtet sie über Kandidaten, die sich zur Wahl stellen.

Der Kandidat der französischen Grünen, Daniel Cohn-Bendit, steht Anfang des Jahres im Focus der Berichterstattung. Es wird über die Hürden des Europawahlkampfes berichtet, über die Auseinandersetzungen des mitunter auch unbequemen Europapolitikers mit französischen Spitzenpolitikern, den eigenen Parteimitgliedern und Gewerkschaftsmitgliedern. Cohn-Bendit ist einer der wenigen bekannten Europapolitiker. Er kämpft für die Sache, was selbst die eigene Partei bisweilen vor gewisse Probleme stellt.

Von drei Kandidaten der Europawahl wird kurz vor der Wahl berichtet. Der Beitrag handelt von den Schwierigkeiten, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich und die Wahl des Straßburger Parlamentes zu ziehen. Der größte Rivale sei die Unwissenheit der Bevölkerung, trotz ständiger Kompetenzerweiterung des Parlaments.

---

<sup>521</sup> Die Zeit, 24/1999, S. 8

## 4.4 Der Spiegel

### 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999

Wie im Europawahljahr 1994 erscheinen auch 1999 acht Artikel und ein Schaubild zum Themengebiet der Europawahl. Die Berichterstattung im Vorfeld der Europawahl 1999 überschattet vor allem der Rücktritt der Europäischen Kommission am 16. März. Prägendes Thema ist auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Diese Ereignisse werden im *Spiegel* weitaus prominenter platziert als die Wahl zum Europäischen Parlament. Vor allem der Skandal um die „Vetternwirtschaft“ bei den Kommissionsmitgliedern wird im *Spiegel* ausführlich behandelt. Die Europawahl scheint angesichts dieser Ereignisse weniger populär für die Berichterstattung zu sein.

Der erste *Spiegel* des Jahres berichtet über die angeblich zu hohe Besoldung der EU-Beamten. Es wird genau aufgelistet, was zum Beispiel ein Generaldirektor einer Behörde bei der Europäischen Union verdient. Mit der Besoldungsgruppe A1 liege er bei 32.671 D-Mark. Ein Bonner Ministerialdirektor mit vergleichbarer Tätigkeit bekomme im Monat bei der Besoldungsgruppe B9 jedoch nur 17.034 D-Mark. Der *Spiegel* führt noch zahlreiche weitere Beispiele auf, anhand derer er die aus seiner Sicht unverhältnismäßige Besoldung der EU-Beamten verdeutlicht.<sup>522</sup>

In der zweiten Ausgabe berichtet das Magazin über die „Machtprobe zwischen den EU-Institutionen“. Es geht um den Streit zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission. Der Kommission werde Korruption, Misswirtschaft und Betrügereien vorgeworfen. Der Präsident Jacques Santer wolle dennoch unbeirrt weitermachen. Seinen Anfang fand das „unheilvolle Kräfteressen“ im Dezember 1998, so der *Spiegel*. Viele Abgeordnete wollten die Entlastung für den Haushaltsetat 1996 verweigern, da sie unzufrieden mit der Kommission und ihren Umgang mit Affären seien.<sup>523</sup> Vielen Parlamentariern hätte ein Denktzettel für die Kommission in Form einer knappen Entlastung genügt, so der *Spiegel*. Mit einem Brief von Santer, in dem er deutlich mache, dass die Abgeordneten die Haushaltsdebatte nicht missbrauchen sollten, sondern der Kommission dann lieber offen das Misstrauen aussprechen sollten, wendete sich die Einstellung vieler Parlamentsmitglieder. Als Folge verweigerte „eine große Koalition der Zornigen“ die

---

<sup>522</sup> Der Spiegel, 1/1994, S. 38

<sup>523</sup> Der Spiegel, 2/1994, S. 121

Entlastung der Kommission, so das Magazin. Der Misstrauensantrag wurde dann von der sozialistischen Fraktion tatsächlich gestellt, um so das Misstrauensvotum in ein Vertrauensvotum umzuwandeln. Doch auch die Sozialisten wollten gegen die Kommission stimmen, berichtet der *Spiegel*. Dazu hätten auch die französischen Rechten, die als Europa-Gegner bekannt sind, ein Misstrauensvotum beantragt. Die Liberalen forderten dagegen in einem Entschließungsantrag die Absetzung von Edith Cresson und Manuel Marin. Jedoch hätten die Parlamentarier nicht die Befugnis, einzelne Kommissare aus dem Amt zu heben. Doch ohne funktionsfähige Kommission würden wichtige Reformen gestoppt werden, die Union wäre ein „Chaosclub“ und das zu Beginn der Einführung des Euros.

„Die taktischen Spielereien zeigen, dass die Reaktionen der Abgeordneten letztlich nicht mehr berechenbar sind.“<sup>524</sup>

Laut Santer trafen die Rücktrittsforderungen gegenüber Edith Cresson und Manuel Marin nicht nur das sozialdemokratische Lager. Er stellte einen Zusammenhang zur Amtszeit von Peter Schmidhuber (CSU) als Kommissar für Finanzkontrolle her und drohte mit weiteren Enthüllungen. Dennoch seien CSU-Abgeordnete wie Ingo Friedrich „wild entschlossen“, wenigstens Cresson und Martin zum Rücktritt zu treiben.<sup>525</sup>

Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum<sup>526</sup> sieht der *Spiegel* das Europäische Parlament dennoch als Gewinner. Denn der Antrag fand eine so starke Zustimmung wie noch keiner seiner Art. Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichne das Ergebnis als ein „Stück Emanzipation des Parlaments“ gegenüber der Kommission. Auch wenn die Fraktionen vor dem Votum mit den Anträgen eher undurchsichtig taktierten, bringe dies mehr Demokratie in den Einigungsprozess Europas.

„Die Kommission unterwirft sich endlich der Kontrolle der Abgeordneten auch bei internen Vorgängen und verpflichtet sich schleunigst einen verbindlichen Verhaltenskodex für die Kommissare vorzulegen. [...] Das Parlament wird künftig selbstbewußter als Vollstrecker des Willens der Europäischen Wähler auftreten können. [...] Je mehr Macht mit Binnenmarkt und gemeinsamer Währung dem Brüsseler Zentrum zufällt, desto dringlicher werden die Probleme der demokratischen Kontrolle der Exekutive.“<sup>527</sup>

---

<sup>524</sup> Der Spiegel, 2/1999, S. 123

<sup>525</sup> Der Spiegel, 2/1999, S. 120-123

<sup>526</sup> 232 von 552 Stimmen

<sup>527</sup> Der Spiegel, 3/1999, S. 21/23

- Die Berichterstattung des *Spiegel* über den Misstrauensantrag gegen die Kommission zeichnet zwar ein gemischtes Bild des Europäischen Parlaments. Taktieren und parteipolitisches Agieren sind jedoch Wesensmerkmale eines parlamentarischen Systems. Insgesamt zeigt der Bericht aber, dass das Europäische Parlament zunehmend eine eigenständige, emanzipierte Rolle im europäischen Institutionengefüge einnimmt und damit ihren Kontrollanspruch gegenüber der Kommission selbstbewusster formuliert. Dabei bietet sich dem Parlament die Chance, sich als echte Vertretung der Interessen des Volkes gegenüber der Exekutive zu profilieren. Wenn diese Entwicklung bei den Rezipienten ankommt, könnte dies das Interesse an den Europawahlen stärken, weil die Bürger dann eine echte Möglichkeit sähen, eine demokratische Kontrolle in Europa auszuüben.

Mitte Februar wird der Europa-Spitzenkandidat der französischen Grünen, Daniel Cohn-Bendit, vorgestellt. Dem Rezipienten wird ein Tag im Wahlkampfleben des deutsch-französischen Europapolitikers vorgestellt. Zusammen mit Joschka Fischer habe er den 68er Spontis „revolutionären Glanz“ verliehen. Beide hätten früh die Lust an revolutionären Straßenkämpfen verloren und sich für das Repräsentieren im Parlament begeistert. Dies habe ihm nun auch geholfen, für „Les Verts“ als Spitzenkandidat in den Europawahlkampf zu gehen. Cohn-Bendit sei stolz, ein „freies Elektron“ innerhalb der Grünen zu sein und durchaus in manchen Teilbereichen eine andere Meinung zu vertreten als „Les Verts“, zum Beispiel hinsichtlich der Euroumstellung.<sup>528</sup>

Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit der Kandidatenauswahl für die Europawahl bei der PDS. Diese verbinde mit der Kandidatenauswahl für die Europawahl eine Richtungsentscheidung in ihrer Parteipolitik. In der fünften Ausgabe schreibt der *Spiegel* über Hans Modrow und André Brie, die beide zur Europawahl antreten wollen. Falls die PDS überhaupt die Fünf-Prozent-Hürde erreichen sollte, werde es, wegen der Frauenquote, nur für zwei männliche Kandidaten einen Platz im Parlament geben. Da sie aber beide spezialisierte Außenpolitiker seien, werde es zu einer Kampfkandidatur zwischen den beiden Bewerbern kommen. Dann könne die Partei dem Richtungsstreit nicht mehr ausweichen.

---

<sup>528</sup> Der Spiegel, 3/1999, S. 158-160

„Denn bei der Kür der Kandidaten für die Europawahl treten mit Modrow und Brie die Protagonisten beider Denkschulen gegeneinander an. Die Wahl der Person entscheidet darüber, ob die PDS zum DDR-Heimatverein verkommt oder zu einer demokratischen Partei im linken Spektrum wird.“<sup>529</sup>

Auch wenn bei vielen Parteifunktionären die Kandidatur Modrows als „falsches Zeichen“ gedeutet wird, wolle niemand dem altgedienten Politiker anvertrauen, dass „seine Zeit vorbei“ sei. Modrow sei bei der Basis beliebt und werde mit aus diesem Grunde auch seinen Herausforderer Brie schlagen. Im Gegensatz zu Modrow bemängelt Brie die fehlende Streitkultur der Partei sowie deren Abschottungsmentalität. All das helfe ihm nicht, die Wahl zum Kandidaten zu gewinnen.<sup>530</sup>

In seiner Ausgabe vom 22. März berichtet der *Spiegel* über den Rücktritt der Europäischen Kommission. Am 16. März trat die Europäische Kommission zurück. Der Rückzug sei schon längst überfällig und ein Beweis dafür, dass es mit der europäischen Demokratie doch vorangehe, „nur nicht glatt, sondern holterdiepolter“<sup>531</sup>, so der *Spiegel*. Zwischen der Kommission als Wächterin über die Einhaltung der Europäischen Verträge und Inhaberin des Initiativrechtes, dem Ministerrat als Organ der Legislative und dem Europäischen Parlament mit seinen geringen Befugnissen herrsche ein verzerres Machtgleichgewicht. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam zum 1. Mai 1999 erhalte das Europäische Parlament mehr Macht. Dadurch verbessere sich die Balance zwischen den Institutionen. Ab dann müsse der Kandidat der Staats- und Regierungschefs für den Vorsitz der Kommission vom Parlament bestätigt werden. Die Kommission könne dann vom Parlament abgelehnt oder befürwortet werden. Das Parlament erfahre auch eine erhebliche Ausweitung des Mitentscheidungsrechtes und zwar in all den Bereichen, in denen der Ministerrat nicht einstimmig entscheiden müsse. Das hieße dann, dass sich die neue EU-Kommission nach dem Rücktritt der Kommissarinnen und Kommissare von dem im Juni neu gewählten Parlament bestätigen lassen müsse, auch auf die Gefahr hin, dass durch eine neue Mehrheit im Parlament manche Kommissare oder auch der Präsident nicht mehr akzeptiert werden würden.<sup>532</sup>

- In diesem Artikel stellt der *Spiegel* ausführlich und gleichzeitig verständlich die erweiterten und insbesondere für die Bürger wesentlichen neuen Kompetenzen des

---

<sup>529</sup> Der Spiegel, 5/1999, S. 42

<sup>530</sup> Der Spiegel, 5/1999, S. 42-43

<sup>531</sup> Der Spiegel, 12/1999, S. 179

<sup>532</sup> Der Spiegel, 12/1999, S. 176-185



Europäischen Parlaments vor. Dadurch trägt das Magazin dazu bei, dass die Rezipienten sich ein genaueres Bild von den erweiterten Machtbefugnissen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Volksvertreter in Europa machen können. Diese Information ist Grundvoraussetzung dafür, dass die Rezipienten das Europäische Parlament in seiner Bedeutung wahrnehmen und in der Folge ernst nehmen können.

Nachdem Mitte März die gesamte Europäische Kommission zurückgetreten ist, schreibt das Magazin über die europäischen Parteien und ihre nicht gerechtfertigte Finanzierung über die Fraktionen. So sollen SPE und EVP Parteitage sowie Gehälter von Mitarbeitern unrechtmäßig mit Fraktionsgeldern finanziert haben. Bei den Liberalen sei dies nicht anders. Auch Generalsekretäre würden zum Teil mit Fraktionsgeldern bezahlt, so das Magazin.<sup>533</sup>

Im Zusammenhang mit dem designierten Kommissionschef Romano Prodi berichtet der *Spiegel* über das Zusammenspiel zwischen Parlament und Kommission. Der Kommissionschef habe zum ersten Mal die Möglichkeit, eine Art europäische Regierung aufzubauen. Doch Erfolg könne Prodi nur dann haben, wenn er eine stabile Mehrheit im Parlament zustande bringe. Jedoch sei das Machtgleichgewicht zwischen Kommission und Parlament gestört. Denn die Parlamentarier hätten das Recht, einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten abzulehnen. Prodi sei daher der Meinung, dass der EU-Vertrag die Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung des Parlamentes vorsehen müsse. Nach dem dritten Vorschlag eines Präsidenten der Kommission solle es neue Parlamentswahlen geben<sup>534</sup>. Dieser Vorgang wäre jedoch noch weniger demokratisch. Das Parlament als einzig demokratisch legitimierte Organisation der EU, könne nicht dazu gezwungen werden, einen Kommissionspräsidenten zu befürworten.

- Dieser Beitrag berichtet über Tendenzen, die neu gewonnenen Machtbefugnisse des Parlaments erneut wieder zu beschneiden. Dadurch entsteht der Eindruck, als wollten die EU-Institutionen eine stärkere parlamentarische Kontrolle nicht zulassen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Entschlossenheit des Parlaments im Zusammenhang mit dem erzwungenen Rücktritt der Kommission Santer noch

---

<sup>533</sup> Der Spiegel, 13/1999, S. 32

<sup>534</sup> Der Spiegel, 24/1999, S. 182

einmal zusätzlich an Bedeutung. Der Bericht zeigt, dass die übrigen EU-Institutionen das Parlament nun tatsächlich ernster nehmen. Dies kann seine Akzeptanz auch in der Bevölkerung stärken.

Zwei Wochen nach der Europawahl veröffentlicht der *Spiegel* eine Emnid - Umfrage, die das Nichtwähler-Verhalten der Bürger erforscht. Danach haben 46 Prozent der Befragten angegeben, aus „Unzufriedenheit mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung am Wahlsonntag zu Hause geblieben zu sein. Zu wenig Unterschiede bei den einzelnen Parteiprogrammen war für 39 Prozent der Grund für ihre Enthaltung. Auch der Protest an der Brüsseler Bürokratie veranlasste 37 Prozent, ihre Stimme keiner Partei zu geben. Weitere Gründe waren der mangelnde Einfluss des Europäischen Parlaments oder gar das mangelnde Interesse an Europa.<sup>535</sup>

- Die Emnid-Umfrage zeigt deutlich, in welchen Bereichen die größten strukturellen Defizite des Parlaments liegen. Insbesondere die mangelnde Unterscheidbarkeit der Parteien und der Eindruck fehlender Einflussmöglichkeiten des Parlaments wirken sich als originär europapolitische Probleme negativ aus. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die besondere Bedeutung, die einer ausführlicheren Berichterstattung über die Kompetenzerweiterung des Parlaments und über profilierte europäische Politiker mit eigenen Ideen für Europa zukommt. Damit kann den bisherigen Vorbehalten, insbesondere der Nichtwähler, entgegengetreten und die Wahlbeteiligung gefördert werden.

### **Zusammenfassung**

Zum Jahresbeginn wird im *Spiegel* die Besoldung der EU-Beamten thematisiert. Das Hauptthema im Untersuchungszeitraum ist jedoch eindeutig der Skandal um die zu Jahresbeginn noch amtierende Europäische Kommission. Das Magazin schreibt über eine Machtprobe zwischen Parlament und Kommission. Der *Spiegel* versucht zu klären, wie es zum Misstrauensvotum gegen die Kommission kam und zu den Rücktrittsforderungen von Seiten des Parlamentes gegen die beiden Kommissare Cresson und Marin. Das Parlament habe gezeigt, dass es doch gewisse Macht besitzt, zumindest um auf Missstände aufmerksam

---

<sup>535</sup> Der Spiegel, 25/1999, S.23

zu machen. Der Rücktritt der Kommission sei außerdem ein Fortschritt der Demokratisierung in Europa.

Berichtet wird auch über den Spitzenkandidaten für die französischen Grünen, Daniel Cohn-Bendit. Auch die Kandidatenauswahl in der PDS ist ein Thema. Schließlich beschäftigt sich das Magazin im Untersuchungszeitraum mit den Gründen der Nichtwähler für ihre Wahlenthaltung bei der Europawahl.

## 4.5 Focus

### 1. Januar 1999 bis 30. Juni 1999

Während der sechs Monate vor der Europawahl 1999 berichtet der Focus 19 Mal über den Themenbereich Europäisches Parlament und dessen Wahl.

„Eine Lektion an Demokratie“ nannte es der *Focus*, als das Europäische Parlament die Entlastung des Haushaltes der Kommission verweigerte. Die Abgeordneten machten mit ihrer Entscheidung deutlich, dass sie Korruption, Vetternwirtschaft und Schlamperei nicht duldeten. Ebenso wie der *Spiegel* berichtet der *Focus* über eine Drohung des Kommissionspräsidenten Jacques Santer, falls die Europaabgeordneten der bayrischen CSU weiterhin gegen eine Entlastung des Haushaltes seien, werde er die Amtsführung des früheren Kommissionsmitgliedes Peter Schmidhuber (CSU) genauer prüfen.

„Außerordentlich verärgert reagiert der Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Ingo Friedrich: ‚Für uns ist dieses Vorgehen des Kommissionspräsidenten völlig inakzeptabel‘. Friedrich ist von der Integrität seines Parteikollegen Schmidhuber überzeugt, ‚deshalb haben wir uns bei der Abstimmung am 17. Dezember in keinsten Weise davon beeinflussen lassen. Wir fordern weiterhin entschieden den Rücktritt der beiden hauptsächlich betroffenen sozialistischen Kommissare Manuel Marin und Edith Cresson.“<sup>536</sup>

Viele der vor allem konservativen Europaabgeordneten seien nach dem gescheiterten Misstrauensvotum ohnmächtig vor Wut, berichtet das Magazin. Die Abgeordneten hätten ihr Parlament selbst kastriert. Auch viele Abgeordnete verzweifeln an dem „zahnlosen Europaparlament“, das die von Skandalen erschütterte EU-Kommission davonkommen ließ. Auch Europas Grüne hofften, dass mit dem Votum die Europäische Union etwas

---

<sup>536</sup> Focus, 1/1999, S. 172

demokratischer werde. Doch das Parlament stimmte mehrheitlich dagegen, der Kommission das Misstrauen auszusprechen.<sup>537</sup>

Durch die Hessen-Wahl und die Idee Edmund Stoibers, diese Landtagswahl in einen Plebiszit gegen die generelle doppelte Staatsbürgerschaft umzuwandeln, fühle sich der bayrische Ministerpräsident gestärkt und wolle jetzt auch bei der Europawahl die rot-grüne Bundesregierung stark attackieren und zu einer Wahl gegen die Koalition umfunktionieren, so berichtet der *Focus*.<sup>538</sup>

Ende Mai berichtet der *Focus* über die Plakatwerbung der CDU. Die Partei versuche dieses Jahr den Europawahlkampf mit Witz aufzuziehen. Mit dem Slogan:

„Europa ist wie wir: Nicht immer einer Meinung, aber immer ein gemeinsamer Weg. Europa muß man richtig machen“<sup>539</sup>;

wollten sie die Sympathie beim Wähler wecken. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, die auf dem Plakat abgebildet sind, präsentierten sich als „streitbares Pärchen“, das den gemeinsamen Weg aber immer im Blick behalte.<sup>540</sup>

Im Tagebuch der 22. *Focus*-Ausgabe schreibt der Chefredakteur Helmut Markwort über die Plakate zur Europawahl in Österreich. Dort sei auch Gerhard Schröder abgebildet.

„Im deutschen Wahlkampf für Europa ist die SPD nicht so leichtsinnig ihren Vorsitzenden und Kanzler Schröder auf Plakaten zu zeigen. Die Partei rechnet wegen ihrer konfusen Innenpolitik mit schlechten Ergebnissen und möchte den erwarteten Denkmäler wenigstens nicht der neuen Leitfigur ankleben.“<sup>541</sup>

In der gleichen Ausgabe wird über den plötzlichen Wandel des Edmund Stoiber geschrieben. Ganz staatsmännisch referiere er über die „enorme Bedeutung des EU-Urnengangs am 13. Juni“. Die Wähler müssten sich bewusst sein, dass das Parlament durch den Amsterdamer Vertrag eindeutig an Macht gewonnen habe. Da der Wunsch кандидат Horst Seehofer Stoibers Wunsch, als CSU-Spitzenkandidat ins Rennen zu gehen, nicht gefolgt sei und Ingo Friedrich

---

<sup>537</sup> *Focus*, 1/1999, S. 205

<sup>538</sup> *Focus*, 7/1999, S. 23; *Focus*, 9/1999, S. 56

<sup>539</sup> *Focus*, 21/1999, S. 14

<sup>540</sup> *Focus*, 21/1999, S. 14

<sup>541</sup> *Focus*, 22/1999, S. 3

der alte und neue Spitzenkandidat blieb, entschloss sich der bayrische Ministerpräsident, die Wahl zur „Chefsache“ zu machen, so der *Focus*. Einer der Hintergründe sei, dass Stoiber die Europawahl als Plebiszit gegen die amtierende Bundesregierung stilisieren wolle.<sup>542</sup>

Der *Focus* schreibt über die nicht zu unterschätzenden Einnahmen der Parteien bei Wahlen. Durch die Europawahl erhielten die Parteien in den nächsten fünf Jahren 136 Millionen Mark. Nur 57,5 Millionen Mark hätten die Parteien aber für den Europawahlkampf ausgegeben. Die Grünen und die FDP würden nur etwa ein Drittel dieser Gelder für den Europawahlkampf ausgeben. Einzige Ausnahme sei die PDS. Sie habe 75 Prozent ihres Budgets verbraucht, um die Fünf-Prozent-Hürde zu erreichen. Für die Parteien seien Wahlen auch vom finanziellen Standpunkt her unverzichtbar und lukrativ.<sup>543</sup>

- Mit diesem Artikel deckt der *Focus* ein eher verstecktes Interesse der Parteien an den Europawahlen auf, über welches die Parteien naturgemäß weniger gerne öffentlich reden. Die Umfunktionierung der monetären Ausstattung der Parteien zur Finanzierung des Wahlkampfes in eine zumindest teilweise allgemeine Parteienfinanzierung verdeutlicht, dass die Parteien die Europawahlen politisch weniger bedeutend einschätzen als eher finanziell. Sie erreichen mit der Art ihrer Wahlkampfgestaltung im Grunde gleich mehrere ihrer Ziele: Der Europawahlkampf gestaltet sich deutlich kürzer und weniger aufwändig als sonstige Wahlkämpfe. Dies ermöglicht den Parteien eine kostenschonende und wenig personalintensive Wahlkampfführung, um ein Grundniveau der Mobilisierung ihrer Anhänger zu erreichen. Wollten die Parteien eine stärkere Beachtung in der Bevölkerung erreichen, müssten sie wegen der geringen Wahrnehmung der Europawahlen sehr viel mehr finanzielle Mittel einsetzen. Diese Notwendigkeit besteht jedoch aus Sicht der Parteien wegen der für sie geringeren politischen Bedeutung nicht. Dies bietet den Parteien die Möglichkeit, erhebliche Teile der finanziellen Zuwendungen zur Wahlkampffinanzierung für andere Zwecke einzusetzen. Dadurch stärkt die Teilnahme an den Europawahlen im Ergebnis die finanzielle Schlagkraft der Parteien für andere Wahlkämpfe und Parteiaktivitäten. Zudem unterstützt der innenpolitisch geprägte Europawahlkampf

---

<sup>542</sup> *Focus*, 22/1999, S. 54-56

<sup>543</sup> *Focus*, 23/1999, S. 240-241

die bundespolitische Profilierung der Parteien. Dies erklärt, warum die Wahlplakate eher bundesdeutsche Spitzenpolitiker und Amtsinhaber zeigen als Kandidaten für das Europaparlament. Insgesamt stellt sich die Europawahl für die Parteien also auch als finanziell lukrative Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit dar.

Sechs Tage vor der Europawahl veröffentlicht der *Focus* eine Reportage über die Wahlen zum Europäischen Parlament. Unter dem Motto „Stell dir vor, es sind Wahlen, und keiner geht hin“ wird der Ist-Zustand der Wahlen zum Europäischen Parlament in den Mitgliedsländern der Europäischen Union dargestellt. Für die Bürger sei Europa noch zu „weit weg“, sie sähen nur die „allmächtige Brüsseler Bürokratie“, aber nicht den Zugewinn an Macht und Kontrolle des Europäischen Parlaments. Das Parlament habe sich emanzipiert und dieser Meinung seien auch seine Mitglieder. Das habe das Parlament bei den Auseinandersetzungen mit der Europäischen Kommission deutlich gemacht.

„Das Europa-Parlament ist Anwalt der Bürger, im Gegensatz zur Kommission und zum Ministerrat“, stellt Markus Ferber (CSU) klar. Hoffnungen auf ein zahmes Parlament braucht sich auch die nächste Kommission nicht zu machen.“<sup>544</sup>

Den nächsten demokratischen Missstand hätten die Parlamentarier schon im Visier. Es gehe um die europäischen Gesetze, die der Ministerrat nicht öffentlich, sondern geheim berate. Ginge es nach dem Parlament, solle jedes Mitglied des Ministerrates öffentlich begründen, warum es so und nicht anders entschieden habe.<sup>545</sup>

In der gleichen Ausgabe wird der Weg der Europäischen Union graphisch dargestellt. Eine Zeittafel zeigt den Lesern den Weg von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis hin zu den bevorstehenden Europawahlen. Graphisch aufbereitet wird, wie viel die Mitglieder des Europäischen Parlaments, je nach Herkunftsland verdienen.<sup>546</sup>

- Der *Focus* unterrichtet die Leser kurz vor der Wahl zusammenfassend über den aktuellen Status des Europäischen Parlaments, seine Bedeutung und Befugnisse

---

<sup>544</sup> Focus, 23/1999, S. 246

<sup>545</sup> Focus, 23/1999, S. 245-248

<sup>546</sup> Focus, 23/1999, S. 250-251

und skizziert den historischen Werdegang des europäischen Integrationsprozesses. Diese Information ist inhaltlich und graphisch trotz der Komplexität der Materie für die Rezipienten gut aufbereitet. Jedoch bleibt die Berichterstattung – dies zeigt die Medienanalyse – leider nur punktuell. Ebenso wie im Jahr 1994 rückt das Europäische Parlament nur kurz vor und nach den Wahlen in den Blickpunkt der Berichterstattung. Den Lesern lässt sich jedoch ein Eindruck von der Wichtigkeit und Bedeutung des Europäischen Parlaments nicht glaubwürdig vermitteln, solange dieses nicht kontinuierlich Gegenstand der Berichterstattung wird. Erst dann dürfte das Parlament nachhaltig in der Wahrnehmung der Bevölkerung bleiben.

Der Vorstand des SPD-Kreisverbands Lippe beschwerte sich nach Darstellung des *Focus* zwei Tage nach der verlorenen Europawahl mit einem Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder über Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner, der wegen seines mangelnden Einsatzes bezüglich der Wahlkampfstrategie maßgeblich zu diesen großen Verlusten beigetragen habe. Mangelnde Mobilisierung der SPD-Wähler mache der Kreisverband Schreiner zum Vorwurf, genauso wie eine absolut verfehlte Wahlwerbung. Grund hierfür sei das Gurkenplakat der SPD, hier seien zwei Gewürzgurken mit Krümmung in EU-Norm abgebildet. Der Nachteil dieser Wahlwerbung sei allerdings, dass keine EU-Norm für Gewürzgurken existiere, sondern nur für Salatgurken.<sup>547</sup>

## Zusammenfassung

Im Vordergrund der Berichterstattung stehen beim *Focus* die Auseinandersetzungen des Europaparlamentes mit der EU-Kommission. Der *Focus* sieht das Verhalten der Parlamentarier als „Emanzipation der Demokratie“ in Europa. Zwar scheiterten die Abgeordneten mit dem Misstrauenvotum gegen die Kommission, machten aber eindeutig klar, dass sie ihren Einfluss geltend machen und die Kommission somit kontrollieren können.

Aus vielen Beiträgen und Reportagen ist herauszulesen, dass die Bundespolitiker die Europawahl für nationale Zwecke missbrauchen und dies auch öffentlich aussprechen. Im *Focus* der Berichterstattung steht in diesem Zusammenhang vor allem der bayrische

---

<sup>547</sup> *Focus*, 25/1999, S. 13

Ministerpräsident Edmund Stoiber, dem Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur im Jahre 2002 nachgesagt werden. Er habe sich plötzlich zum Europäer entwickelt, trotzdem gehe es auch ihm um die Thematisierung vermeintlicher innenpolitischer Missstände.

Kurz vor der Wahl folgt dann die schon fast obligatorische Reportage über das Parlament und die Geschichte seiner Entstehung.

## **5. Zusammenfassung**

### **Medienanalyse 1999**

Die Berichterstattung im Untersuchungszeitraum 1999 wurde geprägt durch das gescheiterte Misstrauensvotum des Europäischen Parlaments gegen die Europäische Kommission, welches im Ergebnis dann letztlich doch zu deren Rücktritt führte. Auffällig ist, dass hierdurch das Europaparlament erstmals häufiger als Europäisches Organ mit gewissen Kompetenzen und Einfluss in der Berichterstattung erscheint. Dadurch bietet sich den Rezipienten die Möglichkeit, die Arbeit des Parlaments mit ganz konkreten, für sie nachvollziehbaren Maßnahmen in Verbindung zu bringen. Damit ist sicher eine gewisse Vertiefung des Bildes des Europäischen Parlamentes in der Öffentlichkeit verbunden, wenn auch nach wie vor auf niedrigem Niveau. Denn gleichzeitig bleibt festzustellen, dass die untersuchten Printmedien das gestiegene Selbstbewusstsein und den Mut des Parlaments zwar würdigen, im Ergebnis jedoch stärker die Grenzen des Parlaments und seine Möglichkeiten betonen. Dies wird besonders daran deutlich, dass in der medialen Resonanz weniger der – fast schon revolutionäre – Versuch eines Misstrauensvotums gegen die Kommission, dem eine bislang nie dagewesene hohe Zahl von Abgeordneten zustimmte, im Vordergrund stand, als vielmehr dessen Scheitern. Auch hieran zeigt sich erneut, dass die grundsätzlich eher kritische bis uninteressierte Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Europäischen Parlament selbst bei berichtenswerten, positiven Errungenschaften der Parlamentarier dazu führt, dass eher Schwächen und Kritikpunkte thematisiert werden.

Im Folgenden wird die Erscheinungshäufigkeit der Artikel zum Themenkomplex im Untersuchungszeitraum Januar bis Juni 1999 nach der Aufteilung in den verschiedenen Ressorts der fünf Zeitungen und Magazine betrachtet.



In der *FAZ* und der *Süddeutschen Zeitung* erscheinen im Untersuchungszeitraum 1999 annähernd gleich viele Artikel. Während das Thema bei den lokalen Ressorts bei beiden Zeitungen mit je dreißig Artikeln gleich stark vertreten ist, erscheinen bei der *Frankfurter Allgemeinen* im Ressort „Politik“ 53 Artikel und im entsprechenden Ressort „Nachrichten“ der *Süddeutschen Zeitung* 33 Artikel.

### Aufteilung in Ressorts

	FAZ	SZ	Die Zeit	Der Spiegel	Focus
Politik	53				
Nachrichten		33			
Wirtschaft	1	2			
Seite Drei		3			
Themen		6			
Zeitgeschehen	2				
Feuilleton		1			
Leserbriefe	4	2			
Meinungsseite		5			
Berlin Seite		4			
Titel				2	
Deutschland				2	5
Deutsche Fragen – deutsche Antworten	1				
Europa				1	
Ausland				3	6
Globus					1
Periskop					1
Medien		1			
Redaktion					2
Media-Box					1
Interview					1
Brennpunkt					1
Tagebuch					1
Sport	1				
<u>Regionale Ressorts:</u>					
Hessen	11				
Rhein-Main	7				
Frankfurt	4				
Aschaffenburg	2				
Titelseite Rhein-Main- Zeitung	2				
Frankfurt u. Rhein- Main	3				
Hochtaunus- Maintaunus	1				
Bayern		15			
München		15			
<b>insgesamt</b>	<b>92</b>	<b>87</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>19</b>

Die beiden Tageszeitungen berichten also in gleichem Umfang über das Thema, jedoch mit leichten Unterschieden in der Gewichtung. Die *Süddeutsche* streut die Artikel mehr über die einzelnen Ressorts und berichtet unter anderem auch auf der „Meinungsseite“, bei den „Themen“ oder der „Berlin-Seite“. Die *Zeit* berichtet im Untersuchungszeitraum dreimal zum Thema Europawahl und Europäisches Parlament.

Der *Spiegel* berichtet nicht einmal halb so oft über die Europawahl wie der *Focus*. Während das Thema beim *Spiegel* nur acht Mal im Untersuchungszeitraum behandelt wird, berichtet der *Focus* 19 Mal. Dennoch hat der *Spiegel* das Thema zweimal zum Titelthema gemacht, was die Aufmerksamkeit des Rezipienten stärker auf das Thema lenkt.

#### **Erschienene Artikel im Untersuchungszeitraum Januar bis Juni 1999**

	<b>FAZ</b>	<b>SZ</b>	<b>Die Zeit</b>	<b>Der Spiegel</b>	<b>Focus</b>
Januar	5	5	1	3	3
Februar	4	4	-	2	2
März	11	6	-	2	1
April	6	1	-	-	-
Mai	15	10	-	-	5
Juni	51	61	2	2	8
<b>insgesamt</b>	<b>92</b>	<b>87</b>	<b>3</b>	<b>9</b>	<b>19</b>

Die Häufigkeit der Artikel, die zum Thema Europawahl erscheinen, nimmt bei den Tageszeitungen immer mehr zu, je näher die Europawahl rückt. Waren es im Januar bei beiden Tageszeitungen fünf Artikel, stiegen sie im Juni auf 51 bei der *FAZ* und auf 61 bei der *Süddeutschen Zeitung* an. Bemerkenswert ist, dass die Mehrzahl der Artikel kurz nach der Wahl am 14. und 15. Juni erscheinen. Dies ist bei beiden Tageszeitungen der Fall. Die *Zeit* berichtet mit zwei erschienenen Beiträgen im Untersuchungszeitraum kaum über die Europawahlen. Die beiden Magazine berichten Anfang des Jahres beide gleichmäßig und im Verhältnis zu den Zeitungen oft über den Themenkomplex. Im April erscheint bei beiden kein Artikel. Während der *Focus* eine starke Erhöhung von fünf Artikeln im Mai und acht Artikeln im Juni vorweist, fällt die Berichterstattung beim *Spiegel* auf zwei Artikel im Juni zurück.

## 5.1 Hauptaussagen der untersuchten Printmedien

### Frankfurter Allgemeine Zeitung / Süddeutsche Zeitung

Die *Frankfurter Allgemeine* berichtet im Themenbereich **Legitimation** über Wahlprogramme der Parteien sowie deren Spitzenkandidaten. Erörtert wird ebenfalls die Rolle des Europaparlaments im Vorfeld des Rücktritts der Kommission. Die *Süddeutsche Zeitung* setzt ihre Schwerpunkte ebenfalls auf Wahlprogramme, die Europawahl als Testwahl und die Kandidaten. Es wird auch die Europapolitik thematisiert sowie das niedrige Interesse der Bevölkerung, an der Wahl teilzunehmen. Ferner wird über das Wahlrecht der EU-Ausländer berichtet.

Zum Themenbereich **Akzeptanz** schreibt die *Frankfurter Allgemeine* über die Kandidatenfindung innerhalb der Parteien, die Kompetenzen und Befugnisse des Parlaments und dessen Bedeutungszuwachs in den letzten Jahren. Die Zeitung veröffentlicht auch Portraits von zur Wahl stehenden Kandidaten. Thematisiert werden die Auswirkungen der Europawahl auf die Bundespolitik sowie die Wahl als Protest- und Denkmahlwahl. Berichtet wird über einen Europawahlkampf der Parteien, der mit bundespolitischen Themen geführt und dadurch auch nicht bei der Bevölkerung akzeptiert werde. Der Wahlausgang wird von den Politikern sowie von den Journalisten auch mit bundespolitischen Verhältnissen erklärt. Auch die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über die Wahlprogramme der Parteien und stellt einzelne Kandidaten für das europäische Parlament vor. Daneben sind die Kompetenzerweiterungen des Parlaments und die immer noch geringe Akzeptanz der Europawahl sowie das geringe Ansehen des Parlaments Gegenstand der Berichterstattung. Die Wahl wird als Testwahl für die Bundespolitik ausgelegt. In der Öffentlichkeit finde kein kontinuierlicher Diskurs der Parteien über europapolitische Themen statt. Die Zeitung berichtet auch über die Kandidatenfindung der Parteien. Nach der Wahl beschäftigt sich die *Süddeutsche* ferner mit der Analyse des Wahlergebnisses.

Im Themenbereich **Wählerverhalten** wird vor der Wahl in der FAZ über die Erwartungen der Parteien bezüglich des Wahlausganges berichtet sowie über den Ausgang des „Stimmungstestes“. Die Parteien führen den Wahlausgang auf innenpolitische Gründe zurück. Die Zeitung geht der Frage nach, worin die Gründe für die geringe Wahlbeteiligung liegen können. Die *Süddeutsche* beschäftigt sich mit dem Ausgang der Europawahl und der Analyse

des Wahlergebnisses. Die Reaktionen der Parteien werden vorgestellt und erörtert. Der Charakter der Wahl als Denkmittelwahl wird thematisiert. Über die geringe Beteiligung der EU-Ausländer sowie die niedrige Wahlbeteiligung insgesamt und die Ergebnisse für die einzelnen Parteien wird berichtet.

### **Die Zeit**

Die *Zeit* berichtet über den Wahlkampfalltag der Kandidaten, die zur Wahl stehen. Die Zeitung stellt einzelne Kandidaten vor und berichtet über deren Schwierigkeiten, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu gewinnen.

### **Der Spiegel**

Hauptthema des *Spiegels* ist die Machtprobe zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission durch das von den Parlamentariern durchgesetzte Misstrauensvotum gegen die Kommission. Thema sind auch die Kandidatenauswahl der PDS sowie der Spitzenkandidat der französischen Grünen, Daniel Cohn-Bendit. Zudem berichtet das Magazin über die Gründe der Nichtwähler für ihre Nichtteilnahme an den Wahlen.

### **Focus**

In der Berichterstattung des *Focus* stehen wie im *Spiegel* die Auseinandersetzungen des Parlaments mit der Kommission im Vordergrund, wenn auch teilweise mit anderen Schwerpunkten. Berichtet wird auch über Bundespolitiker, die die Europawahl als Denkmittelwahl für die rot-grüne Bundesregierung instrumentalisieren.

## 6. Ergebnisse der Medienanalysen 1994 und 1999

Insgesamt lassen sich aus den Ergebnissen der Medienanalyse verschiedene Schlussfolgerungen ableiten. Dabei sollen die prägenden Tendenzen und Grundzüge der Berichterstattung sowohl hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung, als auch hinsichtlich ihrer meinungsbildenden, wertenden Aussagen zusammenfassend dargestellt werden. Im Anschluss sollen die möglichen Wirkungen der dargestellten Tendenzen der Berichterstattung auf die Meinungsbildung der Rezipienten erörtert werden.

### 6.1 Tendenzen der Medienberichterstattung 1994 und 1999

Die Medienanalyse hat folgende, grundsätzliche Tendenzen der Berichterstattung sichtbar gemacht:

Die Berichterstattung der untersuchten Printmedien verläuft quantitativ vorwiegend ansteigend bis zur Europawahl. Ab Juni steigt die Berichterstattung stark an, um ihren Höhepunkt – mit dem Themenschwerpunkt der Ergebnisauswertung - kurz nach der Wahl zu erreichen. Es fällt auf, dass schon einige Tage nach der Europawahl die Berichterstattung – und damit das mediale Interesse – fast vollständig eingestellt wird, und zwar in allen untersuchten Printmedien.

#### *Erschienene Artikel im Untersuchungszeitraum Januar- Juni 1994-1999 im Vergleich*

	FAZ 94	FAZ 99	SZ 94	SZ 99	Zeit 94	Zeit 99	Spiegel 94	Spiegel 99	Focus 94	Focus 99
Januar	3	5	1	5	-	1	2	3	-	3
Februar	-	4	2	4	-	-	-	2	2	2
März	4	11	2	6	-	-	2	2	-	1
April	4	6	9	1	1	-	-	-	2	-
Mai	18	15	14	10	1	-	1	-	2	5
Juni	18	51	51	61	5	2	3	1	7	8
<b>insgesamt</b>	<b>47</b>	<b>92</b>	<b>79</b>	<b>87</b>	<b>7</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>13</b>	<b>19</b>

Vergleicht man die Anzahl der erschienenen Artikel im Vorfeld der Europawahlen 1994 und 1999, haben sich die Veröffentlichungen bei der *FAZ* nahezu verdoppelt, bei der *Süddeutschen Zeitung* blieb die Artikelanzahl etwa gleich. Bei der Wochenzeitung *Die Zeit* ist ein deutlicher Rückgang von sieben auf drei Artikel zu verzeichnen. Der *Spiegel*

veröffentlicht die gleiche Anzahl an Artikeln und Reportagen. Der *Focus* publiziert 1999 sechs Artikel und Reportagen mehr als 1994 und kommt auf 19 Veröffentlichungen.

Betrachtet man sich die Veröffentlichungen pro Monat, zeigt sich die Tendenz, dass am Anfang des Untersuchungszeitraums weniger Artikel abgedruckt werden als zum Ende. Lediglich der *Spiegel* durchbricht 1999 diese Kontinuität, indem er bis März mehr Artikel veröffentlicht als in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums.

## 6.2 Themenschwerpunkte

Im Folgenden sollen nun die im Rahmen der Medienanalyse herausgearbeiteten Themenschwerpunkte der untersuchten Printmedien für die Untersuchungszeiträume 1994 und 1999 gegenübergestellt werden. Bereits bei der ausführlichen Auswertung der Berichterstattung wurden wesentliche Schwerpunkte aus der Vielzahl der Veröffentlichungen herausgearbeitet. Diese sollen nun noch einmal übersichtlich zusammengefasst und die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Berichterstattung in beiden Untersuchungszeiträumen sichtbar gemacht werden. Bei der Vielzahl der im Zusammenhang mit dem Europäischen Parlament und den Europawahlen erschienenen Artikeln, bei deren Aufarbeitung das Europaparlament und die Europawahl teilweise nur gestreift wurden, ist es notwendig, sich auf die aussagekräftigsten Kernthemen zu beschränken, damit es überhaupt möglich ist, aus der Vielzahl der Informationen Themenschwerpunkte, Tendenzen, Entwicklungen und Unterschiede herauszufiltern.

### 6.2.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung

<u>Themenschwerpunkte: Bereich Legitimation</u>	
1994	1999
Funktionsweise und Kompetenzen des Parlaments und der EU, Hintergründe	Wahlprogramme der Parteien
Mangelnde Information der Bevölkerung über die EW durch die Parteien / Defizite des EP	Rücktritt der Kommission
Kandidaten / junge Europapolitiker	Vorstellung der Kandidaten

Im Bereich **Legitimation** behandelt die *Frankfurter Allgemeine* 1994 im Schwerpunkt die Arbeitsweise und die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und liefert Hintergrundinformation insbesondere hinsichtlich der strukturellen Defizite des europäischen Institutionengefüges. Daneben beschäftigt sich die Zeitung mit der ungenügenden Information der Bevölkerung durch die Parteien hinsichtlich der bevorstehenden Europawahl. In diesem Zusammenhang stellt die *FAZ* einzelne Kandidaten und junge Europapolitiker vor und beleuchtet deren Ziele und Perspektiven.

Im Untersuchungszeitraum 1999 stehen die Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl im Vordergrund der Berichterstattung. Vorgestellt werden die grundlegenden Wahlaussagen der Parteien und deren überwiegend enger Bezug zur bundesdeutschen Politik. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Berichterstattung über den Rücktritt der Europäischen Kommission, welcher durch ein Misstrauensvotum des Europaparlaments mit ausgelöst wird. Auch 1999 stellt die *FAZ* einzelne Kandidaten vor und begleitet diese im Wahlkampf.

<b><u>Themenschwerpunkte: Bereich Akzeptanz</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Mangelndes Interesse der Bürger an und Information über die Europawahl	Wahlprogramme der Parteien / Missbrauch des Europawahlkampfes für bundespolitische Zwecke
Entwicklung / Kompetenzen / Arbeitsweise des EP / Parlamentarier	EW= Denkmittelwahl für die BTW'98
Vorstellung Kandidaten	Auswahl der Kandidaten
EW = Testwahl für kommende BTW'94	Entwicklung / Kompetenzen / Arbeitsweise des EP / Parlamentarier
	Mangelndes Interesse der Bürger an und Information über die Europawahl

Im Themenbereich **Akzeptanz** steht 1994 die mangelnde Information der Bevölkerung über und das Desinteresse an europapolitischen Angelegenheiten im Vordergrund. 1999 wird diese Thematik zwar auch aufgegriffen, jedoch spielt sie eher eine untergeordnete Rolle. Im zweiten Untersuchungszeitraum bilden dagegen die Wahlprogramme der Parteien und die darin zum Ausdruck kommende Instrumentalisierung der Europawahlen für bundespolitische Zwecke einen Schwerpunkt der Berichterstattung. In beiden Jahren beschäftigt sich die Zeitung mit der Entwicklung und mit den Kompetenzen des Parlaments und wirft einen Blick auf die Arbeitsweise der Parlamentarier. Vor beiden Wahlen wird zudem der Kandidatenfindung ein besonderes Interesse gewidmet. Zumeist berichtet die *Frankfurter Allgemeine* über die Schwierigkeiten, qualifizierte und prominente Kandidaten zu finden. Berichtet die Zeitung über kompetente Kandidaten, wird zugleich häufig die mangelnde Kommunikation mit der Bevölkerung in den Vordergrund gestellt. In beiden Jahren wird ebenfalls über die Hoffnungen der Parteien berichtet, aus einem guten Ergebnis bei der Europawahl bundespolitisches Kapital schlagen zu können. Angesprochen wird dabei die Funktion der Europawahl als Test- beziehungsweise Denkmittelwahl im Blick auf die Bundespolitik.



<b><u>Themenschwerpunkte: Bereich Wählerverhalten</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Ergebnisveröffentlichung / Auswertung	Ergebnisveröffentlichung / Auswertung
Erstmaliges Wahlrecht der europäischen Ausländer	Ursachenanalyse niedrige Wahlbeteiligung
Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen / Wahlbeteiligung	Erwartungen der Parteien hinsichtlich des Wahlverhaltens der Bevölkerung

Nach der Wahl erreicht die Berichterstattung quantitativ im Themenbereich **Wählerverhalten** ihren Höhepunkt. Der Ergebnisveröffentlichung und Auswertung wird in beiden Untersuchungszeiträumen der größte Raum gewährt. Ein weiterer Schwerpunkt 1994 ist das erstmalige Wahlrecht der europäischen Ausländer. Dieses Thema findet sich 1999 kaum noch in der Berichterstattung. In diesem Untersuchungszeitraum beschäftigt sich die Zeitung eher mit der Ursachenanalyse der niedrigen Wahlbeteiligung sowie – im Vorfeld der Wahl – mit den Erwartungen und Prognosen der Parteien hinsichtlich des Wahlverhaltens der Bevölkerung. 1994 berichtet die *Frankfurter Allgemeine* dagegen noch stärker über das Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen, etwa die geringe Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Bundesländern.

### 6.2.2 Süddeutsche Zeitung

<u>Themenschwerpunkte: Bereich Legitimation</u>	
1994	1999
Wahlprogramme der Parteien / Wahlkampf	Wahlprogramme der Parteien
Erstmaliges Wahlrecht der EU-Ausländer	Vorstellung Kandidaten
Kandidaten	Mangelndes Interesse der Bürger an und Information über die Europawahl
	EW= Denkmittelwahl für die BTW'98

Die Analyse der Berichterstattung der *Süddeutschen Zeitung* zum Themenbereich **Legitimation** ergibt im Untersuchungszeitraum 1999 keine signifikanten Veränderungen zu der Auswertung der Publikationen im Jahr 1994. In beiden Jahren werden die Wahlprogramme der Parteien vorgestellt. Auch über die Spitzenkandidaten wird berichtet. Die Zeitung beschreibt, dass die Kandidaten zwar engagierten Wahlkampf betreiben, jedoch zumeist wenig gegen die mangelnden Kenntnisse in der Bevölkerung ausrichten können. 1994 legt die Zeitung zusätzlich einen Schwerpunkt auf das erstmalige Wahlrecht der in Deutschland lebenden EU-Ausländer, während 1999 der Charakter der Europawahl als Denkmittelwahl für die Bundestagswahl 1998 stärker als Thema von der Zeitung aufgegriffen wird.

<b><u>Themenschwerpunkte: Bereich Akzeptanz</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Wahlprogramme der Parteien / Missbrauch des Europawahlkampfes für bundespolitische Zwecke / Splitterparteien	Wahlprogramme der Parteien / Missbrauch des Europawahlkampfes für bundespolitische Zwecke
Wahlkampf der Parteien	Vorstellung der Kandidaten Kandidaten als Wahlkämpfer
Entwicklung / Kompetenzen / Arbeitsweise des EP / Parlamentarier	EW= Denkmittelwahl für die BTW'98
Vorstellung Kandidaten	Mangelndes Interesse der Bürger an und Information über die Europawahl
Erstmaliges Wahlrecht der europäischen Ausländer	Entwicklung / Kompetenzen / Arbeitsweise des EP / Parlamentarier
EW = Testwahl für kommende BTW'94	Auswertung Wahlergebnis

Im Themenkomplex **Akzeptanz** des Europäischen Parlaments und der Europawahlen wird in beiden Jahren über den bundespolitisch und wenig individuell ausgerichteten Europawahlkampf geschrieben. Die Europawahl wird als Stimmungs- und Denkmittelwahl beschrieben, selbst von Seiten der handelnden politischen Akteure. 1999 liegen weitere Schwerpunkte bei der Kandidatenvorstellung, die auch 1994 Thema ist, jedoch nicht in gleicher Breite. Auch die zahlreichen Gruppierungen und Splitterparteien stehen 1994 im Focus der Berichterstattung. Daneben berichtet die Zeitung 1994 relativ umfangreich über die Entwicklungen und Kompetenzen des Parlaments. Dieses Thema greift die *Süddeutsche* auch fünf Jahre später erneut auf, jedoch nicht in gleichem Umfang. 1994 wird über das erstmalige Wahlrecht der europäischen Ausländer berichtet, während dies 1999 keine größere Rolle mehr spielt. Dafür widmet sich die Zeitung der Auswertung des Wahlergebnisses unter Gesichtspunkten der Akzeptanz des Europäischen Parlaments.

<b><u>Themenschwerpunkte: Bereich Wählerverhalten</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Ergebnisveröffentlichung / Auswertung	Ergebnisveröffentlichung / Auswertung
Erstmaliges Wahlrecht der europäischen Ausländer	Ursachenanalyse niedrige Wahlbeteiligung
Wählerverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen	EW= Denkmittelwahl für die BTW'98
	Geringes Interesse der europäischen Ausländer

Im Bereich **Wählerverhalten** bildet in der *Süddeutschen Zeitung* sowohl 1994 als auch 1999 die Ergebnisveröffentlichung und Auswertung der Wahlergebnisse – ebenso wie bei der *Frankfurter Allgemeinen* – den Schwerpunkt der Berichterstattung. 1994 ist zudem das erstmalige Wahlrecht der in Deutschland lebenden europäischen Ausländer ein wesentliches Thema, wohingegen 1999 die Analyse der Ursachen der noch niedrigeren Wahlbeteiligung im Vordergrund steht. Interessanterweise findet sich diese Themenzuordnung in ganz ähnlicher Weise in der *FAZ*. 1994 ist außerdem das Wahlverhalten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern Gegenstand der Berichterstattung. Fünf Jahre später widmet die *Süddeutsche* ihre Aufmerksamkeit dagegen eher der Bewertung der Europawahl als Denkmittelwahl für die Bundestagswahl 1998.

### 6.2.3 Die Zeit

<b><u>Themenschwerpunkte: Die Zeit</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Funktionsweise des Parlaments Hintergründe	Vorstellung Kandidaten und deren Wahlprogramm
Mangelnde Information der Bevölkerung über die EW durch die Parteien / wenig Interesse	Mangelnde Information der Bevölkerung über die EW durch die Parteien
Wahlprogramme der Parteien / Missbrauch des Europawahlkampfes für bundespolitische Zwecke / Splitterparteien	Funktionsweise des Parlaments / Hintergründe
Prognose bezüglich Wählerverhalten	

Die *Zeit* publiziert 1994 weitaus mehr Berichte zum Themengebiet als 1999. Die Funktionsweise des Parlaments sowie Hintergrundinformationen über die Arbeitsbedingungen der Parlamentarier stehen 1994 im Vordergrund der Berichterstattung. Auch fünf Jahre später wird über dieses Thema berichtet, jedoch nicht mehr in gleichem Umfang. 1999 hat die Vorstellung der Kandidaten Priorität in der Themenauswahl der *Zeit*. Ein Thema in beiden Untersuchungszeiträumen ist die mangelnde Information der Bevölkerung über das Europäische Parlament und die Europawahlen durch die Parteien und das gleichzeitig geringe Interesse der Bürger. Im ersten Untersuchungszeitraum schreibt die Zeitung auch über die zahlreichen Splitterparteien, die sich traditionell um einen Einzug in das Straßburger Parlament bemühen, sowie allgemein über die Wahlprogramme der Parteien.

### 6.2.4 Der Spiegel

<b><u>Themenschwerpunkte: Der Spiegel</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Funktionsweise, Kompetenzen des Parlaments und der EU, Hintergründe	Funktionsweise des Parlaments und der EU, Rücktritt Kommission, Hintergründe
Mangelnde Information der Bevölkerung über die EW durch die Parteien / wenig Interesse	Mangelnde Information der Bevölkerung über die EW durch die Parteien
Erstmaliges Wahlrecht der europäischen Ausländer	Kandidaten, deren Wahlprogramm
Auswertung Wahlergebnis / Analyse	Auswertung Wahlergebnis

Der *Spiegel* berichtet von beiden Europawahlen quantitativ mit gleichem Umfang, auch die Themen sind überwiegend ähnlich. 1994 wird über die Position des Europäischen Parlaments im Machtgefüge der europäischen Institutionen berichtet sowie über die demokratischen Defizite des Straßburger Parlaments. 1999 tritt neben diesen Themenschwerpunkten noch die Berichterstattung über den Rücktritt der Europäischen Kommission hinzu. In beiden Untersuchungszeiträumen berichtet das Magazin über die unzureichende Information der Bevölkerung im Europawahlkampf durch die Parteien sowie über das überwiegend geringe Interesse der Bürger am Europäischen Parlament. Thema sind 1994 auch die in Deutschland lebenden EU-Ausländer und deren erstmaliges Wahlrecht bei Europawahlen. 1999 veröffentlicht das Magazin Beiträge zu verschiedenen Spitzenkandidaten, die sich für das Europaparlament zur Wahl stellen. Der *Spiegel* beschäftigt sich zudem in beiden Jahren mit der Auswertung der Wahlergebnisse.

### 6.2.5 Focus

<b><u>Themenschwerpunkte: Focus</u></b>	
<b>1994</b>	<b>1999</b>
Funktionsweise, Kompetenzen des Parlaments und der EU, Hintergründe	Funktionsweise und Kompetenzerweiterungen des Parlaments und der EU, Rücktritt Kommission, Hintergründe
Wahlprogramme der Parteien / zu wenig Abgrenzung	EW = Denkmittelwahl für die BTW'98
EW = Testwahl für kommende BTW	Wahlprogramme der Parteien
Mangelnde Information der Bevölkerung über die EW durch die Parteien / wenig Interesse	

Das Magazin veröffentlicht im Jahr 1994 weniger Beiträge als 1999. In beiden Wahljahren steht auch beim *Focus* die Berichterstattung über die Kompetenzen und die Entwicklung des Parlaments im Vordergrund. 1999 berichtet die Zeitschrift in diesem Zusammenhang auch über den Rücktritt der Europäischen Kommission. Ein weiteres Schwerpunktthema bilden 1994 die Wahlprogramme der Parteien und deren geringe Unterscheidbarkeit. Auch 1999 werden die Wahlprogramme der Parteien in ihren wesentlichen Zügen vorgestellt. In beiden Untersuchungszeiträumen wird zudem über die bundespolitische Instrumentalisierung der Europawahl berichtet, die 1994 als Testwahl und 1999 als Denkmittelwahl charakterisiert wird. 1994 richtet der *Focus* sein Augenmerk zudem, wie auch einige andere der untersuchten Printmedien, auf die unzureichende Information der Bevölkerung über das Europäische Parlament durch die Parteien und das geringe Wählerinteresse.

### 6.3 Wertungstendenzen in der Berichterstattung

Die Berichterstattung zu den Europawahlen 1994 und 1999 ist quantitativ eher gering. Merklich erhöht hat sich die Anzahl der Artikel 1999 im Verhältnis zu 1994 nur bei der *Frankfurter Allgemeinen*. Die *Zeit* schränkt ihre Veröffentlichungen sogar deutlich ein. Mit drei Artikeln im Untersuchungszeitraum 1999 ist die journalistische Behandlung des Themas

in der Wochenzeitung so gering, dass die Rezipienten das Thema folglich als unwichtig empfinden dürften.

Im Jahre 1994, bei der fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament, ist die Berichterstattung mit einzelnen, seltenen Ausnahmen eher negativ. Vorgestellt werden zumeist kritisch zu betrachtende Europaparlamentarier oder Kandidaten, die zuvor mit Politik wenig Berührung hatten.<sup>548</sup> Diese einseitige Betrachtung lässt dann beim Rezipienten ein falsches Bild von den Abgeordneten entstehen. Von engagierten Europapolitikern, die sich für die europäische Idee einsetzen, wird wenig berichtet. Vereinzelt rücken auch engagierte Wahlkämpfer und Kandidaten in das Blickfeld. Fazit ist dann aber meist ein eher folgenloser und auch hilfloser Wahlkampf, der gegen das Desinteresse und die Unwissenheit der Bevölkerung nur schwer ankommt.<sup>549</sup> Negativ berichtet wird auch über die große Anzahl der Splitterparteien, die sich traditionell zur Europawahl auf den Wahlscheinen finden. Wird von „Yogischen Fliegern“<sup>550</sup> oder der Autofahrerpartei berichtet, spiegelt das nicht unbedingt einen seriösen politischen Nutzen für das europäische Wahlvolk wider. Eine sehr kritische Berichterstattung im Untersuchungszeitraum 1994 findet sich auch zum erstmaligen Wahlrecht der in Deutschland lebenden europäischen Ausländer. Anstatt die Neuerung im Wahlgesetz als Errungenschaft für das weitere Zusammenwachsen Europas zu thematisieren, wird in den Zeitungen und Zeitschriften ohne Ausnahme nur auf die Hindernisse und Schwierigkeiten, die diese Neuerung in der konkreten Ausgestaltung mit sich bringt, hingewiesen.<sup>551</sup>

Thematisch stehen 1999 der Skandal um die Europäische Kommission und in diesem Zusammenhang auch das Misstrauensvotum des Europäischen Parlamentes gegen Jacques Santer und seine Kommissionsmitglieder im Vordergrund.<sup>552</sup> Haupttenor bei allen untersuchten Printmedien ist hier die Anerkennung für den Mut der Parlamentarier, sich gegen die Europäische Kommission zu stellen und ein Misstrauensvotum zu fordern. Auf der

---

<sup>548</sup> Siehe zum Beispiel FAZ, 31.05.1994, Nr. 124, S. 2; FAZ 01.06.1994, Nr. 125, S. 8; SZ 14.03.1994, Nr. 60/S. 6; SZ, 07.06.1994, Nr.128, S. 6

<sup>549</sup> Siehe hierzu zum Beispiel FAZ, 06.04.1994, Nr. 79, S. 37

<sup>550</sup> SZ, 09.05.1994, Nr.106, S. 41; und auch FAZ, 16.04.1994, Nr. 88, S. 2; , FAZ, 16.04.1994, Nr. 88, S. 47; Die Zeit, 27.05.1994; Nr. 22, S. 10; Focus, 14.02.1994, Nr. 7, S. 44-45

<sup>551</sup> Siehe hierzu FAZ 14.03.1994, Nr. 61, S. 4; FAZ 10.05.1994, Nr. 41, S. 108; SZ, 04.05.1994, Nr.105, S. 2; Der Spiegel, 07.03.1994, Nr. 10, S. 39

<sup>552</sup> Eine chronologische Abfolge des Misstrauensvotums und den Rücktritt der Kommission „Santer“ erörtert Andreas Maurer in: MAURER: „Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union“, S.112-115



anderen Seite findet sich deutliche Kritik am Scheitern des Misstrauensvotums und der Übertragung von Kontrollrechten an eine Sachverständigengruppe. Kritisiert wird hierbei, dass sich das Parlament damit selbst entmündigt habe.<sup>553</sup> Wie 1994 wird vor den Wahlen 1999 auch über Kandidaten zur Europawahl berichtet, die sich zwar für Europa einsetzen, jedoch einen „hoffnungslosen“ Wahlkampf betreiben.<sup>554</sup> Kritikpunkte in der Berichterstattung sind weiter die Überalimentierung der Parteien mit Mitteln für den Europawahlkampf, die schließlich für andere Anliegen zweckentfremdet werden, sowie die „beneidenswerten Privilegien“ der EU-Beamten insbesondere hinsichtlich ihrer Besoldung.<sup>555</sup> Das Aufgreifen dieser Themen dürfte im Meinungsbild der Bevölkerung zur Bestätigung der landläufigen Vorurteile über die europäischen Institutionen, diese seien ineffizient und verschwendeten das Geld der Mitgliedsstaaten, beitragen. Selbiges gilt für die Auseinandersetzung der untersuchten Printmedien mit den Kompetenzen und Möglichkeiten des Parlaments und deren Handhabung durch die Parlamentarier. Zwar werden einzelne Fortschritte der Emanzipation des Parlaments lobend hervorgehoben, nicht ohne diese jedoch sogleich in den bekannten Kontext der vermeintlichen Machtlosigkeit und geringen Akzeptanz des Europäischen Parlaments einzuordnen. Insgesamt ergibt sich damit auch im Europawahljahr 1999 der - anhand dieser einzelnen Beispiele veranschaulichte - Gesamteindruck einer Berichterstattung über die Europawahl mit negativer Tendenz. Die Ansätze einer positiven Berichterstattung von 1994 werden zwar erweitert, jedoch meist zugleich mit kritischen Thesen relativiert.

#### 6.4 Folgen der Berichterstattung

Schon 1922 beschäftigte sich Lippmann mit dem Einfluss, den die Massenmedien auf die Wählerentscheidung ausüben, und kam zu dem Schluss, dass sich Politikwissenschaftler nicht genug mit diesen medialen Einflüssen auf das politische Bewusstsein der Bevölkerung auseinandersetzen.<sup>556</sup> Durch die permanente Ausbreitung der Massenmedien sind sie heute ein unverzichtbares Medium zur Verbreitung von politischen Informationen. Entsprechend dieser Entwicklung hat sich die Beschäftigung mit der meinungsbildenden Wirkung der Massenmedien bis heute stark ausgebreitet, nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion, sondern auch durch die politischen Akteure selbst. Nicht zufällig ist heute häufiger der Begriff der „Mediendemokratie“ zu hören, wenn die politischen Rahmenbedingungen in den

---

<sup>553</sup> Zum Beispiel FAZ, 15.01.1999, S. 3, Der Spiegel, 11.01.1999, Nr. 2, S. 120-123

<sup>554</sup> Zum Beispiel SZ, 12.06.1999, Nr. 132, S. 11

<sup>555</sup> Zum Beispiel Focus, 07.06.1999, Nr. 23, S.245-248, Der Spiegel, 04.01.1999, Nr.1, S.38

<sup>556</sup> Lippmann: „Public Opinion“ (1922)

westlichen Demokratien beschrieben werden sollen. Dies hat tief greifenden Einfluss nicht zuletzt auch auf Art und Inhalt der politischen Kommunikation, etwa wenn den politischen Akteuren für ihre Stellungnahmen in Rundfunk und Fernsehen nur selten mehr als dreißig Sekunden Zeit zur Verfügung gestellt werden. Gegenstand der in dieser Arbeit angestellten Untersuchungen war daher zunächst die Klärung der Frage, wie und mit welchem Inhalt die untersuchten Printmedien über das Thema der Europawahl und des Europäischen Parlaments im Untersuchungszeitraum geschrieben haben. Auf der Grundlage der hierdurch ermittelten Daten soll dann versucht werden, unter Zugrundelegung der angenommenen wesentlichen Beeinflussung der Meinungsbildung der Bevölkerung durch die Printmedien, herauszuarbeiten, wie die ermittelten Tendenzen der Berichterstattung die Wahrnehmung des europäischen Parlaments und der Europawahlen bei den Rezipienten beeinflussen. Es stellt sich daher folgende Frage: Welchen Einfluss hat die punktuelle, negative Berichterstattung über den Themenkomplex der Europawahlen auf die subjektive Wahrnehmung der Rezipienten in Bezug auf Bedeutung und Relevanz der Europawahlen?

Durch die beiden Medienanalysen der Europawahlen 1994 und 1999 wird festgestellt, dass die Berichterstattung der untersuchten Printmedien am Anfang des Untersuchungszeitraumes eher gering ist und erst in den letzten 15 Tagen vor der Wahl stark ansteigt. Kurz nach der Europawahl ist das Thema jedoch fast komplett aus den untersuchten Printmedien verschwunden. Es ist anzunehmen, dass auch in den fünf Jahren, die zwischen den Europawahlen liegen, das Medieninteresse nicht größer ist, es sei denn, es wird über Unregelmäßigkeiten, Skandale oder sonstige Aufsehen erregende Einzelereignisse im Zusammenhang mit dem Europäischen Parlament berichtet. Dies bestätigt auch Dieter Golombek, der ein Handbuch für Journalisten zur Europawahl 1999 herausgegeben hat. Die Berichterstattung kurz vor und nach der Europawahl sei nach Golombek durchaus positiv zu bewerten. Nach der Wahl würden die Europapolitiker jedoch in der „journalistischen Versenkung“ verschwinden und erst wieder fünf Jahre später – kurz vor der nächsten Europawahl – zum Thema.<sup>557</sup>

Die Berichterstattung der Printmedien zum Themenkomplex der Europawahl und des Europäischen Parlamentes führt in erster Linie zu einer verzerrten Wahrnehmung in der Bevölkerung. Um sich eine politische Realität zu konstruieren, ist die Bevölkerung auf die

---

<sup>557</sup> Golombek: „Europawahl 1999. Ein Handbuch für Journalisten“ (1999), S. 16

Berichterstattung der Printmedien angewiesen. Die Medienanalyse der Europawahlen liefert - wie bereits angedeutet - das Ergebnis einer punktuellen und tendenziell eher negativen Berichterstattung. In vielen Redaktionen wird die Europawahl schon von den Journalisten kaum wahrgenommen, so die Feststellung von Golombek. „In diesem Jahr soll wieder Europa-Wahl sein“ laute die erstaunte Frage bei manchen Journalisten. Die entscheidende Frage für sie sei, wer am Wahl-Sonntag Dienst schieben müsse. Die Information der Leser beschränke sich zu diesem Thema eher auf eine Bringschuld, so Golombek.<sup>558</sup> Wie bereits eingangs dargestellt, informiert sich die Gesellschaft fast ausschließlich durch Massenmedien. Die wahrgenommene soziale und politische Realität wird für sie also erst durch die Informationen, die Massenmedien transportieren, begreifbar. Wird nun nur punktuell über ein Thema berichtet, entsteht vordergründig der Eindruck, dass nur in den Phasen der Berichterstattung nennenswerte Ereignisse stattfinden. Denn außerhalb der transportierten Information durch Massenmedien kann sich nur schwer eine politische Realität für den Rezipienten bilden. Das Europäische Parlament existiert in der Wahrnehmung der Bevölkerung also vornehmlich nur dann, wenn Europawahlen stattfinden.

Durch die Berichterstattung der untersuchten Printmedien ergeben sich vor allem vier Wahrnehmungsbilder der Rezipienten: Ein Bild über die Kompetenz des Europäischen Parlaments, ein Bild über die Kandidaten und Parlamentarier, ein Bild über den Umgang von bundesdeutschen Politikern mit den Europawahlen und ein Bild über die Akzeptanz des Europaparlaments und der Europawahlen in der Bevölkerung.

In den Publikationen der untersuchten Printmedien wird die Europawahl im Wesentlichen als Wahl eines Parlamentes ohne wirkliche Macht dargestellt. Die Europawahl wird als Nebenwahl oder bestenfalls als Probeabstimmung für Bundestagswahlen sowie als Denkmittelwahl charakterisiert. Über die ständigen Kompetenzerweiterungen des Straßburger Parlaments sowie seine Funktionen wird kaum in angemessener Art und Weise berichtet.<sup>559</sup> Da das Europäische Parlament während der Legislaturperiode kaum im Focus der Berichterstattung steht, entsteht der Eindruck, dass sich in dieser Zeit auch keine

---

<sup>558</sup> Golombek: „Europawahl 1999. Ein Handbuch für Journalisten“ (1999), S. 18

<sup>559</sup> Zu den Rechten des Parlaments und zu den Kontrollfunktionen, den Wahlfunktionen, Beratungs- und Rechtsetzungsfunktionen, den Artikulations- und Rückkoppelungsfunktionen des Europäischen Parlaments (Stand: 2003). Siehe Uppenbrink: „Das Europäische Mandat“ (2004), S. 28-29 und 168-174. Zu den Befugnissen des Europäischen Parlaments Anfang 1994 vergleiche Saalfrank „Funktionen und Befugnisse des Europäischen Parlaments“ (1995), S. 189-203, der sich auch kritisch mit dem – damals noch eingeschränkten - Kompetenzkatalog des Parlaments auseinandersetzt.

nennenswerten Neuerungen im europäischen Einigungsprozess ergeben, die durch das Parlament initiiert wurden und bis in das eigene, persönliche Umfeld hineinwirken. Dass das Straßburger Parlament bei vielen Entscheidungen volle Mitspracherechte besitzt, lassen viele Bürger außer acht oder wissen es schlicht nicht. Das heißt, durch die nur punktuelle Berichterstattung entsteht bei den Rezipienten keine dauerhafte Auseinandersetzung mit dem Europäischen Parlament.

Durch die überwiegend kritischen Publikationen der untersuchten Printmedien zu vermeintlich inkompetenten Kandidaten und Mitgliedern des Europäischen Parlaments entsteht bei dem Rezipienten ein Bild eines Europäischen Parlaments mit vermeintlich unqualifizierten Parlamentariern. Es verstärkt sich der Eindruck, dass dies der Mehrheit der Parlamentarier entspricht. Die Entscheidung der Bürger, dann vermeintlich inkompetente Kandidaten nicht zu unterstützen und folglich nicht an der Europawahl teilzunehmen, dürfte zumindest auch durch diese - häufig anzutreffende - Berichterstattung veranlasst sein.

Selbst heimische Politiker benutzen nach der Berichterstattung der untersuchten Printmedien die Europawahl, um vermeintliche bundespolitische Missstände zu thematisieren und fordern die Wähler dazu auf, bei der Europawahl der heimischen Regierung einen Denkmalsstein zu verpassen. Dass Bundespolitiker Wahlkämpfer für Europa sind, ist selten der Fall. Für politisch interessierte Bürger stellen Bundespolitiker auch Meinungsführer dar und beeinflussen die Wahlentscheidung der Wähler durch ihr Handeln auch bei der Europawahl. In der Folge tragen das dargestellte Verhalten der Politiker und die Berichterstattung der Printmedien hierüber zu einem verfälschten Meinungsbild der Bevölkerung über die Bedeutung und Wichtigkeit der Europawahlen bei.

In der Berichterstattung finden sich zudem – und nicht zuletzt als Konsequenz der vorgenannten Tendenzen der Berichterstattung – einige Veröffentlichungen, die sich mit dem mangelnden Interesse der Bevölkerung an den Europawahlen beschäftigen. Dieses schlägt sich nicht nur in der geringen Wahlbeteiligung nieder, sondern auch in dem Verständnis der Europawahl bei vielen Wählern als Test- oder Denkmalssteinwahl. Hierdurch wird die originäre Bedeutung der Europawahlen oftmals in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht gänzlich verdrängt. Dabei ist die geringe Akzeptanz der Europawahlen in der Bevölkerung im Wesentlichen auch Ergebnis der Behandlung des Themas durch die Parteien, die – wie

dargestellt – ihrerseits die Europawahlen zu Test- oder Stimmungswahlen umfunktionieren. Insgesamt zeigt sich somit ein Bild wechselseitiger Beeinflussung von Erwartungshaltungen und Meinungsbildung zwischen Parteien, Medien und Rezipienten, welches wesentlich dadurch geprägt ist, dass keiner der Akteure die Europawahlen und das Europäische Parlament ausreichend ernst nimmt und dem Thema genügend Präsenz einräumt. Dies dürfte sich erst dann ändern, wenn wenigstens einer der genannten Akteure ein reales Interesse am Europäischen Parlament entwickelt. Hierfür ist jedoch ein substantieller Bedeutungsgewinn und Einflusszuwachs des Parlaments notwendig.

#### **IV. Schlussfolgerungen**

Sowohl die Wahl- als auch die Medienanalyse haben umfangreiche und aussagekräftige Ergebnisse erbracht. Die Gegenüberstellung und der Vergleich der Wahlanalysen hat die Wählerstruktur bei Europawahlen genauer definiert. Mit der Medienanalyse wurde versucht, auch die möglichen Motive der Nichtwähler, sich ihrer Stimme zu enthalten, zu ergründen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die sechs untersuchten Zeitungen und Zeitschriften keinen vollständigen Überblick über die, der Bevölkerung zugänglichen Printmedien darstellen. Bürger informieren sich vor allem auch durch das Fernsehen über das politische Geschehen. Weitere mediale Quellen bieten Hörfunk und das Internet. Auch regionale politische Veranstaltungen der Parteien können von der Bevölkerung als Informationsquelle genutzt werden. Bürger bilden ihre Meinung ferner auch über soziale Kontakte. Wie eingangs dargelegt, bieten die ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften jedoch durch ihre überregionale Auflage und somit breite Leserschaft, sowie politisch orientierter und seriöser Berichterstattung ein gutes Fundament um die Wählermotivation mit Hilfe einer solchen Auswertung zu untermauern. Die Analyse erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Da die öffentliche Meinung der Bevölkerung jedoch maßgeblich durch die Medien beeinflusst wird, bot diese Medienauswahl fundierte Informationen über die Art und Weise der transportierten Nachrichten und legte somit Gründe für die Entscheidung der Wähler und der Nichtwähler dar.

Im Folgenden sollen die aufgrund der Auswertung der Analysen zu treffenden Aussagen noch einmal kompakt zusammengefasst und mit ihren Wechselbezügen dargestellt werden. Schließlich sollen aus dieser Gesamtschau Ableitungen über die Beeinflussung des Wählerverhaltens durch die Printmedien gebildet werden. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass die im Folgenden aufgezeigten Ergebnisse und Perspektiven alleine auf der Grundlage der in dieser Arbeit erstellten empirischen Analysen aufbauen. Eine umfassend und tiefgründige wissenschaftliche Aufarbeitung der Ergebnisse im Kontext der Europaforschung ist im Rahmen dieser Arbeit aus Gründen der Machbarkeit nicht möglich. Die Schlussfolgerungen und der Ausblick sollen die Ergebnisse dieser Arbeit zusammenfassend bewerten und Denkanstöße für eine weiterführende wissenschaftliche Bearbeitung des Themas geben.

## 1. Ergebnisse der Wahlanalyse

Die Auswertung der Wahlanalysen der Europawahlen 1994 und 1999 haben gezeigt, dass das Wahlverhalten der Bürger wesentlich durch bundespolitische Aspekte geprägt ist und die Europapolitik ein eigenständiges Profil und eine eigenständige Anziehungskraft bislang nur unzureichend entfaltet hat. Ursache hierfür ist nicht zuletzt die Komplexität des Systems, die Komplexität des Zusammenwirkens der EU-Institutionen und der Umstand, dass wesentliche, für den einzelnen zumeist vordringliche Politikfelder, wie etwa die Steuer-, die Arbeitsmarktpolitik und die Organisation der sozialen Sicherungssysteme, ist in seiner praktischen Wirkung (noch) nicht umfassend Gegenstand des Kompetenzkataloges der Europäischen Union sind.<sup>560</sup>

Die Konzentration der EU-Befugnisse auf eher übergeordnete, für den Bürger nur abstrakt oder mittelbar bedeutsame Politikbereiche, wie etwa Wettbewerbs-, Außenhandels-, Energie-, Agrar- oder Kartellrecht, hat eine stärkere Identifikation des Einzelnen mit Themen der Europäischen Union und eine höhere Wahlmotivation bei Wahlen zum Europäischen Parlament bislang verhindert. „Noch immer sind die Kompetenzen der Union für Politikbereiche hinsichtlich ihrer direkten Auswirkungen und medialen Sichtbarkeit im Vergleich zum Nationalstaat begrenzt und noch immer herrscht das Prinzip der Konsensorientierung bei der Entscheidungsfindung unter den Mitgliedsstaaten selbst in solchen Bereichen vor, in denen Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit möglich wären.“<sup>561</sup> Diese Ausgangslage ist nicht zuletzt auch Grund dafür, dass die europapolitischen Programme der Parteien wenig kontrovers sind und mobilisierende, grundlegende Richtungsentscheidungen durch elementar unterschiedliche Positionen der Parteien gerade nicht herausgefordert werden. Den Wählern stellen sich die politischen Parteien in der Europapolitik somit nicht als klare Alternativen dar, die etwa einen Lagerwahlkampf mit Themen der Europapolitik ermöglichen würden.

Dies zeigt sich deutlich an der Auswertung der Wahlanalysen. Das relativ geringe Interesse der Bürger an europäischen Themen und die stetig zurückgehende Wahlbeteiligung bei Europawahlen sind Ausdruck der mangelnden Polarisierung der Parteien in den Europawahlkämpfen und der ungenügenden Kommunikation europapolitischer Themen durch

---

<sup>560</sup> Siehe hierzu § 90-93 EGV; § 129 EGV; § 137 EGV

<sup>561</sup> Meyer: „Brüssel hat entschieden, dass...“ (2004), S. 131

die politischen Funktionsträger. Das Europaparlament führte bislang eher ein Schattendasein. Die mangelnde Wahrnehmung seiner Kompetenzen und Möglichkeiten im Gefüge der EU-Institutionen hat dazu geführt, dass, losgelöst von dem eigentlichen Anlass der Wahlen, diese eher als Test- und Stimmungswahlen mit Blick auf die Bundespolitik in Deutschland wahrgenommen und als solche genutzt wurden. Auf diese Situation haben sich folglich die politischen Parteien in ihren Wahlkämpfen überwiegend ausgerichtet. Die Europawahlen wurden so zu Testwahlen während der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

Dies zeigt sich besonders eindrucksvoll an dem Wahlverhalten der Jung- und Erstwähler bei den Europawahlen 1999. Gerade diese Wählergruppe, die an die Politik den Anspruch erhebt, ihre Zukunft positiv zu gestalten, und deswegen für die Parteien von so großer Bedeutung ist, hat 1999 mit großem Abstand die Unionsparteien unterstützt, obwohl sie bei der Europawahl 1994 noch stärker die Sozialdemokraten und die Grünen unterstützt haben. Die europapolitischen Rahmenbedingungen haben sich, insbesondere hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung des Europaparlaments in dieser Zeit - dies zeigen die Wahlanalysen - nicht wesentlich geändert. Mit europapolitischen Ursachen ist dieser Wählerumschwung bei den Jung- und Erstwählern somit höchstwahrscheinlich nicht zu erklären. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Unzufriedenheit dieser Wählergruppe mit der Arbeit der seit 1998 regierenden rot/grünen Bundesregierung die Wahlentscheidung für die Unionsparteien bei der Europawahl 1999 maßgeblich beeinflusst hat. Hierfür spricht auch, dass die SPD in der Zeit, in der sie im Bundestag in der Opposition war<sup>562</sup>, bei Europawahlen bei den Jung- und Erstwählern stets besser als die Unionsparteien abgeschnitten hat. Der Wählerumschwung trat auffälligerweise erst nach Übernahme der Regierungsverantwortung auf Bundesebene ein.

Die mangelnde Polarisierung europapolitischer Themen im bundesdeutschen Parteiengefüge, die schwindende Milieutreue der Wähler, welche zu einer verstärkten Orientierung aller Parteien hin zur „politischen Mitte“ geführt hat, sowie die Mehrschichtigkeit der Bedeutungsebenen der Europawahl für einzelne Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht, Konfession und sozialer Stellung rückt den meinungsbildenden Einfluss der Medien zunehmend in den Vordergrund. Wo die Politik kaum kontroverse Konzepte anbietet, kann die Meinungsbildung durch die Medien weiteren Raum einnehmen und die politische

---

<sup>562</sup> Europawahlen 1984, 1989 und 1994



Meinungsbildung - die von den Parteien nur ungenügend ausgefüllt wird - wesentlich beeinflussen.

Insgesamt lassen sich anhand der Ergebnisse der Wahlanalyse folgende Feststellungen treffen:

- Die Europawahlen werden von der Bevölkerung als Neben-, Denkmittel- und Testwahl wahrgenommen.
- Das Europäische Parlament hat für die Bevölkerung eine relativ geringe Bedeutung und Relevanz.
- Die Bürger haben nur relativ geringes Vertrauen in die europapolitische Kompetenz der bundesdeutschen Parteien.
- Die Parteien haben Mobilisierungsdefizite bei Europawahlen infolge bundespolitischer Einflüsse.
- Insgesamt geht die Wahlbeteiligung bei Europawahlen kontinuierlich zurück.

## **2. Ergebnisse der Medienanalyse**

Wie bereits an anderer Stelle dargestellt, kann mit Hilfe der Wahlanalysen zwar das Verhalten der Wähler dargestellt werden, nicht jedoch die Motivation und die Beweggründe der Nichtwähler. Vor diesem Hintergrund war neben der Auswertung der Wahlanalysen die Erstellung einer Medienanalyse das aussagekräftigste Element zur Ermittlung der tatsächlichen Wählermotivation und zur Erklärung des Wahlverhaltens der Wähler und Nichtwähler. Dies nicht zuletzt deshalb, weil eine Medienanalyse, anders als etwa Wahlanalysen, auch mittelbar Rückschlüsse auf die Beweggründe der Nichtwähler zulässt. Die Ergebnisse der Medienanalyse stützen und ergänzen die Aussagen der Wahlanalysen. Als Grundtendenz der Medienanalyse lässt sich sagen, dass über die Arbeit des Europäischen Parlaments und seine Abgeordneten, unter dem Druck tagespolitischer Aktualität, zeitlich nur sehr begrenzt kurz vor und nach dem jeweiligen Wahltermin regelmäßig und ausführlich berichtet wird. Zudem lässt sich sagen, dass sich die Berichterstattung inhaltlich weit überwiegend kritisch mit der Arbeit des Europaparlaments auseinandersetzt. Dies ist berechnigte Aufgabe der Presse und somit an sich nicht zu kritisieren. Jedoch ist auffällig, dass diese kritische Berichterstattung fast durchgängig mit einer negativen Wertung und Darstellung des Europäischen Parlaments unterlegt ist, das heißt, die Arbeit der Europaparlamentarier wird dem Rezipienten als tendenziell eher unbedeutend, bisweilen

ineffektiv und - zwar teilweise redlich bemüht - aber ohne politische Relevanz vorgestellt. Partiiell kann der Eindruck entstehen, das Europäische Parlament wird von einigen Journalisten als politische Institution im europäischen Institutionengefüge nicht wirklich ernst genommen. Durch diese Berichterstattung bestätigen und festigen die Medien das in der Bevölkerung weit verbreitete Bild des Europaparlaments als Diskussionsforum und „zahnlosen Tiger“ der Europapolitik.

Diesem Eindruck treten auch die politischen Parteien in ihren Europawahlkämpfen nicht entschieden - und vor allem nicht medienwirksam - entgegen. Der Zuschnitt der Kampagnen auf bundespolitische Themen entwertet unmittelbar den Wert und die Stellung des Europäischen Parlaments.

Aus dem Zusammenspiel beider Ergebnisse, der negativen Berichterstattung der Medien und der ungenügenden Thematisierung europapolitischer Themen durch die Parteien, ergibt sich das Bild eines gesellschaftlich-politischen Umfeldes, welches eine Erklärung für das Wahlverhalten der Bevölkerung und für entsprechende Schlussfolgerungen hinsichtlich der Wahlmotivation zulässt. Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Rahmenbedingungen lässt sich vermuten, dass der stetig zunehmende Teil der Nichtwähler bei Europawahlen, beeinflusst durch die kritische und nur punktuelle Medienberichterstattung und die wenig motivierende Wahlkampfgestaltung der Parteien, sein mangelndes Interesse an einer Teilnahme an den Europawahlen im Wesentlichen aus der negativen Vorbildfunktion der politischen Akteure und der unzureichenden Behandlung des Themas Europawahlen in den Medien ableitet.

Die Medienanalyse hat ergeben, dass die Parteien - zumindest in dem medial vermittelten Bild - die Europawahlen vorwiegend für bundespolitische Ziele nutzen. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob eine Bundestagswahl unmittelbar bevorsteht oder kurz vor einer Europawahl abgehalten wurde. Im ersten Falle wird die Europawahl zu einem Stimmungstest degradiert, in letzterem Falle dient sie den Oppositionsparteien als Protestwahl gegen die Arbeit der bundesdeutschen Regierung. Hieraus wird ersichtlich, dass die Europawahl nicht als Indikator für bestimmte einzelne - europapolitisch geprägte - Weichenstellungen verstanden wird, sondern ohne näheren Bezug zu europäischen Themen für bevorstehende oder zurückliegende Bundestags- oder Landtagswahlen als Test- oder Denkmittelwahl instrumentalisiert wird. Dies

kann für die Parteien deshalb besonders interessant und einfach sein, da das Europäische Parlament aus ihrer Sicht bislang wohl zu wenig Macht hat um wirklich ernst genommen zu werden. Die Parteien sehen also nur ein geringes Risiko darin, die Europawahlen mit innenpolitischen Themen zu bestreiten. Dagegen erscheinen ihnen die Möglichkeiten innenpolitischer Profilierung eher verlockend. Hinzu kommt, dass die finanzielle Zuwendung für den Wahlkampf den Parteien Möglichkeiten der Quersubventionierung ihrer sonstigen Aktivitäten eröffnen. Der finanzielle Aufwand zur Austragung bundespolitischer Grabenkämpfe, das heißt für die medienwirksame Kommunikation innenpolitischer Themen, ist weitaus geringer als der, den die Parteien betreiben müssten, wollten sie tatsächlich einen ernsthaften Europawahlkampf bestreiten. Dies liegt im Wesentlichen in der Komplexität europapolitischer Zusammenhänge (Stichwort: Supranationalität der EU, Subsidiaritätsprinzip und Kompetenzverteilung) und dem geringen Informationsstand der Bevölkerung bezüglich Fragen europäischer Politik.<sup>563</sup> Der Umstand, dass die Parteien einen solchen ernsthaften Europawahlkampf nicht führen und Teile der Zuwendungen anderweitig verwenden, zeigt, dass die Europawahlen für die Parteien mehr bundespolitische denn europapolitische Bedeutung haben.

Wie die Gegenüberstellung der Themenschwerpunkte der Medienanalyse für die beiden Untersuchungszeiträume 1994 und 1999 zeigt, hat sich die Schwerpunktsetzung in einzelnen Bereichen verändert, ohne dass hierdurch die Hauptthemen der Beschäftigung mit dem Europäischen Parlament eine wesentliche Veränderung erfahren hätten. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass – auch dies zeigen Medienanalyse und Auswertungen der Wahlanalyse deutlich – die strukturellen und tatsächlichen Probleme des Parlaments, ebenso wie seiner Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, im Wesentlichen die gleichen geblieben sind. Mangelnde Transparenz, mangelnde Information, wenig bekannte Kompetenzen, undurchschaubare Arbeitsweise, unklare Prioritätensetzung und teils zweifelhafte Eignung der Abgeordneten für ihre Tätigkeit sind nur einige der Schlagworte, die in der Berichterstattung über das Europäische Parlament sowohl 1994 als auch 1999 stetig wiederkehren. Wenn die mediale Beschäftigung mit dem Europäischen Parlament doch einmal andere Schwerpunkte setzt, dann vorwiegend wegen besonderer Einzelereignisse, die wenig mit dem dauerhaften

---

<sup>563</sup> In einer Umfrage des Eurobarometers 51, S. 82 gaben 61% der Befragten als Gründe für ihre Stimmenthaltung bei der Europawahl an, dass sie sich nicht genug über europäische Politik informiert fühlten, 59% wussten ihrer Meinung nach zu wenig über die Rolle, die Bedeutung und die Machtbefugnisse des Europäischen Parlaments.

Gesamtbild des Parlaments zu tun haben. Zu nennen sind hier beispielhaft der Rücktritt der Europäischen Kommission im Vorfeld der Europawahlen 1999 oder das erstmalige Wahlrecht der europäischen Ausländer bei den Europawahlen 1994.

Dieser Befund macht deutlich: Wollen die Europaparlamentarier eine positive Resonanz in den Medien oder wenigstens eine gesteigerte Aufmerksamkeit - auch unabhängig von den Wahlterminen - für ihr Parlament, dann können sie dies nur durch mutige Eigeninitiativen und eine aktive Gestaltung ihrer Außendarstellung erreichen. Das Beispiel des Misstrauensvotums gegen die Europäische Kommission hat gezeigt, dass eine aktive Rolle des Parlaments in der Europäischen Politik unter Wahrnehmung seiner Kompetenzen und Möglichkeiten eine stärkere Beachtung seiner Arbeit in den Medien fördert. Der Umstand, dass sich im Parlament letztendlich doch keine Mehrheit für das Misstrauensvotum fand, hat in der Berichterstattung wieder zu der bekannten Kritik am Europäischen Parlament geführt: Uneffektiv, unentschlossen und letztlich machtlos. Auch dies kann ein Indiz dafür sein, dass trotz der gestiegenen Aufmerksamkeit, neben anderen Faktoren, die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1999 nochmals zurückging und einen noch niedrigeren Stand als fünf Jahre zuvor erreichte.

Abgesehen von diesen Sondereinflüssen haben die Analysen jedoch gezeigt, dass sich zwischen beiden Untersuchungszeiträumen hinsichtlich der Themenauswahl und deren Bewertung durch die untersuchten Zeitungen und Zeitschriften wenig gravierende Änderungen - von punktuellen Verschiebungen einmal abgesehen – ergeben haben. Auch hierdurch lässt sich erklären, dass sich an dem Bild des Europäischen Parlaments in der Öffentlichkeit, welches wesentlich durch die mediale Berichterstattung geprägt wird, wahrscheinlich wenig verändert haben dürfte.

## **2.1 Auswirkungen der Berichterstattung auf die Legitimation des Europäischen Parlaments und der Europawahl**

Die untersuchten Printmedien haben immer wieder die aufgezeigten Defizite des Europäischen Parlaments aufgegriffen. Markantestes Legitimationsproblem des Parlaments ist danach, dass ihm die üblicherweise wesentlichste Kompetenz eines Parlamentes, aus seiner Mitte Mehrheiten zu bilden und eine Regierung zu stellen, nicht zukommt. Dieser demokratische Bruch hat die Wahrnehmung des Parlaments als loses Diskussionsforum

wesentlich geprägt. Indem die Medien auf dieses besondere Charakteristikum des europäischen Parlaments hinweisen und zahlreiche weitere Kritikpunkte in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellen, verstärken sie bei den Rezipienten den Eindruck relativer Bedeutungslosigkeit des Parlaments und damit der Europawahlen.

Aus diesem Zusammenwirken von mangelnder Kompetenzzuweisung an das Parlament und entsprechender Medienberichterstattung im Vorfeld der Europawahlen kann sich die stetig zurückgehende Wahlbeteiligung bei Europawahlen erklären. Eine Beteiligung von kaum mehr als 45 Prozent bei den Europawahlen 1999 macht deutlich, dass mittlerweile eine Mehrheit der Wahlberechtigten an den Europawahlen nicht mehr teilnimmt. Hieraus kann sich in der Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in der Bevölkerung ein Legitimationsdefizit ergeben, bedeutet die geringe Wahlbeteiligung doch, dass sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit Blick auf die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Arbeit nicht einmal mehr auf einen Wählerauftrag von wenigstens der Hälfte der wahlberechtigten Bürger stützen können. Neben dem Legitimationsdefizit in der Wahrnehmung der Bevölkerung führt die geringe Wahlbeteiligung der Bevölkerung zu einer Schwächung des Parlaments im Verhältnis zu den übrigen EU-Institutionen und nicht zuletzt in seiner Selbstwahrnehmung. Denn wie sollen sich Abgeordnete selbstbewusst gegenüber Europäischem Rat und Kommission präsentieren, wenn sie nicht einmal mehr den politischen Willen der Hälfte der Bevölkerung repräsentieren.

## **2.2 Auswirkungen der Berichterstattung auf die Akzeptanz des Europäischen Parlaments und der Europawahl**

Spiegelbildlich zu den Legitimationsproblemen auf Seiten des Parlaments finden sich deutliche Akzeptanzdefizite auf Seiten der Bevölkerung. Das Parlament wird in seiner Bedeutung und seiner Relevanz für die politische Meinungsbildung in der Europäischen Union von der Bevölkerung nur ungenügend wahrgenommen.<sup>564</sup> Hieraus folgt eine geringe Akzeptanz des Parlaments hinsichtlich seiner Funktionen und Aufgaben bei den Bürgern. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen deckungsgleich mit jenen der geringen Legitimation des Parlaments. Besondere Bedeutung kommt auch hier der meinungsbildenden Kraft der

---

<sup>564</sup> Siehe hierzu Punkt 2.6.2 „Interesse an Europa“, 58% der Befragten interessieren sich weniger bis gar nicht für die EU und Fragen der Europapolitik

Medien zu. Die - wie dargestellt - berechtigt kritische aber bisweilen auch tendenziell einseitige Berichterstattung mit einem deutlichen Focus auf negative Nachrichten im Zusammenhang mit dem Europäischen Parlament kreiert, und so ein tendenziell negatives Bild der Arbeit des Europaparlaments in der Bevölkerung fördert. Dies wiederum führt zu einer nur schwachen Akzeptanz des Parlaments bei den Bürgern.

### **2.3 Auswirkungen der Berichterstattung auf das Wählerverhalten**

Die Kumulation aus vorgenannten Auswirkungen der Berichterstattung über das Europäische Parlament, also die geringe Legitimation des Parlaments und die nur schwach ausgeprägte Akzeptanz in der Bevölkerung, führt zu einem niedrigen und stetig zurückgehenden Interesse der Bürger am Europäischen Parlament und an den Europawahlen. Folge dieser Entwicklung ist die - wie festgestellt - niedrige und gleichfalls stetig zurückgehende Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Auch in diesem Zusammenhang kommt, wie bei der Erklärung der vorangegangenen Ergebnisse, der Medienberichterstattung wesentliche Bedeutung zu. Die Ergebnisse der Medienanalyse lassen Rückschlüsse auf die Beeinflussung des Wählerverhaltens der Rezipienten zu. Die bereits dargestellten negativen Tendenzen der Berichterstattung in ihrer Gesamtschau legen den Schluss nahe, dass die Rezipienten in ihrem Meinungsbild über das Europäische Parlament dadurch negativ beeinflusst werden. Unterstellt man die unmittelbare Wirkung der Medienberichterstattung auf das Meinungsbild der Leser, führt dies zu der Schlussfolgerung, dass die Rezipienten aufgrund des ihnen durch die untersuchten Printmedien vermittelten Bildes des Europäischen Parlaments hinsichtlich ihrer Wahlmotivation beeinflusst werden. Diese Wechselbeziehung kann die niedrige Wahlbeteiligung und den steigenden Anteil der Nichtwähler in der Bevölkerung bei Europawahlen erklären helfen.

### **3. Konsequenzen der Medienberichterstattung auf das Wählerverhalten**

Das Verhältnis der politischen Parteien zu den Europawahlen ist insgesamt unter Berücksichtigung der bisher dargestellten Ergebnisse geprägt von Instrumentalisierung und machtpolitischen Umdeutungen. Die Medienanalyse hat mit vielerlei Beispielen gezeigt, dass die Parteien die Europawahlen häufig zu einer zugespitzten Auseinandersetzung mit den bundesdeutschen politischen Konkurrenten nutzen. Europapolitische Themen dienen dabei meistens nur als Aufhänger bundespolitischer Botschaften. Das Europaparlament fungiert als

Stichwortgeber zur Kommunikation bundesdeutscher Politikinhalte. Der Grund hierfür ist klar: Wahlen zu einem Parlament, bei dessen Ausgang es nicht um die Übernahme von Regierungsmacht geht, haben für Politiker einen nur untergeordneten Reiz. Politische Macht konzentriert sich nach Vorstellung der politisch Handelnden überwiegend noch bei Rat und Kommission. In der Logik von Machterhalt und Machterwerb kann das Europäische Parlament damit keine wesentliche Rolle spielen, denn Regierungsmacht leitet sich von seinen Mehrheiten nicht ab. Hierin aber liegt das natürliche Hauptinteresse der politischen Akteure.

Die Medienanalyse lässt, ausgehend von der Annahme, dass die Bürger ihre Informationen im Wesentlichen über die Medien erhalten, den Schluss zu, dass die, wie aufgezeigt, negative Berichterstattung über die Europawahlen direkten Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger hat. Die Wähler sehen sich durch die Medienberichterstattung entweder in ihrer schon vorgefassten Meinung bestärkt oder gewinnen aus der Berichterstattung den Eindruck, dass eine Teilnahme an den Europawahlen nicht zu den wesentlichen demokratisch-staatsbürgerlichen Pflichten gehört. Diese Einschätzung wird noch durch den Umstand verstärkt, dass Abgeordnete des Europaparlaments in der Bevölkerung weitestgehend unbekannt sind, ebenso wie die mittlerweile umfangreichen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten des Parlaments. Bislang haben die Parteien wenig dazu beigetragen diese Ausgangslage nennenswert zu verändern, indem sie Europapolitik und Europawahlkampf thematisch fast durchgängig mit nationalen politischen Themen und personell mit Bundes- oder Landespolitikern verknüpft haben. Diese nachrangige Behandlung des Europaparlaments zeigt sich auch in der Rekrutierung der Abgeordneten durch die Parteien. Es entspricht einer allgemeinen Beobachtung, dass die Parteien bis heute keine politischen Spitzenpersönlichkeiten ins Europäische Parlament entsandt haben. Wenn überhaupt, dient das Parlament als Karrieresprungbrett oder Zwischenstation, bis auf Bundes- oder Landesebene ein Mandat für die Europaabgeordneten in greifbare Nähe rückt.<sup>565</sup> Nur selten erreichen Europaparlamentarier überregionale Bekanntheit und dies auch nur dann, wenn sie als charismatische Persönlichkeiten im Alleingang auf sich aufmerksam machen, wie etwa der Grünen-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit.

---

<sup>565</sup> zum Beispiel Friedrich Merz, Claudia Roth oder Cem Özdemir

All diese Rahmenbedingungen tragen kausal zu der geringen Wahlbeteiligung bei Europawahlen bei. Diese wird von den Parteien, aber auch in der wissenschaftlichen Diskussion verbreitet als Problem angesehen. Teilweise wird die Ansicht vertreten, dass demokratische Gesellschaftssysteme dauerhaft nur dann überlebensfähig sein können, wenn sie auf einer breiteren Akzeptanz und Teilnahme der Bevölkerung am politischen Prozess beruhen. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen als potentiell destabilisierende Schwäche der politischen Partizipation der Bevölkerung da, die in der Folge eine Schwächung der Legitimation und Akzeptanz des Europäischen Parlaments als einziger direkt demokratisch legitimierter Institution der Europäischen Union bedeuten kann. Somit stellt sich die allseits beklagte niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in ihren Auswirkungen als möglicherweise ernstzunehmendes Risiko für die Stabilität und demokratische Legitimation der Europäischen Union dar. Dabei erweist es sich als besonders problematisch, dass dieser Zusammenhang nicht sofort augenfällig ist und ein aktives Gegensteuern der politischen Akteure sich meist in bedauernden Bekundungen am Wahlabend erschöpft. Dabei handelt es sich um einen schleichenden Erosionsprozess, den aufzuhalten vor allem eine Frage der politischen Kommunikation mit dem Ziel einer Bewusstseinsänderung bei Bürgern und Medien ist. Als zusätzliche Komplikation erweist sich, dass das komplexe Zusammenwirken der europäischen Institutionen und die abstrakten Mechanismen indirekter demokratischer Legitimation, etwa im Falle des Europäischen Rates eines erheblichen Bildungs- und Erklärungsaufwandes bedürfen, der bislang weder durch die Politik noch durch die Medien hinreichend geleistet wurde. Auch in dieser Intransparenz ist ein gutes Stück potentieller Gefährdung der politischen Partizipationsfähigkeit großer Teile der Bevölkerung angelegt. Schon hieraus ergibt sich eine nicht geringe Gefahr des Sich-Abwendens breiterer Bevölkerungsschichten aus dem Prozess der demokratischen Willensbildung auf europäischer Ebene. Wenn bei dieser Ausgangslage verstärkend noch ein Kommunikationsdefizit durch Politik und Medien hinzutritt, entsteht eine Ausgangslage, wie sie die untersuchten Wahlanalysen beschreiben: Desinteresse an europapolitischen Themen, unspezifische Zuordnung europapolitischer Kompetenzen zu einzelnen Parteien und Politikern, Umdeutung der Europawahlen als nationale Denkmalswahlen sowohl durch die politischen Akteure als auch durch die Rezipienten und der kontinuierliche Rückgang der Wahlbeteiligung.



Langfristig wird die Verankerung des Europäischen Parlamentes im Bewusstsein der Bürger auch von einer aktiven und erfolgreichen Gestaltung der Kommunikation über seine Arbeit abhängen. Denn, so schreibt Thomas Meyer: „Es ist schon seit längerem keine Übertreibung mehr zu sagen, dass heute die in einer Gesellschaft herrschenden Kommunikationsverhältnisse über das Schicksal der Demokratie in ihr und damit auch über das der gesamten Gesellschaft bestimmen.“<sup>566</sup>

Dennoch gibt es wohl wenig Anlass, von einer unmittelbaren Krise des demokratischen Systems auf europäischer Ebene zu sprechen. Folgende Überlegungen sprechen dagegen:

#### **4. Exkurs 2005: Bestandsaufnahme, Ausblick und Perspektiven**

Gerade in jüngster Zeit sind einige positive Tendenzen auszumachen. Das Europäische Parlament tritt gegenüber den übrigen EU-Institutionen zunehmend selbstbewusster auf. Nicht zuletzt die angestrebten Kompetenzerweiterungen durch die noch nicht ratifizierte Europäische Verfassung führen zu einer erneuten Erweiterung der Kompetenzen des Parlaments als Mitgesetzgeber.<sup>567</sup> Positiv für das Bild des Europaparlaments in der Öffentlichkeit ist auch, dass das Parlament seine Rechte in letzter Zeit offensiver und selbstbewusster ausübt. Dies hat sich nicht nur bei den Verhandlungen über den EU-Verfassungsvertrag gezeigt, sondern auch bei der Ablehnung des ersten Kommissionsvorschlages des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. Auch in den Medien hat dieses Vorgehen zu einer positiveren Bewertung geführt. Bei den Rezipienten kann diese Entwicklung zukünftig dazu führen, ein eigenständigeres und emanzipierteres Bild des Europäischen Parlamentes zu entwickeln. Die zunehmende Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments kann auch dazu führen, dass einzelne Europapolitiker eine größere Bekanntheit erreichen. Dies zusammengenommen könnte in Zukunft die Parteien dazu veranlassen, eine stetige und breit gefächerte europapolitische Diskussion in der Öffentlichkeit zu führen und sich gründlicher und mit höherer Priorität mit europapolitischen Themen zu befassen und in einen wirklichen Ideenwettbewerb hierüber einzutreten. Dann könnte das Europäische Parlament in seiner Rolle als Volksvertretung und Forum der europapolitischen Auseinandersetzung ankommen. Die ersten Schritte hierzu hat es auch

---

<sup>566</sup> Meyer: „Mediokratie“ (2001), S. 8

<sup>567</sup> Beispielsweise soll im Verfassungsvertrag der Anwendungsbereich des Mitentscheidungsverfahrens erweitert werden.

durch seine eben geschilderte, selbstbewusste Machtausübung bereits getan. Im Ergebnis dürfte das Parlament die Parteien zukünftig eher herausfordern, Europapolitik auch öffentlich ernster zu nehmen und dem Bürger eingehender zu erklären.

Was sind also die Konsequenzen aus der bislang zunehmend geringeren Wahlbeteiligung, gibt es Verbesserungsansätze?

Das Parlament selber hat, wie beschrieben, erste, aber sehr wichtige Schritte zu seiner Emanzipation und Selbstbehauptung gemacht.

Was sind die Forderungen an die übrigen Akteure?

Wenn die politischen Parteien ihren Anspruch, den Willen der Bevölkerung zu bündeln, zu repräsentieren und in politische Wirklichkeit umzusetzen glaubhaft vertreten wollen, sollten sie, nicht zuletzt ihrer eigenen Glaubwürdigkeit wegen, europäische Politik und damit maßgeblich das Europäische Parlament ernst nehmen und in der politischen Diskussion dauerhaft verankern. Die Parteien zeigen in allererster Linie auf sich selbst, wenn sie im Nachgang jeder Europawahl die schwindende Wählerbeteiligung sorgenvoll bedauern. Selbst wenn man der Ansicht ist, dass die Parteien die niedrige Wahlbeteiligung tatsächlich mit Sorge betrachten, so ist ihnen zumindest vorzuhalten, dass sie den geringen Umfang der politischen Partizipation der Bevölkerung in Fragen der europäischen Politik nicht ausreichend thematisieren. Dies ist nicht minder schwerwiegend, ist es doch selbstgewählte Aufgabe der Parteien, Defizite in der demokratischen Meinungsbildung aufzudecken und ihnen zu begegnen. In jedem Fall also sollten die Parteien zukünftig die Wahlen zum Europäischen Parlament als solche begreifen und ernsthaft in einen Wettbewerb über die besten Ideen für Europa eintreten, anstatt die Wahlen lediglich als willkommene Gelegenheiten für eine Generalabrechnung mit dem politischen Konkurrenten zu benutzen. Hierzu zählt zuallererst, für das Europäische Parlament und die Europapolitik engagierte, profilierte politische Persönlichkeiten als Kandidaten zu benennen. Eine weitere Perspektive wäre, junge motivierte Politiker für das Europaparlament zu gewinnen, die ihre Zukunft auch langfristig in Brüssel und Straßburg sehen und nicht schon ihr gedankliches „Rückflugticket“ nach Berlin, München oder Düsseldorf gebucht haben.

Entscheidender Einfluss kommt - das hat die Medienanalyse gezeigt - der medialen Berichterstattung zu. Nicht nur Art und Häufigkeit der Berichterstattung - diese wäre schon deutlich zu verbessern - sondern auch deren Zielrichtung hat bislang die Begeisterung und die Motivation der Bevölkerung zur Teilnahme an Europawahlen eher weniger gefördert. Die Medienanalyse hat erbracht, dass nicht nur fast ausschließlich kurz vor und nach den Wahlen über das Europäische Parlament und die Europawahlen berichtet wurde, die Berichterstattung befasste sich zudem überwiegend mit Problemen, Affären, tatsächlichen oder vermeintlichen Kompetenzdefiziten des Parlamentes und mit öffentlichkeitswirksamen Skandalen einzelner Abgeordneter. Es liegt nicht fern zu vermuten, dass eine in der Gesamtheit so gestaltete Berichterstattung bei der Bevölkerung, die den überwiegenden Teil ihrer Informationen fast ausschließlich aus den Massenmedien bezieht, zu einer bestenfalls desinteressierten, schlimmstenfalls desillusionierten und ablehnenden Haltung gegenüber dem Europäischen Parlament führt. Den Medien kann zugute gehalten werden, dass sie im politischen Raum in Teilen auch nur berichten können, was die Akteure an Leistungen oder Fehlleistungen erbringen. Hier zeigt sich die Nahtstelle der Verantwortlichkeit zwischen politisch Handelnden und den Medien: Wenn die politischen Akteure europäische Themen meiden und stattdessen europäische Politik mit nationalen Anliegen überlagern, muss es auf Seiten der Medien auch schwer fallen, ein eigenständiges Profil des Europäischen Parlaments kenntlich zu machen. In der Interaktion zwischen Politik und medialer Berichterstattung findet sich also bislang ein „Teufelskreis“ wechselseitiger Beeinflussung zu Lasten des Europäischen Parlaments. Die Medien können nur wiedergeben, was politisch Realität ist, die politischen Akteure wiederum reagieren auf die veröffentlichte Meinung in den Medien und berücksichtigen diese in ihrem zukünftigen Handeln.

Was als Aufgabe der Medien bleibt, ist eine ernsthafte, unvoreingenommene, umfassende und dauerhafte Beschäftigung mit dem Europäischen Parlament, entsprechend ihrem Informations- und Bildungsauftrag. Dies gleicht bei einem komplexen und zunächst für den unvorbereiteten Leser schwierigem Thema, wie dem Funktionieren der Europäischen Institutionen, einer „Herkulesaufgabe“ – in Zeiten von Informationsflut und steigendem Zwang zur Tagesaktualität sicher kein leicht realisierbares Ziel. Auf der anderen Seite bot das Europäische Parlament mit seiner stärkeren Profilierung in jüngerer Zeit auch den Medien einen höheren Nachrichtenwert.

Es bleibt also weiter Aufgabe des Parlaments, sich in Zukunft selbstbewusst zu präsentieren und seine Möglichkeiten engagiert zu nutzen. Eine wirkungsvolle Möglichkeit hierfür wäre, dem Parlament zukünftig das Recht und die Aufgabe zuzuordnen, den Präsidenten der Europäischen Kommission direkt und unmittelbar zu wählen. Dem Parlament sollte hierbei ein eigenes Initiativ- und Vorschlagsrecht eingeräumt werden. Dabei könnten mehrere, von verschiedenen europäischen Parteigruppierungen im Parlament vorgeschlagene Kandidaten, in einem Wahlkampf miteinander in Wettbewerb treten. Auf diese Weise käme das Europäische Parlament der wichtigsten angestammten Aufgabe eines Parlamentes näher, aus seiner Mitte Mehrheiten für eine Regierungsverantwortung zu bilden.<sup>568</sup> Dies würde gleich mehreren Defiziten des Parlaments begegnen: Die Aufgabe des Parlaments als demokratisch legitimierte Vertretung der europäischen Bürger mit der Kompetenz, den Präsidenten der Europäischen Kommission als europäischem Exekutivorgan direkt zu wählen, würde für die Bevölkerung die Aufgabe und Bedeutung des Parlaments im Vergleich zu heute klarer, sichtbarer und verständlicher machen. Damit würde nicht nur die Legitimation des Parlaments gestärkt, sondern zugleich seine Akzeptanz in der Bevölkerung. Dies dürfte zudem in Folge des sichtbaren Bedeutungszuwachses des Parlaments zu einer spürbaren Steigerung der Wahlbeteiligung bei den Bürgern führen.

In der Folge dürfte sich die Art und Häufigkeit der medialen Berichterstattung über die Arbeit des Europäischen Parlaments positiv entwickeln. Dann wird der eben noch kritisierte Zwang zur Tagesaktualität in der medialen Informationsflut zum Vorteil für das Europäische Parlament: Die bislang eher negativen und punktuellen Nachrichten könnten dann zusehends von positiver und kontinuierlicher Berichterstattung und Kommentierung verdrängt werden und so langsam, aber stetig das Meinungsbild der Bevölkerung verändern.

Ob ein solcher Bewusstseinswandel tatsächlich eintritt, könnte Fragestellung einer neuen Medienanalyse sein, etwa am Beispiel der Europawahlen 2009.

---

<sup>568</sup> Christoph O. Meyer äußert sich in einem Beitrag zur Europäischen Öffentlichkeit bei [europa-digital.de](http://europa-digital.de) zum Thema wie folgt: „Solange das Europäische Parlament nicht den Kommissionspräsidenten wählen oder eigene Gesetzesinitiativen einbringen kann, werden sich Bürger weiterhin ausgeschlossen fühlen.“

## **V. Literatur- und Quellenverzeichnis:**

### **Analysen:**

- STATISTISCHES BUNDESAMT: „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 12. Juni 1994. Heft 5. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse“, Stuttgart 1996
- STATISTISCHES BUNDESAMT: „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999. Heft 5. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse“, Stuttgart 2000
- <http://www.bundeswahlleiter.de/euro99/d/t/bun.htm> (Stand: 15. März 2005)
  
- INFRATEST DIMAP: „Wahlreport. Europa hat gewählt“, Berlin 1999
  
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.: „Europawahl. Eine Analyse der 4. Direktwahl zum Europaparlament 9. bis 12. Juni 1994“, Mannheim 20. Juni 1994
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.: „Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 13. Juni 1999“, Mannheim 16. Juni 1999
  
- KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG: „Die Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland vom 12. Juni 1994, eine erste Analyse“, Sankt Augustin 1999
- KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG: „Analyse der Europawahl vom 13. Juni 1999 in der Bundesrepublik Deutschland“, Sankt Augustin 1999
  
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: „Eurobarometer – Die Öffentliche Meinung in der Europäischen Union“, Bericht Nr. 51, Brüssel Juli 1999

### **Zeitungen und Zeitschriften:**

- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Archiv im Internet:  
<http://www.faz.net/s/homepage.html> (Stand: 15. März 2005)
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, CD-Rom 1994 und 1999, München 2000
- DIE ZEIT, telefonische Recherche
- DER SPIEGEL, gebundene Originalausgabe
- FOCUS, gebundene Originalausgabe

## Literatur:

- ALEMANN, Ulrich von/MARSCHALL, Stefan (Hrsg.): „Parteien in der Mediendemokratie“, Wiesbaden 2002
- BÜRKLIN, Wilhelm/ROTH, Dieter (Hrsg.): „Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?“, Köln 1994
- BÜRKLIN, Wilhelm/KLEIN, Markus: „Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung“, Opladen 1998, 2. Auflage
- BRETTSCHEIDER, FRANK: „Wahlen in der Mediengesellschaft. Der Einfluss der Massenmedien auf die Parteipräferenz“; in: Alemann, Ulrich von/MARSCHALL, Stefan (Hrsg.): „Parteien in der Mediendemokratie“, Wiesbaden 2002, Seite 57-80
- DONSBACH, Wolfgang: „Die Selektivität der Rezipienten. Faktoren, die die Zuwendung zu Zeitungsinhalten beeinflussen“; in: Schulz, Winfried (Hrsg.): „Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft“, Weinheim 1992, Seite 25-68
- EUROPA-DIGITAL: <http://www.europa-digital.de/presseaktuell>, Stand: 12. August 2005
- EUROPA-RECHT: Textausgabe mit einer Einführung von Professor Dr. Claus Dieter Classen, 20., neubearbeitete Auflage Stand 15.12.2004, dtv, München 2005
- FEIST, Ursula: „Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen“, München 1994
- GOLOMBEK, Dieter (Hrsg.): „Europawahl 1999. Ein Handbuch für Journalisten“, Bonn 1999

- HAGEN, Lutz M.: „Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess“, Köln 2004
- HAGENHOFF, Vera: „Analyse der Printmedien – Berichterstattung und deren Einfluß auf die Bevölkerungsmeinung. Eine Fallstudie über die Rinderkrankheit BSE 1990-2001“, Hamburg 2003
- HOFFMANN-JABERG, Birgit/ROTH, Dieter: „Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien?“; in Bürklin, Wilhelm/ROTH, Dieter (Hrsg.): „Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?“, Köln 1994, S. 132-157
- JARREN, Otfried; DONGES, Patrick: „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Band 2: Akteure, Prozesse und Inhalte“, Wiesbaden 2002
- KEPPLINGER, Hans-Mathias: „Zeitungsberichterstattung im Wandel“; in: WILKE, Jürgen (Hrsg.) „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Bonn 1999, S. 195-210
- KINTSCH, Walter: „Gedächtnis und Kognition“, Berlin, Heidelberg, New York 1982
- KLEINHENZ, Thomas: „Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland“, Opladen 1995
- LAVIES, Ralf-Rainer: „Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht“, Düsseldorf 1973

- LAZARSFELD, Paul F./BERELSON, Bernard/GAUDET, Hazel: „The People’s Choice - How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign“, New York 1944; deutsche Ausgabe: Maus, Heinz/Fürstenberg, Friedrich (Hrsg.): “Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens”, Neuwied, Berlin 1969
- LIPPMANN, Walter: „Public Opinion“, New York 1922, Ausgabe von 1949
- MEYER, Christoph O.: “‘Brüssel hat entschieden, dass...’ – Über die Schwierigkeiten einer Kontrolle der politischen Verantwortlichkeit des EU-Ministerrats durch Medienöffentlichkeit“, S. 129-145; in: Hagen, Lutz M.: „Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess“, Köln 2004
- MEYER, Thomas: „Mediokratie“, Frankfurt am Main 2001
- MAURER, Andreas: „Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente“, Baden-Baden 2002
- MAURER, Marcus: „Politikverdrossenheit durch Medienberichte. Eine Paneluntersuchung“, Konstanz 2003
- MiT-STUDIE: „Medien im Tagesablauf 2002“, IP Deutschland GmbH, Köln  
<http://www.ipm.ch/tv/research/index.htm> (Stand: 12. August 2005)
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth: „Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale“, Frankfurt am Main, Berlin 1996
- RADTKE, Günter D.: „Stimmenenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965“, Meisenheim am Glan 1972



- ROTH, Dieter: „Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden“, Opladen 1998
- SAALFRANK, Valentin: „Funktionen und Befugnisse des Europäischen Parlaments. Ihre Bedeutung für das Demokratieprinzip des Grundgesetzes“, Stuttgart 1995
- SARCINELLI, Ulrich (Hrsg.): „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur“, Bonn 1998
- SCHENK, Michael: „Die ego-zentrierten Netzwerke von Meinungsbildung (,opinion leaders‘)“; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45, S. 254-259, 1993; zitiert nach: Schulz, Winfried: „Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung“, Opladen/Wiesbaden 1997
- SCHULZ, Winfried: „Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung“, Freiburg/München 1990, 2. unveränderte Auflage; Erstauflage Freiburg/München 1976
- SCHULZ, Winfried (Hrsg.): „Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft. Untersuchungen im Schwerpunktprogramm ‚Publizistische Medienwirkungen‘“, Weinheim 1992
- SCHULZ, Winfried: „Politische Kommunikation: theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik“, Opladen/Wiesbaden 1997
- UPPENBRINK, Eva: „Das Europäische Mandat – Status der Abgeordneten des Europäischen Parlaments“, Berlin 2004
- WALTER, Peter: „Die Darstellung der Europäischen Integrationspolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl in ausgewählten deutschen Printmedien“, Gießen 2001; zitiert nach der Veröffentlichung im Internet: urn:nbn:de:hebis:26-opus-5384

- WILKE, Jürgen (Hrsg.) „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Bonn 1999
- WILKE, Jürgen: „Politikvermittlung durch Printmedien“; in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur“, Bonn 1998, S. 146-164

## **VI. Anhang**

# 1994: FAZ Legitimation

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 94</b>				
15.01.	Nr. 12/S. 7	Politik	"Pariser Hindernisse vor der Europawahl"	0,5
24.01.	Nr. 19/S. 4	Politik	"FDP präsentiert sich als Europa-Partei. Uta Wülfel auf dem ersten Listenplatz / Kinkel greift Stoiber an"	1
26.01.	Nr. 21/S.2	Politik	"Forderungen der SPD für die Europawahl"	0,25
<b>März 94</b>				
14.03.	Nr. 61/S. 4	Politik	"Bisky: PDS ist eine linke Massenpartei. Brie: Widerstand gegen Rachepolitik. Die Fünf-Prozent-Hürde / Modrow Spitzenkandidat für Europawahl"	1,5
26.03.	Nr. 72/S.46	Frankfurt	"Ein 'amtsdeutscher' Antrag. Bei der Europawahl sind 37000 Ausländer wahlberechtigt"	1,25
<b>April 94</b>				
16.04.	Nr. 88/S. 2	Politik	"23 Parteien zur Europawahl zugelassen"	0,25
16.04.	Nr.88/S. 47	Titelseite Rhein-Main-Zeitung	"24 Parteien kandidieren bei Europawahl in Hessen"	0,25
<b>Mai 94</b>				
05.05.	Nr. 104/S.52	Hessen	" 'Hessen lebt von Europa' Landtagsresolution zur Europawahl: Parlament stärken"	0,5
19.05.	Nr.115/S.6	Politik	"Die Rückkehr aus Straßburg soll nicht in Bonner Besenkammern enden Drei Europa-Abgeordnete, die für den Bundestag kandidieren / Die Nähe zur Basis und zur Familie / Von Klaus-Dieter Frankenberger"	2
24.05.	Nr.116/S.14	Politik	"Wir schulden das einfach denen, die uns gewählt haben Wer auch freitags noch im Europäischen Parlament sitzt / Die Anwesenheit der Abgeordneten im Vergleich / Von Michael Stabenow"	2,5
<b>Juni 94</b>				
07.06.	Nr. 129/S.8	Politik	"Grüne wollen gegen Platzierung auf Wahlzetteln klagen"	0,25
09.06.	Nr. 131/S.12	Politik	"Die Europäer wählen ein neues Parlament"	0,5
10.06.	Nr. 132/S.15	Wirtschaft	"Ein großzügiger Kontrolleur Europa-Parlament und Haushaltsrecht / Von Peter Hort, Brüssel"	1,75
14.06.	Nr. 135 /S. 3	Politik	"Es bleibt bei der strategischen Mehrheit Wer in Straßburg weiter zu bestimmen hat / Von Michael Stabenow"	1,5

# 1994: FAZ Akzeptanz

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 94</b>				
24.01.	Nr. 19/S. 4	Politik	"FDP präsentiert sich als Europa-Partei. Uta Würfel auf dem ersten Listenplatz / Kinkel greift Stoiber an"	1
<b>März 94</b>				
25.03.	Nr. 71/S. 68	Rhein-Main	"Zu Europa keine Alternative. Marlies Mosiek-Urbahn: Als "Quereinsteigerin" in die Politik"	0,75
<b>April 94</b>				
06.04.	Nr. 79/S. 37	Rhein-Main	"'Keine Wahl zweiter Klasse'. Euro-Infomobil auf der Fahrt durch Deutschland"	0,75
28.04.	Nr. 98/S. 2	Politik	"Vorschläge der CDU zur Europapolitik"	
<b>Mai 94</b>				0,25
06.05.	Nr. 105/S. 4	Politik	"Nach der Entscheidung von historischer Tragweite mit Selbstbewußtsein in die Endphase des Europa-Wahlkampfes. Ein Parlament, das auch mitentscheiden kann / Michael Stabenow berichtet"	1,75
10.05.	Nr. 108/S. 41	Titelseite Rhein.Main-Zeitung	"Nur wenige lassen sich für Stimmabgabe registrieren. Geringes Interesse unter EU-Bürgern im Rhein-Main-Gebiet"	1
16.05.	Nr.112/S. 45	Rhein-Main	"Von Ort zu Ort"	0,25
19.05.	Nr. 115/S. 6	Politik	"Die Rückkehr aus Straßburg soll nicht in Bonner Besenkammern enden. Drei Europa-Abgeordnete, die für den Bundestag kandidieren / Die Nähe zur Basis und zur Familie / Von Klaus-Dieter Frankenberger"	2
27.05.	Nr.121/S. 1	Politik	"Kohl wirbt in Frankfurt für Europa"	0,25
31.05.	Nr. 124/S. 2	Politik	"Haftbefehl gegen Schinzel wegen Handels mit Falschgeld"	0,5
<b>Juni 94</b>				
01.06.	Nr. 125/S. 8	Politik	"Ausgegrenzt, wenig beachtet, kaum präsent. Was aus den Republikanern im Europäischen Parlament geworden ist / Von Michael Stabenow"	2
07.06.	Nr. 129/S. 34	Feuilleton	"Fast wie im richtigen Fernsehen. Werbung ist Werbung - Die Parteien zur Europawahl"	1,5
07.06.	Nr. 129/S. 40	Feuilleton	"Plädoyer für Europa. Uta Würfel: Gemeinsame Sicherheitspolitik vorrangig"	0,75
08.06.	Nr. 130/S. 7	Politik	"Der Europawahlkampf verblaßt hinter lokalen Themen. Kaum Unterschiede zwischen den etablierten Parteien / Die CDU setzt auf Kohl als Sympathieträger / Wenig Chancen für kleine Parteien / Von Wolfgang Stock"	2,25

09.06.	Nr./S.	Politik	"Wie hoch wird die Wahlbeteiligung? Die Nähe zur Bundestagswahl / Deutsche Themen im Vordergrund"	1,25
13.06.	Nr. 131/S. 1	Politik	"Wahltag"	0,75
13.06.	Nr. 131/S. 1	Politik	"Europäische Innenansicht"	0,75
14.06.	Nr. 135/S. 2	Politik	"Die Kopie verblaßt"	0,5
14.06.	Nr. 135/S. 3	Politik	"Mit Kohl und der Union ist wieder zu rechnen Das Werben für Europa hat sich ausgezahlt. Niedrige Beteiligung / Vor allem junge Wähler blieben den Urnen fern / Von Kurt Reumann"	2,25
14.06.	Nr. 135/S. 5	Politik	"Gereizter Landeswahlleiter"	0,25
15.06.	Nr. 136/S. 2	Politik	"Fast lauter Verlierer"	0,5

# 1994: FAZ Wählerverhalten

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>März 94</b>				
09.03.	Nr. 57/S. 5	Politik	"Mit Videowettbewerben auf Stimmenfang. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien im Wahljahr 1994 / Von Jakob Strobel y Serra"	1,5
26.03.	Nr. 72/S. 46	Frankfurt	"Ein 'amtsdeutscher' Antrag. Bei der Europawahl sind 37000 Ausländer wahlberechtigt"	1,25
<b>Mai 94</b>				
02.05.	Nr. 101/S. 4	Politik	"CSU und PDS eröffnen Europawahlkampf"	0,5
04.05.	Nr. 103/S. 7	Politik	"Bischöfe: Europawahl eine Entscheidung für Werte"	0,5
06.05.	Nr. 105/S. 4	Politik	"Meldefrist für Europawahl läuft ab"	0,75
10.05.	Nr. 108/S. 41	Titelseite Rhein-Main-Zeitung	"Nur wenige lassen sich für Stimmabgabe registrieren. Geringes Interesse unter EU-Bürgern im Rhein-Main-Gebiet"	1
13.05.	Nr. 110/S. 68	Hessen	"Geringes Interesse an Europawahl"	0,25
16.05.	Nr. 112/S. 43	Frankfurt	"Ältere stellen größte Gruppe bei Europawahl"	0,25
27.05.	Nr. 121/S. 8	Politik	"Die Wahl reizt nur wenige Unionsbürger. 'Wir sind sehr enttäuscht' / Von Michael Stabenow"	1,5
27.05.	Nr. 121/S. 8	Politik	"Europakritisch - aber nicht strikt dagegen"	0,75
27.05.	Nr. 121/S. 62	Frankfurt	"Kohl: Deutsche in der Heimat Europa bleiben. Kanzler fordert europäisches Asylrecht / Kundgebung vor 4000 Menschen auf dem Opernplatz"	1
30.05.	Nr. 123/S. 11	Briefe an den Herausgeber	"Mandate für graue Mäuse"	0,25
<b>Juni 94</b>				
08.06.	Nr. 130/S. 5	Deutsche Fragen - deutsche Antworten	"Vor der Europawahl liegt die Union vorn"	0,5
09.06.	Nr. 131/S. 42	Frankfurt	"Auf 74 Zentimetern eine Stimme für Europa. 24 Parteien und Gruppierungen treten am Sonntag zur Wahl an / Stimmabgabe bis 21 Uhr"	1
10.06.	Nr. 132/S. 73	Hessen	"Kampf gegen den Islam mit yogischen Fliegern. Europawahl: Wenn Weltanschauungen zum Parteiprogramm werden / Ein Überblick"	1,25

11.06.	Nr. 133/S. 1	Politik	"Die Bürger der Europäischen Union wählen ein neues Parlament. Referendum in Österreich / Kommunalwahlen in sieben Bundesländern / Stadtratswahlen in München"	2
--------	--------------	---------	--	---



# 1994: SZ Legitimation

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA4 Seiten
<b>März 94</b>				
14.3.	Nr. 60/S. 6	Nachrichten	"Modrow führt PDS-Liste für Europawahl an"	0,5
<b>April 94</b>				
12.4.	Nr. 83/S. 2	Nachrichten	"CDU unter Nummer 1994 bundesweit am Telefon"	0,25
16.4.	Nr. 87/S.2	Nachrichten	"23 Parteien zur Europawahl zugelassen"	0,25
26.4.	Nr. 95/S. 36	Bayern	"Bürokratische Hindernisse erschweren Wahlbeteiligung. Premiere droht Flop zu werden."	0,5
27.4.	Nr.96/S. 51	Bayern	"Was Grüne wünschen: Ein Europa ohne Mief. Absage an Subventionen für Überschußwirtschaft"	0,25
<b>Mai 94</b>				
3.5.	Nr. 101/S. 35	Bayern	"SPD-Auftakt zur Europawahl. Stimmenfang mit dem Fußball"	0,25
6.5.	Nr. 104/S. 39	München	"Europa-Union: Registrierungsverfahren hemmt Wahlteilnahme"	0,25
<b>Juni 94</b>				
7.6.	Nr. 128/S. 2	Nachrichten	"Teilnahme an Umfrage zur Europawahl ist Pflicht"	0,25
7.6.	Nr. 128/S. 39	Bayern	"Wie die CSU lernte, Maastricht zu mögen. Im Wahlkampf tut sich Edmund Stoiber noch immer schwer, gut über Europa zu reden"	1
9.6.	Nr. 130/S.47	Bayern	"Schwerpunkte einer europäischen Politik. Was CSU,SPD,Grüne und FDP in Straßburg und Brüssel erreichen wollen"	1
9.6.	Nr. 130/S.10	Themen	"Europawahl: Ausländische Kandidaten auf deutschen Stimmzetteln: Wanderer zwischen den Welten. Die Bewerber wollen Erfahrungen aus ihren Heimatländer(n) in die Politik einbringen"	1,5
10.6.	Nr. 131/S. 48	Bayern	"Die Sache mit den fünf Prozent"	0,5
14.6.	Nr. 134/S. 40	Bayern	"Grüne ermahnen die SPD. Klare Linie statt Wischiwaschi"	0,25
17.6.	Nr. 137/S. 44	Bayern	"Nach der Wahlschlappe. Jusos ermahnen die Mutterpartei"	0,25
21.6.	Nr. 140/S.2	Nachrichten	"Bundeswahlleiter: Kein Grund für Wiederholung der EU-Wahl"	0,25

# 1994: SZ Akzeptanz

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 94</b>				
24.1.	Nr. 18/S. 2	Nachrichten	"Auftakt zum Wahlkampf für das Europäische Parlament. Kinkel: Europa nicht miesmachen"	0,5
<b>April 94</b>				
21.4.	Nr. 91/S. 39	München	"Immer mehr Gruppierungen wollen ins Europa-Parlament oder in den Stadtrat. Der Wahlschein bricht schon alle Rekorde"	0,5
23.4.	Nr. 94/S.38	Bayern	"Republikaner dürfen in Schwandorfer 'Oberpfalzhalle'. Richter verwerfen Bedenken"	0,5
<b>Mai 94</b>				
4.5.	Nr. 102/S. 50	München	"Kritik von SPD und Sozialisten: Bürokratie behindert die Europawahl"	0,5
4.5.	Nr. 102/S. 55	Bayern	"Unbeliebte Europawahl. Abstinenz in der bayrischen Wahlheimat. Nur wenige Ausländer aus der Europäischen Union ließen sich bislang hier registrieren"	0,75
7.5.	Nr. 105/S. 2	Nachrichten	"In die Jahre gekommen"	0,25
9.5.	Nr. 106/S. 41	München	"Null problemo, alles wird gut. Yogisches Fliegen, Meditation und die 27 Bewußtseinsphasen: die Naturgesetzpartei"	0,75
13.5.	Nr. 109/S. 57	Bayern	"Europawahl als Chance. Jugendring ruft zu den Urnen"	0,5
17.5.	Nr.112/S. 2	Nachrichten	"Ingo Friedrich zu Gast in der SZ-Redaktion"	0,25
20.5.	Nr. 115/S. 43	Bayern	"Ein Postbote strampelt für Europa"	0,5
<b>Juni 94</b>				
4.6.	Nr. 126/S.2	Nachrichten	"Abgeordneter: Bereicherung der Parteien bei Europawahl"	0,25
4.6.	Nr. 126/S.40	Bayern	"CSU-Spitze rüffelt die Basis. Eilbrief an Kreisvorsitzende soll Wahlkampf befruchten"	0,25
6.6.	Nr. 127/S. 32	München	"SPD warnt: Niedrige Wahlbeteiligung nutzt nur den Radikalen"	0,25
6.6.	Nr. 127/S. 36	Bayern	"Ingo Friedrich und Gerhard Schmid (SPD). Zwei Spitzenkandidaten mit Lust auf Europapolitik"	1,5
7.6.	Nr. 128/S. 6	Nachrichten	"Vom Opa zum Lehrer"	0,25
8.6.	Nr. 129/S. 3	Seite Drei	"Europawahl: Kampf gegen Vorurteile und Desinteresse. Der weite Weg von Straßburg nach Straßburg. Wie Kandidaten den Bürgern beizubringen versuchen, daß sich ihr Einsatz für das	2

			Parlament gegen die Macht der Eurobürokraten lohnt"	
8.6.	Nr.129/S. 4	Meinungs- seite	"Ein Fest ohne Festliches"	1
8.6.	Nr. 129/S. 45	Bayern	"Die Kleinen müssen sich bei der Europawahl strecken. Spitzenkandidaten nicht auf Platz eins"	1
9.6.	Nr. 130/S. 47	Bayern	"STATT Partei nicht Statt Partei. Verworrene Lage vor der Europawahl am Sonntag"	1,5
10.6.	Nr. 131/S. 4	Meinungs- seite	"Deutschinteressen-Durchsetzungsmaschine?"	0,5
10.6.	Nr. 131/S. 48	Bayern	"Die Kandidatenlisten für die Europawahl. Viele Bayern wollen nach Straßburg"	1
14.6.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"Probleme bei der Stimmenauszählung zur Europawahl. Müde Helfer pausieren"	0,5
14.6.	Nr. 134/S. 3	Seite Drei	"Ein Sieger gönnt sich Mitgefühl. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl fühlt sich so sehr bestätigt, daß er sich um das Schicksal der FDP sorgt und sogar den Herausforderer schont."	2
14.6.	Nr. 134/S. 4	Meinungs- seite	"Europawahl - fast nur Verlierer"	1
14.6.	Nr. 134/S. 40	Bayern	"Parteichef Waigel zum CSU-Erfolg: Ein Sieg der Spitzenfiguren. Der SPD-Vorsitzenden ein Cassandra-Image zugeschrieben"	0,5
14.6.	Nr. 134/S. 40	Bayern	"Nach Niederlage der Liberalen. 'Alpenindianer' muß gehen"	0,5

## 1994: SZ Wählerverhalten

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Februar 94</b>				
11.2.	Nr. 34/S. 52	Bayern	"Europa-Wahl für 170 000 Ausländer in Bayern. Costas kandidiert in Coburg"	0,5
28.2.	Nr. 48/S. 39	Bayern	"EU-Bürger müssen sich registrieren lassen"	0,25
<b>März 94</b>				
30.3.	Nr. 74/S. 12	Themen	"Wahlrecht für Europäer"	0,25
<b>April 94</b>				
18.4.	Nr. 88/S. 47	Bayern	"Bei der Europawahl. Umfrage gibt der SPD 42 Prozent"	1
29.4.	Nr. 98/S. 25	Bayern	"FBU-Chef Knipfer will wieder ins Parlament"	0,25
29.4.	Nr. 98/S. 58	Briefe an die SZ	"Vom Europa-Wahlrecht beiläufig erfahren"	0,25
<b>Mai 94</b>				
2.5.	Nr. 100/S. 2	Nachrichten	"Ausländische EU-Bürger an Euro-Wahl kaum interessiert"	0,25
2.5.	Nr. 100/S. 44	Bayern	"CSU eröffnet Europa-Wahlkampf"	0,5
6.5.	Nr. 104/S. 5	Nachrichten	"Bei der Europawahl in der Bundesrepublik. 26 Parteien, 99 Sitze und fast tausend Bewerber"	0,5
14.5.	Nr. 110/S. 42	Bayern	"Bei der Europawahl. EU-Bürger bevorzugen heimatliche Kandidaten"	0,25
20.5.	Nr. 115/S. 42	Bayern	"Neue Umfrage. Christsoziale fühlen Aufwind"	0,25
<b>Juni 94</b>				
7.6.	Nr. 128/S. 4	Meinungsseite	"Zum erstenmal Europawahl. In den neuen Bundesländern kämpfen die Parteien vor allem um das Interesse der Bürger"	0,75
10.6.	Nr. 131/S. 48	Bayern	"Die Sache mit den fünf Prozent"	0,5
11.6.	Nr. 132/S. 37	München	"Europawahl: Erstmals sind auch Ausländer an die Urne gerufen. München kann Zeichen in Straßburg setzen"	0,75
11.6.	Nr. 132/S. 38	München	"Abschlußkundgebungen der Parteien. Das letzte Werben um die letzten Stimmen"	1,25
11.6.	Nr. 132/S. 38	München	"Hans-Dietrich Genscher im Augustinerkeller. Multikulti zum Freibier"	0,5
11.6.	Nr. 132/S. 39	München	"Ein Blick auf die Europaliste. Viele Kaufleute, wenig Frauen"	0,5
13.6.	Nr. 133/S. 1	Nachrichten	"Ostdeutsche machen von Wahlrecht regen Gebrauch. Offenbar geringe"	1

			Wahlbeteiligung im Westen"	
13.6.	Nr. 133/S. 1	Nachrichten	"Europawahl in Deutschland. Union klarer Sieger Deutliche Verluste der SPD."	0,75
13.6.	Nr. 133/S. 4	Meinungsseite	"Nach der Europawahl: SPD muß auf Wunder warten. FDP stirbt, SPD stürzt, Grün sticht - und die CDU staunt über sich selbst"	0,5
13.6.	Nr. 133/S. 31	München	"Ein bißchen Wählen üben für Europa. Wie eine Griechin mit ihrer Familie Einfluß nimmt auf die Münchner Stadtpolitik"	0,5
13.6.	Nr. 133/S. 36	Bayern	"Den Absturz verhindert"	0,5
14.6.	Nr. 134/ S. 1	Nachrichten	"Union bei EU-Wahl klar vor SPD"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 5	Nachrichten	"Hoyerswerda erteilt Republikanern Absage"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 5	Nachrichten	"Grüne: Rot-grüne Koalition noch nicht endgültig dahin"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 5	Nachrichten	"SPD-Generalsekretär Verheugen: 'Niederlage ist ein heilsamer Schock'"	0,5
14.6.	Nr. 134/ S. 7	Nachrichten	"Mit Ausnahme Brandenburgs. CDU auch in Ostdeutschland vorn"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 7	Nachrichten	"Analyse der Europawahl durch die Forschungsgruppe Wahlen. Scharpings Sympathiewerte sind dramatisch gefallen"	1,5
14.6.	Nr. 134/ S. 7	Nachrichten	"Beste PDS-Resultate im Westen in Stadtstaaten"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 7	Nachrichten	"Hamburger Wahlamt: 22 Prozent sind Dauer-Nichtwähler"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 3	Seite Drei	"Nach Schaden wieder froh. Als gäbe es keine Affären, triumphiert die CSU über die SPD"	1
14.6.	Nr. 134/ S. 22	Wirtschaft	"Wähler bevorzugen den Typ Waigel. Wahlergebnis könnte Brüsseler Wirtschaftspolitik ändern"	0,75
14.6.	Nr. 134/ S. 33	München	"Europawahl: Die Parteien im Stadtviertel-Vergleich. Die Randgebiete sind die Hochburgen der CSU"	0,75
14.6.	Nr. 134/ S. 40	Bayern	"Ergebnisse der Europawahl in den Regierungsbezirken Bayerns"	0,25
14.6.	Nr. 134/ S. 40	Bayern	"Bayern-SPD übt verdeckte Kritik an Scharping. Keine Sterne vom Himmel geholt"	0,75
14.6.	Nr. 134/ S. 40	Bayern	"Erstaunliches Ergebnis"	0,75
14.6.	Nr. 134/ S. 40	Bayern	"Opposition kann ihre Chancen nicht nutzen. CSU greift wieder nach der absoluten Mehrheit. Ergebnis der Europawahl würde der Regierungspartei bei der Landtagswahl 114 von 204 Mandaten beschern"	1,25

15.6.	Nr. 135/ S. 7	Nachrichten	"Bei der Europawahl. In Sachsen 5,4 Prozent aller Stimmen ungültig.	0,25
29.6.	Nr. 147/S. 2	Nachrichten	"Jeder zweite junge Wähler blieb der Europawahl fern"	0,25

# 1994: Die Zeit

Datum	Nummer/Seite	Themenblock	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>April 94</b>				
15.4.	Nr. 16/S. 2		"Höhenflug"	0,25
<b>Mai 94</b>				
27.5.	Nr. 22/S. 10	Karikatur		
27.5.	Nr. 22/S. 10		"Nicht politische Programme, sondern Klüngel und Versorgungsansprüche bestimmen die Europawahl. Ein Parlament als Beute der Parteien."	2,25
<b>Juni 94</b>				
3.6.	Nr. 23/S. 2		"Beim Wahlkampf in Bayern geht es um das Schicksal der CSU und des Ministerpräsidenten Stoiber. Europa spielt nur eine Nebenrolle."	2
3.6.	Nr. 23/S. 12	5 Schaubilder		
3.6.	Nr. 23/S. 12	zugehöriger Artikel	"Europa - Liebe ohne Leidenschaft. Wahl-Zeit. Die Trends im Entscheidungsjahr 1994"	1
3.6.	Nr. 23/S. 13		"Europa wählt ein neues Parlament. [¼] Mit beharrlicher Aufdringlichkeit arbeitet das Europaparlament an der Zukunft eines Kontinents."	7,25
3.6.	Nr. 23/S. 13	Schaubild	"Fraktionen im Europäischen Parlament"	
10.6.	Nr. 24/S. 3		"Mit gelangweiltem Achselzucken blicken viele Deutsche auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am kommenden Sonntag. Doch die Einigung des Kontinents muß weitergehen - gegen Ignoranz, Demagogie und sauren Haß. Europa ist unser Gesetz."	3,25
10.6.	Nr. 24/S. 39		"Europawahl 1994. Zeitliches aus Brüssel. Wählen ohne Wahl."	0,75
17.6.	Nr. 25/S. 2	Zitat	"Wer sich an dieser Wahl nicht beteiligt, der verweigert seine Stimme auch der zukünftigen Entwicklung seines eigenen Schicksals. Bundespräsident Richard von Weizsäcker."	
17.6.	Nr. 25/S. 2	Zitat	"Opium fürs Volk. Hans-Herbert von Arnim. Rechtsprofessor. über die Europawahlen."	
24.6.	Nr. 26/S. 10	Schaubild	"Die Wahlergebnisse der PDS"	

# 1994: Der Spiegel

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 94</b>				
03.01.	Nr. 1/S. 28-29	Spiegel Essay	"Ein Europa für die Zukunft"	2
31.01.	Nr. 5/S. 20	Deutschland	"Pack und Betrüger. Fairneßabkommen der Parteien ermuntern die Wahlkämpfer zu übler Polemik."	0,5
<b>März 94</b>				
07.03.	Nr. 10/S. 39	Deutschland / Wahlen	"Ausbruch von Schweiß. Bei der Europawahl im Juni dürfen erstmals in Deutschland lebende Ausländer mitbestimmen. Die Behörden machen es ihnen schwer."	1
28.03.	Nr. 13/S. 152-153	Ausland/ Europäische Union	"Exklusiver Klub. In Brüssel bahnt sich eine schwere Krise an: Die Briten wollen den Weg zur Einheit versperren."	1
<b>Mai 94</b>				
09.05.	Nr. 19/S.18-22	Deutschland / Europa	"Knopfdruck ohne Folgen. Der Europa-Wahlkampf wird eröffnet. Doch warum sollen die Bürger am 12. Juni wählen gehen? Die Abgeordneten entscheiden stets nach dem Willen der Regierungen - wie zuletzt bei der Aufnahme der neuen EU-Mitglieder. Dabei könnte das Straßburger Parlament weitaus mehr Macht ausüben - wenn es nur wollte"	3
23.05.	Nr. 21/S. 134	Ausland / Panorama	Schaubild: "Wenig Interesse an den Vereinigten Staaten von Europa"	0,25
<b>Juni 94</b>				
06.06.	Nr. 23/S. 24-26	Deutschland / Europa	"Bizarres Basteln. Ein schönes und friedliches Europa spiegeln die Parteien im Wahlkampf vor - dabei lasten auf der EU gewaltige Probleme."/ Schaubild: "Wahlen zum Europäischen Parlament"	1,5
20.06.	Nr. 25/S. 28	Deutschland / Wahlen	"Falscher Umschlag. Superwahltage überfordern viele Wähler: Die Zahl der ungültigen Stimmen erreicht Rekordhöhe."	0,5
20.06.	Nr.25/S. 131-133	Ausland / Europäische Union	"Stille Entmachtung. Gegenseitiges Mißtrauen lähmt die EU-Partner, die Brüsseler Kommission verliert an Einfluß."	2



# 1994: Focus

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Februar 94</b>				
07.02.	Nr. 6/S. 40-44	Deutschland	"Das Kreuz mit den Wahlen. Aufgeschreckt durch Parteiverdrossenheit und die Gründung zahlreicher Protestbewegungen, suchen Politiker die Schuld beim Wahlrecht."	2
14.02.	Nr. 7/S. 44-45	Deutschland	"Im Gründungsfieber. Ein Kürzel, ein Ziel, ein paar Verdrossene - so macht man eine Partei"	1
<b>April 94</b>				
02.04.	Nr. 14/S. 22-23	Deutschland	"Im selben Revier. Mit dem Thema Sicherheit wird um Stimmen gekämpft"	0,75
11.04.	Nr. 15/S. 12	Periskop	"Rep-Spitzenkandidat deckt Schläger"	0,25
<b>Mai 94</b>				
09.05.	Nr. 19/S.18-20	Deutschland	"Macht macht konservativ. Die Kritik der Sozialdemokraten an Rudolf Scharpings autoritärem Führungsstil häuft sich. Für den Kanzlerkandidaten wird's ernst: Die Union gewinnt ihre Wirtschaftskompetenz zurück"	2
21.05.	Nr. 21/S. 226	Globus	"Tapie träumt von Berlusconis Spuren"	0,25
<b>Juni 94</b>				
06.06.	Nr. 23/S. 18-21	Deutschland	"Die Bewährungsprobe. Deutschland vor dem 12. Juni. Die FOCUS-Umfrage zeigt: Das Interesse an Europa ist überraschend groß. Die FDP muß um die Rückkehr ins Straßburger Parlament bangen"	2
06.06.	Nr. 23/S. 34	Deutschland	"Verspielter Andreotti. Der verhaftete SPD-Politiker Dieter Schinzel war ein bekannter Zocker und Pleitier"	0,5
06.06.	Nr.23/S. 94	Deutschland	"Monster von Brüssel. Günther Müller (CSU) kritisiert Europabürokratie und Zweitklassigkeit der deutschen Abgeordneten"	0,75
13.06.	Nr. 24/S. 90	Profile	"Beethofens Neunte ersetzt knackige Badenixe"	0,25
13.06.	Nr.24/S.206-207	Ausland	"Nationales über alles. Bei der Wahl zum Europaparlament rechneten die Wähler mit den eigenen Regierungen ab"	1,25
20.06.	Nr. 25/S. 11	Periskop	"Sichere Sessel"	0,25
20.06.	Nr. 25/S. 23-25	Deutschland	"Rückkehr der roten Kader. Wie die PDS mit Konfliktstrategie und durch Unterwanderung an die Macht will"	2,5

# 1999: FAZ Legitimation

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	Wörter/Din A 4
<b>Januar 99</b>				
15.01.	S. 3	Politik	"Es dauerte nur eine Stunde. Das Ringen zwischen Kommission und Europäischem Parlament"	1064/2
25.01.	S. 5	Politik	"Straßburger statt Berliner Republik. Der Länderrat der Grünen berät über das Programm zur Europawahl"	821/1,5
25.01.	S. 5	Politik	"Die Seriensiegerin soll der FDP zu einer Siegesserie verhelfen. Die Kanutin Fischer hinter dem Spitzenkandidaten Haussmann / Mediale Einöde beim Europatag in Frankfurt"	1126/2,25
26.01.	S. 4	Politik	"PDS stellt keinen Kandidaten auf. Frau Schipanski eine 'interessante Persönlichkeit'"	544/1,25
15.02.	S. 4	Politik	"Union fordert gerechteren Beitragsschlüssel. Zahlungen an die EU nach Maßgabe des Sozialprodukts / CDU und CSU uneins über Ost-Erweiterung"	608/1
<b>März 99</b>				
06.03.	S. 1	Politik	"Grüne wollen sich in Erfurt programmatisch neu orientieren"	101/0,25
06.03.	S. 4	Politik	"Radikale und realistische Projekte der Umgestaltung. Europa und die Erinnerung an die Volksfront/Parteitag der PDS in Suhl"	947/1,5
<b>April 99</b>				
08.04.	S. 9	Politik	"Junge Liberale wählen neue Führung"	159/0,25
08.04.	S. 9	Politik	"Bei der Europawahl 23 Parteien und Gruppen mit Bundeslisten"	163/0,25
30.04.	S. 2	Politik	"Liberale für Bodentruppen"	208/0,25
<b>Mai 99</b>				
21.05.	S. 6	Politik	"Mehr politische Straftaten, aber weniger Gewaltdelikte. Nordrhein-westfälische Verfassungsschützer beobachten Absprachen rechtsextremistischer Parteien"	652/1
28.05.	S. 1	Politik	"Schreiner: 'Rückenwind' für Europa - und Bürgerschaftswahl"	216/0,25
28.05.	S. 7	Politik	"In der Mitte lächelt der Nichtkandidat. Die CSU und der Anführer ihrer Europawahl-Liste"	980/1,75
31.05.	S. 4	Politik	"Kohl: Europawahl ist zentrale Zukunftsentscheidung"	135/0,25
<b>Juni 99</b>				
08.06.	Nr. 129		"Sonntag, 13. Juni 1999. Europawahl auch im Internet"	116/0,25
10.06.	Nr. 131/S. 6	Politik	"Nur wenige Unionsbürger beteiligen sich an der Europawahl. Kommission rügt Antragserfordernis/Erleichterungen zur Wahl im Jahre 2004"	478/1

15.06.	Nr. 135/S. 3	Politik	"Die FDP hat unter Gerhardt schon alles versucht. Ratlosigkeit angesichts der abermaligen Wahlniederlage"	735/1,25
--------	--------------	---------	---	----------

# 1999: FAZ Akzeptanz

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	Wörter/DinA 4
<b>Februar 99</b>				
04.02.	S. 2	Politik	"Außenpolitik eine herbe Enttäuschung"	255/0,5
05.02.	S. 7	Briefe an den Herausgeber	"Nicht vor der Europawahl"	286/0,5
05.02.	S.12	Zeitgeschehen	"Unter Schwestern"	197/0,25
10.02.	S. 3	Politik	"Die Fronten haben die Hessenwahl überstanden. Eine starke Gruppe in der CDU sieht die Unterschriftenaktion weiter skeptisch"	1226/2
<b>März 99</b>				
02.03.	S. 2	Politik	"Die Bonner Opposition reagiert empört. Lafontaine verrät standhafte Sozialdemokraten von 1945/Westerwelle spricht von Einheitsfront"	429/0,75
02.03.	S. 4	Politik	"Friedrich soll Europaliste der CSU führen. Stoiber warnt vor Verlust von 60 000 Bauernhöfen."	304/0,5
02.03.	S. 6	Politik	"CSU hofft auf mehr als 50 Prozent"	226/0,25
07.03.	S. 4	Politik	"Die PDS übt grundsätzliche Kritik an der EU. 'Kurswechsel nach links'/Modrow und Brie Kandidaten für Europa"	1047/2
08.03.	S. 3	Politik	"Ausgewiesene Arbeitnehmer und Väter gesunder Buben. Die ausgewogene Europaliste der CSU"	854/1,25
16.03.	S. 4	Politik	"FDP für eine frühere Einführung des Euro. Das Programm zur Europawahl/'Testabstimmung über Bonn'"	345/0,5
18.03.	S. 2	Politik	"EU-Kommission ist zu groß"	191/0,25
23.03.	S. 2	Politik	"Neuer Anlauf zur Reform der Parteistrukturen. Jetzt im Team auftreten"	526/1
06.03.	S. 1	Politik	"Grüne wollen sich in Erfurt programmatisch neu orientieren"	101/0,25
<b>April 99</b>				
24.04.	S. 1	Politik	"CDU-Bundesparteitag soll Kosovo-Resolution verabschieden"	212/0,25
30.04.	S. 5	Politik	"Kaum bekannt mit starrem Blick"	555/1
04.04.	S. 2	Politik	"FDP: Europawahl Abstimmung über Rot-Grün"	140/0,25
<b>Mai 99</b>				
06.05.	S. 3	Politik	"Vor der Europawahl. Die einzige direkt gewählte EU-Institution"	1366/2,5

08.05.	S. 6	Politik	"Vor der Europawahl. Bei Spargel und Wein wird der Abschiedsschmerz erträglich"	1372/2
08.05.	S. 40	Sport	"Kurze Meldungen"	82/0,25
18.05.	S. 5	Politik	"Vor der Europawahl. Wir sind keine Hinterbänkler, die nichts im Karton haben"	1255/2
19.05.	S. 5	Politik/Deutsche Fragen - deutsche Antworten	"Allensbacher Berichte und Umfragen. Europawahl aus heiterem Himmel"	1873/4
20.05.	S. 11	Politik	"Europa spricht die Wähler nicht an. Die Kampagne der CDU hat ihre Risiken"	599/1
25.05.	S. 8	Politik	"Vor der Europawahl. In der BSE-Affäre entdeckte das Europäische Parlament seine Rechte"	1105/2
31.05.	S. 1	Politik	"Gerhardt: Ich bleibe ein robuster Vorsitzender. Aber Unbehagen der Delegierten auf dem Parteitag/Finanzfachmann Thiele ist neuer FDP-Schatzmeister"	896/1,5
31.05.	S. 5	Politik	"Wulff: CDU in unverhofft guter Form"	419/0,75
<b>Juni 99</b>				
04.06.			"Bildungsthemen im Mittelpunkt. Europawahl-Kandidaten (2): Thomas Mann (CDU)"	330/0,5
05.06.			"Experte in der Agrarpolitik. Europawahl-Kandidaten (3): Willi Görlach (SPD)"	362/0,5
07.06.	Nr. 128		"Überzeugte Gewerkschafterin. Europawahl-Kandidaten (4): Barbara Weiler (SPD)"	349/0,5
08.06.	Nr. 129		"'Europa nach Frankfurt holen'. Europawahl-Kandidaten (5): Daniela Birkenfeld-Pfeiffer"	354/0,5
09.06.	Nr. 130		"Europäischer Innenpolitiker. Europawahl-Kandidaten (6): Hartmut Nassauer (CDU)"	323/0,5
10.06.	Nr. 131		"'Europabewusstsein stärken'. Europawahl-Kandidaten (7): Martin Holzfuß (FDP)"	349/0,5
11.06.	Nr. 132/S. 8	Politik	"Sogar samstags haben die Parteiaktivisten wenig zu tun. Die Europawahl findet bei den Bürgern in Deutschland wenig Interesse"	529/1
11.06.	Nr. 132/S. 87	Hessen	"Koch: Gegen den Bonner 'Irrsinn' stimmen. CDU sieht Europawahl als Signal für Bonn/Wahlkampfabschluss in Rüdeshcim"	428/1
11.06.	Nr. 132		"'Wächterrolle in Europa' Europawahlkandidaten (8): Ozan"	326/-

			Ceyhun (Die Grünen)	
11.06.	Nr. 132/S. 85	Hochtaunus - Maintaunus	"'Haben das Jammertal längst verlassen' Hans-Peter Repnik (CDU) in Kriftel: Gute Chance der Partei bei der Europawahl"	488/1
12.06.	Nr. 133		"Europa wird 'Global Player'. Europawahl-Kandidaten (9): Michael Gahler (CDU)"	335/0,5
12.06.	Nr. 133/S. 12	Zeitgeschehen	"Ohne Konturen. Die Europawahl wird von nationalen Themen bestimmt"	753/1,25
12.06.	Nr. 133/S. 87	Hessen	"Ein Politologe als Politiker. Europawahlkandidaten (10): Udo Bullmann (SPD)"	335/0,5
15.06.	Nr. 135/S. 1	Politik	"Die umgepflügte Parteienlandschaft"	836/1,5
15.06.	Nr. 135/S. 62	Frankfurt	"Blamabel"	168/0,25
16.06.	Nr. 136/S. 1	Politik	"Struck verordnet der SPD-Fraktion ein Sprechverbot. Der SPD-Fraktionsvorsitzende hält Eichels Sparprogramm für wahlentscheidend"	753/1,5
16.06.	Nr. 136/S. 6	Politik	"Teufel und die CDU im Höhenflug. Zur Landtagswahl setzt die Union auf das 'Projekt Südwind'"	420/0,75
17.06.	Nr. 137/S. 12	Briefe an den Herausgeber	"Nur ein Wähler-Meinungsbild"	232/0,25
17.06.	Nr. 137/S. 12	Briefe an den Herausgeber	"In der Europa-Politik blaß"	181/0,25
18.06.	Nr. 138/S. 74	Frankfurt	"'Partei ist nicht kampagnefähig'. Grüne: Selbstkritik nach der Europawahl / Profil angemahnt"	397/0,75

## 1999: FAZ Wählerverhalten

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	Wörter/DinA 4
<b>Mai 99</b>				
15.05.	S. 2	Politik	"Buntenbach fürchtet negative Konsequenzen für die Europawahl. Keine Anzeichen für ein Auseinanderbrechen der Grünen"	747/1,5
17.05.	S. 2	Politik	"Die Grünen blicken mit Sorge auf die Europawahl. Trittin soll nicht nach Brüssel/Schröder warnt vor falschen Erwartungen beim Koalitionspartner"	723/1,25
<b>Juni 99</b>				
08.06.	Nr. 129/S. 2	Politik	"Radcke: Kein böses Omen für die Europawahl"	232/0,5
08.06.	Nr. 129/S. 3	Politik	"Ein Fortschritt bei der Ausdehnung nach Westen? Nach Bremen macht sich die PDS für die Europawahl Mut"	699/1,25
14.06.	Nr. 134/24/S. 1	Politik	"Große Gewinne der Union bei der Europawahl. Verluste der SPD und der Grünen / Die PDS über fünf Prozent / Die FDP gescheitert / Niedrige Wahlbeteiligung"	1504/2,5
14.06.	Nr. 134/24/S. 1	Politik	"Die Union triumphiert"	363/0,5
14.06.	Nr. 134/S. 59	Titels. Rhein-Main-Zeitung	"CDU auch im Rhein-Main-Gebiet klarer Sieger bei der Europawahl. In Frankfurt 44,1, in Offenbach 46,7 Prozent für die Union / SPD behauptet sich / Grüne verlieren auf hohem Niveau" + Das vorläufige Wahlergebnis 1999	1393/1,75
14.06.	Nr. 134/S. 2	Politik	"Stoiber sieht 'grandiosen' Erfolg"	134/0,25
14.06.	Nr. 134/S. 60	Frankfurt	"Jawoll, geil und endlich ein historischer Tag. Die PDS feiert im Club Voltaire / Stimmungsanteil in Frankfurt etwa verdoppelt"	456/1
14.06.	Nr. 134/S. 60	Frankfurt	"Nur die pflichtbewussten Alten verhindern eine größere Blamage. Kollektives Wahlschwänzen: Jeder hat seine eigene Ausrede:"	651/1
15.06.	Nr. 135/24/S. 1	Politik	"Nach dem Erfolg der Union Streit in Bonn über die Besetzung der EU-Kommission. Schäuble: Regierung soll mit uns sprechen / Schröder: Nicht erwartete Niederlage"+ Das vorläufige Wahlergebnis 1999	2277/2 + 4,5
15.06.	Nr. 135/S. 3	Politik	"Kein Wasser in den Wein. Die Union genießt ihre Erfolge und klagt nicht über die geringe Wahlbeteiligung"	1119/2
15.06.	Nr. 135/S. 5	Politik	"Ausnahmeergebnis in jeder Beziehung'. Die CSU erhöht den Anteil und die Zahl der Stimmen"	461/0,75

15.06.	Nr. 135/S. 5	Politik	"Erfolge der Union auch in Ostdeutschland. Die SPD vielerorts nur noch dritte Kraft hinter der PDS"	598/1
15.06.	Nr. 135/S. 5	Politik	"Verluste selbst im Lande Lafontaines. Die CDU siegt auch in Rheinland-Pfalz"	612/1
15.06.	Nr. 135/S. 12	Briefe a.d. Herausgeber	"In Bensheim um nichtdeutsche Unionsbürger gekümmert"	444/0,75
15.06.	Nr. 135/S. 17	Wirtschaft	"Europawahl gilt als Denkwort für Regierung. Verbände: Rot-Grün ist gescheitert / Für EU-Kommissar aus der Union"	415/0,75
15.06.	Nr. 135/S. 59	Titels. Rhein-Main-Zeitung	"Halbes Votum"	315/0,5
15.06.	Nr. 135/S. 61	Frankfurt und Rhein-Main	CDU motiviert Wähler am besten, SPD-Anhänger bleiben zu Hause. PDS gewinnt von Grünen / Stimmbeteiligung auf Rekordtief"	775/1,5
15.06.	Nr. 135/S. 61	Frankfurt und Rhein-Main	"Dany' gewinnt, und Jutta bleibt zu Hause"	409/0,75
15.06.	Nr. 135/S. 61	Frankfurt und Rhein-Main	"Im Souterrain"	1384/0,25
15.06.	Nr. 135/S. 66	Rhein-Main	"CSU in allen 17 Kommunen vor der SPD. Absolute Mehrheit für die Union im Rheingau-Taunus-Kreis / Geringe Wahlbeteiligung"	1174/2
15.06.	Nr. 135/S. 66	Rhein-Main	Fast zwei Drittel der Wähler blieben zu Hause. In Offenbach besonders niedrige Wahlbeteiligung / 'Bedenkliche Entwicklung'"	694/1
15.06.	Nr. 135/S. 66	Rhein-Main	"'Guter Ansatz für die Kommunalwahlen' CDU erstmals in Darmstadt-Dieburg vorne / SPD gewinnt in Birckenbach und Ober-Ramstadt"	1238/2
15.06.	Nr. 135/S. 67	Rhein-Main	"Darmstädter SPD ist 'tief enttäuscht'. Barbara Schmidtbauer nicht mehr im EU-Parlament / Grüne sind glimpflich davongekommen"	434/1
15.06.	Nr. 135/S. 67	Rhein-Main	"Mann und Gahler holen für die CDU Spitzenwerte. Heimische Kandidaten bewähren sich bei der Europawahl / 55,4 Prozent für die Union"	1149/2
15.06.	Nr. 135/S. 69	Rhein-Main	"In Seligenstadt bestes Ergebnis für die CDU. Union in elf von 13 Kommunen mit absoluter Mehrheit / SPD von Ergebnis enttäuscht"	1113/2
15.06.	Nr. 135/S. 69	Hessen	"Europawahl: CDU gewinnt auch in Nordhessen hinzu"	157/0,25
15.06.	Nr. 135/S. 72	Aschaffenburg	"Satte 60 Prozent für die CSU. FDP bleibt unter fünf Prozent"	1514/2,25
15.06.	Nr. 135/S. 72	Aschaffenburg	"Regionales nicht ausschlaggebend' Landrat Schwing (CSU): Wahlergebnis als Bestätigung der Europakompetenz der Union"	854/1,5



17.06.	Nr. 137/S. 72	Hessen	"Ein Warnsignal wie die Wahl in Hessen. Ergebnis der Europa-Abstimmung Anlaß zum Nachdenken und Handeln"	393/1
--------	---------------	--------	--	-------

## 1999: SZ Legitimation

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 99</b>				
25.01.	Nr. 19/S. 6	Nachrichten	"Privilegien für schädlichste Form der Mobilität abschaffen'. Grüne wollen Flugbenzin besteuern"	0,25
<b>Februar 99</b>				
03.02.	Nr. 27/S. L2	München	"Europawahlkampf der Union. CSU setzt auf Asyl- und Drogenpolitik"	0,25
<b>März 99</b>				
02.03.	Nr. 50/S. 5	Nachrichten	"Zielsetzung für die Europawahl. PDS strebt sechs Prozent an. Militärische Komponente der Integration abgelehnt."	0,5
08.03.	Nr. 55/S. 6	Nachrichten	"PDS-Parteitag in Suhl. Ziel ist erster Einzug ins Europaparlament. Delegierte wählen Sylvia-Yvonne Kaufmann zur Spitzenkandidatin der Partei."	0,5
09.03.	Nr. 56/S. 5	Nachrichten	"SZ-Interview mit der grünen Spitzenkandidatin Heide Rühle. 'Europawahl ist Chance und Gefahr zugleich'. Kritik an der Kandidatenaufstellung / Gegen Strukturdebatte zum jetzigen Zeitpunkt."	0,75
30.03.	Nr. 74/S. 2	Nachrichten	"Auslands-Deutsche können Wahl-Unterlagen anfordern"	0,25
<b>April 99</b>				
08.04.	Nr. 80/S. 10	Nachrichten	"Wahlvorschläge eingereicht. Bundesweit 23 Parteien bei der Europawahl"	0,5
<b>Mai 99</b>				
19.05.	Nr. 113/S. 4	Meinungsseite	"Mehr Europa bitte!"	0,25
28. 05.	Nr. 120/S. 2	Nachrichten	"Brüssel bemängelt Diskriminierung. Bonn droht Klage wegen Europa-Wahlrechts"	0,25
28. 05.	Nr. 120/S. L1	München	"Wahlpost verschwunden. Ganze Häuser erhalten keine Unterlagen für den 13. Juni"	0,25
<b>Juni 99</b>				
10.06.	Nr. 130/S. 7	Nachrichten	"Wegen eines Verfahrens der EU-Kommission. Bonn ändert Europawahlordnung. EU-Ausländer müssen sich nicht mehr registrieren lassen"	0,25
12.06.	Nr. 132/S. 11	Themen	"Der Boxkampf von Breitbrunn. CSU-Duell im Feuerwehrtzelt: Wie der Europa-Fan Edmund den Europa-Kritiker Stoiber in die Ecke schickt"	1
12.06.	Nr. 132/S. 11	Themen	kein Titel	0,25

12.06.	Nr. 132/S. 11	Themen	"Hoffnungslos die Nummer eins. Was es heißt, Spitzenkandidat für Bayerns FDP zu sein"	0,5
12.06.	Nr. 132/S. 11	Themen	"Im Meer der Gleichgültigkeit. Die sächsische SPD-Europaabgeordnete Constanze Krehl versucht, ihre Bekanntheit zu steigern"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"99 deutsche Abgeordnete"	0,5

# 1999: SZ Akzeptanz

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 99</b>				
22.01.	Nr. 17 /S. 5	Nachrichten	"Programmmentwurf zur Wahl des Straßburger Parlaments. Grüne setzen sich in der Europapolitik von Fischer ab"	0,5
22.01.	Nr. 17/S. 11	Themen	"Profil fürs Europaparlament. Die Straßburger Abgeordneten haben inzwischen an Einfluß gewonnen"	0,25
25.01.	Nr. 19/S. 6	Nachrichten	"Liberalen nominieren Kandidaten für Europawahl. Haussmann führt FDP-Liste an"	0,25
30.01.	Nr. 24/S. 39	Bayern	"Mach' mir den Kandidaten"	0,25
<b>Februar 99</b>				
02.02.	Nr. 26/S. 4	Meinungsseite	"Der Spatz in Stoibers Hand"	0,25
09.02.	Nr. 32/S. L8	Bayern	"Rückzieher bei CSU-Europaliste. Ingo Friedrich bleibt Spitzenkandidat"	0,25
23.02.	Nr. 44/S. 2	Nachrichten	"Schönhuber verzichtet auf DVU-Spitzenkandidatur"	0,25
<b>März 99</b>				
02.03.	Nr. 50/S. L7	Bayern	"Wie man einen ungeliebten Kandidaten feiert. Stoiber lobt den von ihm geschädigten Ingo Friedrich plötzlich als bekanntesten Europapolitiker Bayerns"	0,5
08.03.	Nr. 55/S. L7	Bayern	"Drei Europa-Schwalben"	0,25
<b>Mai 99</b>				
12.05.	Nr. 108/S. 9	Nachrichten	"630-Mark-Jobs Kampagnenthema. CDU gibt 20 Millionen für Europa-Wahlkampf aus"	0,5
12.05.	Nr. 109/S. L3	München	"Krumme Gurken, böse Nato. PDS-Fraktionschef Gysi begeistert seine Münchner Anhänger in der Rolle als Kriegsgegner"	0,5
29.05.	Nr. 121/S. 55	München	"Europawahl '99: 'Die Resonanz ist ganz schwach'. Große Visionen - und keiner schaut hin. Wie die Spitzenkandidaten darum kämpfen, überhaupt wahrgenommen zu werden"	1
<b>Juni 99</b>				
07.06.	Nr. 127/S. 6	Nachrichten	"Kleiner Parteitag in Bamberg. CSU vermutet Wahltaktik hinter Kosovo-Einigung"	0,25
07.06.	Nr. 127/S. 4	Meinungsseite	"Zwischen Wodka und Gebirgsenzian"	0,25
10.06.	Nr. 130/S. 7	Nachrichten	"Brechtisches Lehrstück und Polit-Gaudi. Joschka Fischer bewährt sich bei der zentralen Kundgebung der Grünen zur Europawahl auch als Talkmaster"	0,75

10.06.	Nr. 130/S. 3	Seite Drei	"Europa-Wahlkampf: 'Fünf Jahre Arbeit, und dann interessiert das keinen'. Gurken statt Gesichter. Sogar von ihren Parteien werden sie versteckt - wie sich die Kandidaten fürs Straßburger Parlament um Stimmen mühen"	02. Mai
10.06.	Nr. 130/S. L9	Bayern	"Kandidaten aus Bayern im Streitgespräch vor der Europawahl am 13. Juni. 'Jeder kocht zu Lasten der EU sein eigenes Süppchen'. Wie Angelika Niebler (CSU), Gerhard Schmidt (SPD) und Wolfgang Kreissl-Dörfler (Bündnis 90/Die Grünen) der Politik in Brüssel mehr Profil geben wollen"	2,75
10.06.	Nr. 130/S. 13	Berlin-Seite	"Eurofighterin für den Frieden. Mit 21 Jahren hat die Grüne Ilka Schröder gute Chancen, die jüngste deutsche Abgeordnete im Europaparlament zu werden"	1
11.06.	Nr. 131/S. L3	München	"Brüssel liegt vor der Haustür. Im Supermarkt, am Arbeitsplatz oder auf der Straße: EU-Normen gehören zum Alltag"	1
11.06.	Nr. 131/S. L3	München	"Der Forscher"	0,25
11.06.	Nr. 131/S. L3	München	"Die Rechtsanwältin"	0,25
11.06.	Nr. 131/S. L3	München	"Die Stadträtin"	0,25
11.06.	Nr. 131/S. L4	München	"Geschichte und Geschichten: Die erste Europawahl vor 20 Jahren. Freibier, Sauerkraut und leere Stühle. 'Pöstchen für abgetakelte Politiker' - das Interesse am Straßburger Parlament war in München nur mäßig"	1,25
12.06.	Nr. 132/S. 11	Themen	"Grüne Thesen vor Allgäuer Rebellen. Der Europa-Abgeordnete Graefe zu Baringdorf will die Bauern vom Brüsseler Tropf nehmen"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. 5	Nachrichten	"Die Schonfrist für Rot-Grün in Bonn ist vorbei"	1
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"Schäuble wie Stoiber haben die europäische Gesellenprüfung geschafft. Dem Triumph folgt heitere Gelassenheit. Trotz des spektakulären Wahlerfolges kommen die Christdemokraten nicht in Versuchung, mit den Prozenten zu protzen"	1
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"Die PDS bleibt eine Ost-Partei"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. L1	München	"Die Münchner Europa-Abgeordneten. Der Ausschußalltag hat sie schon wieder"	0,25

## 1999: SZ Wählerverhalten

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Mai 99</b>				
07.05.	Nr. 104/S. 2	Nachrichten	"Abstimmung per Computer bei Europawahl möglich"	0,25
18.05.	Nr. 112/S. L1	München	"Sie haben die Wahl - aber kaum Interesse. Viel spannender als die Europa-Entscheidung finden Österreicher oder Italiener die Frage, wer Münchner OB wird"	0,5
20.05.	Nr. 114/S. 9	Berlin-Seite	"Mehr Ostberliner gehen zur Wahl"	0,25
21.05.	Nr. 115/S. 8	Nachrichten	"Düsseldorfs Innenminister legt Verfassungsschutzbericht vor. 'Braunes Gespenst noch nicht vertrieben'. Behrens: Rechte bündeln Kräfte vor Europawahl/Zahl der Straftaten aber rückläufig"	0,5
<b>Juni 99</b>				
07.06.	Nr. 127/S. L1	München	"Endspurt für die Briefwähler. Knapp 100 000 Münchner haben sich schon entschieden"	0,25
09.06.	Nr. 129/S. L8	Bayern	"Europawahl: Briefwähler müssen sich sputen"	0,25
10.06.	Nr. 130/S. L9	Bayern	"Experten befürchten geringe Beteiligung"	0,5
11.06.	Nr. 131/S. 12	Berlin-Seite	"Halbe Sache für Europa"	0,25
14.06.	Nr. 133/S. 1	Nachrichten	"Hochrechnungen zufolge. Union klarer Sieger der Europawahl"	1
14.06.	Nr. 133/S. 3	Seite Drei	"Europawahl: Triumph der CDU. Jetzt muß ein Kommissar her"	0,75
14.06.	Nr. 133/S. 4	Meinungsseite	"Die Union in Glanz und Gloria"	0,75
14.06.	Nr. 133/S. 49	München	"Erwartungen übertroffen. Europawahl: Die CSU legt auch in München deutlich zu"	0,5
14.06.	Nr. 133/S. 54	Region München	"Starnberg wählt die CSU. 62,9 Prozent bei Europaentscheid, nur 16,5 für die SPD"	0,25
14.06.	Nr. 133/S. 55	Bayern	"Triumphaler Wahlsieg für die CSU. Regierungspartei nahe an der Zweidrittel-Mehrheit / SPD nur noch bei rund 21 Prozent"	0,75
14.06.	Nr. 133/S. 55	Bayern	"Stoiber glänzt, die SPD stürzt ab"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. 1	Nachrichten	"Nach dem großen Sieg von CDU und CSU bei der Europawahl. Schröder: Ich habe die Wähler verstanden. Wir müssen in der Innen- und Wirtschaftspolitik so gut werden wie in der Außenpolitik, sagt der Bundeskanzler. Katzenjammer in der SPD / Fraktionschef Struck: Denktzettel für	0,75

			Bonn / Union in Aufbruchstimmung"	
15.06.	Nr. 134/S. 3	Seite Drei	"Jetzt kommen die tollen Tage. Die Parteilinken fürchten, das Desaster bei der Europawahl begründe den offiziellen Anfang der Schröder-SPD"	1,5
15.06.	Nr. 134/S. 4	Meinungsseite	"Schröders dritte Chance"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. 5	Nachrichten	"Die Schonfrist für Rot-Grün in Bonn ist vorbei"	1
15.06.	Nr. 134/S. 6	Nachrichten	"Berlin ist politisch noch immer geteilt"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. 6	Nachrichten	"Gnädige SPD-Wähler im Norden. In Niedersachsen stagnieren die Sozialdemokraten, in Bremen und Hamburg gewinnen sie dazu"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. 6	Nachrichten	"Der Gegenwind kam aus Bonn. Christoph Böhr, 'der Stoiber vom Main' deklassiert die SPD in Rheinland-Pfalz"	0,5
15.06.	Nr. 134/S. 6	Nachrichten	"Stoibers Schlag trifft Schröder hart. Bayerns Ministerpräsident hat jetzt gute Papiere als Kanzlerkandidat"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. 6	Nachrichten	"Wie zu Zeiten von Lothar Späth. In Baden-Württemberg liegt die CDU wieder über 50 Prozent"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"Schlappe für die Grünen. Trost mit Dany. Eine Partei auf Profilsuche"	0,5
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"FDP: Bei der nächsten Wahl wird alles besser"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"Die SPD und ihre (Nicht-)Wähler. Spaß am Abstrafen. Das Desaster der Sozialdemokraten ist auch hausgemacht"	0,5
15.06.	Nr. 134/S. 7	Nachrichten	"Endergebnis der Europawahl für Deutschland"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. 10	Nachrichten	"Poxdorf statt Brüssel"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. 10	Nachrichten	"Leinen und Modrow gehen nach Straßburg. Ein knappes Drittel der deutschen Europaabgeordneten sind Neulinge"	0,5
15.06.	Nr. 134/S. 15	Berlin-Seite	"Diepgen lacht, Momper schmolzt. CDU will Ergebnis der Europawahl im Herbst wiederholen - SPD wieder deutlich über fünf Prozent"	1
15.06.	Nr. 134/S. 25	Wirtschaft	"Die Quittung folgt prompt. Europawähler stellen der Wirtschaftspolitik ein Mangelhaft aus"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. 25	Wirtschaft	"Europawahl muß Kurswechsel auslösen"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. L2	München	"Die OB- und Europawahlen nach Stadtbezirken"	0,5
15.06.	Nr. 134/S. L8	Bayern	"14 Abgeordnete in Straßburg"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. L8	Bayern	"Einzelergebnisse der Europawahl in Bayern"	1

15.06.	Nr. 134/S. L8	Bayern	"Wuchern mit dem Doppelpfund"	0,75
15.06.	Nr. 134/S. L8	Bayern	"Kein Jubel, keine Tränen. Grüne sehen sich bestätigt / Boykotteure sollen gehen"	0,25
15.06.	Nr. 134/S. L8	Bayern	"CSU bleibt auf dem Teppich. Stoiber spricht von Ausnahmeergebnis bei Europawahl"	0,5
15.06.	Nr. 134/S. L8	Bayern	"Wahlmüdigkeit ist eine SPD-Krankheit. Sozialdemokratische Verluste sind dramatischer, als es das Prozentergebnis erkennen läßt"	1
16.06.	Nr. 135/S. 17	Feuilleton	"Wir haben Verstand"	0,5
19.06.	Nr. 138/S. 21	Briefe an die SZ	"Quittung für Reformen. Berichterstattung über das Ergebnis der Europawahlen"	0,25
21.06.	Nr. 139/S.22	Medien	"Zu frühe Prognose? Bundeswahlleiter prüft 'heute'-Sendung zur Europawahl"	0,25
30.06.	Nr. 147/S.13	Briefe an die SZ	"Parteien ziemlich gleich"	0,25



## 1999: Die Zeit

Datum	Nummer/Seite	Themenblock	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 99</b>				
28.01.	Nr. 5/S. 2	Internationale Beziehungen/ Frankreich	"Dany mondial. Daniel Cohn-Bendit, Spitzenkandidat der französischen Grünen, will der Linken die Angst vor Europa nehmen"	2
<b>Juni 99</b>				
10.06.	Nr. 24/S. BL 6	Internationale Beziehungen/ BRD	"Ja oder Nein? Entscheiden"	0,5
10.06.	Nr. 24/S. 8	Innenpolitik/ BRD, EU	"Technokratisch, faktisch, gut"	3

# 1999: Der Spiegel

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 99</b>				
04.01.	Nr. 1/S. 38	Titel	"Ein gewaltiger Knall'. EU-Beamte genießen beneidenswerte Privilegien und verdienen doppelt soviel wie ihre Kollegen in Bonn"	0,5
11.01.	Nr. 2/S. 120-123	Ausland/Europa	"Koalition der Zornigen. Machtprobe zwischen den EU-Institutionen: Zum erstenmal könnte die Brüsseler Kommission vom Parlament in Straßburg abgesetzt werden. Mißwirtschaft, Betrügereien und Korruption haben das Ansehen der obersten Eurokraten zuiniert."	2
18.01.	Nr. 3/S.22-25	Deutschland/Europa	"Die gute Krise. Trotz des gescheiterten Mißtrauensantrages gegen die EU-Kommission ist das Europaparlament der Gewinner des Konflikts. Selbst Bundeskanzler Gerhard Schröder erweist den oft belächelnden Abgeordneten seine Reverenz."	1,75
<b>Februar 99</b>				
01.02.	Nr. 5/S. 42-43	Deutschland/PDS	"Alpha und Omega. Hans Modrow und André Brie wollen ins Europaparlament. Die Personalfrage zwingt die Partei zur Richtungsentscheidung - zwischen DDR-Nostalgie und linker Realpolitik."	1,5
15.02.	Nr. 7/S. 158-160	Ausland/Frankreich	"Dany und der Wolf. Der ehemalige Barrikadekämpfer Daniel Cohn-Bendit ist als Europa-Spitzenkandidat der Grünen nach Frankreich zurückgekehrt. Seine Auftritte provozieren nostalgischen Jubel und giftigen Antisemitismus."	2,5
<b>März 99</b>				
22.03.	Nr. 12/S. 176-185	Titel	"Das Beben von Brüssel. Der tiefe Fall der Europäischen Kommission löste Katzenjammer, aber auch Genugtuung aus. Der Druck, auf dem Berliner EU-Gipfel	5

			tiefgreifende Reformen zu beschließen, nimmt deutlich zu. Kanzler Schröder will für Europa eine neue Ära einläuten."	
29.03.	Nr. 13/S. 32	Europa	"Unser Goldesel. Nach der EU-Kommission droht auch dem Europäischen Parlament ein Skandal: Die Parteien bedienen sich kräftig aus dem Gemeinschaftsetat."	1
<b>Juni 99</b>				
14.06.	Nr. 24/S. 182	Ausland/Europa	"Gestörtes Gleichgewicht. Romano Prodi baut die EU-Kommission zur europäischen Regierung um. Aber ihm fehlt verlässliche Unterstützung durch das Parlament."	1
19.06.	Nr. 25/S. 23	Schaubild	"Der Protest der Nichtwähler"	

# 1999: Focus

Datum	Nummer/Seite	Ressort	Überschrift	DinA 4 Seiten
<b>Januar 99</b>				
04.01.	Nr. 1/S. 172	Ausland	"Santer läßt's krachen. Weil sich konservative EU-Abgeordnete verweigern, greift der Kommissionspräsident deutschen Ex-Kommissar an"	0,5
17.01.	Nr. 3/S. 204-207	Ausland	"Schwer ramponiert. EU-Kommissionschef Jacques Santer münzt dreist das gerade überstandene Mißtrauensvotum in einen Vertrauensbeweis um"	1,25
17.01.	Nr. 3/S. 209	Interview	"Wer Fehler macht, muß gehen. EU-Parlamentspräsident José-Maria Gil-Robles fordert die Abkehr vom Kollegialitätsprinzip der Kommission und die Abschaffung der Immunität"	1
<b>Februar 99</b>				
08.02.	Nr. 6/S. 272	Globus	"Auf der Flucht vor den Jägern"	0,25
13.02.	Nr. 7/S. 23	Deutschland	"Direktiven aus dem tiefen Süden. Nach dem CDU-Sieg in Hessen setzt Unions-Star Stoiber auch bei der Europawahl auf Konfrontation pur - und drückt der großen Schwester seinen Stempel auf."	0,75
<b>März 99</b>				
01.03.	Nr. 9/S. 56	Deutschland	"Roman Herzog wäre ideal. CSU-Vize Ingo Friedrich favorisiert den deutschen Bundespräsidenten als EU-Kommissionschef" (hier steht nur ein Satz zur EW)	0,75
<b>Mai 99</b>				
03.05.	Nr. 18/S. 78	Deutschland	"Irrungen und Wirrungen. Drei Bundesländer splitten die Schlußzeiten für Europa und Kommunalwahlen"	0,5
03.05.	Nr. 18/S. 82-84	Deutschland	"Zurück auf die Straße. Die Christdemokraten wollen mit mehr Bürgernähe die Wahlen in Ostdeutschland gewinnen"	
22.05.	Nr. 21/S. 14	Periskop	"CDU-Wahlkampf. Diesmal mit Humor2"	0,25
31.05.	Nr. 22/S. 3	Tagebuch	"Salbe fürs Volk - auch an der Theke"	0,25
31.05.	Nr. 22/S. 54-56	Deutschland	"Kalkuliertes Schweigen. Im Europa-Wahlkampf redet Edmund Stoiber über alles - nur nicht über seine politische Zukunft"	1

Juni 99				
07.06.	Nr. 23/S. 240-241	Ausland	"Wahlkampf lohnt sich - auch finanziell. Wie die politischen Parteien von der Europawahl profitieren."	0,5
07.06.	Nr. 23/S. 245-248	Ausland	"Europa wählt. Nur schleppend kommt der EU-Wahlkampf in Gang. Innenpolitische Themen werden in vielen Mitgliedsländern den Wahlausgang bestimmen"	1,5
07.06.	Nr. 23/S. 250-251	Brennpunkt	"Europa-Parlament. Die Öffentlichkeit interessiert sich wenig für die 626 Europa-Abgeordneten - doch deren Macht wächst: Bei vier von fünf EU-Gesetzen entscheiden sie mit" (hauptsächlich graphische Aufbereitung des Themas)	0,5
07.06.	Nr. 23/S. 238-242	Ausland	"Kölner Gipfel. Schweigen am Rhein. Wenige Tage vor der Europawahl stürzt der Euro weiter in den Keller, doch die EU-Regierungschefs reagieren hilflos"	3
14.06.	Nr. 24/S. 250	Redaktion	"Schröder klebte später. (22/99) Tagebuch: Plakate zur Europawahl"	0,25
21.06.	Nr. 25/S. 13	Redaktion	"Aufstand gegen Ottmar Schreiner"	0,25
21.06.	Nr. 25/S. 212	Media-Box	"Prognosen aus dem Glashaus"	0,25
21.06.	Nr. 25/S. 246-248	Ausland	"Popstar in Grün. Daniel Cohn-Bendit triumphiert in Frankreich und fordert mehr Spaß und Leidenschaft im EU-Parlament"	2

Hiermit versichere ich, dass ich die oben genannte Dissertation selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet und sämtliche Stellen, die den benutzten Werken im Wortlaut oder dem Sinne nach entnommen sind, mit Quellenangaben kenntlich gemacht habe.

Stuttgart, den 12. April 2005